Nr. 66. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 19. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Minimallohngesetz in England

London, 16. März. (Eig. Ber.)

Der Premierminister selbst hat also der Verhandlungskomödie ein Ende gemacht und sich nunmehr entschlossen, den Minimallohngesetzentwurf am Dienstag im Parlament einzubringen. Aus der Erklärung, die die Regierung gestern abend veröffentlichte, ist aber zu entnehmen, daß sowohl auf Arbeitgeber wie Arbeitnehmer ein Zwang ausgeübt werden soll, die festgesetzten Minimallohnsätze anzuerkennen. Mit dieser Absicht wird die Regierung jedoch in eine höchst schwierige Position geraten. Der Ernst der Lage wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß der König Georg beschlossen hat, in diesem Frühjahr die beabsichtigten europäischen Besuche nicht abzustatten und im Lande zu bleiben.

In der offiziellen Erklärung heißt es, daß die Regierung alles getan habe, was in ihrer Macht stehe, um einen Vergleich herbeizuführen; sie bedauere, daß alle ihre Versuche fehlgeschlagen und daß ein Vergleich unmöglich sei. Andere Mittel müßten daher zur Anwendung kommen. Die Erklärung fährt dann fort:

„Der Premierminister erklärte dann (den Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber), daß die Regierung vom Parlament eine Gesetzeserklärung verlangen werde, daß ein angemessener Minimallohn, verbunden mit hinreichenden Bestimmungen zum Schutz der Arbeitgeber, eine gesetzlich notwendige Bestimmung in Arbeitsverträgen von Leuten sein muß, die unterirdisch im Kohlenbergbau beschäftigt werden. Was die wichtige Frage anlange, wie ein derartiger Minimallohn für irgendeinen Bezirk ermittelt werden sollte, deutete der Premierminister an, ohne jedoch die Regierung zur Annahme irgendeiner bestimmten Form von Einrichtungen zu verpflichten, daß die Distriktsmindestlöhne in jedem Distrikt festgesetzt werden sollten von einem gemeinschaftlichen Komitee, das sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensetzt mit einem unparteiischen und und unabhängigen Vorsitzenden, der von den Parteien selbst, oder, wenn notwendig, von der Regierung gewählt werden würde. Eine derartige Körperschaft würde nach der Ansicht der Regierung das bieten, was sie stets als das Allerwichtigste angesehen habe, nämlich ein Mittel, um Endgültigkeit zu erzielen."

Gleich nachdem der Premierminister seine Erklärung abgegeben hatte, versammelte sich die nationale Konferenz der Bergarbeiter, um die neue Lage zu diskutieren. Die Konferenz beschloß, dem Vorstand die Vollmacht zu geben, über die Vorlage zu beraten, um die Interessen der Arbeiter zu wahren. Sie bestand aber energisch darauf, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen werden könnte, bis die Minimallohnvorlage Gesetzeskraft erlangt habe und bis man genau wisse, was die endgültige Gestalt des Gesetzes sei.

Der Kernpunkt der ganzen Frage ist nun, wie es die Regierung anstellen wird, um den Beschlüssen des vorgeschlagenen Distriktskomitees Endgültigkeit zu verschaffen, ohne ihre eigene Existenz zu gefährden. Auf die Arbeiter ließe sich nur ein Zwang ausüben, wenn die Gelder der Gewerkschaften mit Beschlag belegt werden und die Beamten der Arbeiter und die Arbeiter wegen Gesetzesübertretung belangt werden könnten. Wenn die Regierung derartiges beabsichtigt, so muß sie von vornherein mit dem Widerstand der Arbeitervertreter im Parlament rechnen. Noch zu Anfang der Woche erklärte Macdonald in einer Rede, daß die Arbeiterpartei alle Versuche, die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften gesetzlich zu hemmen, aufs äußerste bekämpfen werde. Und die Arbeitgeber könnten nur zur Anerkennung der festgesetzten Minimallöhne gezwungen werden, wenn sich die Regierung das Recht einräumte, die Gruben nötigenfalls selbst zu betreiben. Eine solche Bestimmung würde aber bei allen Arbeitgebern im Parlament — konservativen wie liberalen — auf den heftigsten Widerstand stoßen. Denn man täusche sich nicht — der Minimallohnkampf der Bergarbeiter ist nur das Vorspiel ähnlicher Kämpfe in anderen Industrien. Die Eisenbahner sind seit dem letzten Streik nicht zur Ruhe gekommen; jeden Augenblick kann der Kampf auf den Eisenbahnen wieder entbrennen. Das wissen die Unternehmer des Landes sehr genau, und sie werden sich hüten, einen Präzedenzfall zu schaffen, der über kurz oder lang die Herrschaft über die Industrie ihren Händen entreißen wird.

Die Regierung befindet sich somit in einer äußerst schwierigen Lage. Sie hat ein Gesetz zu schaffen, das die Arbeiter befriedigen und sie bewegen wird, die Arbeit wieder aufzunehmen, und das zu gleicher Zeit Bestimmungen enthalten muß, die die Bewegungsfreiheit der streitenden Parteien — oder wenigstens einer der Parteien — hemmen werden. Wahrscheinlich werden die politischen Interessen der liberalen Partei die Regierung bestimmen, zu versuchen, auf zwei Stühlen zu sitzen. In dem Falle kann den englischen Liberalismus nur das Schicksal erreichen, das allen Mittelparteien in diesem Zeitalter gewaltiger Klassenkämpfe beschieden ist. Die Zeichen seines Niederganges treten mit jedem Tage deutlicher hervor und es wird immer klarer, daß die kommenden politischen Kämpfe in Großbritannien zwischen der emporstrebenden Arbeiterklasse mit den Vertretern des Kapitalismus, denen nach der Knebelung der organisierten Arbeiterschaft gelüstet, ausgefochten werden.

Regierungserklärungen.

London, 18. März. Unterhaus. Im weiteren Verlauf der Sitzung ergriff Premierminister Asquith das Wort. Er teilte mit, daß er morgen einen Gesetzentwurf über die Gewährung eines Mindestlohnes an Bergarbeiter, die in Kohlenbergwerken unter Tage beschäftigt sind, und über andere damit zusammenhängende Fragen einbringen werde. Er werde über die Verhandlungen und die Gründe zu dem Gesetzentwurf erst in der morgen stattfindenden Sitzung eine Erklärung abgeben. Nach Ansicht der Regierung sei die Erledigung der Gesetzesvorlagen durch das Unterhaus so schnell als möglich, nämlich bis zum nächsten Donnerstag, geboten. In diesem Falle würde sie am Freitag vom Oberhaus beraten werden und am Sonnabend die Zustimmung des Königs erhalten. Der Premierminister bemerkte weiter, die für die Debatte über den Gesetzentwurf zur Verfügung gestellte Zeit würde durch den Schlußantrag beschränkt werden, und es sei nötig, die Debatte über den Flottenetat, von dem ein Teil bis zu einem gewissen Termin angenommen werden müßte, zu verkürzen. Die Regierung würde jedoch weitere Gelegenheit geben, die Beratung des Etats bald fortzusetzen.

Bonar Law erklärte sein Einverständnis damit, daß die Vorlage, wenn sie zur Abstimmung gebracht werden soll, ohne unnötige Verzögerung zu erledigen sei, äußerte aber Bedenken, ob die Erledigung bis zum Donnerstag Zeit zu angemessener Diskussion lassen werde. Sodann gab Asquith der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, über die die verschiedenen Beratungsstadien der Vorlagen widmende Zeit zu einem Einvernehmen zu gelangen. Darauf brachte der Erste Lord der Admiralität Churchill den Marineetat ein.

Die Zahl der Feiernden.

London, 18. März. (W. T. B.) Die Angaben über die Zahl der beschäftigungslos gewordenen Arbeiter gehen weit auseinander. Die „Morning Post" schätzt sie, einschließlich der Bergleute, auf fast 1 800 000, die „Times" auf etwas über 1 340 000. Die Gewerkschaften, deren Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit versichert sind, werden bereits stark in Mitleidenschaft gezogen. Nach einer Berechnung der „Morning Post" hatten diese Gewerkschaften, abgesehen von den Organisationen der Bergleute, am letzten Sonnabend über zwei Millionen Mark an Unterstützungsgeldern zu zahlen.

Das Junkerparlament gegen die Bergarbeiter.

Das Dreiklassenhaus hat sich des Herrenhauses würdig erwiesen. Die „Erwählten" des Dreiklassenwahlrechts sind eben ihrer überwiegenden Majorität nach dasselbe wie die vom „befestigten Grundbesitz" präsentierten und vom König ernannten Herrenhäusler. Und so war es dieselbe Scharfmacherei hüben wie drüben und dieselbe arbeiterfeindliche Hetze. Nur das unterschied die beiden Debatten, daß die Dreiklassenmänner schon ihrer Genugtuung Ausdruck geben konnten über die rasche Erfüllung, die der Schrei nach Maschinengewehren bereits gefunden und daß die Hetzreden der Strosser und Konsorten bisweilen gestört wurden durch den empörten Aufschrei des halben Dutzend, die die Interessen der Bergarbeiter in diesem Hause vertreten.

Von den Reden, die da gehalten wurden, verdient die des nationalliberalen Führers besondere Herausheben, nicht weil Herr Dr. Friedberg anders, sondern weil er gerade so gesprochen hat wie die Berufsscharfmacher Strosser und v. Zedlitz. Wir sind die letzten, die die Nationalliberalen im Reichstage überschätzen; wir wissen, ein großer, vielleicht der größte Teil der Reichstagsfraktion ist im innersten Herzen mit Herrn Dr. Friedberg derselben Meinung. Aber die Herren, die das Reichstagswahlrecht entsendet, die müssen denn doch mehr Rücksicht üben als die vom Geldsackswahlrecht Gekürten. Und wenn die heutige Debatte im Dreiklassenhause überhaupt eine Wirkung haben wird, so kann es nur die sein, die Arbeiterklasse Deutschlands aufzurufen zu neuem Kampf für die Eroberung der gleichen politischen Rechte in Preußen.

Ueber den Verlauf der Sitzung wird uns aus dem Abgeordnetenhause geschrieben:

Welches Interesse die Bevölkerung der Bewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier entgegenbringt, bewiesen die überfüllten Tribünen des Abgeordnetenhauses, auf dessen Tagesordnung vom Montag die in ihrem Wortlaut bereits früher mitgeteilten fünf Interpellationen über den Bergarbeiterstreik standen. Geringer als das Interesse des Volkes ist freilich das der sogenannten Volksvertreter, von denen gut drei Viertel durch Abwesenheit glänzen. Vollzählig hat sich, wie fast immer, nur die kleine sozialdemokratische Fraktion eingefunden. Am Ministertisch sitzt neben dem Handelsminister Sydow und dem Oberberghauptmann Velsen auch der — preußische Polizeiminister, Herr v. Dallwitz, gewissermaßen als Symbol dessen, daß die Regierung auch heute noch, wie zu Zeiten des seligen Puttkamer, in jedem Streik die Hydra der Revolution erblickt und daß der Säbel, der haut und die Flinte, die schießt, für sie das Mittel ist, mit dem sie sozialen Bewegungen Einhalt gebieten zu können glaubt. Bezeichnenderweise ist es das erstemal seit seiner Erkrankung, daß Herr Dallwitz das Haus mit seinem Besuch beehrt.

Schon der Wortlaut der Interpellationen, abgesehen von der der Fortschrittlichen Volkspartei, ließ darauf schließen, worauf es die Scharfmacher der verschiedenen Richtungen abgesehen haben. An einer ruhigen, sachlichen Besprechung des Streiks, an einer Untersuchung seiner Ursachen, liegt dieser Gesellschaft nichts. Worauf es ihr ankommt, ist einzig und allein, Stimmung gegen die Streikenden zu machen, sich als Sachwalter des Grubenkapitals aufzuspielen, die Regierung zu immer weiteren Scharfmachereien anzufeuern und durch Aufzählung unkontrollierbarer Behauptungen über angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus und über sozialdemokratische Gewalttätigkeiten Material für eine neue Zuchthausvorlage zusammenzutragen.

Ganz besonders bemühten sich um dieses Ziel die Herren Strosser und Frhr. v. Zedlitz. Einen ungeschickteren Redner als den für die Prügelstrafe schwärmenden Strosser konnten die Konservativen nicht vorschicken. Vielleicht fiel die Wahl deshalb auf ihn, weil er von der Sache, über die er sprach, keine Ahnung hatte und seine Freunde infolgedessen die Verantwortung für das Unheil, das er etwa angerichtet hat, getrost ablehnen können. Schon manche heitere Stunde verdankt das Haus dieser komischen Possenfigur; und in der Tat muß man sich fragen, wie es möglich ist, daß jemand einen Abgeordneten ernst nimmt, der von der Tribüne des Parlaments herab wahre Schauermärchen erzählt, von denen das von dem mit Sprengstoff gefüllten Eimer noch nicht das schlimmste war. Irgend ein Witzbold hat sich den Spaß gemacht, Herrn Strosser zu schreiben, daß vor der Haustür eines Arbeitswilligen ein ganzer Eimer mit Sprengstoff gestanden und nur aus Zufall keinen Schaden verursacht hat. War vielleicht Chokoladenpulver oder dergleichen in dem Eimer? Diese und andere Märchen tischte Herr Strosser dem Hause auf, um im Anschluß daran über sozialdemokratischen Terrorismus zu jammern und strengere Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen zu fordern.

Uebertroffen — nicht in bezug auf Komik, wohl aber in bezug auf Scharfmacherei — wurde der konservative Redner durch seinen freikonservativen Freund v. Zedlitz, der von einer vermittelnden Tätigkeit der Regierung nichts wissen will, sondern nach Militär und nochmals nach Militär schreit. Auch in Schlesien, verlangt er, soll Militär einrücken, natürlich nur zum Schutze der Arbeitswilligen, besonders der christlichen Gewerkschaften, auf die dieser Todfeind jeder Gewerkschaftsbewegung plötzlich ein langes Loblied sang. Für ihre Verräterei im Ruhrrevier haben die Christen etwas besseres auch nicht verdient. Von diesem heuchlerischen Scharfmacher gepriesen zu werden, ist für sie eine harte, aber gerechte Strafe.

In der Tat sind die christlichen Arbeitervertreter im Parlament einzig und allein darauf bedacht, daß sie es mit den herrschenden Klassen nicht verderben. Die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter ist den Giesberts und Behrens im Reichstage genau so gleichgültig, wie den Imbusch und Konsorten im preußischen Abgeordnetenhause. Wer nicht wußte, daß Herr Imbusch auf der Tribüne stand, der konnte ebenso gut glauben, daß irgendein Kuli der Grubenbarone sprach. Vielleicht nimmt sich der Verein zur Wahrung der bergbaulichen Interessen zu gegebener Zeit dieses Mannes an, der in einem Augenblick, wo ausgebeutete Proletarier um ihren Anteil an der Kultur kämpfen, nichts anderes zu tun weiß, als auf seine Arbeitsbrüder, weil sie nicht christlich organisiert sind, zu schimpfen und die Regierung wegen Requirierung des Militärs zu loben. Der Mann ist es wert, daß die Unternehmer sich beizeiten seine für sie unbezahlbare Kraft sichern.

Zwischen den Rednern der schwarzblauen Parteien begründeten die Nationalliberalen und Fortschrittler ihre Interpellationen. Was Herr Dr. Friedberg (natl.) sagte, unterschied sich nur in der Form, nicht aber in der Sache von den Ausführungen der Strosser und Zedlitz. Herr Dr. Friedberg ist nicht so dumm wie Herr Strosser und nicht so brutal wie Herr Frhr. v. Zedlitz, aber im Grunde genommen ist er ein genau so eingefleischter Sachwalter kapitalistischer Interessen. Für ihn steht es sogar fest, daß die Bergarbeiterlöhne so hoch sind, daß sie eine Aufbesserung nicht nötig haben. Was er über den Schutz der Arbeitswilligen und über die Zusammenziehung des Militärs sagte, läuft im Grunde genommen genau auf das gleiche hinaus, was seine konservativen Freunde verlangen.

Der einzige Interpellant, der den Ursachen der Bewegung nachzuforschen sich bemühte, war Abg. Dr. Pachnicke von der Fortschrittlichen Volkspartei. Natürlich stellte er sich nicht unumwunden auf die Seite der Arbeiter, aber er versuchte wenigstens, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen, so daß seine Rede trotz manches Angriffspunktes, den sie uns bietet, doch vorteilhaft von den übrigen abstach. Auch daß er unumwunden anerkannte, daß die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen ausreichten, unterscheidet ihn von den Scharfmachern und ebenso dürften seine Schilderungen über konservativen Terrorismus dazu angetan sein, so manchem Schreier auf der Rechten den Mund zu stopfen.

Namens der preußischen Staatsregierung beantworteten zwei Minister die Interpellationen, der Handelsminister

Sybow, der im wesentlichen das gleiche Material wie im Reichstage vortrug, nur daß er sich dem Niveau des Dreiklassenparlaments anpaßte und dreister und herausfordernder auftrat, sowie der Polizeiminister v. Dallwitz, der die interessante Enthüllung machte, daß für die Industriegebiete ein bis ins Detail ausgearbeiteter Verteilungsplan über die Polizeimannschaften schon lange vorbereitet und daß auch die Requierirung von Militär schon längst in Aussicht genommen war. Im übrigen trug Herr v. Dallwitz eine Unmenge Märchen à la Moabit vor, Berichte von Polizisten, die sich bei näherer Prüfung als stark übertrieben, wenn nicht als völlig aus der Luft gegriffen erweisen dürften. Ueber den Ton, in dem sich Herr v. Dallwitz gefiel, mit ihm zu rechten, müssen wir ablehnen. Offenbar wollte er den Junkern zeigen, auf ein wie tiefes Niveau der Diskussion ein preußischer Polizeiminister hinabzusteigen imstande ist. Schreckte er doch selbst vor Beschimpfungen des Reichstagsabgeordneten Sachse nicht zurück, Beschimpfungen, die unser Genosse Hirsch sofort festnagelte.

Der Verlauf der Sitzung war ein recht stürmischer, die Sozialdemokraten gaben wiederholt durch lebhafte Zwischenrufe ihrer gerechten Entrüstung über das Benehmen der Scharfmacher Ausdruck.

Die Besprechung der Interpellation, zu der von unserer Seite Leinert und Liebknecht gemeldet sind, wurde auf Dienstag vertagt.

Der Streik im Ruhrrevier.

Auf den Montag hatten die Bergherren große Hoffnungen gesetzt. Diese haben sich aber nur zu einem kleinen Teil erfüllt. Immerhin hat die Zahl der Streikenden eine Abnahme erfahren. Ihre Zahl beträgt heute etwa 180 000. Die Ziffer der Streikenden weist überhaupt starke Schwankungen auf. Während auf einer Grube die Zahl der Streikenden geringer wird, kommen auf anderen Gruben noch eine Anzahl Ausständiger zu den bereits im Ausstand befindlichen hinzu.

Wir erhalten über die Situation folgendes Privattelegramm:

Bochum, 18. März. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die Streiklage im Ruhrbecken hat sich seit Sonnabend zuungunsten der streikenden Bergarbeiter verändert. Infolge der von den Gruben verschickten Karten sind eine ganze Anzahl Arbeiter wieder angefahren. Eine Konferenz, die am Dienstag stattfindet, wird über die jetzige Situation beraten und Beschluß über die weiteren Schritte fassen. Jedenfalls wird aber ein Abbruch des Streiks nicht erfolgen, sondern dieser unentwegt fortgesetzt werden. Es steht nämlich zu hoffen, daß ein großer Teil der seit Sonnabend Angefahrenen wieder in den Ausstand treten werden. Ein Teil der durch Postkarten benachrichtigten Bergleute wollten sich von der Zeche die Papiere geben lassen, da sie im Streik verharren wollten und die Postkarte die Kündigung enthielt. Sie hatten also ein Recht auf Herausgabe ihrer Papiere. Als sie jedoch auf dem Zechenbureau ihr Anliegen vorbrachten, wurde ihnen nur geantwortet, sie sollten wieder anfahren, die Papiere gäbe es nicht.

Am Sonntag, wie am Montag herrschte überall Ruhe im Streikrevier; nur der christliche Gewerkverein und die Zentrumspresse wüten weiter. Ein Zentrumsblatt brachte jetzt schon die Nachricht, daß der Streik abgebrochen worden sei. Ein anderes ultramontanes Organ trieb die Niedertracht so weit, seinen Lesern mitzuteilen, daß der Verbandsbeamte Löffler mit 117 000 Mk. durchgebrannt sei, was aber der reine Schwindel ist.

In Castrop beteiligen sich jetzt auch die Geistlichen am Streik, indem sie in echt christlicher Weise die Bäckermeister auffordern, kein Brot an die Streikenden zu liefern.

Der Bericht über die Bergarbeiterinterpellation vor den Bochumer Bergarbeitern.

Bochum, 17. März. (Eig. Ber.) Am Sonntag fanden im ganzen Revier Streikversammlungen statt, die massenhaft besucht waren.

Im Schützenhof zu Bochum nahm die Bochumer Bergarbeiterschaft den Bericht über die parlamentarischen Auseinandersetzungen zum Bergarbeiterstreik im Reichstag entgegen. Tausende von Bergknappen rückten nach dem Schützenhofe, dem historischen Versammlungslokale der Bergarbeiter, schon am frühen Morgen aus. Der Anmarsch vollzog sich absolut ruhig und ungestört — Polizei war auf den Straßen nicht zu sehen.

Stürmischen Beifall erweckte Reichstagsabgeordneter Sachse mit seinen Feststellungen der heuchlerischen Taktik der zentrumschristlichen Arbeitervertreter im Deutschen Reichstage. Jubelrufe unterbrachen seine Mitteilungen über die neuerlichen Reinfälle der Zechenherren. Diese hatten geglaubt, die Bergarbeiter schon nach drei Tagen mit der Androhung des Abzuges von sechs Schichtverdiensten ins Bockshorn jagen zu können, als das nicht gelang, wurde die Frist auf sechs Tage, bis zum vergangenen Sonnabend, verlängert, jetzt sind sie schon wieder bis zum Montag gegangen. Aber auch das wird dem Streik nichts anhaben. (Stürmische Zustimmung.)

Für die polnischen Bergarbeiter sprach dann Naspieralla, einer der polnischen Bergarbeiterführer. In seinen Ausführungen wurde er besonders oft durch Beifallskundgebungen und Zustimmungen unterbrochen, als er feststellte, wie für sie, die gläubigen polnischen Grubenarbeiter, über dem trennenden Glauben die einigende wirtschaftliche Klassenlage stehe. Er verlangte, daß die illegitimen christlichen Gewerkschaftssekretäre, die katholischen Geistlichen, die jetzt eifrig Hausagitation betreiben, um den Streik brechen zu helfen, überall, wo sie in die Wohnungen der polnischen Grubenknappen kommen, hinausgewiesen werden sollen. Die Kirche ist ihr Arbeitsgebiet, da gehören sie hin, aber nicht in die Grubenarbeiterwohnungen, wenn gestreikt wird.

Landtagsabgeordneter Leinert, der, wie er mitteilte, im Auftrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion des preußischen Dreiklassenhauses zur Information ins Ruhrgebiet gekommen ist, überbrachte Grüße und gute Wünsche der kleinen sozialdemokratischen Fraktion für die streikenden Bergarbeiter.

Die Versammlung schloß, nachdem sie einstimmig ihre Billigung zu den Ausführungen der Redner erklärt hatte, mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation der Bergarbeiter.

Der Abmarsch vollzog sich in vollster Ruhe und Ordnung — Polizei war nicht auf den Straßen.

Versammlungen der christlichen Bergarbeiter

fanden ebenfalls am Sonntag im Ruhrrevier statt. In Bottrop sprach Stegerwald und in Steele der Redakteur des „Bergknappen", Abg. Imbusch. Sie erklärten den Streik für verloren und prophezeiten ihren Zuhörern, daß der Gewerkverein gekräftigt aus dieser Bewegung hervorgehen werde. Zum Schluß forderten die Redner zum Kampf gegen den sozialdemokratischen Druck auf, der den Bergarbeitern hoffentlich Befreiung vom sozialdemokratischen Joch bringen werde.

Diese „christlichen Arbeiterfreunde" könnten sich wirklich etwas darauf einbilden, wenn sie mit Hilfe der Polizei, des Militärs, der reaktionärsten Scharfmacher und ihres eigenen Arbeiterverrats die um ihr Recht kämpfenden Bergarbeiter niedergerungen hätten.

Streikjustiz.

In Dortmund fanden ebenfalls die ersten Aburteilungen statt. Eine Anzahl Bergarbeiter, die in der Nähe der Schächte Kaiserstuhl I und II mit Steinen nach den Gendarmen geworfen haben sollen, wurden mit 14 Tagen bis zu 3 Wochen Haft bestraft.

In der Redaktion der „Essener Arbeiterzeitung" erschienen am Sonnabend drei Kriminalbeamte, um das Manuskript einer am Montag vorher bereits veröffentlichten Notiz über die Entsendung von Berliner Polizisten zu suchen. Gefunden wurde natürlich nichts. In der Notiz wurde angedeutet, daß nun in Berlin noch weniger Verbrecher gefaßt würden, da die „ausgesuchten" Leute nach dem Ruhrgebiet gezogen würden.

Schwere Strafen.

Bochum, 18. März. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Das Bochumer Landgericht hat eigens eine Strafkammer eingerichtet, die über Streikvergehen urteilt. Es wurden heute schon zwei Bergleute, die einen Streikbrecher überfallen und mißhandelt hatten, zu **1 Jahr bezw. neun Monaten Gefängnis** verurteilt. Ein dritter wurde ebenfalls mit **neun Monaten Gefängnis** bestraft, weil er auf Arbeitswillige geschossen haben sollte.

Das Schöffengericht in Castrop erkannte heute gegen eine Anzahl Personen, die „Pfui" und „Streikbrecher" gerufen hatten, auf Gefängnisstrafen von 1 bis 2 Monaten.

In den Klauen der Scharfmacher.

Das erste Blatt der deutschen Presse, das den Ruf nach Entsendung von Militär ins Ruhrkohlengebiet ausstieß, war ein Zentrumsblatt, die „Essener Volkszeitung", das im Wahlkreise des Herrn Giesberts erscheint. Die Scharfmacherpresse im Industriebezirk hat sich entgegen ihrem sonstigen Verhalten auffallend ruhig benommen. Die „Rheinisch-Westfälische Ztg." ist wiederholt den Alarmnachrichten, die diesmal üppiger als je in die Halme schossen, entgegengetreten und hat entschieden die Teilnahme an solchem Treiben abgelehnt. Jetzt bringt das Blatt einen Artikel zum Bergarbeiterausstand, worin es seine Meinung dahin kundgibt, daß der Hauptgrund des Ausstandes ein Kampf um die Organisation, ein Kampf des alten Verbandes und des christlichen Gewerkvereins um die Herrschaft über die Bergleute im Ruhrgebiet sei. Weiter weist das Blatt darauf hin, daß, wenn bei früheren Ausständen, so 1905, die Unternehmer nach Militär verlangt hätten, dies Verlangen stets auf Widerstand der Behörden, andererseits auf ein leidenschaftliches Geschrei der ultramontanen Presse gestoßen sei, die dann den „frivolen" Vorwurf erhoben habe, der Zweck des Militärs bestehe in solchem Falle darin, die Arbeiter zu erstechen und zu erschießen. Dann heißt es:

> Und da ist es nun eine wirkliche Festfreude, zu sehen, wie die Sache anders wird, wenn die ultramontane Partei andere Interessen hat. Jetzt, wo diesmal die ultramontanen Bergarbeiter von ihrer Organisation bearbeitet wurden, nicht mitzustreiken, wo der Kampf in erster Linie nicht ein Kampf des alten Verbandes gegen die Zechen ist, sondern ein Kampf zwischen den beiden Organisationen, wo also die ultramontanen Bergarbeiter nicht mithelfen, andere zu bedrängen, sondern selbst vergewaltigt werden, da geht in der ganzen ultramontanen Presse und Partei die Klage über die Sperrung von Straßen, Beschwerden über das Anschreien von Arbeitswilligen, Entrüstung über das Anspucken der zur Arbeit Gehenden, und ein Notschrei der Mißhandlungen, und alles klingt dann aus in den Ruf: Militär muß kommen, Militär, Militär! dasselbe Militär, daß nach der bisherigen Behauptung der ultramontanen Presse nur dazu da sein soll, „um die für bessere Lohnverhältnisse kämpfenden Bergarbeiter zu erschießen und zu erstechen".

Bei früheren Ausständen, so schreibt das Blatt weiter, habe sich die Regierung dem Verlangen der Unternehmer nach Militär gegenüber ablehnend verhalten. Diesmal aber hätten drei Tage genügt und auf ein drei Tage langes Rufen der christlichen Gewerkvereinler nach Militär habe Berlin nachgegeben. Das Blatt schließt:

> Sicher ist aber, wenn jetzt Militär notwendig war, dann war es bei den meisten Streiks zu verlangen. **Damit sind für alle Zeiten die Christlich-Sozialen festgeblockt.** Sie sind **festgeblockt auf der Grundanschauung, die wir bisher vertreten haben,** daß zwar Streik und Boykott erlaubte Kampfmittel sind, daß aber kein Dritter durch Beleidigungen und Tätlichkeiten abgehalten werden darf, zur Arbeit zu gehen, und daß der Staat die Pflicht hat, zu sorgen, daß er gehen kann. Das Material, welches in der letzten Woche die Ultramontanen gegeben haben, wird bei uns sehr sorgfältig aufbewahrt werden.

Wir gehen nicht ein auf die verkehrte Ansicht des Blattes, daß der Ausstand der Ruhrbergleute ein Kampf des alten Verbandes gegen den christlichen Gewerkverein sei. Im übrigen aber hat das Blatt recht. Die Entsendung von Militär in das Ruhrrevier ist dem Terrorismusgeschrei der ultramontanen Presse und der christlichen Gewerkschaftsführer zu danken, und wie diese bisher schon den Scharfmachern in die Hände gearbeitet haben, so haben sie durch ihr jetziges Verhalten für alle Zukunft den Arbeiterfeinden und Gewaltmenschen die Rechtfertigung dafür gegeben, daß bei Ausständen die bewaffnete Macht mit Maschinengewehren, Browningpistolen und Polizeisäbeln in Tätigkeit tritt. Die Christlichen sind, wie das Unternehmerblatt richtig bemerkt, „festgeblockt" auf die blutige Niederschlagung künftiger Ausstände. Die Scharfmacher im Westen sind Leute, die wissen, was sie wollen und was sie tun, und sie werden die Giesberts, Schiffer und Genossen nicht mehr aus den Klauen lassen.

Kroaten und „Christen".

Dortmund, 17. März. (Eig. Ber.) Auf Zeche „Scharnhorst" kam dieser Tage ein Transport von 170 Kroaten an. Die Leute wußten von dem Streik noch nichts. Als sie über die Sachlage von Bergleuten aufgeklärt wurden, machten sie Kehrt und zogen ab, um anderswo Brot zu suchen.

Die Kroaten gelten im Industriegebiet nicht als angenehme Gesellen; es sind vielfach ungezügelte Leute, denen man die Neigung zu Gewalttätigkeiten nachsagt. Nach dem oben geschilderten Verhalten muß man ihnen manches abbitten; jedenfalls verdienen sie viel weniger die geringe Wertschätzung als die **Christenbetider**, die unter Führung der Giesberts, Schiffer und Genossen den ausständigen Bergleuten in den Rücken fallen. Bei den Kroaten Solidarität, bei den Christen Arbeiterverrat!

Der Streik in Sachsen.

Soweit bis jetzt die Lage übersehen werden kann, ist die Beteiligung am Streik stärker als jemals bei anderen Lohnbewegungen im dortigen Revier. Auf dem Brückenbergschacht sind gleich Montag 85 Proz. der Belegschaft nicht angefahren. Besonders stark sind auch die Unorganisierten am Streik beteiligt. Auf dem Tiefbau- wie auf dem Vertrauensschachte beträgt die Streikbeteiligung zwei Drittel der Belegschaft, auf dem Altgemeindeschacht 70 Proz. Auf den Vereinsglückswerken streikt die ganze Belegschaft, auf dem Köstnerschacht sind bis auf 10 Mann alle Arbeiter ausgeblieben. Auf dem 3. Morgensternschacht sind nicht einmal 100 Mann von 800 angefahren, sogar die Tagearbeiter streiken. Auf dem 2. Wilhelmschacht streiken 90 Proz.

Im Streikrevier ist alles ruhig. Polizei und Gendarmerie sind in nicht gerade großer Zahl im Streikrevier konzentriert. Die Streikenden lassen sich in der Nähe der Zechen nicht sehen, um jeden Anlaß zum polizeilichen Einschreiten zu vermeiden.

Gegnerische Organisationen kommen in diesem Streik nicht in Betracht, auch der christliche Bergarbeiterverband hat im Streikrevier keine Anhänger. Von den in den Gruben beschäftigten 13 000 Bergarbeitern sind 5000 im alten Verband organisiert, die übrigen sind unorganisiert, beteiligen sich aber zu einem großen Teil am Ausstand.

Die Bewegung in Lothringen.

Saarbrücken, 17. März. (Eig. Ber.) Obwohl in der Streikgegend von der Geistlichkeit, unterstützt von dem christlichen Arbeitswilligensekretär Karius, alles aufgeboten wird, die Streikenden zu zersplittern, sind sie einiger wie je. Geschlossene Belegschaftsversammlungen, einberufen von Karius, besucht von Kaplänen und Beamten, wie in Merlenbach, Spittel und an anderen Orten, sollen dazu dienen, die Einigkeit der Bergarbeiter zu zerstören. Doch alles vergebens, immer weniger fahren auf Saar und Mosel an. So auf Schacht 5 43 Mann, auf Schacht 2 30 Mann, auf Schacht 6 2 Mann.

Und Zeit ist es, daß es hier anders wird. Zum Himmel schreiende Zustände sind es, die auf diesen Schächten herrschen. Von den bis zum Donnerstag angefahrenen Arbeitswilligen sind zwei verunglückt, einem anderen wurde im Schacht der Kopf abgerissen. Da ist es kein Wunder, wenn keine Lust zum Einfahren besteht. Besonders der schlechte Verdienst erbitterte die Kumpels. So liegt uns ein Lohnbuch vor, wo ein Kamerad in 11 Schichten 47,52 M. verdiente. Davon gingen ab: 20 M. Abschlag, 16 M. Miete, 5,28 M. Steuern, das andere für Geleuchte und Gefälle, so daß der „Glückliche" noch einen ganzen Pfennig erhielt. Für verlorene Markennummern wurden den Leuten pro Stück 1 M. abgezogen, obwohl deren Wert höchstens 5 Pf. ist. Am 16. soll wieder eine Verhandlung zwischen Direktion und Arbeiterausschuß stattfinden.

Im Senftenberger Braunkohlengebiet

fanden am Sonntag neun öffentliche Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit dem vom Herrenhaus verlangten Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung und mit dem Ausstand der Bergarbeiter im Ruhrrevier beschäftigten. Alle Versammlungen, in denen zumeist sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete redeten, erfreuten sich eines starken Besuches, und das Interesse an der Lohnbewegung der westfälischen Bergknappen zeigte sich in den temperamentvollen Aeußerungen der Versammlungsbesucher. An eine Lohnbewegung der Bergarbeiter des Niederlausitzer Braunkohlengebietes ist zurzeit nicht gedacht, wenn aber der Ruf an die Knappen dieses Gebietes ergeht, mit ihren Kameraden in Westfalen gemeinsame Sache zu machen, so werden sie ihm folgen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Niederlausitzer Kohlenrevier sind bekanntlich miserabel, während die Aktionäre hohe Gewinne einstreichen.

Wie wird es im Waldenburger Revier werden?

Breslau, 17. März. (Eig. Ber.) Die für die Grubenmagnaten durch das entschlossene Vorgehen der Bergarbeiter in Niederschlesien entstandene gefahrvolle Situation hat nun doch zur Folge gehabt, daß die Grubenmagnaten im letzten Augenblick zu Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen bereit sind. In sehr höflichen Einladungsschreiben werden die Arbeiterausschüsse zu Verhandlungen über die eingereichten Forderungen aufgefordert, die am nächsten Donnerstag stattfinden sollen. Ob die Grubenverwaltungen die ehrliche Absicht haben, ernsthaft auf die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter einzugehen, oder ob sie damit eine Verschleppung der Lohnbewegung herbeiführen wollen, muß der Donnerstag beweisen. Wie dem aber auch sei, die Bergleute im ganzen niederschlesischen Kohlenrevier sind auf alles gerüstet. Sie lassen sich auch dadurch nicht beeinflussen, daß schon jetzt alle Grubenbeamte als Polizeibeamte verpflichtet sein sollen und daß sofort nach Ausbruch eines Streiks mehrere Regimenter Soldaten in das Streikgebiet abkommandiert werden. Das beweisen die zahlreichen, von Tausenden besuchten Versammlungen der Bergarbeiter des niederschlesischen Reviers. Ueberall herrscht frohe Kampfesstimmung. Nur mit Rücksicht darauf, den Weg zu einer friedlichen Verständigung nicht abzulehnen, wurde in allen Versammlungen das Einverständnis erklärt, die Arbeiterausschüsse mit der Vertretung der Forderungen zu betrauen.

Damit haben die Bergarbeiter klar und deutlich bewiesen, daß sie jederzeit für friedliche Verhandlungen zu haben sind. Sie haben den Grubenmagnaten eine Brücke gebaut, auf der sich ein folgenschwerer Kampf vermeiden läßt. Kommt es zu keiner Verständigung, dann tragen die Grubenmagnaten die Schuld.

Im oberschlesischen Kohlenrevier.

nahmen am Sonntag die Industriearbeiter in etwa 70 Versammlungen Stellung zu der ablehnenden Antwort der Grubenbesitzer auf die Forderungen der Bergarbeiter. In allen Versammlungen wurde die in der Sonntagnummer abgedruckte Resolution einstimmig angenommen. Gegen die Christlichen und Fachabteiler, deren Arbeiterverrat im Ruhrgebiet allgemein verurteilt wurde, herrschte eine große Verbitterung. Von den zahlreichen Neuanmeldungen zur Organisation haben die Christen und Fachabteiler absolut nichts profitiert.

In Oberschlesien wird, wie uns ein Privattelegramm aus Kattowitz meldet, auf vier Gruben gestreikt; auf einer bei Kattowitz und dreien bei Nikolai. Auf dreien der Gruben soll die Arbeitsniederlegung eine vollständige sein.

Kattowitz, 18. März. Wie die „Oberschlesischen Neuesten Nachrichten" melden, haben die fünf Bergarbeiterverbände folgenden Aufruf erlassen: Die Vertreter der oberschlesischen Organisationen

haben in einer unter dem 20. Februar an den oberschlesischen Berg- und hüttenmännischen Verein gerichteten Eingabe um Aufbesserung der Löhne um 15 Proz. ersucht. Nachdem sich der Verein unter dem 6. März für unzuständig erklärt hat, sind dieselben Forderungen an die einzelnen Grubenverwaltungen gerichtet worden. Diese haben die Organisationen nicht als Vertreter der Belegschaften anerkannt, sind aber bereit, mit den Arbeiterausschüssen zu verhandeln. Die Belegschaften der einzelnen Gruben werden daher von den fünf Organisationen aufgefordert, erneut Lohnforderungen zu stellen und über das Ergebnis bis spätestens zum 27. März Mitteilung zu machen, damit die Organisationen noch bis zum 1. April weitere Beschlüsse fassen können. Die Situation hat sich inzwischen verschärft, so daß bei mehreren Gruben heute einzelne Arbeiter in den Ausstand getreten sind. **Die Organisationen richten daher an die Arbeiter das dringende Ersuchen, strengste Disziplin zu bewahren und den Anordnungen der Organisationen Folge zu leisten.** Von dem Verhalten der Bergverwaltungen wird es abhängen, ob der Friede in Oberschlesien erhalten werden kann.

Weitere Streiknachrichten.

Hannover, 18. März. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Auch auf den fiskalischen Gruben im Deister Kohlenrevier in Hannover ist jetzt der Streik ausgebrochen. Dort haben von 2500 Mann Belegschaft etwa 2000 die Arbeit niedergelegt.

Bückeburg, 18. März. (W. T. B.) In den gestern in mehreren Dörfern des Fürstentums Schaumburg-Lippe abgehaltenen Bergarbeiterversammlungen des Bergamtes Obernkirchen wurde beschlossen, am Dienstag, den 19. d. Mts., früh nicht einzufahren, auch wenn das Bergamt die von den Arbeitern gestellten Forderungen bewilligen sollte. Heute nachmittag findet eine Konferenz statt zwischen dem Arbeiterausschuß und den Vertretern des Bergamtes.

Die Bewegung in Böhmen.

Prag, 18. März. Gestern haben im böhmischen Braunkohlenrevier Versammlungen der Bergarbeiter stattgefunden. In den Versammlungen der sozialistischen Union wurde beschlossen, daß, falls die Forderungen der Union nicht erfüllt werden sollten, die Bergleute der einzelnen Schächte nochmals ihre Forderungen überreichen sollen. Man glaubt annehmen zu können, daß ein allgemeiner Streik im Braunkohlenrevier nicht oder wenigstens nicht unmittelbar bevorsteht. Im Brüxer Gebiet sind von 608 Bergleuten 149 nicht eingefahren.

Teplitz, 18. März. Die Delegiertenversammlung der sozialdemokratischen Bergarbeiter-Union in Turn hat beschlossen, den Zechen bis zum 20. März ihre neuen Forderungen zu überreichen. Wenn diese nicht spätestens bis zum 28. März beantwortet sein sollten, werden am 31. März die Forderungen abermals überreicht und gleichzeitig die Arbeit niedergelegt werden. Die deutsch-nationalen Bergarbeiter haben gestern in Brüx ein solidarisches Vorgehen mit den Sozialdemokraten beschlossen, und die tschechisch-nationalen sowie tschechisch-anarchistischen Bergarbeiter dürften sich in demselben Sinne entscheiden.

Streikbeginn.

Teplitz, 17. März. Eine Versammlung der tschechisch-anarchistischen und der tschechisch-nationalen Bergarbeiter in Bruch beschloß heute, morgen früh nicht einzufahren.

Streiks in Frankreich.

Paris, 18. März. Unter den Bergleuten im Pas-de-Calais, wo einzelne Gruppen sich für einen allgemeinen Streik aussprechen, herrscht eine gewisse Bewegung. Die Bergleute im Denainrevier haben trotz des Beschlusses des Syndikats den Streik erklärt. Ihre Delegierten werden sich daher morgen nach Lens begeben, um den Exekutivausschuß zu veranlassen, eine Aufforderung zur sofortigen Erklärung des Generalstreiks zu erlassen. Im Loire- und Nordbecken, mit Ausnahme von Denain, ist die Anfahrt der Schichten normal.

Die Abhalfterung Wermuths.

Am zufriedensten über die Wendung in der Deckungsfrage ist die ultramontane Presse. Natürlich: erfolgte diese Wendung doch nicht zum geringen Teile durch Hertlings Fügung. Jedenfalls bekennt die „Germania": „Die Parteien der Rechten und das Zentrum andererseits haben keine Ursache, unzufrieden zu sein." Natürlich will das Zentrum, wie auch die konservativ-agrarische Presse, erst die „konkreten" Vorschläge der Regierung abwarten. Aber, so sagt die „Germania": „Vorläufig kann man sich damit zufrieden erklären, daß die Witwen- und Waisensteuer, die als „Erbschaftssteuer" empfohlen wurde, beiseite geschoben worden ist."

Während so die Zentrumspresse von Zufriedenheit überströmt, ist die nationalliberale Presse begreiflicherweise minder zufrieden. Die „Köln. Ztg." zwar ist derartig offiziös mystifiziert, daß sie am Sonnabend noch die Ankündigung der Aufhebung der Liebesgabe an Stelle der Erbschaftssteuer als „Kompromiß zwischen den Ansichten der Rechten und der Linken" charakterisierte. Wermuths Sturz war um diese Zeit der rheinischen Wetterfahne wohl noch nicht bekannt geworden. Deshalb bestand denn auch das einzige Wörtchen der Kritik für das nationalliberale Blatt darin, daß es gelinde Zweifel äußerte, ob die 50 (?) Millionen der Liebesgabe genügen würden, die Mehrausgaben für die Wehrvorlagen zu decken. Von einer Korrektur der Finanzreform des Schnapsblocks war vollends mit keiner Silbe die Rede!

Davon spricht bezeichnenderweise auch der Teil der nationalliberalen Presse nicht, der mit Wermuths Sturz und der Preisgabe der Erbschaftssteuer keineswegs einverstanden ist. An die Pflicht, das schnöde, gerade von der Hansabundagitation so tausendfältig gebrandmarkte Steuerverbrechen des Schnapsblocks durch Aufhebung wenigstens der empörendsten Schnapsblocksteuer zu mildern, mahnt nicht ein einziges der nationalliberalen Blätter! Ihre einzige Sorge ist vielmehr, ob Bethmann Hollweg denn auch Mittel genug bereit stellen wird, um die famosen Rüstungsvorlagen zu Wasser, zu Lande und in der Luft auch ohne jegliche Abstriche durchdrücken zu können. Nicht um die Milderung der Steuerausplünderung der Volksmassen sorgen sich die Herren Nationalliberalen, sondern um die lückenlose Durchführung der Rüstungsvorlagen, um die unbeschnittene Sicherung des Profits der Panzerplatten-, Kanonenpatrioten und anderer „patriotischer" Kumpane!

Die Brüskierung, die Herr v. Bethmann Hollweg durch Preisgabe Wermuths und seiner Erbschaftssteuerprojekte den gleichfalls auf die Erbschaftssteuer eingeschworenen Nationalliberalen zugefügt hat, wird weniger von den Nationalliberalen selbst, als dem „Berl. Tageblatt" empfunden, das da schreibt:

„Mit einer so vollendeten Nichtachtung hat noch kein Reichskanzler die Nationalliberalen behandelt, wie dieser, der ihnen seine Rettung aus einer höchst unangenehmen Lage verdankt. Herr Bassermann erklärt, wo immer er in letzter Zeit auch gesprochen hat, nur eine allgemeine Besitzsteuer könne als Deckung für die Wehrvorlagen in Betracht kommen. Nationalliberale Vereine, wo immer sie in letzter Zeit Resolutionen fassen, sprechen ihm ihr Vertrauen aus und pflichten dem bei. Derweilen verrät der gerettete Bethmann seinen standhaften Schatzsekretär an das Zentrum, nicht ohne bei den Konservativen sondiert zu haben, ob sie gegen den Pakt auch nichts einzuwenden hätten. Um die Nationalliberalen, die ihn aus der Patsche höfischer Verlegenheiten gezogen haben, kümmert er sich überhaupt nicht. Im Gegenteil, der Herr Schulmeister schlägt ihnen ihre Forderung einer Besitzsteuer rechts und links um die Ohren, geht hin, macht seinen Frieden mit den Schwarzblauen und zweifelt keinen Augenblick daran, daß die artigen Kinder ihm nach dieser harten Lektion noch pünktlicher folgen werden, als sie ihm bei der Präsidentenwahl folgten. Worin er sich, von einigem papierenen Lärm in ihrer Presse und ihren Versammlungen abgesehen, wohl nicht getäuscht haben wird."

In der Tat: wenn die Nationalliberalen identisch wären mit Herrn Bassermann, oder besser: mit Herrn Bassermanns Redeübungen, so müßten sie sich aufs tiefste indigniert fühlen durch Herrn Bethmann Hollwegs wegwerfende Behandlung. Aber die Nationalliberalen fordern nicht nur die Erbschaftssteuer, sondern sie fordern vor allen Dingen profitable Panzerschiffbauten, sie fordern weiter Schutz des Gruben- und Industriekapitals gegenüber den Ansprüchen der Arbeiterklasse. Und wenn ihnen die blauschwarze Reaktion, wie das ja geschehen, hier hinlänglich entgegenkommt, so sind sie auch in den strittigen Steuerfragen keine unversöhnlichen Unmenschen!

Ausbeuter-Pack schlägt sich und verträgt sich!

Der Krieg.

Die Türkei lehnt die italienischen Friedensbedingungen ab.

Konstantinopel, 17. März. Die Pforte ist bereits durch Vermittelung zweier Botschafter von der Antwort Italiens bezüglich der Friedensbedingungen in Kenntnis gesetzt worden. Die Hauptbedingungen sind Zurückziehung der türkischen Truppen und Anerkennung der Annexion Libyens, wogegen Italien sich bereit erklärt, der Türkei gewisse Vorteile zu gewähren, insbesondere eine Geldentschädigung, die Zustimmung zur Aufhebung der Kapitulationen für den Fall, daß auch die anderen Mächte ihre Zustimmung dazu erteilen, und die Anerkennung der religiösen Autorität des Kalifen. Aus informierter Quelle verlautet, daß die Pforte nach dem heutigen Ministerrate die türkischen Botschafter angewiesen hat, den Mächten zu erklären, daß sie diese Friedensbedingungen für unannehmbar halte.

Italienische Verstärkungen für Tripolis.

Rom, 18. März. Die italienische Regierung bereitet einen neuen großen Kampf für diese Woche in Tripolis vor. Wie der „Osservatore Romano" meldet, soll heute nachmittag 1 Uhr das 60. Infanterieregiment, welches durch 600 Mann des Jahrganges 1889 verstärkt worden ist und sich zurzeit in Rom befindet, von Terni nach Tripolis abgehen. In Kürze soll sich das zweite Dragonerregiment gleichfalls nach dem tripolitanischen Kriegsschauplatz begeben. Diese Truppen sollen nicht etwa als Ersatztruppen, sondern als Verstärkung an den kriegerischen Operationen, die in dieser Woche bevorstehen, teilnehmen.

Kreta und Griechenland.

Athen, 17. März. (Meldung der Agence Havas.) Die neue revolutionäre Regierung auf Kreta hat an den König von Griechenland ein Telegramm gerichtet, in welchem sie dem König ihre Konstituierung mitteilt und ihrer ehrfurchtsvollen Ergebenheit an den griechischen Thron Ausdruck gibt. Die revolutionäre Regierung wird heute ihre Konstituierung den Konsuln der Schutzmächte mitteilen. Es wurde beschlossen, daß künftighin alle Dekrete im Namen des Königs von Griechenland unterzeichnet werden sollen. Die Einberufung der Reserve und der Miliz wurde rückgängig gemacht. Es herrscht vollständige Ruhe in Kreta.

Protest der Türkei gegen die Vorgänge auf Kreta.

Konstantinopel, 18. März. Die Pforte ist wegen der neuen Wendung der Kretafrage lebhaft besorgt. Sie protestierte bei den Schutzmächten gegen die Abschaffung des Exekutivkomitees, die eine Verletzung des gewährleisteten Status quo bilde, und erklärte den Mächten und Griechenland, daß eine Entsendung der kretischen Deputierten nach Athen die türkisch-griechischen Beziehungen ernstlich gefährden würde. Gerüchtweise verlautet, daß eine Schutzmacht den übrigen vorgeschlagen habe, die Verwaltung der Insel einer neutralen Regierung zu übergeben.

Ein Journalist, der sich als Opfer eines Attentats ausgibt.

Rom, den 16. März. (Eig. Ber.) Den Kriegskorrespondenten Federico De Maria vom „Resto del Carlino" haben die Lorbeeren seines Kollegen Carrère vom „Temps" nicht schlafen lassen. Er sagte sich offenbar, daß ein Attentat eines Arabers heute den schnellsten Anschluß an die Unsterblichkeit vermittelt und hat deshalb in der Oase von Tripolis ein solches Attentat simuliert. Der Erfolg war anfangs ganz der Erwartung entsprechend. Die Zeitungen füllten ganze Seiten mit dem Anschlag und schrieben gar den armen Jungtürken die Absicht zu, alle Journalisten auszumerzen. Ehe der Enthusiasmus sich voll ausreifen konnte, kam aber leider die Nachricht, daß Herr De Maria den Anschlag nur simuliert hatte, weshalb er der Staatsanwaltschaft angezeigt worden ist. Für seine Zeitung ist die durch den Erfindungsgeist ihres Korrespondenten geschaffene Situation nicht eben angenehm.

Die Revolution in China.

Die ausländischen Geldgeber machen Schwierigkeiten.

London, 17. März. Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: Infolge der am 15. d. M. von englischen, französischen und belgischen Bankiers mit dem Waiwupu abgeschlossenen Anleihe hat die Gruppe der sechs Mächte den gewöhnlichen Vorschuß von einer Million Tael gestern nicht geleistet. Sie hat den ganzen Finanzplan für China bis Ende Juni verschoben, um inzwischen den Rat der Regierungen einzuholen.

Soldatenprotest gegen den neuen Kriegsminister.

London, 18. März. Die „Morning Post" meldet aus Shanghai vom 17. März: In Nanking und Shanghai haben die Truppen in Versammlungen gegen die Ernennung des kaiserlichen Generals Tuan Tschijui zum Kriegsminister protestiert, obwohl sie im Einvernehmen mit den Revolutionären beschlossen worden war.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. März 1912.

Schule, Zigeuner, Kaligesetz.

Aus dem Reichstag 18. März. Die Debatte über den Bergarbeiterstreik hielt den Reichstag drei Tage in Atem. Dafür wurden gestern an einem Tage drei Dinge verhandelt und zwar Dinge, die einigermaßen auseinanderklaffen: das Schulwesen, die Zigeunerplage und die Ausführungsbestimmungen zum Kaligesetz. Zu dem sozialdemokratischen Antrag, der den Ausbau der Reichsschulkommission zu einem Reichsschulamt verlangt und neulich in wirkungsvollster Weise vom Genossen Schulz begründet worden war, sprach zuerst im ablehnenden Sinne Herr Dr. Preuß. Dieser Zentrumsmann brachte es fertig, den heftigen Kampf, den seine Partei für Volksverdummung und Gehirnverkleisterung kämpft, einen heiligen Krieg zu nennen. Nach ihm brach der Nationalliberale Keinath eine Lanze für das Einjährigen-Institut und gegen die Zentralisation des Schulwesens, Müller-Meiningen vom Fortschritt legte sich für die körperliche Erziehung der Schuljugend ins Zeug und sein Fraktionskollege Bruckhoff errang sich mit seinem Eintreten für den Religionsunterricht in der Schule den Beifall der Rechten und im besonderen die Anerkennung des Lizentiaten Mumm. In klaren, wohldurchdachten Worten fertigte Genosse Schulz noch einmal alle Einwände gegen das Schulprogramm der Sozialdemokratie ab, aber außer den Hundertzehn erhob sich auch nicht ein Mann für den sozialdemokratischen Antrag.

Die Zigeunerfrage wurde durch eine Ankündigung des Staatssekretär Dr. Delbrück erledigt, daß auf Anregung Bayerns unter den bundesstaatlichen Regierungen eine Einigung über die Bekämpfung der Zigeunerplage angebahnt worden sei.

Dann begann die Debatte über die Ausführungsbestimmungen zum Kaligesetz, die im wesentlichen an eine an der Budgetkommission angeknüpfte sozialdemokratische Resolution anknüpfte. Genosse Hoch stach in einer unterrichteten und unterrichtenden Rede an die Wurzeln des ganzen Problems, mit einer guten Parallele zwischen dem Verhalten der bürgerlichen Parteien zum Kalisyndikat und zum Bergarbeiterstreik beginnend, ging auf die Frage der Rabatte ein und beschäftigte sich besonders eingehend mit den Propagandageldern. Er forderte Aufklärung über mehrfache mißbräuchliche Verwendung dieser Gelder und verlangte, daß die nicht verwandten Gelder der Reichskasse zufließen und verbleiben sollten. Allen Mängeln abzuhelfen sei nur die Verstaatlichung imstande, aber für das Monopol trete die Sozialdemokratie nicht etwa ein, um dem Zentrum seine Drückebergerei in der Erbschaftssteuerfrage zu erleichtern, sondern nur, wenn die Anträge zur Beseitigung von Verbrauchsabgaben und zu sozialen Zwecken bestimmt würden. Der Nationalliberale Bärwinkel ritt unter großer Interesselosigkeit selbst seiner Parteifreunde gegen den Beschluß der Budgetkommission an und Herr Behrens — Arbeiter ohne Gänsefüßchen — von der Wirtschaftlichen Vereinigung verbreitete sich über die Lohnfrage in den Kalibetrieben.

Schluß der Sitzung 7½ Uhr. Heute 1 Uhr Fortsetzung der Debatte.

Die Fortschrittliche Volkspartei und das sozialdemokratisch-fortschrittliche Stichwahlabkommen.

Am Sonnabend und Sonntag fand im Reichstagsgebäude eine Sitzung des Zentralausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei statt, in der Abgeordneter Fischbeck den Geschäftsbericht erstattete und darauf das mit dem Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie abgeschlossene Stichwahlabkommen darlegte. Nach dem „Berl. Tagebl." erklärte er, daß die von sozialdemokratischer Seite verbreitete Behauptung, die Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei sei an die Parteileitung der Sozialdemokratie mit dem Ersuchen herangetreten, jenes Abkommen zu schließen, unrichtig sei. In Wirklichkeit habe die sozialdemokratische Parteileitung derjenigen der Fortschrittlichen Volkspartei zuerst Vorschläge für ein Stichwahlabkommen gemacht. Im übrigen bezeichnete Abg. Fischbeck den Abschluß des Abkommens als notwendigen Ausfluß des Ergebnisses der Hauptwahl und als Konsequenz der politischen Haltung der Partei, die auf die Beseitigung der schwarzblauen Mehrheit gerichtet war.

In der Debatte fand das Stichwahlabkommen die Zustimmung aller Redner, da es der gegebenen politischen Situation entsprochen und die Selbständigkeit der Fortschrittlichen Volkspartei in keiner Weise beeinträchtigt habe. Es wurde denn auch schließlich mit allen gegen sechs Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Der Zentralausschuß spricht dem geschäftsführenden Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei für seine erfolgreiche Wirksamkeit bei den letzten Reichstagswahlen Dank und Anerkennung aus. Der Zentralausschuß billigt die von der Parteileitung getroffenen taktischen Maßnahmen, die unter Wahrung der vollen Selbständigkeit der Partei zur Beseitigung der bisherigen reaktionären Mehrheit des Reichstags geführt haben."

Aus dem Parteivorstand wird uns zu dieser Erklärung des Herrn Fischbeck geschrieben:

Der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei hat am Sonntag eine Sitzung in Berlin abgehalten, in der auch das Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratischen Partei behandelt worden ist. Ueber die Sitzung sind Berichte in bürgerlichen Blättern veröffentlicht worden, die als irreführend bezeichnet werden müssen. Da heißt es z. B.:

„Abgeordneter Fischbeck ... konstatierte ... daß die von sozialdemokratischer Seite verbreitete Behauptung, die Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei sei an die Parteileitung der Sozialdemokratie mit dem Ersuchen herangetreten, jenes Abkommen zu schließen, unrichtig sei. In Wirklichkeit habe die sozialdemokratische Parteileitung derjenigen der Fortschrittlichen Volkspartei zuerst Vorschläge für ein Stichwahlabkommen gemacht. ... In der lebhaften Debatte wurde festgestellt, daß die Geheimhaltung des Abkommens auf Wunsch der Sozialdemokratie beschlossen worden sei."

Jedem aufmerksamen Leser werden die diplomatischen Wendungen dieses Berichts aufgefallen sein, die den Anschein erwecken müssen, als sei der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei zuerst an den der Fortschrittspartei „herangetreten". Es sei deshalb festgestellt, daß zuerst ein Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei „herangetreten" ist, um Rücksprache zu nehmen wegen der Form, in der die auf dem Parteitag in Jena beschlossenen Stichwahlbedingungen von den fortschrittlichen Kandidaten anerkannt werden könnten. Im Laufe dieser Besprechung

hat dann der Parteivorstand betont, daß es angesichts der politischen Situation mit der Anerkennung der Jenaer Bedingungen allein nicht getan sei. Vielmehr müßte die Fortschrittliche Volkspartei, wenn sie unsere Stichwahlhilfe wünsche, bestimmte Bedingungen akzeptieren, die gegenseitige Hilfe gewährleisteten.

Gleichfalls unrichtig ist, was in den Berichten über den Wunsch betreffend die Geheimhaltung des Abkommens gesagt worden ist. Ein solcher Wunsch ist vom sozialdemokratischen Parteivorstand nicht geäußert worden. Nach der Veröffentlichung der Wahlaufrufe beider Parteien am Tage nach der erfolgten Verständigung konnte auch niemand im Zweifel sein, daß ein Abkommen zwischen den beiden Parteien getroffen worden war. Die Einzelheiten des Abkommens sollten allerdings auf Wunsch der Fortschrittlichen Volkspartei vor dem Abschluß der Stichwahlen nicht veröffentlicht werden.

Zentrumschristlicher Terrorismus und Landfriedensbruch.

Just zur selben Stunde, wo die Zentrumsgewerkschaftler und ihre Presse über den „Streikterrorismus der sozialdemokratischen Bergarbeiter" schreien, hat die Kölner Strafkammer acht Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes neben vier Mitgliedern der freien Gewerkschaft wegen eines angeblichen Streikexzesses zu Gefängnisstrafen von 3—4 Monaten verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich auch der christliche Gewerkschaftsbeamte Becker-Köln, der 4 Monate erhielt. Die Verurteilten hatten sich Ende Mai, gelegentlich eines Streiks in Eckdorf (Landkreis Köln) zu der Baustelle des Bauunternehmers Wieland begeben. Sie gerieten dort mit diesem und den Arbeitswilligen aneinander, wobei der Beamte mit einem Ziegelstein in die Seite geworfen wurde. Als nachher etwa 20 Streikende wieder an die Baustelle kamen, gab der Unternehmer zwei Schreckschüsse ab. Darauf warfen die Arbeitswilligen mit Ziegelsteinen und vertrieben die Streikenden mit langen Stangen. Als diese nochmals an der Baustelle erschienen, wurden sie von Dorfbewohnern mit Knüppeln und Dreschflegeln weggejagt.

Die Anklage lautete auf Zusammenrottung, um mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewalttätigkeiten zu begehen. Becker soll seine Kollegen zu dem Vorgehen veranlaßt haben. Er befand sich unter der „Zusammenrottung". Das Gericht erkannte an, daß von den Arbeitswilligen zuerst geworfen worden sei. Becker erklärte, erst nach einem Ziegelstein gegriffen zu haben, als der Unternehmer Miene machte, ihn zu schlagen. Ferner sollen die Streikenden den Unternehmer und die Arbeitswilligen beschimpft und bedroht haben.

Den Führern der Zentrumschristen sollte diese Bestrafung zu Gemüte führen, wie infam das Terrorismusgeschrei und der Ruf nach bewaffneter Macht jetzt im Kohlengebiet ist. Aber, aufgehetzt von der M.-Gladbacher Zentrale haben sie alle Besinnung verloren und lassen sich willig von den Bachemiten für deren politische Zwecke mißbrauchen.

Die Märzerinnerungen der „Kreuz-Zeitung".

Das Junkerblatt schreibt:

„Der kleine Soldatenfriedhof im Invalidenpark um die Invalidensäule, wo die am 18. März 1848 getöteten Soldaten bestattet sind, ist nach der vor einiger Zeit ausgeführten Erneuerung der Säule gut instand:. Zwar sind die Grabhügel etwas eingefallen, aber sie sind so dicht von Efeu umsponnen, daß von ihnen nichts mehr zu sehen ist; man sieht nur eine große grünende Hecke. Bei den Straßenkämpfen sind 21 Offiziere und Soldaten gefallen; drei Soldaten sind später an ihren Wunden gestorben. Die Namen der Getöteten sind auf einer großen Marmortafel links von der Säule angebracht. Die getöteten Offiziere sind Premierleutnant v. Wulffen vom Alexander-Regiment, Sekondeleutnant Tüpke vom 37. Regiment und Sekondeleutnant v. Zastrow vom 2. Garde-Ulanenregiment. Die getöteten Grenadiere und Füseliere gehörten dem 1. und 2. Garde-Regiment, den Regimentern Alexander und Franz, dem 2. und 12. Infanterie-Regiment an; auch vom 3. Husaren-Regiment ist ein Husar gefallen. 17 Soldaten und der Leutnant v. Zastrow haben ihre letzte Ruhestätte im Invalidenpark gefunden, die beiden anderen Offiziere und vier Grenadiere, darunter die an ihren Wunden später gestorbenen, sind an anderer Stelle beerdigt. Neben dem Leutnant v. Zastrow ruht der Grenadier Theyßen vom Franz-Regiment, der am Nachmittage des 18. März vor dem Gebäude der heutigen Reichsbank in der Jägerstraße auf Posten stand. Er hat eine besondere Gedenktafel erhalten, die sich noch heute am Bankgebäude befindet und deren schon etwas verwischte Inschrift folgendermaßen lautet: „Grenadier Theyßen vom Kaiser-Franz-Grenadier-Regiment aus dem Kreise Kochem, fiel hier durch Meuchelmord als erstes Opfer der Revolution in Berlin, den 18. März 1848, in Erfüllung seiner Pflicht als treuer Soldat. Sein Andenken ehrt König Friedrich Wilhelm IV."

Dazu ist zu bemerken: Am 24. März 1848 wurden in Berlin die im Straßenkampfe gefallenen Soldaten begraben, und zwar zwei Unteroffiziere und dreizehn Soldaten. Niemand wollte glauben, daß dies der ganze Verlust der Armee sei; später erst gab das Kriegsministerium 3 Offiziere und 17 Mann als tot, 14 Offiziere, 14 Unteroffiziere und 226 Mann als verwundet an. Auch diese Angaben wurden bezweifelt, wie später auch die Angaben der preußischen Verluste im badischen Feldzug. Die „Vossische Zeitung" meldete einige Zeit nach dem 18. März, daß Spreeschiffer des Nachts auf Anrufen geantwortet hätten, sie führten „Militärleichen", und der Tiefgang der Schiffe hätte auf 1200 bis 2000 schließen lassen. Diese Angabe ist ohne Wert. — Der Leutnant Tüpke, der im Kampfe auf dem Alexanderplatz schwer verwundet wurde und seinen Wunden nach einigen Tagen erlag, bedauerte vor seinem Tode, daß er sein Leben im Kampfe für ein veraltetes und ungerechtes System habe opfern müssen. — Der Grenadier Theyßen, an den heute noch die Tafel am Bankgebäude in der Jägerstraße erinnert, wurde am 18. März von einigen Leuten aus dem Volke angegriffen, die ihm sein Gewehr entreißen wollten. Im Ringen um die Waffe entlud sich diese und die Kugel tötete den Soldaten, indem sie ihm durch den Leib ging. Er war das erste Opfer des 18. März. Die Kamarilla im Schlosse log dem König nachher vor, dieser Grenadier sei durch „Meuchelmord" gefallen und so kam diese Lüge auf die Gedenktafel. Es ist dieses eine der kleineren Lügen der Kamarilla, die bekanntlich dem König eingeredet hat, es seien zum 18. März 30 000 Mann „gräßlichen Gesindels, namentlich Mannheimer", nach Berlin spediert worden. Die „Kreuzzeitung", die mit dem Gelde dieser Kamarilla gegründet worden ist, stellt sich natürlich, als glaube sie an den „Meuchelmord" in der Jägerstraße. Welch kindische nachträgliche Gehässigkeit!

Der Landtag für Sachsen-Weimar

ist nach dreijähriger Tagungszeit geschlossen worden. Nach der neuen Wahlrechtsreform, die mit Hilfe der Liberalen zustande kam, ist die Amtsdauer der Abgeordneten von drei auf sechs Jahre verlängert worden, so daß diesmal nicht wie sonst gewöhnlich nach dem Schluß des Landtages in die Wahlbewegung eingetreten wird. Die Liberalen sind sehr glücklich über diese „Reform", die eine erhebliche Verschlechterung für die Wähler, für die Liberalen freilich den Vorteil bedeutet, daß sie seltener zur Verantwortung gezogen und dem Urteil der Wähler unterstellt werden.

Italien.

Die Komplottschnüffelei.

Rom, 16. März. (Eig. Ber.) Wie vorauszusehen war, schnüffeln Polizei und bürgerliche Presse mit größtem Eifer nach einem Komplott, das die Hand des Attentäters gegen den König bewaffnet haben soll. Ein Beamter des „Banco di Roma" will gehört haben, wie zwei Individuen wenige Augenblicke nach dem Knall der Revolverschüsse gesagt hätten: „Es ist nicht geglückt, aber darum ist nicht gesagt, daß es nicht ein andermal besser geht." Ein norditalienisches Blatt, die „Cronica Prealpina" von Varese, will von einer anarchistischen Verschwörung wissen, die von den Jungtürken in der Schweiz angezettelt worden sei. Außerdem ist dieser Tage, was wahrscheinlich schon recht oft vorgekommen ist, ein russischer Nihilist von Venedig nach Süditalien gereist, und schließlich soll ein deutscher Ingenieur vor dem Attentat die italienische Botschaft in Berlin benachrichtigt haben, daß er drei Individuen belauscht hätte, die am 4. oder 5. März nach Italien reisen wollten, um ein Attentat zu vollbringen, für das jeder 500 000 Lire als Lohn erhalten sollte. Besonders die letzte Geschichte klingt außerordentlich glaubwürdig. Vernünftigerweise kann niemand die Komplottlegenden ernst nehmen. D'Alba lebte als Einsiedler, sprach und verkehrte mit niemandem und ist fast Analphabet. Es ist also ausgeschlossen, daß er brieflichen Verkehr über die geplante Tat gepflogen hat. Den Revolver hat er schon vor mehreren Monaten gekauft und sich seitdem im Schießen geübt, wie das Resultat zeigt, ohne großen Erfolg. Es berührt recht eigentümlich, daß die Zeitungen ganz schamlos melden, wie dem Verbrecher von den Polizeibeamten immer wieder die Freiheit in Aussicht gestellt wird, falls er seine Mitschuldigen nennt! Auf die Art kann man bei einem Schwachkopf eventuell nachträglich ein Komplott zustande bringen!

Die Parlamentsfraktion für die Sozialisten der Duma.

Rom, 16. März. (Eig. Ber.) In ihrer Sitzung vom 15. März hat die Parlamentsfraktion ein Votum für die sozialistischen Abgeordneten der Duma und gegen den an ihnen begangenen Justizmord angenommen. Sie hat weiter beschlossen, dem Präsidenten der Duma ein Schreiben zu übersenden, das den gefangenen russischen Kollegen die Sympathie der italienischen Sozialisten ausspricht und den Sachverhalt der russischen Gewalttat klarlegt. Die Sache wird auch im italienischen Parlament zur Sprache gebracht werden.

Belgien.

Die sozialistische Fraktion der Kammern

schloß sich in ihrer letzten Sitzung dem Protest gegen den an den Sozialdemokraten der russischen Duma verübten Justizmord an und beschloß die Abhaltung einer großen Protestversammlung, in der auch ein Vertreter der Liga für Menschenrechte und wahrscheinlich einer der Verurteilten reden werden. — Ein Protest wurde weiter gegen das vom Ministerpräsidenten angekündigte Schulgesetz beschlossen. Da seine Gründzüge dieselben wie die des unerledigten Schollaertschen Entwurfs sind, wird ihm derselbe Widerstand entgegengesetzt werden, sofern nicht, wie die Fraktion erwartet, der Wahlausgang alle Projekte dieser Sorte dauernd begraben wird. — Hinsichtlich der Vermehrung der Abgeordneten soll Stimmenthaltung erfolgen, da auch hier eine Begünstigung der Klerikalen geplant sei. — Bei Beratung des unzulänglichen Hilfskassen-Unterstützungsgesetzes wird obligatorische Krankenversicherung gefordert werden.

England.

Der Flottenetat im Unterhause.

London, 18. März. Bei der Einbringung des Flottenetats führte Churchill folgendes aus: Die Grundlage der Flottenpolitik ist die Finanzwirtschaft. Das finanzielle Aussehen des Flottenetats ist nicht erfreulich. Alle Welt baut Flotten. Alles, was mit der Flotte in Verbindung steht, wächst beständig an Größe, Kompliziertheit und Kosten. Der neue Etat ist fast völlig bestimmt durch die Etats der letzten beiden Jahre. Ich werde vielleicht im nächsten Jahre den Flottenetat im Unterhause nicht für ein Jahr, sondern für eine Reihe von Jahren vorlegen können. Aber für den Augenblick muß ich mich im Rahmen gewisser allgemeiner Andeutungen halten. Hauptsächlich infolge der Arbeiterausstände haben in diesem Jahre Verzögerungen in den Schiffsbau- und anderen Ausgaben stattgefunden. Dadurch wird die nominelle Reduktion von 300 000 zu einer wirklichen Reduktion von 600 000 Pfund Sterling. Dabei ist natürlich irgendwelche Vermehrung des deutschen Flottenetats nicht berücksichtigt. Ich will dem Hause die Flottenfrage mit vollkommener Offenheit darlegen. Es wird dies namentlich mit Bezug auf eine Macht notwendig sein. Durch eine indirekte Ausdrucksweise kann jetzt nichts gewonnen werden. Im Gegenteil, die Deutschen sind ein Volk mit derbem Verstand, deren starker männlicher Sinn und Mut vor einer offenen und ungeschminkten Feststellung von Tatsachen nicht zurückweicht und nicht verletzt wird, wenn sie höflich und ehrlich ausgesprochen werden. Jedenfalls muß ich meine Pflicht gegen das Haus und das Land erfüllen. Die Zeit ist gekommen, wo beide Nationen ohne Verstellung und Verstimmung die Bedingungen verstehen sollten, unter denen sich der Wettbewerb zur See in den nächsten Jahren gestalten wird.

Wir berechnen im Frieden unseren Schiffbau relativ nach Prozentsätzen. Dagegen werden Flotten im Seekrieg nicht durch Vergleich, sondern durch Subtraktion berechnet. Wir müssen erwarten, daß in einem Kampf zwischen guten und ebenbürtigen Flotten auf beiden Seiten ungeheurer Schaden angerichtet wird. Das ist sehr vorteilhaft für die stärkere Seemacht. Es wird sich stets für uns lohnen, Schiff gegen Schiff jeder Klasse zu verlieren. Der Prozeß des Ausmerzens würde uns, wenn auch auf einem fürchterlichen Wege, zu einem sicheren Siege führen, zu einem Zustand nicht relativer, sondern absoluter Ueberlegenheit. Mit der gegenseitigen Vernichtung der neuesten Schiffe steigen die älteren Schiffe schnell im Wert. Wir besitzen mehr Dreadnoughts als irgend zwei andere Mächte zusammen. Aber wenn alle Dreadnoughts der Welt morgen versenkt wären, so würde unsere Ueberlegenheit zur See weit größer sein als heute. Es ist sehr leicht, die Neubauten schnell zu vermehren, so lange man nicht durch die Kosten für die Erhaltung eines großen Bestandes belastet ist. Unsere deutschen Nachbarn haben noch nicht angefangen, die jährlich wiederkehrende Last der Erhaltung einer riesenhaften Flotte zu empfinden. Diese Aufwendungen wachsen langsam, aber unerbittlich. Daher kann im Laufe der Zeit das rapide Tempo der Neubauten in gewissem Grade durch den Hemmschuh der wachsenden Unterhaltungskosten aufgehalten werden.

Churchill erklärte es für falsch und verschwenderisch, ein Schiff für die britische Flotte einen Tag eher zu bauen, als es nötig sei, weil die Konstruktionspläne so schnell veralteten, und fuhr fort: Ich bin nicht bereit, gegenwärtig dem Hause die Annahme eines Standards: zwei Kiele gegen einen, mit Bezug auf Deutschland zu empfehlen. Die Zeit mag kommen, wo es notwendig wird. Es ist jetzt nicht notwendig. Ich wünsche, vollkommen klar zu machen, daß infolge der Maßregeln Mac Kennas nicht der geringste Grund zu Alarm und Verzagtheit vorliegt. Die Admiralität ist imstande, Tag für Tag die nächsten Jahre hindurch die Sicherheit des Landes und des Reiches absolut zu garantieren, und wenn das Haus künftig unsere Forderungen bewilligt, kann diese Aussicht unendlich ausgedehnt werden. Die Standards für die Flottenstärke müssen zeitweise nach den Umständen variieren. Als Frankreich und Rußland die beiden nächststärksten Seemächte waren und ihre Kombination möglich erschien, war der Zweimächtestandard ein zweckmäßiger Grundsatz. Das Emporsteigen der Flotte einer einzelnen Macht zum ersten Rang auf dem Kontinent hat dies verändert. Wir haben nicht mehr als die größtmögliche Gefahr das Bündnis zweier etwa gleichstarker Seemächte zu betrachten, sondern die Entwickelung einer sehr starken homogenen Flotte, die einer einzelnen Regierung untersteht. Daher ist der Zweimächtestandard nicht mehr anwendbar.

Schweden.

Gegen den Justizmord an den sozialdemokratischen Dumaabgeordneten.

Die sozialdemokratische Dumafraktion erhielt vom Genossen Branting folgendes Telegramm:

„63 Abgeordnete und 12 Senatoren der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion Schwedens schließen sich einmütig dem Protest der deutschen Abgeordneten an, und wünschen Ihnen herzlich Erfolg bei den Bemühungen, die Revision des Prozesses vom Jahre 1907 gegen ihre unglücklichen Genossen im Sinne des Rechts und der Gerechtigkeit durchzusetzen."

Mexiko.

Barbareien eines Insurgentenführers.

Washington, 18. März. Nach Berichten aus Mexiko hat der Insurgentenführer Zapata weiße Frauen angegriffen und gefangen genommen, wobei mehrere Frauen getötet wurden. Vor kurzem habe Zapata eine arme deutsche Frau gefangen genommen, sie beraubt und in grausamer Weise getötet.

Aus der Partei.

Es wird immer toller.

Rom, den 16. März. (Eig. Ber.) Die Sympathie der drei Rechtsreformisten, Bissolati, Bonomi und Cabrini, für alles, was mit dem Hofe im Quirinal zusammenhängt, wird immer schrankenloser. Nicht genug damit, daß die drei Abgeordneten sich nach dem Attentat zum König begeben haben, um ihn zu beglückwünschen, hat Bissolati schon vorher dem König ein Glückwunschtelegramm gesandt. Außerdem hat er der „Tribuna" zufolge im Gespräch mit Viktor Emanuel den Ausspruch getan, daß man das Attentat mit Genugtuung begrüßen müßte, wegen der Kundgebung, zu der es Anlaß gegeben hat, wenn es nicht das Leben des Majors Lang gefährdet hätte. Diese Worte bedeuten doch etwas mehr, als den bloßen Protest gegen ein Verbrechen; in ihnen liegt ganz offen eine Genugtuung über die monarchischen Demonstrationen, die sich an das Attentat angeschlossen haben. Man bedenke auch, daß diese vordringliche Huldigung dreier sozialistischer Abgeordneter, die anderen, die sich nicht als quirinalfromm erweisen, in den Schein setzt, als ob sie den Anschlag billigten.

Wir müssen unseren vorigen Bericht (siehe unter Italien in der Sonntagnummer. D. R.) auf Grund nachträglicher Erklärungen der betreffenden Genossen dahin richtig stellen, daß sich bei der Protestkundgebung gegen das Attentat alle anwesenden sozialistischen Abgeordneten von den Sitzen erhoben haben. Richtig zu stellen ist auch, daß der wilde Sozialist Ciccotti sich nicht in den Quirinal begeben hat.

Gemeindewahlsiege in Schlesien. Bei den Gemeindevertreterwahlen in Mittel-Gutschdorf wurde je ein Genosse in der zweiten und dritten Abteilung gewählt. In Rauscha erhielt Genosse Blum 108, die Gegner 18 Stimmen. Damit ist die ganze dritte Abteilung in unseren Händen. In Neu-Särichen wurde in der dritten Abteilung Genosse Kuhnt wieder- und in der zweiten Abteilung Genosse Hensel neugewählt. In Langenbielau wurden unsere bisherigen drei Mandate glänzend behauptet. In Hartlieb bei Breslau wurde Genosse Häugl wiedergewählt; die Gegner beteiligten sich überhaupt nicht an der Wahl. In Protsch-Weida wurde noch ein zweites Mandat erobert und in zahlreichen Orten des Landkreises Breslau stehen unsere Genossen in zum Teil aussichtsreichen Stichwahlen.

Eine korrigierte Behörde.

Vor einigen Wochen wurde in Altenplos bei Bayreuth Genosse Hübner zum zweiten Bürgermeister gewählt, vom Bezirksamt aber nicht bestätigt. Als Grund der Nichtbestätigung wurde kurioserweise auch der Austritt Hübners aus dem Veteranenverein angegeben. Bei der Ersatzwahl bekam das Bezirksamt von der Bürgerschaft einen nachdrücklichen Nasenstüber: Genosse Hübner wurde abermals zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Polizeliches, Gerichtliches usw.

Preßprozeß.

Der verantwortliche Redakteur des Bielefelder Parteiorgans wurde von der Strafkammer des Landgerichts Bielefeld zu 10 M. Geldstrafe verurteilt, weil er einen Gemeindevorsteher beleidigt haben sollte. Das Schöffengericht hatte wegen derselben Sache auf Freisprechung erkannt.

Letzte Nachrichten.

Aufteilung der Türkei?

Paris, 18. März. (P. C.) Die Telegraphenagentur „Information" verzeichnet heute eine Nachricht aus Petersburg, die geeignet ist, außerordentliches Aufsehen herbeizuführen.

Dieses Telegramm gibt als den wahren Grund der heutigen Deroute an der Petersburger Börse Gerüchte von einem **schweren Konflikt zwischen Deutschland und Rußland in der Orientpolitik** an.

Die russische Regierung beabsichtige, die orientalische Frage in ihrem ganzen Umfang aufzurollen und habe den Großmächten nichts weniger als eine **Aufteilung der Türkei** vorgeschlagen. Deutschland habe sich diesem Ansinnen auf das entschiedenste widersetzt.

Die Bergarbeiterbewegung in Böhmen.

Wien, 18. März. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Brüx: Die hiesigen tschechisch-nationalen und anarchistischen Bergarbeiter, welche die Majorität bilden, haben entgegen ihrer Zusage, bis zum 31. März zu warten, heute den Streik **begonnen. Zwei Drittel der Belegschaft streikte bei der Tagesschicht.**

Grubenexplosion.

Sosnowice, den 18. März. (P. C.) Auf der hiesigen Zeche „Kasimir" hat sich heute ein schweres Unglück ereignet. Aus bisher noch unbekannter Ursache erfolgte eine Explosion, durch die **zwei Arbeiter auf der Stelle getötet und eine große Anzahl anderer verletzt wurden.** Die Verwundeten wurden nach dem Krankenhaus gebracht, mehrere von ihnen liegen hoffnungslos danieder.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

29. Sitzung. Montag, den 18. März 1912, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel: Reichsschulkommission.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.), die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, der die Reichsschulkommission zu einem selbständigen Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen des Deutschen Reiches ausbaut.

Abg. Dr. Preuß (Z.): Wir bekämpfen den Antrag Albrecht schon deswegen, weil er eine Verfassungsänderung nötig machen würde. Ueberhaupt wünschen wir keine Einheitsschule, wie sie der Abg. Schulz hier verlangte. Unser Schulwesen steht auf der Höhe und hat den Vergleich mit dem Schulwesen keines anderen Landes zu scheuen. Auch die Schulgeldfreiheit, welche die Sozialdemokratie auch für die höheren Schulen wünscht, ist unmöglich durchzuführen; es würde das neue Steuern in großem Umfange nötig machen. Redner polemisiert, im Zusammenhang auf der Tribüne unverständlich, gegen die neulichen Ausführungen des Abg. Schulz zur Begründung des Antrages Albrecht und konstatiert mit Genugtuung, daß die Schulpolitik des Zentrums sich in keinem Punkte mit der der Sozialdemokratie berührt, die eine verzweifelte Aehnlichkeit mit der französischen Schulpolitik zur Zeit der französischen Revolution habe, wo der Konvent die Religion abschaffte, was zu ungeheurer Demoralisation führte.

Präs. Kaempf bittet den Redner, nicht zu weit von dem Thema Schulkommission abzuweichen.

Abg. Dr. Preuß (Z., fortfahrend): Wenn Sie die Religion aus der Schule verbannen, so demoralisieren Sie unser Volk. Aber wir werden den heiligen Krieg führen für unsere heiligsten Güter, um unsere Kinder vor dem Umsturz zu bewahren. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Keinath (natl.): Die Industriellen machen vielfach den Angestellten Schwierigkeiten, wenn sie sich zu den Offiziersübungen melden; das ist sehr bedauerlich. Selbst die Regierungen einiger Kleinstaaten verfahren ihren Beamten gegenüber in derselben Weise. Das widerspricht sicherlich dem Geist der Verfassung. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Der Abg. Schulz bedauerte die Verbindung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst mit einem Schulzeugnis, weil dadurch ungeeignete Elemente sich auf die höheren Schulen drängen. Aber das ist nicht zutreffend; die Eltern sind leider nicht immer vernünftig genug, Kinder, die sich für höhere Schulen nicht eignen, auch nicht auf solche Schulen zu schicken.

Daß das Reich sich um das Schulwesen mehr kümmert, wünschen wir ebenso wie die Sozialdemokratie; aber einer Uebernahme des Schulwesens auf das Reich können wir nicht zustimmen. Wir wollen auf diesem Gebiete keine Zentralisation. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Es ist eine Fiktion, daß die Einjährig-Freiwilligen durch ihre wissenschaftliche Ausbildung zur schnelleren militärischen Ausbildung befähigt werden. Die Militärverwaltung macht die entgegengesetzte Erfahrung. Man sollte daher die Berechtigung zum Einjährigendienst auch an eine Prüfung über die körperliche Tüchtigkeit binden. Das würde einen starken Anstoß zur stärkeren körperlichen und turnerischen Ausbildung auf unseren Schulen geben. Auf den englischen Schulen wird neunmal soviel Zeit auf körperliche Uebungen verwendet wie auf unseren Schulen. Nur 30 Prozent der zum einjährigen Dienst Berechtigten erweisen sich als militärtauglich. Das ist die stärkste Verurteilung der körperlichen Erziehung auf unseren Schulen. Auf diesem Gebiete sollten alle unsere Schulverwaltungen vorgehen. (Zustimmung bei der Volkspartei.)

Abg. Bruckhoff (Vp.): Unter den Forderungen, die neulich Herr Schulz vertrat, sind einige, die auch uns sehr sympathisch sind. Aber das sind nach unserer Meinung nicht Aufgaben der Reichsschulkommission, sondern Aufgaben der Einzelstaaten. Den jungen Leuten, die sich zum Volksschullehrerberuf vorbereiten, sollte das Einjährigenzeugnis nicht erst beim Verlassen des Seminars, sondern beim Eintritt in dasselbe gewährt werden. Ein Bildungsminimum ist durch die Gesetzgebung nicht durchführbar, denn Bildungsfragen sind Persönlichkeitsfragen. Den Religionsunterricht braucht die Volksschule (Hört! hört! rechts), das wage ich auch als fortschrittlicher Lehrer zu sagen, denn es hat mit fortschrittlicher Politik nichts zu tun. Die Hauptsache ist das gute Zusammenwirken von Schule und Haus. (Bravo! bei der Volkspartei und den Konservativen.)

Abg. Schulz (Soz.):

Meinen Erörterungen trat grundsätzlich der Abg. Dr. Preuß entgegen. Er steht zwar 38 Jahre im höheren Schulwesen, wie er sagte, aber trotzdem kennt er die Nöte des höheren Schulwesens sehr wenig, sondern hat sich in eine gewisse Fachverbohrtheit verrannt. Ich verweise für die Nöte des höheren Schulwesens nur auf die Schülerselbstmorde. Ich habe übrigens über das höhere Schulwesen nur so weit gesprochen, als es in seinem Aufbau und in seiner Entwickelung durch das Einjährig-Freiwilligen-Wesen gehemmt wird.

Herr Dr. Preuß und die anderen Redner fürchten von einem Reichsschulgesetz eine Schablonisierung. Wäre das richtig, so müßte das auch von einem Landesschulgesetz gelten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich in einem Reichsschulgesetz nur um grundsätzliche Bestimmungen, durch die keineswegs die selbständige Tätigkeit der kleineren Bezirke und Verbände unterbunden werden soll.

Daß wir die Schule ohne Religion wollen, daraus haben wir nie ein Hehl gemacht; aber selbstverständlich wollen wir damit nicht die Religion und Gott abschaffen. Wir wollen keinem seine Religion rauben, wir wollen auch keine Vergewaltigung unserer religiösen Anschauungen.

Daß eine Einheitsschule, wie wir sie wünschen, bei Unentgeltlichkeit des Besuches erhebliche Kosten verursachen würde, bezweifeln wir nicht. Aber diese Ausgaben halten wir für nützlich. Wenn Sie Millionen und Milliarden Jahr für Jahr für militärische Rüstungen anlegen, so sagen wir, die Millionen und Milliarden, die ein gut organisiertes Schulwesen verschlingt, würden nicht schlecht angewendet sein, sondern es würde dadurch auch die Wehrhaftigkeit des Volkes wesentlich gestärkt werden.

Die Anschauungen des Abg. Bruckhoff haben mich sehr überrascht. Mit den Beschlüssen des deutschen Lehrervereins scheint er nicht vertraut zu sein. Unser Antrag auf Erlaß eines Reichsschulgesetzes steht jetzt nicht zur Debatte, sondern unsere Resolution auf Errichtung eines Schulamtes, welches auch diejenigen Aufgaben erfüllen soll, die Herr Bruckhoff von der Reichsschulkommission verlangt, die aber leider gar keine Befugnis hat. Wir haben in unserer Resolution absichtlich keine speziellen Aufgaben genannt, damit der Reichstag dem Prinzip der Errichtung eines Schulamtes zustimmen kann. Wenn das nicht geschieht, werden die Lehrer erkennen, wer hier im Reichstag mit den Forderungen der Lehrerschaft am entschiedensten ernst machen will. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Mumm (Wirtsch. Vg.): Die Resolution verlangt die Einrichtung eines selbständigen Reichsschulamts. Damit werden die Sozialdemokraten ebenso allein stehen wie in den letzten Tagen. Ueber die Schulfragen ließe sich sehr viel sagen, aber mit Rücksicht auf die Fertigstellung des Etats können wir darauf nicht eingehen. An den Ausführungen des Herrn Bruckhoff hätte ich nicht viel zu kritisieren. (Hört! hört! b. d. Soz.) Das eine muß aber festgestellt werden: die Sozialdemokraten wollen nach ihrem Programm alle Eltern zwingen, ihre Kinder in religionslose Schulen zu schicken. (Abg. Pfannkuch: Sie wissen ja gar nicht, was im Erfurter Programm steht!) Ich kenne es halb auswendig. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Das Kapitel wird angenommen. Die Resolution Albrecht (Soz.) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Zum Kapitel Bundesamt für das Heimatwesen befürwortet Abg. Dietz-Constanz (Z.) eine Resolution, welche die Regierung ersucht, wirksame Maßnahmen gegen die durch das bandenweise Herumziehen der Zigeuner entstehenden Belästigungen der Landbevölkerung zu ergreifen.

Staatssekretär Dr. Delbrück teilt mit, daß die Grundlagen für gleichmäßig zu erlassende Anordnungen über die Behandlung der Zigeuner geschaffen seien. Wir hoffen, damit dem Ziele des Antrages näher zu kommen.

Abg. Rupp (Wirtsch. Vg.) wünscht beschonders scharfes Vorgehen gegen ausländische Hausierer.

Die Resolution Dietz wird angenommen.

Es folgt das Kapitel

Ausführung des Kaligesetzes.

Dazu beantragt die Kommission: 1. Den Reichskanzler zu ersuchen, gemäß § 22 des Kaligesetzes als vierte Ausgangsstation für die Berechnung der Frachten Mülhausen (Els.) festzusetzen. (Ein Antrag Röser (Vp.) will statt Mülhausen, Straßburg setzen.)

2. Den Reichskanzler zu ersuchen, möglichst bald einen Entwurf vorzulegen, der

a) dem § 18 des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen zufügt, daß die Durchschnittslöhne der in jedem Betriebe beschäftigten Arbeitergruppen sofort nach der Feststellung durch öffentlichen Anschlag in dem Betriebe bekanntgegeben werden;

b) dem § 19 zufügt, daß alle Quotenübertragungen sofort nach der Vereinbarung der Bergbehörde angezeigt und vier Wochen durch öffentlichen Anschlag auf dem übertragenden Werke bekannt gemacht werden;

c) den § 27 dahin abändert, daß ein Teil der in die Reichskasse fließenden Abgabe der Reichskasse verbleibt.

3. Den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag alsbald eine Denkschrift über die nach § 13 des Kaligesetzes festgesetzten Durchschnittslöhne, 1907—1909, und regelmäßige Arbeitszeit 1909 der Kaliwerke, sowie den Wortlaut der nach § 16 des Kaligesetzes abgeschlossenen Tarifverträge vorzulegen.

Ein Antrag Behrens (Wirtsch. Vg.) ersucht den Reichskanzler, anzuordnen, daß die alljährlich von der Verteilungsstelle nach § 13 des Kaligesetzes festgestellten Durchschnittslöhne und die regelmäßige Arbeitszeit der in jedem Kaliwerk beschäftigten Arbeitergruppen sofort nach der Feststellung und die im Berichtsjahr neuabgeschlossenen oder abgeänderten Tarifverträge (tunlichst im „Reichsarbeitsblatt") veröffentlicht werden.

Abg. Hoch (Soz.):

Die Absatzverhältnisse in der Kaliindustrie waren unhaltbar geworden. Ein Teil der Industriellen schloß sich dem Syndikat nicht an und zwischen ihnen und dem Syndikat kam es zu heftigen Zusammenstößen. Die Verhältnisse waren ähnlich wie zwischen den drei kämpfenden Bergarbeiterorganisationen und den christlichen und gelben, die ihren Brüdern in den Rücken fielen. Aber hier handelt es sich nicht um Arbeiter, die um menschenwürdige Lebensverhältnisse kämpfen, sondern um den Profit der Arbeitgeber, und daher nahmen die Regierung und die Vertreter der bürgerlichen Parteien eine ganz andere Stellung ein. Von der Begeisterung der Freiheit der Streikbrecher, von der moralischen Entrüstung über den Terrorismus der Streikenden war keine Rede, niemand dachte daran, gegen den

Terrorismus des Kalisyndikates

etwa die Polizei anzurufen. Im Gegenteil, die Herren von der Rechten, vom Zentrum und die Nationalliberalen schlugen sich auf die Seite des Syndikats und beeilten sich, ein Gesetz zustande zu bringen, das den Terrorismus des Syndikats stärkte und die Industriellen, die sich dem Syndikat nicht angeschlossen hatten, zu diesem Anschluß zwang, und so hat das Syndikat eine Herrschaft errungen, jedoch nicht aus eigener Kraft, vielmehr beruht sein stolzes Gebäude auf der durch das Kaligesetz geschaffenen Grundlage. Deshalb können wir auch nicht sagen, das Reich soll sich um diese Verhältnisse möglichst wenig kümmern und alles dem Syndikat überlassen. Wir haben vielmehr die Pflicht, darüber zu wachen, daß das Kalisyndikat den Gebrauch von dem Gesetz macht, den der Gesetzgeber beabsichtigt hat. Von diesem Gesichtspunkt aus nehmen wir zu den vorgeschlagenen Resolutionen Stellung.

Die unter 2 ist von uns in der Kommission eingebracht und von der Mehrheit angenommen. Unter a und b wird eine Aenderung des Kaligesetzes in bezug auf die §§ 13 und 19 verlangt, die einen Schutz der Arbeiter darstellen. Die beantragte Aenderung ist nur die notwendige Voraussetzung für die wirkliche Durchführung der §§ 13 und 19. Deshalb ist sie auch in der Kommission von der Mehrheit angenommen.

In der Kommission ist auch erwähnt, daß der Bundesrat sein Versprechen, Ausführungsbestimmungen über die Rabatte zu geben, nicht gehalten hat. Der Unterstaatssekretär hat angegeben, das sei deshalb geschehen, weil sonst die Rabatte den Konsumenten zugute gekommen wären, und das hätte Bedenken, weil der Handel dann ausgeschaltet würde. Ich gebe zu, daß das einen berechtigten Kern hat. Weiter ist aber mitgeteilt worden, die landwirtschaftlichen Organisationen, speziell der Bund der Landwirte, haben die Rabatte gar nicht haben

Kleines Feuilleton.

Ein vorsintflutliches Raubtier. In der Erforschung der prähistorischen Fauna und der Sammlung von Fossilien stehen die Amerikaner unbedingt an der Spitze. Fossilienjäger rüsten ganze Expeditionen aus, deren Funde von ersten Forschern bearbeitet und von Künstlern wie Knight rekonstruiert werden. Eine der Glanzleistungen der Saurierforschung ist die Zusammensetzung und Aufstellung des Skeletts eines riesigen vorsintflutlichen Raubtieres, des Allosaurus, über die Hans Becker in einem Aufsatz der „Umschau" berichtet. Von den vier Hauptgruppen der Dinosaurier waren drei harmlose Pflanzenfresser, während die vierte, die Theropoda, unseren Raubtieren entspricht. Diese Giganten der Tierwelt übertrafen alle anderen Riesen der Vorzeit an Massigkeit und Größe ihres Knochenbaues. Der Allosaurus war ein Ungeheuer, das mit einer seiner Klauen bequem den Kopf eines Menschen umspannen, und mit einem einzigen Druck zerquetschen konnte. Diesem Untier würde es keine Mühe bereitet haben, ein ausgewachsenes Pferd im Maule fortzuschleppen, wozu es auch durch den starken Bau seines Halses befähigt war. Dem riesigen Rachen dieses Tieres, dessen Zähne die Form von scharfen Dolchen hatten, wird kein Dinosaurier-Pflanzenfresser haben widerstehen können. Es finden sich nun in der Tat Reste von anderen Sauriern, die deutliche Benagungsspuren durch die Theropoda aufweisen. Doch hat man neuerdings behauptet, diese Nagespuren seien erst nach dem Tode beigebracht worden, so daß diese Urwaldriesen kein tatenreiches Leben in Raub und Kampf geführt haben würden, wie etwa heute der Tiger, sondern die Reste von Kadavern als Nahrung benutzt hätten, wie heute der Schakal. Dann aber wäre es unerklärlich, wozu diese Tiere mit dem gewaltigen Kopf, den langen Zähnen und dem dicken Hals ausgerüstet waren. Man wird deshalb den Allosaurus und seine Artgenossen, wie den Tyrannosaurus, Laelaps u. a. doch wohl als echte Raubtiere ansehen müssen. Die von diesen Riesen angegriffenen Pflanzenfresser waren übrigens keineswegs wehrlos. Der Triceratops konnte mit seinen drei Hörnern einem Raubsaurier sehr wohl gefährlich werden, dem Stegosaurus diente sein schwerer Plattenpanzer als Schutz, und auch die scheinbar wehrlosen Sauropoden, wie Diplodocus, Brontosaurus, hatten in ihrem peitschenartigen Schwanz eine gute Verteidigungswaffe.

Aus der Sklavenzeit der englischen Bergarbeiter. Gestützt durch eine mächtige Organisation, unterhandeln die englischen Bergarbeiter mit der Regierung ihres Landes als Gleichberechtigte und weisen die Vertragsvorschläge der Grubenbesitzer, wenn sie ihnen nicht genehm sind, voll Stolz zurück. Und diese selben Grubenarbeiter — so schreibt ein Mitarbeiter der „Glasgow News" — waren noch vor einem Jahrhundert Sklaven der Scholle, die durch eine Jahrhunderte alte Knechtschaft vollständig niedergedrückt waren und wie die Tiere behandelt wurden. Das Gesetz, das die Bergarbeiter Schottlands von dem Sklavenjoch befreite, trat erst am 18. Juni 1799 in Kraft; es sollten aber noch weitere 21 Jahre vergehen, ehe die Emanzipation auch den Bergarbeitern von Wales und England zugute kam. Ein Gewährsmann der „Glasgow News", der 25 Jahre nach der Verkündigung der Emanzipation die Ortschaft Niddry besuchte, fand, daß die Frauen der Bergarbeiter, die damals gleichfalls in den Gruben arbeiteten, noch all' die charakteristischen Merkmale der unterjochten Rassen aufwiesen: „ihr Mund war trichterartig geformt, und die Lippen waren dick und geschwollen; sie sprachen mit gedämpfter Stimme und schauten sich dabei scheu und furchtsam um, wie wenn sie die Peitsche des Aufsehers fürchteten; ihr angeborenes Sklaventum zeigte sich auch darin, daß sie, ohne zu zögern, jeden Befehl ausführten, selbst wenn er ihnen von einem Unbekannten gegeben wurde . . ."

Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg. „Die Jüdin von Toledo" gehört in die Reihe Grillparzerscher Nachlaßdramen, und ist erst nach des Dichters Ableben auf die Bühne gekommen. Hauptsächlich hat ihr Joseph Kainz als König Alfons zu nachhaltigen Erfolgen verholfen. Es steckt auch wirkliches Theaterblut in dieser einem Drama Lope de Vegas frei nachgestalteten Tragödie, weswegen sie sich bis heute zu behaupten vermochte. Das — hinter der Szene sich abspielende — Geschick der Jüdin ist freilich nicht zu tragischer Bedeutung erhoben. Ja, der Umstand, daß Grillparzer sämtliche in die Handlung verstrickte Hauptpersonen vollkommen im Geiste der altgriechischen Schicksalstragödie nur mit dem Bekenntnis ihres Mitverschuldens vom Schauplatz gehen heißt, wirkt eher gezwungen, daher ziemlich befremdend auf den modernen Zuschauer. Man mag es für eine Schwäche des Dramas ansehen, die allerdings wieder wettgemacht ist durch eine vorzügliche Charakterzeichnung der Heldin mit ihren Gelüsten und der Königin mit ihrer gleichfalls altgriechisch empfundenen priesterlichen Heiligkeit, die wirksam kontrastiert sind. Die Aufführung bewies, daß mit schuldigem Respekt vor dem Dichter verfahren wurde, wenn auch namentlich für die schöne Diktion keiner der Mitwirkenden das volle Rüstzeug eines nachschöpferischen Sprechers erbrachte. Als König hätten wir Georg Paeschke doch lieber gesehen. Immerhin bot Hans F. Gerhard eine annehmbare Leistung, obwohl mehr Wärme, mehr innerliche Reife zu wünschen gewesen wäre. Lia Rosen gelang das Leichtfertige, Kokette, Buhlerische, oft Kindische der Rahel im Sinne des Dichters überraschend gut. Zu großzügiger dramatischer Höhe verstand Hedwig Pauly als Esther sich zu erheben. Paul Bildt (Isaak) und Richard Wirth (Manrique) gaben vorzüglich umrissene Charakterchargen. e. k.

Musik.

Das Neue Theater bietet jetzt dem, der sich in halbvergangene Harmlosigkeit zurückversetzen will, eine günstige Gelegenheit zu mancher Unterhaltung und sogar Kunstfreude. Die Operette „Der Vogelhändler" von Karl Zeller ist mit ihren Späßen, die sich aus dem Verhältnis eines Kurfürsten von dazumal zu seinen bäuerlichen Untertanen ergeben, mit ihren Salontirolereien, mit ihren Paaren, die sich gerührt in die Arme fallen, mit ihrer berühmten Rolle der resoluten Briefchristel u. dergl. m. ein noch immer wirksames Zugstück. Am Sonntag wurde sie uns dort neueinstudiert vorgeführt, nachmittags — d. h. anspruchsloser als abends. Die Musik, nicht bedeutend, aber mit ihrer melodischen Anmut nachhaltig genug, könnte doch noch ungestörter zur Geltung gebracht werden. Es ist immer wieder interessant, zu sehen, wie die weiblichen Bühnenkünstler noch eher als die männlichen, ein Stück über dem Possenniveau zu halten verstehen. Wer sich das Ding anhört, wird uns wohl recht geben, wenn er Sang und Spiel der drei Hauptdarstellerinnen aufmerksam verfolgt. sz.

Humor und Satire.

Nationalökonomisches Praktikum.

Wie ausgestorben Stadt und Hafen:
Kein Kettenrasseln und kein Pfiff.
Kein Schornstein qualmt, die Krane schlafen,
Gelähmt am Anker döst das Schiff;
Und unbeweglich auf den Schienen
Steht wie verzaubert Zug und Zug.
Denn unten aus den schwarzen Minen
Erscholl der Ruf: „Es ist genug!"

Es ist genug. Wenn wir nicht wollen,
Dreht sich kein Rad und raucht kein Schlot.
Erklingt kein Pickel mehr im Stollen,
So seid ihr übermorgen tot.
Zwei Millionen Männerfäuste —
O fürchtet nichts! — voll Kohlenstaub
Faulenzen und — das ist das Neuste —
Ihr zittert schon wie Espenlaub.

Doch nein! In Preußen und in Bayern,
Wo man die Gräser wachsen hört,
Wird, auch wenn alle Braven feiern,
Die heil'ge Ordnung nicht gestört.
Dort gilt die Marke „schlecht und billig",
Die anderswo schon abgenützt;
Nur heißt sie heute „arbeitswillig"
Und wird gesetzlich noch geschützt.

Im Kriege zwar, den Fürsten führen,
Erschießt man jeden Deserteur,
Und keiner fühlt ein menschlich Rühren
Und gibt dem Lumpenhund Gehör.
Doch wer im Kampf ums Brot den Brüdern
Heimtückisch in den Rücken fällt,
Gilt bei den Frommen und den Biedern
Als Staatserretter und als Held.

O Eldorado der Philister,
Wie bist du schwer doch von Begriff!
Schick deine beiden Staatsminister
Nach London mit dem nächsten Schiff!
Dort wird ein Praktikum gelesen
In Nationalökonomie —
O Gott, es ist so schön gewesen,
Wenn auch nicht made in Germany!

(E. Steiger im „Simplicissimus".)

wollen, sondern hätten diese 170 000 M. am liebsten den Konsumenten überlassen wollen. Das glaube ich nicht. Ich bin vielmehr überzeugt, daß der Bund der Landwirte das Geld sehr gern in seine Hand bekommen will. (Lebhaftes Sehr richtig! links.)

Anders liegt es mit den sogenannten Propagandageldern. Nach § 27 des Kaligesetzes muß jeder Kaliwerksbesitzer für jeden Doppelzentner, den er absetzt, eine Abgabe von 60 Pf. an die Reichskasse entrichten, und diese Einkünfte sind für Propaganda zur Hebung des Kaliabsatzes zu verwenden. Der Reichstag hat die Kali-Industriellen zu dieser Abgabe für den Zweck der Propaganda zur Hebung des Kaliabsatzes gezwungen, und deshalb hat er auch die Verpflichtung, darüber zu wachen, ob die Gelder für diesen Zweck verwendet werden. Im vorigen Jahre sind viele Klagen darüber vorgebracht, daß das nicht geschehen ist. Daraufhin hat die Regierung unterm 28. Juli 1911 eine Bekanntmachung erlassen, worin ausgeführt wird, daß für wissenschaftliche Untersuchungen und Versuche sowie für Veranstaltungen, durch welche die landwirtschaftliche Bevölkerung in anschaulicher Weise mit solchen Untersuchungen bekannt gemacht wird, Vergütungen gewährt werden. Weiter heißt es, Vergütungen werden nur für solche Maßnahmen gewährt, die geeignet sind, die Kenntnis der Wirkung des Kalidüngers auf die Landwirtschaft zu fördern, und die Landwirte über die Anwendbarkeit und Notwendigkeit der Kalidüngung zu unterrichten. Für Maßnahmen dagegen, die lediglich eine Anpreisung der Kalisalze darstellen, werden Vergütungen nicht bezahlt. Diese Bekanntmachung hat nach meiner Meinung das Richtige getroffen. Nach der Menge des von landwirtschaftlichen Korporationen bezogenen freien Kalis werden die Rabatte berechnet; die Propagandagelder, die ja anderen Zwecken dienen, dürfen keineswegs ebenso berechnet werden. Eine Genossenschaft, die einen Kalibetrieb gar nicht hat, aber Propaganda treibt, hat Anspruch auf die Propagandagelder; eine Genossenschaft dagegen mit einem großen Kalibetrieb, die gar keine Propaganda treibt, hat einen solchen Anspruch nicht. Ich hebe das ausdrücklich hervor, weil der Deutsche Landwirtschaftsrat im Februar dieses Jahres den entgegengesetzten Standpunkt vertreten hat.

Aber andere Vorwürfe in bezug auf die Verteilung der Propagandagelder scheinen mir berechtigt. So hat der deutsche Fischereiverein 30 000 M. bekommen und eine Erklärung hat die Regierung hierfür nicht gegeben. 13 000 M. hat das Institut für das Gärungsgewerbe erhalten und 1000 M. der deutsche Hopfenbauverein. Die hohe Summe, die das Institut für das Gärungsgewerbe bekommen hat, ist recht auffallend. Ich habe mich bei den Herren, die etwas davon verstehen, erkundigt, diese haben die Sache nur mit verständnisvollem Lächeln aufgenommen. Ich frage die Regierung, ob diese 13 000 M. wirklich so verwendet sind, wie sie nach dem Gesetz verwendet werden sollen. Die Oeffentlichkeit muß um so mehr darüber Aufklärung erhalten, als das Institut für das Gärungsgewerbe in enger Beziehung zu dem Brauer- und Brennergewerbe steht, das doch wirklich keinen Anspruch auf eine Extraunterstützung vom Staat hat. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich gebe ja zu, daß die Verteilung dieser Gelder keine angenehme und dankbare Aufgabe ist. Der Unterstaatssekretär hat angeregt, hierfür einen aus Sachverständigen zusammengesetzten Beirat einzuberufen. Auch ich halte das für zweckmäßig. Aber es genügt nicht. Die Parteien haben ein Interesse daran, sich selbst von der Verteilung der Gelder zu überzeugen und deshalb wäre es zweckmäßig, daß auch die verschiedenen Fraktionen einen Vertreter in diesem Beirat entsenden.

Dann würde es zweckmäßig sein, über den Arbeitsplan, der sowieso veröffentlicht wird, und darüber, wie die einzelnen Gesellschaften, die die Gelder bekommen haben, den Arbeitsplan ausgeführt haben, dem Reichstag alljährlich eine Denkschrift zu unterbreiten, damit wir genau verfolgen können, ob die Gelder nutzbringend verteilt werden. Wir müssen um so mehr Wert legen auf eine genaue Kontrolle, weil die Verführung für die Herren von der Regierung sehr groß ist, mehr auszugeben als notwendig ist. Infolge des über Erwarten steigenden Absatzes von Kali floßen so viele Gelder in die Reichskasse, wie zur Propaganda gar nicht verwandt werden können. Das wissen die beteiligten Kreise. Die Regierung wird bestürmt mit allen möglichen und unmöglichen Anträgen auf Bewilligung von Geldern, und da liegt die Gefahr nahe, daß sie auch Gelder bewilligt, die nicht lediglich für Propagandazwecke ausgegeben würden. Um diese Verschleuderung von Reichsgeldern zu verhindern, brauchen wir eben eine genaue Kontrolle. Die Gelder, welche nicht zu Propagandazwecken gebraucht werden, könnten z. B. benutzt werden, um den kleinen Abnehmern, den kleinen Bauern, den Bezug von Kali zu erleichtern, und solche Arbeiter zu unterstützen, die durch den Rückgang der Produktion in einzelnen Kalibetrieben geschädigt werden. Ich gebe zu, daß diese Regelung nur ein Notbehelf ist. Wir würden die ganze Propagandafrage anders lösen, wenn wir in der Lage wären, das Gesetz zu ändern. Wir haben für das Kaligesetz gestimmt, weil wir nichts Besseres erreichen konnten, haben aber zunächst die Verstaatlichung in unserem Sinne verlangt, die aber leider abgelehnt wurde. In bezug auf das

Monopol

hat sich ein bezeichnender Umschwung in der öffentlichen Meinung vollzogen. Weite Kreise, die sich sehr ablehnend verhalten haben, denken heute ganz anders. Der Staatssekretär hat auf die Frage, wann wir das Monopol bekommen werden, geantwortet: Wenn wir dazu reif sein werden. Nun hoffentlich geht dem Staatssekretär bald die Erkenntnis auf, daß wir für die Sache doch schon reif sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Geschick des Herrn Wermuth sollte ihn warnen. Wenn eines schönen Tages die Herren vom Zentrum für das Kalimonopol eintreten, dann tritt vielleicht auch beim Staatssekretär die mögliche Reife auf, sonst muß er gehen. (Heiterkeit.)

Interessant war, daß der Staatssekretär zugibt, daß Fehler beim Kaligesetz gemacht seien. Aber es ist geradezu unerhört, daß die Regierung trotzdem nichts tut, um diese Fehler auszumerzen. Die im Kaligesetz vorgesehene Regelung des Absatzes in der Produktion ist sehr unvollkommen und geradezu unsinnig. Die Produktion muß verteilt werden nach einem einheitlichen Plan, einzig und allein nach der Zweckmäßigkeit. Der jetzige Zustand hat zur Folge, daß immer neue Produktionsstätten eröffnet und neue Schächte von den Betrieben gebaut werden, um sich ihren Anteil zu erhalten. Wir müssen die ganze Kaliproduktion planmäßig regeln, dann würden die Selbstkosten bedeutend vermindert werden, die Arbeiter brauchten nicht geschädigt werden, und die Abnehmer könnten das Produkt zu einem billigen Preise bekommen. Bei der heutigen Wirtschaft machen die gut gestellten Werke ein gutes Geschäft, und vor allem blüht die Spekulation. Zum Schaden der Gesamtheit werden einzelnen Leuten Riesenprofite zugeführt. Auch andere wichtige Fragen, wie die Regulierung der Abfälle, können heute nicht erledigt werden. Durch die jetzt betriebene Raubwirtschaft gehen ungeheure Schätze verloren. Nun ist in der „Kuxenzeitung" ein Artikel erschienen, der sich sehr eingehend gegen die Verstaatlichung wendet. Es wird dort darauf hingewiesen, daß große Kapitalien in der Kaliindustrie festgelegt seien, der Staat müßte über 3 Milliarden Entschädigung zahlen und würde dann nicht zu dem erwarteten Verdienst kommen. Die Leute haben sich unnötigerweise den Kopf zerbrochen. Wir denken natürlich nicht daran, Spekulationsgewinne zu entschädigen. Für uns sind Monopole nicht Selbstzweck, sondern wir erstreben sie im Interesse der Arbeiter und der Gesamtheit. Die Leute, die heute Papiere kaufen von den Riesenunternehmungen, wie Kaliwerken, Kohlen- und Hüttenwerken, elektrischen Werken, mögen sich vergegenwärtigen, daß die Verstaatlichung solcher Betriebe nur eine Frage der Zeit ist. Schrieb doch auch ein Fachblatt ersten Ranges, „Der deutsche Oekonomist", schon 1897: „Das Endziel der heutigen Kumulation aller Betriebe im Bank-, Verkehrswesen und der Industrie ist die Verstaatlichung, gleichviel, ob dies unvermeidliche letzte Ziel in einer kürzeren oder längeren Reihe von Jahren erreicht ist." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Recht hat die „Kuxenzeitung", wenn sie sagt, daß der Staat unrentabler arbeite. Wir denken auch nicht daran, unsere heutige Bureaukratie, die nur nützlich ist in kleinen und kleinlichen Verhältnissen, zu Herren der Betriebe zu machen. Das deutsche Volk ist reif genug zur Verstaatlichung; die Vorgänge im Ruhrrevier werden auch gewaltig dazu beitragen, daß nach einer Veränderung der Verhältnisse gerufen wird. Aber die können nicht durchgeführt werden von der deutschen Bureaukratie, die nach Militär ruft, die den Scharfmachern in die Hände arbeitet und der gewaltigen Kulturbewegung verständnislos gegenübersteht, — nein, je mehr sich die Staatsbetriebe ausdehnen, um so mehr muß der Einfluß der Bureaukratie zurückgedrängt und der großen Masse des Volkes Einfluß eingeräumt werden. Wir erstreben die Monopole auch nicht etwa als reine Finanzquelle. Wir denken nicht daran, sie Ihnen (zum Zentrum) darzubringen, damit Sie von der Erbschaftssteuer loskommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir würden nur dann für ein Monopol eintreten, **wenn die Ueberschüsse zur Verminderung der Verbrauchsabgaben und der Zölle auf Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände oder für soziale Zwecke verwandt würden.** Ich habe in einigen Sätzen festgelegt, wie ich mir die Verstaatlichung denke. Sie lauten:

1. Das Reich erwirbt die bestehenden Betriebe im Wege der Enteignung, soweit sie nicht auf der Grundlage der tatsächlichen Anlagekosten freihändig erworben werden können.

2. Die Leitung der Kaliwerke sowie der Absatz ihrer Produkte geschieht durch das Reich unter entscheidender Mitwirkung eines Beirates.

Der Beirat setzt sich zusammen aus vom Bundesrat und vom Reichstag ernannten, sowie von den Arbeitern und den Betriebsbeamten der Werke in gleicher, geheimer und direkter Wahl gewählten Mitgliedern.

3. Den Arbeitern und den Betriebsbeamten darf die Koalitionsfreiheit in keiner Weise geschmälert werden. Für die Betriebe gelten entsprechend alle Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter und Betriebsbeamten, insbesondere die der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuchs. Die Arbeitszeit ist auf 8 Stunden, an gesundheitsgefährlichen Betriebsorten noch weiter zu beschränken.

Für jedes Werk ist zur Festsetzung der Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen sowie zur Erledigung von Beschwerden durch die Belegschaften und Betriebsbeamten in geheimer, gleicher und direkter Wahl ein Arbeiterausschuß zu wählen, der gegen die das Arbeitsverhältnis berührenden Anordnungen und Entscheidungen der Betriebsleitung das Recht der Berufung an den Beirat (Ziffer 2) hat.

4. Die Löhne und Gehälter sind zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiterausschuß auf der Grundlage von Minimalsätzen zu vereinbaren. Die Minimalsätze bedürfen der Genehmigung des Reichstags.

5. Die Verkaufspreise sind im Gesetze unter Berücksichtigung der einheimischen Landwirtschaft gesondert für das Inland und das Ausland festzulegen.

6. Die Ueberschüsse der Kaliwerke sind zur Verminderung der Verbrauchsabgaben und Zölle auf Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände oder für soziale Zwecke zu verwenden.

Wenn nach diesen Grundsätzen die Verstaatlichung der Kalibetriebe durchgeführt wird, dann bin ich überzeugt, würden wir wirklich etwas im Interesse des arbeitenden Volkes erreichen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär **Richter**: Wir müssen erst die Wirkungen des Gesetzes abwarten, ehe wir eine Denkschrift darüber vorlegen. Der Vorredner erklärte es für einen Skandal, daß eine Aenderung des Gesetzes nicht beantragt wird, obwohl der Staatssekretär selbst zugibt, daß es Mängel hat. Aber wir können eben nicht jetzt schon an einem Gesetz herumdoktern, das erst 1910 erlassen ist; wir müssen eben auch hierzu erst die Wirkungen des Gesetzes abwarten. — Die unter 2a beantragte Zufügung zu § 13 wird den beabsichtigten Zweck nicht erreichen; denn die Durchschnittslöhne, die sehr schwer festzustellen sind, ermöglichen nicht einen Vergleich der Löhne der einzelnen. Auch gegen die Resolution Behrens habe ich Bedenken, denn wir können den einzelnen Werken nicht zumuten, ihre Lohnlisten zu veröffentlichen. Eher ginge es mit den Tarifverträgen, sie sollen veröffentlicht werden, wenn die Werke zustimmen. Auch der Resolution unter 2b und unter 3 können wir zustimmen.

Redner verbreitet sich dann, im Zusammenhang auf der Tribüne unverständlich, über die Frage der Rabatte, die den landwirtschaftlichen Organisationen nicht genommen werden dürften. Bei der Verteilung der Propagandagelder haben wir Sachverständige gehört. Wir sind gern bereit, neue Anregungen zu prüfen, wir glauben aber, mit unseren Bestimmungen das Richtige getroffen zu haben. Die 30 000 M., die der Fischereiverein bekommen hat, dienen wissenschaftlichen Versuchen. Das gleiche gilt von der Summe, die das Institut für Gärungsgewerbe bekommen hat. Selbstverständlich kümmern wir uns darum, daß diese Gelder auch gesetzmäßig verwendet werden.

Abg. **Bärwinkel** (natl.): Das Kaligesetz sollte nicht dem Profit der Unternehmer dienen, wie Abg. Hoch sagte, sondern der Verschleuderung der Kalisalze entgegentreten. Das Zwangssyndikat war zwar eine Folge, aber nicht die Absicht des Gesetzes. — Von den Propagandageldern muß jede Organisation, heiße sie Bauernbund, Hansabund, Bund der Landwirte oder sonstwie, etwas erhalten, wenn sie die dafür vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt. Von Kalischmiergeldern kann jetzt, nachdem das Reichsamt des Innern die Verwaltung der Gelder hat, keine Rede mehr sein. Erfreulich ist es, daß für die Auslandspropaganda mehr in den Etat eingestellt ist. — Mit der Resolution 1c, der auch die Sozialdemokraten zustimmen, verlangen sie eine Verbrauchsabgabe auf das Kali; damit verteuern Sie das Kali und damit die landwirtschaftlichen Produktionskosten, und somit auch die notwendigsten Lebensmittel. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Lassen Sie doch die Verbrauchsabgabe, dann wird das Kali billiger, und das ist auch die beste Propaganda. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) — Die Resolution 3 verlangt die Vorlegung der auf Grund des Kaligesetzes abgeschlossenen Tarifverträge. Richtige Tarifverträge sind sicherlich noch nicht auf einem einzigen Werk abgeschlossen. Es ist nicht gut, jetzt schon an dem Gesetz herumzumäkeln, der Industrie Monopole anzudrohen usw. Das beste ist jetzt, der Industrie Ruhe zu lassen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. **Bell** (Z.): Das Kalisyndikat verlangt von den an der holländischen Grenze wohnenden Landwirten, daß sie ihre in Holland gelegenen Grundstücke nicht mit denselben Kalisalzen düngen, wie die in Preußen belegenen. Das Syndikat beruft sich hierfür auf einige Paragraphen des Kaligesetzes. Aber durch dieses kann der Vertrag mit Holland nicht geändert werden, und das Verlangen des Kalisyndikats ist daher ungerechtfertigt; seine Auslegung verstößt übrigens auch gegen den Sinn des Kaligesetzes selbst.

Abg. **Röser** (Vp.) befürwortet seinen Antrag, statt Mülhausen (Elsaß) Straßburg als vierte Ausgangsstation für die Berechnung der Frachten festzusetzen.

Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vg.) befürwortet seine Resolution. Für verständige Vorschläge zur Verstaatlichung der Kaliwerke werden wir stets zu haben sein, aber bei Verwirklichung der Vorschläge des Herrn Hoch würde der Einfluß der Bureaukratie noch viel stärker werden.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 7½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

89. Sitzung. Montag, den 18. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow, v. Dallwitz, v. Belsen.

Die Ruhrstreik-Interpellationen.

In den Interpellationen der Konservativen, Freikonservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen wird Auskunft über den Stand des Streiks, über die angeblichen Ausschreitungen verlangt und Schutz der Arbeitswilligen gefordert. Die fortschrittliche Volkspartei fragt, was die Regierung zur Vorbeugung des Streiks getan hat und zu seiner Beendigung beitragen will.

Abg. **Strosser** (k.) begründete die Interpellation der Konservativen. Der Streik soll die christlichen Gewerkschaften zertrümmern. Die öffentliche Meinung steht auf seiten der Arbeitswilligen. Hunderte von Ausschreitungen werden gemeldet. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unbewiesene Angaben!) Schlagen denn die Polizisten, die doch Familienväter sind, ihr Leben mutwillig in die Schanzen? Eine Sprache wie die Sachses im Reichstag peitscht die Leute auf. Das Streikpostenstehen ist Terror. Vor zwei Jahren haben das auch die Fortschrittler gesagt. Aber seit den Wahlen ist das vergessen. Wir begrüßen die Ankündigung einer Einschränkung des Waffenhandels und überhaupt das schneidige Eingreifen der Regierung. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (fk.): Nach der Taktik „Haltet den Dieb!" suchen die sozialdemokratischen Arbeiterführer die Aufmerksamkeit von den politischen Motiven des Streiks abzulenken. Der alte Verband will im Ruhrgebiet allein herrschen. Verbrecherisch wird gegen die Arbeitswilligen vorgegangen. (Beifall rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser Machtprobe der Sozialdemokraten hat die Regierung nicht zu vermitteln, wenn sie nicht den sozialdemokratischen Bestrebungen Nahrung zuführen will. (Zurufe der Sozialdemokraten: Scharfmacherei!) Ich wollte, ich könnte die Spitzen der Regierung etwas schärfer machen. (Heiterkeit rechts.) Wir begrüßen das rasche Vorgehen der Regierung und das Militäraufgebot. Bei nachdrücklicher Anwendung der staatlichen Machtmittel wird die sozialdemokratische Machtprobe mit einer vollen Niederlage enden. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Lärm und Gelächter bei den Sozialdemokraten. Abg. Dr. Liebknecht ruft dem Abgeordneten v. Zedlitz zu: Infame Heuchelei! — Großer Lärm rechts.)

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa ruft den Abg. Liebknecht zur Ordnung, der, als dem Abg. Friedberg das Wort erteilt wird, nochmals laut ausruft: Infame Heuchelei! Stürmische Rufe rechts: Raus mit dem Kerl! raus! raus! Präsident Dr. Frhr. v. Erffa ruft den Abg. Dr. Liebknecht nochmals zur Ordnung und warnt ihn vor dem dritten Ordnungsruf. Nötigen Sie mich nicht, von meinen Machtmitteln Gebrauch zu machen! (Beifall rechts!)

Abg. **Friedberg** (natl.): Obgleich der Ruhrbergmann der bestbezahlte Arbeiter ist, waren die Zechenbesitzer zu weiteren Verhandlungen bereit, freilich nicht mit dem alten Bergarbeiterverband, dieser Kampforganisation. Auf Zeche Achenbach haben die Altverbändler dem Arbeiterausschuß vorgeschrieben, daß er über die Lohnfrage nicht verhandeln darf, da sie durchgekämpft werden soll. Eine Lohnsteigerung von 15 Prozent würde den Bergbau unrentabel machen. Wenn wegen der Teuerung gestreikt würde, müßte man doch bei den schlechtest bezahlten Arbeitern anfangen, statt bei den bestbezahlten. Der Redner lobt die Christlichen, daß sie nicht mitmachen bei diesem politischen Machtkampf der Sozialdemokratie. Wir erkennen an, daß die Regierung ihre Schuldigkeit getan hat. Militäraufgebot war notwendig und hat beruhigend gewirkt. Der Ingrimm der Sozialdemokraten über das Militäraufgebot ist verständlich. Die Polizei ging sehr gemäßigt vor. Die begreifliche Erregung der Streikenden ist nicht entschuldbar. Es darf nicht jeder seine eigenen Interessen vertreten ohne Rücksicht auf die Freiheit der andern. (Lebhafte Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa: Wenn der Reichstag mit 110 Sozialdemokraten die Verhandlungen ermöglicht, muß es doch auch hier mit 6 möglich sein. (Heiterkeit rechts, erregte Rufe der Sozialdemokraten, die auf die Provokationen der Rechten aufmerksam machen und sich den Ton des Präsidenten verbitten, der erklärte, daß von der rechten Seite überhaupt kein Ton gesagt wird. — Andauernder Lärm.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl., fortfahrend) verurteilt den Kontraktbruch der Arbeiter und erklärt, daß eine unerbetene Vermittelung der Regierung nur schaden kann. Der Staat muß bei solchen Interessenkämpfen Gewehr bei Fuß stehen und nur dafür sorgen, daß nicht die Allgemeinheit geschädigt wird. Ganz besonders hier, wo es sich um einen politischen Machtstreik handelt. Ein arbeiterfreundlicher Mann nur wünschen kann, daß die Schädigung der von unfähigen Führern hingerissenen Arbeiter nicht gar zu groß werden möge. (Stürmischer Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (Vp.): Bei den Herrenhausverhandlungen, nach denen man glauben müßte, daß wir erst durch Ströme Blutes hindurchwaten müßten, scheinen die Hauptvertreter der Intelligenz nicht dagewesen zu sein. Die Bergarbeiter wären auch mit 10 Proz. Lohnerhöhung oder weniger zufrieden gewesen. (Abg. Dr. Hoffmann: Das weiß Herr Friedberg auch.) Ob der Streik ausbrechen und namentlich, ob er mit Kontraktbruch inszeniert werden mußte, ist mir allerdings unklar. (Hört! hört! rechts.) Die Arbeiter haben losgeschlagen, ehe alle friedlichen Mittel erprobt waren. (Zustimmung rechts.) Auf der anderen Seite wurde einzelnen Ausschüssen die Zuständigkeit in der Lohnfrage rundweg bestritten. Wir verurteilen aufs schärfste den Terrorismus, aber die jetzigen Gesetze reichen aus. Das Anrücken von Maschinengewehren kann aufreizend wirken und den Verdacht erwecken, als stehe der Staat mit seinen Machtmitteln auf seiten der Arbeitgeber. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht neue Strafrechtsparagraphen und Ausnahmegesetze sind notwendig, sondern Vermittelungsinstanzen. Das Kaiserwort, daß Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen, wäre Wahrheit geworden, wenn der Handelsminister uns erklären könnte, auf den staatlichen Gruben ist alles so geordnet, daß nicht gestreikt zu werden braucht. (Abg. Harmann [natl.]: Graue Theorie! Unmöglich!) An die Gewerbegerichte müssen Arbeitskammern, ein Reichseinigungsamt, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und Tarifverträge angeschlossen werden. Wir hoffen, daß bald ein für beide Teile ehrenvoller Friede kommen möge. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. **Imbusch** (Z.): Die Sozialdemokratie plante so etwas wie einen internationalen Generalstreik. Gegenwärtig war der Streik eine Riesendummheit. Alle Vorbedingungen zum Erfolg, Geld und Einigkeit, fehlen. Der Arbeitswilligenschutz reicht aus, aber die Arbeitswilligen werden in unverschämtester Weise belästigt. Das muß selbst die „Frankfurter Zeitung" zugeben, die mit dem „Berliner Tageblatt" und dem „Vorwärts" auch einen Dreibund bildet. Eine tolle Hetze gegen die christlichen Führer hat eingesetzt. An der Spitze steht der „Vorwärts", das infame rote Lügenblatt! Im Reichstage haben die Sozialdemokraten unserem Redner „Judas" zugerufen; das ist Ihr Anstand. Die Sieger in diesem Streik werden wir sein. (Beifall im Zentrum.)

Handelsminister Dr. **Sydow** betont, daß wenn er sich auch an der dreitägigen Reichstagsdebatte beteiligt hat, für diese preußische Angelegenheit der preußische Landtag zuständig sei. Ich lege Wert darauf, der Meinung entgegenzutreten, als könne es die Absicht der preußischen Regierung oder des Parlaments sein, den preußischen Bergbau unter die Kontrolle des Reichstags zu stellen. (Lebhafter Beifall bei den Konservativen.) Der Minister schildert eingehend die Entwickelung der Bergmannslöhne. Absatzschwierigkeiten hätten die Lohnsenkung seit 1907 be-

gründet. Die scharfen Kämpfe bei den Sicherheitsmännerwahlen verursachen das scharfe Zerwürfnis zwischen dem alten Verband und dem christlichen. Während der Dreibund seinerzeit eine Lohnbewegung nicht für angezeigt erachtete, wurden auf einer internationalen Bergarbeiterzusammenkunft in Dover am 27. Januar 1912 gewissermaßen die Instruktionen für sein Verhalten aufgestellt. (Hört! hört! Abg. Leinert [Soz.]: Das ist unwahr!) Die Resolution, die in Dover angenommen worden ist, lautet folgendermaßen: Die Versammlung des Internationalen Komitees der Bergarbeiter bedauert die Handlungsweise des deutschen christlichen Gewerkvereins während der Bewegung über eine Lohnerhöhung. Es ist unsere Ansicht, daß die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne erzielt werden wird, wenn alle Bergarbeiterorganisationen Deutschlands einig und geschlossen handeln. Wir schlagen deshalb den hier vertretenen Bergarbeiterverbänden — es waren vertreten Franzosen, Belgier, Engländer und deutsche Vertreter vom alten Verbande — vor, ihre Agitation zugunsten der Lohnerhöhung fortzusetzen, und wenn die deutschen Bergarbeiter, nachdem alle Mittel gütlicher Vereinbarung mit den Unternehmern erschöpft sind, sich genötigt sehen sollten, zum Streik zu greifen, wird das internationale Komitee auf ihr Verlangen aufs neue zusammentreten, um über die praktischen Mittel zu beraten, mit denen man sie in ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum unterstützen kann." (Hört! hört!) Allerdings haben die englischen Bergarbeiter abgelehnt, ihrerseits zugunsten der Deutschen zu streiken (Hört! hört!), weil sie erklärten, vertragsmäßig an gewisse Kündigungsfristen gebunden zu sein. (Hört! hört!) In einer späteren internationalen Besprechung in London, an der wohl Herr Hue teilgenommen hat, wurde über den englischen Streik beschlossen. Bei den Verhandlungen zwischen Fiskus und Syndikat hat in der Tat die Frage eine große Rolle gespielt, daß im Falle der Erhöhung der Kohlenpreise auch ein Weg gefunden werden müßte, die wünschenswerte Erhöhung der Bergarbeiterlöhne eintreten zu lassen. (Lebh. Hört! hört!) Die christliche Organisation hat den Streik abgelehnt, weil eine Lohnerhöhung auch ohne Streik zu erwarten sei, und weil sie nicht gewillt seien, die deutschen Interessen zurückzustellen, um die der Engländer zu fördern. (Lebhafter Beifall.) Auf das Schreiben der Bergarbeiter von Anfang Februar hoben die Zechen hervor, daß eine Erhöhung der Löhne bereits erfolgt respektive mit Sicherheit zu erwarten sei. Dann kamen die bekannten Bergarbeiterforderungen und der Zusammentritt des Internationalen Komitees in London, an dem der Abg. Sachse teilnahm. Damals schwebten die Verhandlungen in England noch und es wurde noch keine Streikparole für Deutschland ausgegeben. Trotzdem die Zechen die Arbeiterausschüsse zu Verhandlungen über die Lohnerhöhungen beriefen, brach der alte Verband die Verhandlungen ab. Eine schematische Lohnsteigerung ist bei der unterschiedlichen Arbeit nicht angebracht. Deshalb haben die fiskalischen Zechen abgelehnt, mehr zu tun, als eine allgemeine Zulage zu gewähren. Man hatte keinen Grund zu zweifeln, daß wir dieses Versprechen auch erfüllen würden. Die Löhne haben Ende Februar d. J. den Höchststand von 1907 erreicht, teilweise sogar überschritten. Zum Zweifel an der Ehrlichkeit der Lohnversprechungen lag nicht die geringste Berechtigung vor. Der Hauptgrund zum Streik war nicht die Lohnfrage, sondern man wollte die durch den englischen Streik geschaffene günstige Lage ausnutzen. Man wollte die Zechenbesitzer durch den allgemeinen Kohlenmangel zwingen. (Abg. Dr. Liebknecht: Sie sind ein Zechenanwalt!) Ich vertrete auch die fiskalischen Zechen und habe ihre Interessen zu schützen. Es ist das letzte Mal, daß ich Ihnen antworte. Es wäre eine Verletzung der Würde des Hauses, wenn ich mich in Privatgespräche mit Ihnen einlassen würde. (Lebhafter Beifall. — Abg. Dr. Liebknecht ruft: Das ist ja hier eine Kinderschule. — Tobender Lärm rechts. Rufe: Werft ihn raus!)

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa ruft den Abg. Dr. Liebknecht zur Ordnung.

Minister Dr. Sydow: Ich will nicht von Sympathiestreik sprechen, aber unzweifelhaft ist die deutsche Bergarbeiterbewegung ein Glied in der Kette der internationalen Bergarbeiterbewegung. (Zustimmung.) Der Streik ist von 32 Prozent der Belegschaft am Dienstag auf 57,87, am Mittwoch auf 59,43 Prozent gestiegen. Mit dem Einrücken des Militärs beginnt die rückläufige Bewegung. Es streikten am 14. noch 56 Proz., am 15. noch 55½ Proz. und am 16. März noch 50 Proz. 24 000 Mann feiern wegen Krankheit. Am Sonnabend war ein Rückgang der Ausständigen um 5 Proz. zu bemerken. Bei der Frühschicht am Sonnabend waren noch 164 000, heute nur noch 153 000 Mann ausständig.

Wenn der Abg. Pachnicke gemeint hat, wie schön es wäre, wenn die fiskalischen Zechen streikfrei wären, so könnte man ja grundsätzlich alle Mitglieder des alten Verbandes ausschließen, aber das Geschrei möchte ich hören. Der Fiskus beschäftigt 13 000 Arbeiter, die übrigen Zechen über 300 000 Arbeiter. Wie sollen da die Bergwerksbesitzer dazu kommen, dem Fiskus in der Gewährung höherer Löhne nachzufolgen? Zur Beendigung der Streiks können wir nur das eine tun, daß wir alles vermeiden, was den Streik verlängern müßte und dazu gehört, daß die Freiheit der Arbeitswilligen geschützt wird. Wir müssen uns aber auch einer vorzeitigen Vermittelung enthalten. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Bergwerksbesitzer wünschen keine Vermittelung.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine solche unerbetene Vermittelung hat keine Aussicht auf Erfolg, sie würde aufgefaßt werden als eine Parteinahme gegen den, der die Vermittelung nicht gewünscht hat. Der nächste Schritt aber wäre das Rufen nach dem Einschreiten der Gesetzgebung. Es ist wohl nicht der letzte Streik, den wir erleben. Aber die irregeführten Arbeiter werden dadurch sehen, daß durch den Streik nicht mehr erreicht wird, als ohne ihn erreicht worden wäre. Hoffentlich nimmt der Streik bald ein Ende. Seine Verlängerung wird gerade die Bergarbeiter am meisten schädigen. (Beifall.)

Minister des Innern v. Dallwitz erklärt es als eine der vornehmsten Pflichten des Staates, jeden Arbeitswilligen zu schützen. Um rechtzeitig den notwendigen Polizeischutz bereitzustellen, ist im Ministerium des Innern ein alle großen Industriezentren umfassender, bis in die kleinsten Details ausgearbeiteter Verteilungsplan aufgestellt, (Hört! hört!) der ständig auf dem Laufenden erhalten wird und auch alle Gendarmen und Schutzleute genau bezeichnet, die für die Entsendung nach diesen Bezirken in Betracht kommen. (Hört! hört!) Es war also möglich, schon am 11. März, auf welchen Tag der Streikausbruch festgesetzt war, 5900 Mann Polizeitruppen im Streikgebiet zu haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das hielten wir für ausreichend. 1905 war es möglich, mit nur 3200 Mann Polizeitruppen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Auf Grund der damaligen Erfahrungen sind auch die Zechenwehren außerordentlich vermehrt worden, wodurch der Polizei die Bewachung der Zechenanlagen erheblich erleichtert wurde. Selbstverständlich habe ich von vornherein erforderlichenfalls militärische Hilfe ins Auge gefaßt. (Pfuirufe bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) Den Behörden wurde die rechtzeitige Heranziehung des Militärs nahegelegt. Der Minister liest dann eine Schilderung von Ueberfällen der Streikenden auf Arbeitswillige und Polizisten vor und fährt fort: Das ist nur ein Teil der festgestellten Exzesse. (Dr. Liebknecht [Soz.]: Festgestellt? — Gelächter rechts.) Die in Dortmund, Recklinghausen und Hamm immer deutlicher hervortretende Neigung zu Gewalttätigkeiten, Rohheiten, Widersetzlichkeiten und die übergroße Anspannung der Polizei machten die Entsendung von Militär notwendig. Dadurch scheint eine wesentliche Beruhigung eingetreten zu sein. Die Arbeitswilligen werden mit Gewalt und Ehrverletzung bedroht. Streikende machen auf den Werken Streikpropaganda. (Abg. Leinert [Soz.]: Ist ja nicht wahr! — Abg. Dr. Arendt [fk.]: Der ganze Streik ist nicht wahr! — Gelächter.) Die Kleider der Arbeitswilligen sind wiederholt beschmutzt und unbrauchbar gemacht worden. Der Minister erklärt dann, daß er das Haus nicht mit den Expektorationen der sozialdemokratischen Presse behelligen wolle und verliest unter dem Gelächter der Mehrheit und den den Inhalt bestätigenden Rufen der Sozialdemokraten Berichte des „Berliner Tageblatts" über die Unnötigkeit des Militäraufgebots. Da eine Verstärkung der Polizeimannschaften nötig, aber nicht möglich war, mußte natürlich Militär herangezogen werden. Der Minister verliest weiter einen Artikel des „Vorwärts". Da die Rechte hierbei fortwährend lacht, ruft Abg. Hoffmann (Soz.): Am vielen Lachen erkennt man den Narren! (Unruhe rechts.) Der Minister nennt die Behauptung, daß die Polizeimaßnahme überflüssig und die Beamten an den Exzessen schuld seien, grotesk und absurd. (Beifall bei der Mehrheit.) Er spricht weiter von üblicher Verdrehung und Entstellung, die durch die von ihm vorgetragenen Tatsachen (Rufe der Sozialdemokraten: Die Ihnen aufgebundenen Märchen!) völlig widerlegt werden. Die sozialdemokratische Streikleitung hätte doch nicht am 13. schon zur Ruhe dringend gemahnt, wenn dazu kein Anlaß gewesen wäre! Der Rückgang des Streiks nach dem Einrücken des Militärs läßt erkennen, wie groß der Terrorismus der Streikenden vorher war. Woraus leitet der sozialdemokratische Arbeiterverband das Recht her, seinen Willen den Angehörigen eines selbständigen, ihm gleichberechtigten Verbandes aufzuzwingen und dessen Mitglieder als Streikbrecher den Streikenden zur entsprechenden weiteren Veranlassung zu denunzieren? (Heiterkeit und Beifall bei der Mehrheit.) Darf der sozialdemokratische Verband es wagen, den 183 000 übrigen Arbeitern seinen Willen aufzuzwingen? Wenn die Streikleitung geglaubt haben sollte, die Staatsregierung werde ruhig zusehen, wie die Mehrheit der Arbeiter im Ruhrrevier in brutalster Weise vergewaltigt wird, wie sie durch Ehrverletzung, Mißhandlung und

Bombenattentate

(Entrüstete Rufe bei den Sozialdemokraten: Bombenattentate? Wo war denn das? — Rufe rechts und im Zentrum: Ruhe! Ruhe! — Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Unerhörte Verdächtigung! — Erneute stürmische Rufe rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen: Ruhe! Ruhe! — Präsident Dr. Frhr. v. Erffa bittet dringend um Ruhe) . . . dann hat sie sich gewaltig getäuscht und auf die ungeheuerlichen Beschimpfungen, die der Reichstagsabgeordnete Sachse unter Mißbrauch der parlamentarischen Immunität (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten, die diese Redewendung des Ministers als unerhört bezeichnen; laute Zustimmung rechts und im Zentrum) den unter Einsetzung von Leben und Gesundheit, unter Anspannung aller Kräfte ihres Amtes waltenden staatlichen Sicherheitsorganen nachzusagen den traurigen Mut gefunden hat. (Erneute stürmische Protestrufe der Sozialdemokraten, der Präsident ermahnt zur Ruhe. Zuruf der Sozialdemokraten: Er hat eine Beschimpfung ausgesprochen! Abg. Borchardt: Unverschämtheit! — Präs. Dr. Freiherr v. Erffa ruft den Abg. Borchardt zur Ordnung.) Auch diese Dinge können unsere Haltung nicht ändern. Die staatlichen Behörden und Beamten werden sich nicht abhalten lassen, nach wie vor ihre Pflicht zum Schutze des Lebens, der Gesundheit und der Ehre der Arbeitswilligen zu tun. (Abg. Hoffmann: Geschäftsführer der Konservativen!) Daß die bestehenden Machtmittel mit aller Energie einzusetzen sind, ist der unabänderliche Wille der Staatsregierung. Die Verantwortung fällt auf diejenigen, die zu Gewalttätigkeiten gegen die Arbeitswilligen und Beamten anreizen. (Stürmischer, anhaltender Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellation.

Abg. Hirsch (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich stelle fest, daß der Minister des Innern die Ausführungen eines Mitgliedes des Reichstages als Beschimpfungen bezeichnet hat. (Zuruf rechts: Das waren sie auch!) Ich erlaube mir die Anfrage, ob auch wir in Zukunft das Recht haben, Ausführungen von Mitgliedern anderer parlamentarischer Körperschaften oder Ausführungen vom Regierungstisch als Beschimpfungen zu bezeichnen. (Lachen rechts.) Durch Ihr Lachen ist meine Anfrage ja eigentlich beantwortet. Wir werden uns also nächstens das Recht dazu nehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus vertagt sich.

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.) verwahrt sich in persönlicher Bemerkung gegen die Polemik des Ministers Sydow, die sich gegen Ausführungen richteten, die Dr. Pachnicke gar nicht gemacht hatte.

Dienstag 11 Uhr: Antrag über den Religionsunterricht der Dissidentenkinder, Besprechung der Ruhrstreikinterpellation — Schluß 4½ Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Eine völlig haltlose Anklage gegen eine Jugendorganisation.

Gegen 22 Mitglieder der Jugendorganisation richtete sich ein Strafverfahren wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes, welches gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ehrecke die vierte Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Angeklagt waren 22, darunter 8 weibliche, jugendliche Personen, denen zur Last gelegt wurde, sich dadurch gegen die §§ 3 Absatz 2—4 und 17 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 vergangen zu haben, daß sie es unterlassen hatten, die Satzungen und das Mitgliederverzeichnis des politischen Vereins „Freie Jugendorganisation Weißensee" bei der Polizeibehörde einzureichen und ferner als Personen unter 18 Jahren an den Sitzungen eines politischen Vereins teilgenommen zu haben.

Dieser Anklage liegen folgende Einzelheiten zugrunde: Nachdem durch rechtskräftiges Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 14. Oktober 1910 der Verein „Freie Jugendorganisation für Berlin und Umgegend" für politisch erklärt worden war, erhielten die Polizeiorgane der einzelnen Vororte von Berlin die Anweisung, auf die einzelnen Zweigvereine der Jugendorganisation besonders achtzugeben und festzustellen, ob diese politischen Charakters sind. Der Gendarm Müller VI in Weißensee beobachtete deshalb den in einem dortigen Restaurant tagenden Verein und stellte hierbei einmal fest, daß der jetzige Mitangeklagte, Schriftsetzer Paul Schulz, an einem Tische stand und anscheinend einen Vortrag hielt. Obwohl weiteres Belastungsmaterial nicht vorlag, wurde eine Anklage erhoben, die dann, wie unseren Lesern erinnerlich, vor dem Schöffengericht mit einer Freisprechung der sämtlichen Angeklagten endete. Das Schöffengericht erkannte an, daß jeder Beweis dafür, daß der Verein einen politischen Charakter habe, fehle. Der Verdacht, daß eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt werde, sei bei einem nicht konfessionellen und nicht lediglich dem Vergnügen dienenden Arbeiterverein stets vorhanden und auch erklärlich, weil er ein Verein von Arbeitern ist, die alle einer politischen Partei angehören. Die Angaben der Angeklagten, daß der Verein lediglich der Bildung und der Aufklärung unter der jugendlichen Arbeiterschaft dienen solle, sei deshalb nicht widerlegt. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. In der gestrigen Verhandlung erklärte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, daß von den Angeklagten keinerlei Erklärungen über ihre Mitgliedschaft oder über sonstige den Verein betreffende Dinge abgegeben würden, so daß es Sache der Staatsanwaltschaft sei, den Beweis zu führen, ob die Angeklagten überhaupt Mitglieder waren beziehungsweise daß in den Versammlungen über politische Dinge gesprochen worden sei. In der Beweisaufnahme wurden mehrere Polizeibeamte auch über die Angaben vernommen, die ihnen die Angeklagten über ihre Beteiligung an dem Verein selbst gemacht hatten. Die Zeugenvernehmung ergab absolut nichts dafür, daß man sich in dem Verein oder in der erwähnten Versammlung mit politischen Angelegenheiten befaßt habe. Nunmehr beantragte der Staatsanwalt die Verlesung von Liedern aus dem Jugendliederbuch und ferner die Verlesung einiger Leitartikel aus der „Arbeiterjugend". Der Verteidiger, ersuchte, den Antrag als unerheblich abzulehnen. Es sei gar nicht nachzuweisen, daß die weniger politischen Lieder des Buches von den jungen Leuten gesungen wurden, und wenn wirklich einmal ein solches Lied gesungen worden sein sollte, so wäre das noch keineswegs ein Beweis dafür, daß die Organisation im Sinne des Gesetzes politisch sei. Wenn aber der Staatsanwalt bestimmte Artikel aus der „Arbeiterjugend" verlesen wissen wolle, so müsse er als Verteidiger beantragen, einen ganzen Jahrgang des Blattes herzunehmen, damit man ein richtiges Bild von dessen Charakter erhalte. Uebrigens sei der Antrag des Staatsanwalts auch deshalb unerheblich, weil das Blatt doch nicht Vereinsorgan war, sondern nur Abonnenten unter den Mitgliedern hatte. — Das Gericht lehnte den Antrag des Staatsanwalts aus den vom Verteidiger angeführten Gründen ab.

Der Staatsanwalt führte darauf aus, der Beweis für den politischen Charakter des Vereins hätte nur noch durch die vom Gericht abgelehnte Verlesung der erwähnten Schriftstücke erbracht werden können. Andere Beweise habe die Anklagebehörde nicht. Er müsse die Entscheidung dem Gerichtshof überlassen, könne aber die Berufung nicht zurückziehen. Der Verteidiger beantragte Freisprechung sämtlicher Angeklagten und Uebernahme auch der den Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen einschließlich der Verteidigungskosten auf die Staatskasse. Trotz des Aufgebots eines gewaltigen Apparats von Zeugen und angeblichen Beweismitteln und wiewohl Haussuchungen über Haussuchungen veranstaltet waren, seien als ganzes Beweismaterial nur übrig geblieben die roten Buchstaben, die auf einer in den Verkehrslokalen ausgehängten Tafel sich befanden und die die Anklagebehörde als „Beweismaterial" herbeigeschafft hatte.

Das Gericht sprach die Angeklagten frei. Es sei zweifellos, daß dieselben Personen, die in der Abteilung Weißensee der aufgelösten Jugendorganisation von Berlin und Umgegend eine maßgebende Rolle spielten, auch jetzt wieder an der Spitze des Vereins standen. Aber wenn dieser Verein auch berufen gewesen sei, sozialdemokratische Gesinnung zu pflegen, so genüge das nicht zur Feststellung seines politischen Charakters. Hierzu sei eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten als Vereinstätigkeit notwendig, und dafür sei der Beweis nicht erbracht. Die Kosten des Verfahrens müsse die Staatskasse übernehmen. Die notwendigen Auslagen, einschließlich der Verteidigungskosten, seien der Staatskasse jedoch nicht auferlegt. Denn so hätten die Dinge nach Auffassung des Gerichts nicht gelegen, daß die Anklage von vornherein als unbegründet anzusehen gewesen wäre.

* * *

Die Freisprechung ist erfolgt. Eine Unsumme von vermeidbaren Kosten ist dem Staat, das heißt den Steuerzahlern durch die Erhebung der Anklage auferlegt. Und wiewohl die Angeklagten als völlig schuldlos befunden sind, hat man ihre Auslagen der Staatskasse nicht auferlegt! Weshalb nicht? Die Begründung des erstinstanzlichen Urteils weist daraufhin: der Verdacht der Strafbarkeit liege bei einem Arbeiterverein stets vor. Der Verdacht, das heißt aus dem Strafdeutsch ins Bürgerliche übersetzt: der Wunsch, daß der Arbeiterverein strafbar sei. Haufen von Haussuchungen werden vorgenommen, die Angeklagten polizeilich inquiriert, ein großes Polizeiaufgebot und rote Buchstaben marschieren auf, ohne daß auch nur ein Funken Beweis erbracht wurde. Der „Verdacht" löst sich in blauen Dunst auf. Trotz der Hinfälligkeit des Beweismaterials beantragt der Staatsanwalt und beschließt ein Gericht aber, die Angeklagten seien „hinreichend verdächtig", gegen das Vereinsgesetz gefrevelt zu haben. Das Schöffengericht spricht frei. Das genügt dem Staatsanwalt nicht: Berufung wird eingelegt. Abermalige Freisprechung erfolgt. Und dennoch macht das Gericht von der ihm gegebenen Befugnis keinen Gebrauch, die Auslagen der freigesprochenen Angeklagten der Staatskasse aufzulegen. Und das mit der salomonischen Begründung, daß die Anklage „nicht von vornherein als unbegründet anzusehen gewesen wäre". Poztausend: wer kann dafür? Doch die Angeklagten nicht. Kann es denn eine unbegründetere Anklage geben, als eine gegen schuldlose Angeklagte angestrengte? Ist etwa jede haltlose Anklage „nicht unbegründet", wenn der Anklagebehörde nicht die Schuldlosigkeit klar ist? Das heißt ja, die Beweislast völlig umdrehen und „von vornherein", wenns der Staatsanwaltschaft behagt, jeden Menschen für alle möglichen und nicht begangenen Verbrechen „dringend verdächtig" zu erachten. Gesundes Rechtsempfinden nimmt an: nur wenn eine strafbare Tat begangen ist, kann jemand als der Täterschaft verdächtig erachtet werden. Hier ist's umgekehrt: weil überhaupt keine strafbare Handlung begangen ist und insbesondere die Angeklagten sich straflos gehalten haben, aber der „Verdacht" — lies: „der Wunsch" — einer strafbaren Handlung vorliegt, weil's sich um Arbeiter handelt — ist die hinfällige Anklage nicht „von vornherein" hinfällig. Je unbewußter, desto klarer hat das Gericht in diesem Fall gezeigt, daß es sich bei seiner fehlsamen Entscheidung über die den Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen von dem Klassenvorurteil gegen Arbeiter hat irreleiten lassen. Die Angeklagten sind freigesprochen, durch eine haltlose Anklage sind ihnen Auslagen aufgebürdet, weil sie unschuldig sind, aber nach Annahme der Anklage schuldig hätten sein sollen. Bei solcher Justiz ist Justiz und Gerechtigkeit klar zweierlei.

Wegen Aufforderung zum militärischen Landesverrat

hatte gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gockel gegen den aus der Untersuchungshaft vorgeführte Kaufmann Ludwig Zimmermann zu verhandeln.

In der Verhandlung wurde vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wegen Gefährdung der Staatssicherheit die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Wie aus den öffentlich verkündeten Urteilsgründen hervorging, handelt es sich um folgendes: Der Angeklagte befand sich vor einiger Zeit in schwierigen materiellen Verhältnissen. Um sich aus diesen herauszuhelfen, kam er eines Tages, als er eine Zeitungsnotiz über eine Spionageaffäre las, auf den Gedanken, sich ebenfalls als Spion zu betätigen. Er richtete an das „Nachrichtenbureau" des französischen Kriegsministeriums ein Schreiben, in welchem er seine Dienste als Spion anbot. Er erhielt auch nach einigen Tagen den Bescheid, daß man dort sein Angebot akzeptiere, wenn er nachweisen könne, daß er mit deutschen Offizieren in Verbindung stehe und Verbindung mit Militärs habe, die in den Grenzorten garnisonieren. Diesen Bescheid sandte er an einen gewissen

Feller, mit dem er eng befreundet war und der früher in einer an der französisch-deutschen Grenze liegenden Garnison Soldat gewesen war. Zu gleicher Zeit setzte sich der Angeklagte auch mit dem preußischen Kriegsministerium in Verbindung, dem er ebenfalls seine Dienste als Spion anbot. Inzwischen hatte jedoch die Behörde auf irgendeine Weise Kenntnis von der Handlungsweise des Angeklagten erhalten. Er wurde verhaftet, nachdem sich ergeben hatte, daß jener Brief an Feller die Aufforderung an diesen enthielt, sich an der Spionage zu beteiligen.

Vor Gericht bestritt der Angeklagte, sich im Sinne der Anklage strafbar gemacht zu haben und behauptete, daß jener Brief nur einen Scherz darstellen sollte. Das Gericht hielt den Angeklagten nach längerer Beratung des Vergehens gegen den sogenannten Duchesne-Paragraphen 49a des Strafgesetzbuches für schuldig, nach welchem sich derjenige strafbar macht, der einen anderen zur Begehung eines Verbrechens oder zur Teilnahme an einem Verbrechen auffordert. Mit Rücksicht darauf, daß es sich in dem vorliegenden Falle um eine Aufforderung zu der Begehung des Landesverrats handele, welche im Interesse der Sicherheit des Vaterlandes besonders schwer zu ahnden ist, erkannte das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf **9 Monate Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.**

Heu — ein Nahrungs- oder Genußmittel?

Unter dieser Ueberschrift hatten wir in Nr. 60 einen Gerichtsbericht gebracht, nach dem die Handelsfrau Dittmann aus Britz vom Landgericht zu 1 Tag Gefängnis wegen Diebstahls verurteilt war, weil die Angeklagte eine Handvoll Heu dem Molkereibesitzer Schuster entwendet hatte, um damit ihrer Ziege einen besonderen Leckerbissen zukommen zu lassen. Herr August Schuster zu Britz ersucht uns mitzuteilen, daß die Verurteilte „fortgesetzt Futtermittel" entwendet habe. Wir kommen seinem Wunsch nach, wiewohl das an der von uns geschilderten Rechtslage nicht das geringste ändert.

Folgen der Germanisierungsversuche.

Der katholische Pfarrer Grewin in dem Industrieort Holzweißig bei Bitterfeld lebt mit den polnischen Mitgliedern seiner Gemeinde auf sehr gespanntem Fuße, weil er in dem Verdacht steht, Polenunterdrückung zu betreiben. Er soll einmal gesagt haben, wenn die Polen, die auch zum Teil Sozialdemokraten waren, zusammen redeten, wäre es gerade, als wenn die Gänse schnatterten; passe es ihnen nicht, dann könnten sie ihren Bettel nehmen und sich wegscheren. In einer in einem Gasthause stattgehabten Versammlung, in der über die Wahlen zum Kirchenvorstande diskutiert wurde, kam es daraufhin zu recht stürmischen Auseinandersetzungen. Nach einem Vortrage des Geschäftsführers v. Deel, der andeutete, der Pfarrer habe im Sommer auffallend viel Gas, vielleicht Kirchengas zu Küchenzwecken benutzt, erklärten polnische Handwerker, der Pfarrer müsse dann auch gegen das 7. und 8. Gebot verstoßen haben. Uebrigens erhalte der Pfarrer vom Staate jährlich 500 Mk. „zur Germanisierung" der Polen. Der Pfarrer gab zu, 500 Mk. staatlicher Unterstützung zu erhalten, aber nicht zu Germanisierungs- sondern zu Reisezwecken usw. Die Polen wurden in der Versammlung derartig wütend, daß sie dem Pfarrer empfahlen, er solle einen Strick nehmen und sich aufhängen. Einer fluchte sogar: „Fort mit dem Lump". Die Sache beschäftigte die Hallesche Strafkammer, von der drei polnische Gemeindemitglieder wegen Beleidigung des Pfarrers zu je 30 Mk. Geldstrafe verurteilt wurden, während der mitangeklagt gewesene Geschäftsführer v. Deel seine Freisprechung erzielte.

Soziales.

Der neunte Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

findet vom 15. bis 19. Juni in Berlin statt. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" veröffentlicht in Nr. 11 die vorläufige Tagesordnung, wonach am 15. Juni, vormittags, die genossenschaftliche Ausstellung, die im Konzertlokal „Clou" stattfindet, eröffnet wird. Der 16. Juni (Sonntag) ist von Sitzungen frei. Am 17. Juni (Montag) findet dann, wie üblich, erst eine nichtöffentliche Sitzung der Funktionäre statt, während abends die Vorverhandlungen beginnen. Am 18. Juni erfolgt die Berichterstattung des Vorstandes und des Generalsekretärs. Ferner steht für den 18. Juni ein Thema von ganz besonderer Bedeutung auf der Tagesordnung, nämlich die Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherungs-Aktiengesellschaft „Volksfürsorge". Das Referat hierzu hat A. v. Elm übernommen. Ueber das neue Musterstatut, das die dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumvereine sich auf dieser Tagung geben werden, spricht der Verbandssekretär Schmidtchen. Am 19. Juni wird zunächst Dr. Aug. Müller über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels reden. Dann wird der Sekretär der Bildungskommission, Rupprecht, über die Tätigkeit dieser Kommission und insbesondere über die Unterrichtskurse berichten. Ferner werden die Berichte über die Unterstützungskasse des Zentralverbandes und über die Tätigkeit des Tarifamts erstattet. An den Genossenschaftstag schließt sich am 20. Juni die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine an. Für den 21. Juni ist ein Dampferausflug geplant.

Legt Auslieferungsbücher an!

Zwei Klagen, die gestern vor der Ersten Kammer des Gewerbegerichts gegen Frau Martha Schröder, Inhaberin einer Milchstube, gerichtet waren, lassen diesen Mahnruf berechtigt erscheinen. In beiden Klagen, die an und für sich ohne Belang waren, spielte eine wichtige Rolle die Frage, wieviel Blusen und wann dieselben von den Klägerinnen an die Beklagte abgeliefert waren. Trotz stundenlanger Verhandlung und Vernehmung mehrerer Zeugen konnte dies nicht einwandsfrei festgestellt werden. Die Klagen wurden schließlich durch Vergleiche aus der Welt geschafft. Es liegt aber sowohl im Interesse der Arbeitnehmer, wie auch der Arbeitgeber, daß jede Arbeit bei der Auslieferung und Einlieferung in ein dazu angelegtes Büchlein eingetragen und der Empfang der betreffenden Gegenstände bestätigt wird. Dadurch schafft man vielen Verdruß beiseite.

Berechtigt mangelhafte Arbeit zur sofortigen Entlassung?

Der Waschmeister B. war am 12. Februar d. J. von den Inhabern einer Waschanstalt, Gebr. Hoffmann, zu einem Wochenlohn von 32 Mark eingestellt worden. Am 19. Februar vormittags wurde er plötzlich entlassen. Er klagte nun vor der Ersten Kammer des Berliner Gewerbegerichts auf Zahlung von 64 Mark für die nicht innegehaltene gesetzliche 14tägige Kündigungsfrist. Der Vertreter der beklagten Firma machte geltend, daß Kläger erstens unverhältnismäßig viel Material (Seife, Soda) zu seiner Arbeit verbraucht, dann aber auch so unsaubere Wäsche geliefert habe, daß der Waschanstalt dadurch verschiedene Kunden abgegangen seien. Die beklagte Firma wurde mit Recht ständiger Praxis entsprechend verurteilt, dem Kläger 64 Mark zu zahlen. Wolle sich eine Firma davor schützen, daß ein neu eingestellter Arbeiter mangelnde Arbeit leiste, so sei es ihr unbenommen, denselben vorläufig zur Probe oder mit Kündigungsausschluß einzustellen. Geschehe dies nicht, so trete die gesetzliche Kündigungsfrist in Kraft, und eine sofortige Entlassung sei nach § 123 der Gewerbeordnung nur dann zulässig, wenn die mangelhafte Leistung auf den bösen Willen des Arbeiters zurückzuführen sei, also eine beharrliche Arbeitsverweigerung vorläge.

Versammlungen.

Zentralverband der Töpfer. Die Filiale Groß-Berlin hielt am Freitag eine allgemeine Mitgliederversammlung ab. Nach einem mit regem Interesse und großem Beifall aufgenommenen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Karl Giebel über das Thema: „Was haben die Gewerkschaften von dem neuen Reichstage zu erwarten?" erfolgte die Wahl eines Beisitzers in den Zentralvorstand. Die Wahl fiel auf Linz. — Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf den Antrag Kronfeld, der wie folgt lautet:

> Der Beitrag zum Lokalfonds wird vom 30. März d. J. auf 25 Pf. wöchentlich erhöht. Dafür werden zur Arbeitslosenunterstützung 50 Pf. täglich zugezahlt.

Wie Segawe mitteilte, ist der Vorstand zu dem Ergebnis gekommen, der Versammlung zu empfehlen, diesen Antrag abzulehnen. Nicht nur, daß man derartig tiefgreifende Anträge nicht aus dem Handgelenk erledigen könne, so habe auch eine Berechnung ergeben, daß bei Annahme des Antrages Kronfeld noch 9000 Mark pro Jahr zugezahlt werden müßten.

Von der Ausgabe von Sammellisten für die Porzellanarbeiter wurde abgesehen, dafür erhalten sie 1000 M. aus der Lokalkasse und außerdem 500 M., die bei der Sammlung für die Tabakarbeiter übriggeblieben sind. — Das Bureau der Ortsverwaltung soll aus verwaltungstechnischen Gründen in Zukunft von 8—10 Uhr morgens für den allgemeinen Verkehr geschlossen werden. In dringenden und wichtigen Fällen stehen dem einzelnen Mitgliede die Angestellten der Ortsverwaltung selbstverständlich zur Verfügung. An Sonnabenden ist das Bureau wie bisher morgens von 8 Uhr an geöffnet. Der Arbeitsnachweis wird von jetzt ab am Montag von 11½—12½ Uhr geöffnet sein. Die neue Einrichtung tritt am 25. dieses Monats in Kraft.

Hierauf beschloß die Versammlung, daß in Anbetracht der großen und langen Arbeitslosigkeit im Ofensetzgewerbe vom Montag, den 18. März, ab, bei unverglasten Fenstern gearbeitet werden darf. Jedoch wird erwartet, daß im Interesse der Gesundheit der Töpfer auf den Bauten, wo auch nur einigermaßen die Möglichkeit dazu vorhanden ist, dafür gesorgt wird, daß die Töpfer ihre Arbeiten zugfrei ausführen können.

Tabakarbeiter. In der am Freitag in Dräsels Festsälen abgehaltenen Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Zahlstelle Berlin, referierte Alwin Schulze über: „Die Aufgaben der Hamburger Generalversammlung". Daran schlossen sich längere Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Reichstagsabgeordneten Deichmann über das gleiche Thema. Vor allem anderen stehen im Vordergrunde aller Erörterungen der Statutenentwurf, der endlich die lang gewünschte Verschmelzung des Sortiererverbandes mit dem Tabakarbeiterverbande bringen soll. Die Sucht nach billigen Arbeitskräften, das Verlegen der Zigarrenfabriken aufs flache Land seitens der Fabrikanten hat beiden Branchen schweren Schaden zugefügt und den beiden Verbänden die Verschmelzung zu einer einzigen starken Kampf- und Abwehrorganisation zu einer wirklichen Lebensfrage gemacht. Diesem trage auch Inhalt und Charakter des Statutenentwurfs voll Rechnung.

Darauf verlas der Vorsitzende Kollege Nimmergut die Paragraphen des Statuts, die auf die vorzunehmende Delegiertenwahl Bezug hatten. Alsdann schritt man zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. Während der Stimmenauszählung erläuterte Deichmann den neuen Wahlreglementsentwurf. Nach längerer Debatte, an der sich Rosenthal, Börner und Schulze beteiligten, wurde das Resultat der Delegiertenwahlen verkündet. Aus der Wahl gingen Schulze und die Arbeiterin Ostinde hervor.

Die Emaillierer, organisiert im Deutschen Metallarbeiterverband, versammelten sich am Sonntagvormittag im „Gewerkschaftshaus", um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Emaillierwerken zu besprechen. Der Bericht über die Tätigkeit in der Branche während der Zeit vom November 1911 bis März 1912 lag der Versammlung vor. Zwei öffentliche Versammlungen und eine Reihe von Werkstattbesprechungen fanden statt. Die Organisation hat bis auf einige Betriebe Fortschritte gemacht. Durch Verhandlungen gelang es, die Achtstundenarbeit für Oefen- und den Neunstundentag für die übrigen Betriebe festzusetzen. Vertrauensmänner sind für alle Betriebe gewählt. Arbeitsgelegenheit war im letzten Halbjahr 1911 reichlich vorhanden, so daß viel Ueberzeit gearbeitet werden mußte. — Die Regelung von Differenzen in einigen Betrieben, die nicht zur Zufriedenheit der Arbeiter ausgefallen war, führte zu einer lebhaften Diskussion in der Versammlung. Schließlich wählte die Versammlung eine Kommission, die bei der Ortsverwaltung die Beschwerden der Emaillierer vertreten soll.

Aus aller Welt.

Was eine Dame braucht.

In einer amerikanischen Zeitschrift stellt ein Sachverständiger auf dem Gebiete der Mode Betrachtungen darüber an, was eine amerikanische Dame braucht, um in der großen Gesellschaft als ein würdiges Mitglied zu gelten; danach gehören dazu folgende Kleinigkeiten: 200 Paar seidene Strümpfe zu 2 Dollar: 400 Dollar; 40 Paar Handschuhe 175; 40 Paar Schuhe 750; 6 Paar diamantengeschmückte Schuhe 7250; 1 Paar mit Rubinen 400; 3 Paar mit Rheinkieseln 450; 24 seidene (240) und 70 Spitzenunterröcke (1875); 15 Fächer 225; 30 Nachmittagskleider 7220; 1 schwarzes Samtkleid 240; 1800 Meter Band 1000; 25 Abendkleider 10 000; 6 Handsäcke 300; 15 Hauskleider und Kimonos 975; 4 Pelzmäntel 7000; 20 Hüte 5000; Wäsche 4000; mit verschiedenem anderen zusammen 49 980 Dollar oder rund 209 000 Mark. Bei solcher Einschränkung auf das notwendigste begreift sich die Entrüstung über die unverschämten Forderungen der Arbeiter. Sicher höchste Zeit, daß eine ihrer Pflicht bewußte Obrigkeit energisch einschreitet — natürlich zum Schutze der Arbeitswilligen, deren Los den eleganten Damen und ihren ehelichen und außerehelichen Versorgern so besonders warm am Herzen liegt.

Massenvergiftung durch Methylalkohol.

Ende der vergangenen Woche erkrankten in Gelsenkirchen verschiedene Personen nach dem Genuß von selbstbereitetem Schnaps. Bis jetzt sind sechs Personen, und zwar vier Bergleute und zwei Frauen, gestorben. Sie hatten sich das zur Schnapsbereitung erforderliche Material in einer Drogerie gekauft. Es wird angenommen, daß Brennspiritus, der mit Methylalkohol denaturiert war, verabfolgt wurde.

Folgenschwere Explosion.

Eine furchtbare Explosionskatastrophe meldet der Telegraph aus San Antonio in Texas. In einem Lokomotivschuppen der Eisenbahn explodierte aus noch nicht festgestellter Ursache ein Lokomotivkessel. Der ganze Schuppen wurde dadurch demoliert. Vierzehn Menschen sind getötet worden; außerdem erlitten verschiedene Personen schwere Verletzungen.

Kleine Notizen.

Der Feldwebel als Mörder. Am Sonntag nachmittag hat in Meschwitz bei Bautzen der Feldwebel Symmank vom Bautzener Infanterieregiment Nr. 103 den 46 Jahre alten Ziegeleibesitzer Kraus und darauf sich selbst erschossen. Die Braut Symmanks hatte ihr Verhältnis zu ihm gelöst und wollte den Ziegeleibesitzer Kraus heiraten. Ein auf das Mädchen abgegebener Schuß ging fehl. Kraus und Symmank waren sofort tot.

Im Kampfe mit Wilddieben. In der Eifel wurden ein Polizeisergeant und ein Gendarm, die einen Wilderer verfolgten, von diesem mit Schüssen empfangen. Der Polizeisergeant wurde erschossen, der Gendarm verwundet.

Untergang eines Dampfers. Nach einer Lloydsmeldung aus Spezia hat der schwedische Dampfer „Canadia" berichtet, daß der britische Dampfer „North Briton" auf der Höhe von Cardiff gesunken ist; nur ein Mann ist gerettet.

5 billige Knaben-Tage!

Dienstag — Mittwoch — Donnerstag — Freitag — Sonnabend

Große Gelegenheitsposten wesentlich unter regulären Verkaufspreisen:

Sport- und Blusen-Anzüge sehr gute Stoffe, für 3–8 Jahre . . durchweg Qual. II Mark 4.50 Qual. I Mark 6.50
Manschester-Anzüge in vielen Farben, schöne Fassons, für 3–8 Jahre . . durchweg Qual. II Mark 3.50 Qual. I Mark 6.50
Blaue Kammgarn-Anzüge hochgeschlossen oder offen mit Ueberkragen für 3–8 Jahre . . . . . durchweg M. 6.50
Jackett-Anzüge in den neuesten Stoffen, auch aus Resten gearbeitet, für 9–14 Jahre, durchweg Qual. II Mark 7.50 Qual. I Mark 9.50
Schulhosen aus guten gezwirnten Stoffen, für 8 bis 14 Jahre . . . . . durchweg Mark 2.–
Farbige Trikot-Sweater M. 1.45 1.10 95, 55 Pf.

Wasch-Anzüge Blusen- und Matrosenformen, gestreifte und glatte Waschstoffe, für 3–8 Jahre durchweg M. 2.25 1.30 70 Pf.
Wasch-Anzüge verschiedene Formen, Ledersatin sowie Ia gestreifte Waschstoffe, für 3–8 Jahre durchweg M. 4.65 3.40
Kieler Wasch-Anzüge gestreift, Kadettstoff, wundervolle Paßformen, f. 3–8 J. durchw. Qual II M. 3.30 Qual. I Mark 4.60
Kieler Wasch-Anzüge gestreift, Kadettstoff, sow. gute glatte Satins, f. 9–12 Jahre durchw. Qual. II M. 3.95 Qual. I Mark 5.30
Wasch-Anzüge Prinz-Heinrich-Form, gestreift, Kadettstoff, für 3–8 Jahre . . . . durchweg Qual. II Mark 3.10 Qual. I Mark 4.50
Satin-Sporthosen waschecht für 3–8 Jahre M. 1.60 f. 9–15 Jahre 1.95
Stoff-Hosen aus guten haltbaren Stoffen, für 3–8 Jahre . durchweg M. 1.50 60 Pf.

Einzelne **Waschblusen** aus Resten aufgearbeitet für 3–8 Jahre durchweg M. 1.15 90, 45 Pf.

Einzelne **Waschhosen** aus verschiedenen Stoffen für 3–8 Jahre durchweg M. 1.15 80, 45 Pf.

BaerSohn

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Straße 20

11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Pelerinen für Knaben und Mädchen
nur imprägnierte Stoffe, graue oder grünliche Strichloden in den Längen
70, 80, 90 cm durchweg Mark 4.50
100, 110 cm durchweg Mark 6.00

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Generalversammlung von Groß-Berlin.

Der Saal der „Konkordia“ in der Andreasstraße war am Sonntag von den Delegierten bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch die geräumigen Galerien wiesen eine große Schar von Gästen auf, standen doch wichtige, die Partei bewegende Dinge auf der Tagesordnung.

Mit einem formvollendeten, beifällig aufgenommenen Referat des Gen. Dr. Heinemann über: „Neue Fesseln für das Proletariat durch die Strafgesetzgebung“ begann die Versammlung. Die vom Referenten begründete Resolution wurde einstimmig angenommen.

Wir werden das interessante Referat, das den Genossen auf Beschluß der Versammlung auch noch durch Separatabdruck zugänglich gemacht werden soll, ebenso wie die Resolution dazu, wegen Raummangel erst morgen wiedergeben.

Eine

Resolution zugunsten des Bergarbeiterstreiks,

die Genosse Ernst hierauf verlas, wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen. Sie lautet:

„Die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend entsendet **den streikenden Bergleuten den Ausdruck ihrer wärmsten Sympathie** und ihrer **brüderlichen Solidarität** mit dem Wunsche, daß den tapferen Kämpfern der Sieg gehören möge.

Sie **verurteilt** aufs schärfste die **einseitige Stellungnahme der Regierung** zugunsten der Grubenherren. Die Regierung hat ihre Pflicht versäumt und in dem schweren Kampfe jede Vermittelung abgelehnt. Sie hat sich wiederum erwiesen als der **Ausschuß der besitzenden Klassen.** Dem Kommando der Scharfmacher und der Arbeiterverräter des Zentrums gehorchend, hat sie unbedenklich zu dem gefährlichsten und verderblichsten Mittel gegriffen, fremde Polizei und Gendarmerie massenhaft in das Streikgebiet entsendet. Sie trägt die Verantwortung, wenn sich Schreckensszenen abspielen, wie sie die Verteidigung im Moabiter Prozeß gebrandmarkt hat. Vier unschuldige Todesopfer zeugen von der Weisheit der Regierungsmaßregel. Aber nicht genug damit.

Die von der Polizei geschaffene Erregung diente der Regierung als Vorwand, Infanterie, Husaren und Maschinengewehre gegen die Streikenden zu mobilisieren. Nur der **bewunderungswürdigen Disziplin der Arbeiter** ist es zu verdanken, daß bis jetzt **unnennbares Unglück verhütet** und der Wunsch der Arbeiterfeinde unerfüllt geblieben ist, den Kampf der Bergleute im Blute zu ersticken.

Die Generalversammlung fordert von der Regierung in wirtschaftlichen Kämpfen die **Einhaltung strengster Neutralität** und sie verurteilt auf das schärfste das **ruchlose Treiben kapitalistischer, junkerlicher und klerikaler Soldknechte, die eine gewissenlose Hetze zur gewaltsamen Niederwerfung der streikenden Bergarbeiter** entfaltet haben. Sie erklärt gegenüber den Provokationen der Herrenhäusler ihre **unerschütterliche Entschlossenheit, das Koalitionsrecht bis aufs äußerste zu verteidigen** und den Gewerkschaften volle Bewegungsfreiheit zu erkämpfen.“

Genosse Dobrohlaw gab nun das Resultat der inzwischen vorgenommenen

Wahl eines Verbandssekretärs

bekannt. Es erhielten Stimmen: Wolderski 109, Hunfleisch 39, Theodor Fischer 472, Scholz 221. Gewählt ist Theodor Fischer, der die absolute Mehrheit erhalten hat.

Es folgt der zweite Punkt der Tagesordnung:

Vorstands- und Kassenbericht.

Vorsitzender Eugen Ernst: Kaum ein Jahr war verflossen, seit wir unseren unvergeßlichen Paul Singer zu Grabe getragen hatten, da verlor der Verband einen seiner Gründer, den Genossen Leopold Liepmann. (Die Versammlung erhebt sich.) Solange seine Kräfte reichten, nahm er an allen unseren Kämpfen teil. Alle, die Leopold Liepmann kennen lernten, haben ihn lieb gewonnen. Wir verloren einen tapferen Soldaten der Partei, einen Freund der Notleidenden, einen treuen Kameraden. Sie haben sich ihm zu Ehren von den Plätzen erhoben, ich konstatiere das.

Parteigenossen! Unsere erste Tat im abgelaufenen Halbjahr war ein Protest gegen die Rechtlosigkeit der arbeitenden Bevölkerung in Preußen. Am 4. Juli hatten wir 31 überfüllte Versammlungen, die Protest einlegten gegen das infame Treiben der Volksfeinde im Dreiklassenhause und das freie Wahlrecht forderten. Wir werden nicht nachlassen, bis wir das freie Wahlrecht errungen haben. (Bravo!) Im übrigen war das Halbjahr eine Zeit der Wahlen. Zunächst hatten wir die Vorarbeiten zur Stadtverordnetenwahl zu erledigen. Am 14. Juli wurden in Berlin 715 000 Flugblätter verbreitet, die zur Einsicht der Wählerliste aufforderten. Etwa 78 000 Wähler leisteten dem Folge. Bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag, den 5. November, behaupteten wir 11 und gewannen 5 neue Mandate. Aber nicht nur Berlin, sondern auch eine Reihe von Vororten, Bernau, Oranienburg, Schöneberg, Charlottenburg und andere, hatten glänzende Siege zu verzeichnen. — Bei der am 17. Oktober vorgenommenen Ersatzwahl der Wahlmänner im 5. Landtagswahlbezirk eroberten wir fünf neue Mandate und am 21. November wurde Julian Borchardt an Stelle des verstorbenen Genossen Borgmann mit großer Mehrheit als Landtagsabgeordneter gewählt.

In der Zwischenzeit zwischen diesen beiden Wahlen protestierten am 17. Oktober 78 Versammlungen gegen die heute noch herrschende Teuerung. Natürlich hat die Regierung nichts getan, um der drückenden Not abzuhelfen; hätten doch die Herren Deutschlands, die Junker, Schaden haben können, wenn dem Volke das Brot verbilligt worden wäre. So erklärte denn der Reichskanzler am 28. Oktober, daß an den bewährten Grundlagen der Wirtschaftspolitik festgehalten werde. Was er damals über die Lebensmittelpreise und eine in Aussicht stehende günstigere Wendung sagte, widerspricht den Tatsachen. (Sehr richtig!) Es ist, als ob uns die Regierung nicht Stoff genug liefern könnte zur Agitation.

Nachdem man lange auf die Festsetzung des Termins der Reichstagswahlen gewartet hatte, wurde er endlich am 30. November bekannt gegeben und am 14. Dezember begann die Auslegung der Wählerlisten. Das war der offizielle Anfang des Wahlkampfes, der an Heftigkeit alle früheren übertraf. Es galt, abzurechnen mit dem schwarzblauen Block und der Regierung. Ueberall war die Schale des Volkszornes voll; es galt, durch eine gewaltige Stimmenzahl Protest einzulegen gegen die Mißwirtschaft. — Zur Einleitung des Wahlkampfes gaben wir 50 000 M. an den Parteivorstand. Die Kreise versorgten wir frühzeitig mit ausreichendem Agitationsmaterial. Außer den allgemeinen Flugblättern wurden solche zur Agitation unter den Polen, den Kleingewerbetreibenden, den Postbeamten, den Privatbeamten, den Eisenbahnern, den städtischen Arbeitern und den Frauen herausgegeben. 100 000 Wahlpostkarten wurden verbreitet und Zehntausende des Flugblattes, welches zur Versendung der in Berlin wohnenden Genossen an ihre Verwandten auf dem Lande bestimmt ist. Mit dem Ergebnis der Wahl können wir in Groß-Berlin zufrieden sein, wenn es auch noch nicht gelang, das letzte Bollwerk der Gegner, den ersten Wahlkreis, zu erobern. Trotzdem die Zahl der Wahlberechtigten nur um 140 300 stieg, nahm unsere Stimmenzahl um 150 900 zu. Ueber 60 Proz. der Wahlberechtigten und über 68 Proz. aller abgegebenen Stimmen fielen der Sozialdemokratie zu. — Eine Fülle von Wahlarbeit haben die Genossen bewältigt. Hunderte von Versammlungen und Besprechungen fanden statt. Weit über 6 Millionen Flugblätter, 2 600 000 Oktavzettel und 4½ Millionen Stimmzettel wurden verbreitet. Hunderte von Berliner Genossen haben durch ihre Arbeit in der Provinz den Wahlkampf unterstützt. — Unsere Organisation betrachtet es als ihre ernsteste Aufgabe, die Wähler, welche für uns stimmten, zu überzeugten Parteigenossen, zu Lesern des „Vorwärts“ und zu Mitgliedern der Organisation zu machen, damit, wenn die Partei einmal in ernster Stunde ruft, sie dem Rufe willig, freudig und begeistert Folge leisten. (Bravo!) Auch die Frauen haben im Wahlkampf erhebliches geleistet. Am 24. November berieten die weiblichen Funktionäre über ihre Mitarbeit, am 3. Januar wurde ein Flugblatt an die Frauen verbreitet, und am 4. Januar wurde den Frauen in 26 bis auf den letzten Platz besetzten Versammlungen ihre Stellung zu den Reichstagswahlen klargemacht. — Es muß auch anerkannt werden, daß die Gewerkschaften und andere Vereine aus Rücksicht auf den Wahlkampf ihre Versammlungen auf das notwendigste beschränkten. — Der Etat der Agitationskommission wurde im Hinblick auf die Wahlen erhöht. Sie erhielt 35 000 M. als jährliche Beihilfe und 38 000 M. als Wahlzuschuß. Auch die Agitation auf dem Lande ist durch den Wahlkampf befruchtet worden. Wenn hier der Erfolg oft erst nach Jahren sichtbar ist, so sind wir doch gewiß, daß der Gedanke des Sozialismus auch auf dem Lande immer mehr Boden gewinnt. — „Die Fackel“ erschien während des Wahlkampfes alle 14 Tage in einer Auflage von 100 000 Exemplaren. Sie hat gute Aufklärungsarbeit geleistet.

Ueber die Tätigkeit der Preßkommission ist zu sagen, daß sie die Beförderung des Blattes nach den Vororten regelte und alle Beschwerden, die ihr zugingen, glatt erledigte. Die Gehälter der Redakteure und sonstigen Angestellten wurden geregelt. Genosse Düwell schied aus der Redaktion aus.

Wir haben uns bemüht, dem Bildungsbedürfnis der Genossen entgegenzukommen. Bücher und Broschüren wurden zu ermäßigten Preisen abgesetzt. Der Bericht der Stadtverordnetenfraktion ging den Mitgliedern gratis zu.

Die Zahl unserer Mitglieder nahm im verflossenen Halbjahr in erfreulichem Maße zu. Das entspricht aber noch nicht annähernd unseren Wünschen. Leider gehört erst der fünfte Teil unserer Wähler der Parteiorganisation an. Es ist also unsere Aufgabe, für Mehrung der Mitgliederzahl zu sorgen. — Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten betrug am 1. Juli 1911 155 075, am 1. Januar 1912 waren es 163 624 und jetzt sind es ungefähr 174 000.

Außer den Wahlarbeiten und sonstigen Parteigeschäften hatten wir zweimal Veranlassung, zu Fragen der auswärtigen Politik Stellung zu nehmen. Als wir im Sommer 1911 vor dem Ausbruch eines verhängnisvollen Krieges standen, in den der ausbeutungswütige Kapitalismus die Völker stürzen wollte, da veranstalteten wir am 3. September eine gewaltige Friedensdemonstration in Treptow, an der 200 000 Personen teilnahmen. Später demonstrierten wir noch einmal für die Idee des Weltfriedens, als die Raubgier italienischer Kapitalisten den Krieg um Tripolis heraufbeschworen hatte. Dem Rufe des Internationalen Sozialistischen Bureaus folgend, hielten wir am 12. November 12 überfüllte Versammlungen gegen die Menschenschlächterei in Tripolis ab. Mehrere Vertreter ausländischer Bruderparteien sprachen bei dieser Gelegenheit zu den Berliner Genossen. So haben wir für den Weltfrieden demonstriert. Wir wissen, daß wir noch nicht die Macht haben, unseren Ideen zum Siege zu verhelfen. Gegen uns steht die Macht des Kapitalismus und der Staat mit seinen Machtmitteln, und doch wissen wir, daß unser Gedanke siegen wird. Es sind heute gerade 22 Jahre her, daß Bismarck stürzte, der Mann, der mit der Sozialdemokratie fertig zu werden hoffte. Er war ein Riese im Vergleich mit seinen Nachfolgern und doch hat er uns nicht überwinden können. Die Sozialdemokratie lebt und gedeiht. Aber jetzt wollen die Mummelgreise in der preußischen Mumienkammer den Kampf gegen sie aufnehmen. Das wäre zum Lachen, wenn es nicht bezeichnend wäre für den Tiefstand der herrschenden Kultur. Wir werden unbekümmert um derartige Nadelstiche unermüdlich unser Ziel verfolgen: Aufklärung und Organisierung der Massen zur endgültigen Befreiung der Menschheit. (Beifall.)

Den

Kassenbericht

erstattete Genosse Böske. Der Bestand am 1. Juli betrug 100 038,04 M. Dazu kommen folgende Einnahmen: Monatsbeiträge der 8 Kreise 68 900 M., Beitragsmarken für männliche Mitglieder 39 210 M., Beitragsmarken für weibliche Mitglieder 8110 Mark, Eintrittsmarken 1260 M., aus den Kreisen 5466 M., sonstige Einnahmen 56 995,87 M., macht eine Gesamteinnahme von 179 941,87 M. Ausgegeben wurden: An den Parteivorstand 150 000 Mark, an die Agitationskommission 19 000 M., an die Preßkommission 175 M., an die Lokalkommission 100 M., für Kommunales 7151,27 M., für Bildungszwecke 8083 M., sonstige Ausgaben 12 115,26 M., Verwaltung 5647,65 M. Die Gesamtausgabe beläuft sich auf 201 172,16 M. Der Bestand am 1. Januar 1912 betrug 78 807,73 M. — Sechs Wochen trennen uns noch von dem Weltfeiertag der Arbeit. Es ist deshalb angebracht, unseren Maifonds zu betrachten. Wir haben für Maimarken 15 605,30 M. und an Ueberschuß von der Maizeitung und den Feiern 12 283,20 M., zusammen also 27 888,50 M. eingenommen. Hiernach muß gesagt werden, daß die Sammlung auf Marken nicht das gebracht hat, was wir erwartet haben, namentlich nach dem Beschluß vom vorigen Jahre, wonach jeder männliche Genosse wenigstens 1 M. und jede Genossin wenigstens 50 Pf. zum Maifonds zu zahlen verpflichtet ist. Hätten wir uns in dieser Hinsicht dem Beschluß der Gewerkschaften angepaßt, dann würden unsere Genossen nicht zum größten Teil an die Gewerkschaften gezahlt haben, wo sie es billiger haben. Es wäre am Platze, wenn wir den Beschluß vom vorigen Jahre aufheben, den moralischen Zwang beseitigen und an die Freiwilligkeit appellieren.

Zur Diskussion über den Geschäfts- und Kassenbericht nahm niemand das Wort. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer einstimmig entlastet.

Der Vorsitzende Ernst gab bekannt, daß 852 Delegierte und 65 sonstige berechtigte Teilnehmer anwesend sind.

Nun folgte die Beratung der Anträge aus den Kreisen. Zunächst wurden diejenigen Anträge zur Debatte gestellt, welche sich auf eine

Aenderung des Kartellverhältnisses zwischen Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg

beziehen.

Bühler-Niederbarnim begründete den von diesem Kreise und dem sechsten Berliner Kreise gestellten Antrag, welcher die Aufhebung des Kartellverhältnisses verlangt. Der Redner führte unter anderem aus: Das Kartellverhältnis steht in der Parteiorganisation Deutschlands einzig da und widerspricht dem Organisationsstatut der Partei, denn dieses kennt nur Bezirksverbände, die nach eigenen Statuten ihre Geschäfte selbständig erledigen. Bis jetzt wird der Bezirksverband der Provinz Brandenburg außer den Zuschüssen, die ihm die Parteikasse zuwendet, von Groß-Berlin subventioniert. Dieser Zustand entzieht den Genossen im Reiche den Ueberblick über die für die Provinz verwendeten Gelder. Wir stehen auf dem Standpunkt, wenn wir für die Provinz zahlen, müssen wir auch Einfluß haben auf die Gestaltung ihrer Organisation. Das ist aber unter den jetzigen Verhältnissen nicht der Fall. Die Mitglieder der Agitationskommission sind ja nur ausführende Organe. Sie haben keinen Einfluß auf die Organisation der Provinz. Deshalb sind wir der Meinung, es muß eine Lostrennung der Provinz Brandenburg von Berlin erfolgen. Groß-Berlin soll alle seine Ueberschüsse an die Parteikasse abführen und keine direkten Zuwendungen an Brandenburg machen. Genosse Wels, der ja als Bezirkssekretär für Brandenburg in dieser Frage eine kompetente Persönlichkeit ist, hat in einer Vorbesprechung geäußert, daß sich Brandenburg von Groß-Berlin trennen müsse und der Parteivorstand allein die Provinz Brandenburg subventionieren müsse. Das ist auch die Ansicht der Antragsteller. Sollte die heutige Generalversammlung unseren Antrag ablehnen, so hat der Zentralvorstand von Groß-Berlin nach dem Verbandsstatut das Recht, das Kartellverhältnis dadurch zu lösen, daß er für die Provinz keine Gelder mehr bewilligt, ich denke aber, wir lassen es nicht erst dahin kommen, sondern einigen uns friedlich über die Lösung des Kartellverhältnisses. Ich ersuche um einstimmige Annahme unseres Antrages, damit die Ausführung in allernächster Zeit geschehen kann.

Ritter-Berlin II begründete einen Antrag dieses Kreises, welcher fordert, daß die Beschlußfassung über diese Angelegenheit bis zur nächsten Generalversammlung vertagt werde. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen Berlin und der Provinz sei verbesserungsbedürftig. Aber eine so große Aenderung solle man doch nicht beschließen ohne die Zustimmung der Genossen aus der Provinz Brandenburg. Da diese anderer Meinung seien als die Berliner, so empfehle sich die Vertagung.

Schmidt-Berlin IV trat für einen Antrag dieses Kreises ein, welcher besagt, daß eine Aenderung des jetzigen Verhältnisses nur dann anzubahnen sei, wenn greifbare bessere Erfolge für die Agitation zu erwarten sind. Der Redner führte aus, es sei doch die Hauptsache, daß wir Erfolge in der Provinz erzielen, ob in dieser oder jener Form, das sei doch gleichgültig.

Wels: Zunächst muß ich eine Ausführung des Genossen Bühler über mich richtig stellen. Ich habe nicht gesagt, daß die Trennung kommen muß, sondern ich sagte, daß mir die Trennung lieber wäre als wie die fortgesetzte Beunruhigung, die durch die Wiederholung dieses Antrages eintreten muß. Nachdem die Befürchtung gerechtfertigt war, daß der Antrag, wenn er abgelehnt würde, wiederkehren würde, was doch für die Organisation sehr schädigend wäre, sagte ich, ein Ende, selbst wenn es ein Ende mit Schrecken wäre, sei mir lieber, wie der Schrecken ohne Ende. Nun ein Wort über die Stellung, welche die Genossen in der Provinz zu diesem Antrage einnehmen. In der ganzen Provinz ist die Frage aufgetaucht, was denn geschehen sei, um die Aenderung eines Zustandes zu begründen, der seit jeher bestanden hat. Von Berlin aus ist vor Jahren die Agitation in der Provinz aufgenommen worden. Die Wahlstimmen wurden auf die Namen von Berliner Genossen abgegeben. Es war der Ehrgeiz der Berliner Genossen, in denen ihnen zugeteilten Provinzkreisen soviel wie möglich agitatorische Erfolge zu erzielen. Jetzt sagen die Genossen in der Provinz, die Berliner müßten sich doch freuen, daß es jetzt in der Provinz viel schneller vorwärts geht wie früher. Jetzt, gerade nach unseren Erfolgen bei der Reichstagswahl, kommt dieser Antrag. Die Genossen in der Provinz haben kein Verständnis für die Notwendigkeit einer Aenderung des jetzigen Verhältnisses. Bühler tut den Genossen unrecht, wenn er sich auf den Buchstaben des Statuts beruft. Mächtiger als der Buchstabe und als die Form ist die Waffenbrüderschaft, welche Berlin und die Provinz Brandenburg zusammengeschweißt hat. Die Genossen in der Provinz sagen, wenn eine Aenderung eintreten soll, warum wird dann nicht ein Bezirksverband Brandenburg mit Berlin vorgeschlagen, denn Berlin gehört doch auch zur Provinz Brandenburg. Wenigstens müßten nach einer Trennung die Kreise Teltow-Beeskow und Niederbarnim dem Bezirksverbande Brandenburg angeschlossen werden, wohin sie doch ohne Zweifel gehören. Der Redner stellte die Mitgliederzahlen und die Reichstagswahlstimmen von Berlin und Brandenburg seit 1907 gegenüber und zog daraus den Schluß, daß das Verhältnis zwischen beiden Zahlen derart sei, daß man sagen könne, die Organisation in der Provinz ist heute genau so stark, wie sie in Berlin im Jahre 1908 war. Die Provinz ist drauf und dran, mit Berlin gleichen Schritt zu halten, und diese glänzende Organisation wollen die Antragsteller stören. (Gelächter.) Genosse Bühler sagt, wenn der Antrag abgelehnt werden sollte, dann habe der Zentralvorstand das Recht, über die Köpfe der Mitglieder hinweg die Trennung dadurch herbeizuführen, daß er keine Gelder für die Provinz mehr bewilligt. So wollte es auch der Antrag zuerst, als er im Zentralvorstand eingebracht wurde. Erst auf meine Bitte, die Organisation nicht dadurch zu erschüttern, ist der Antrag abgeändert worden, so daß erst Verhandlungen angebahnt werden sollen. Bestimmend für das Zustandekommen des Niederbarnimer Antrages war es, daß der Kreis Oberbarnim in das Stichwahlabkommen einbezogen war und die Genossen aus Niederbarnim Stichwahlhilfe nach Oberbarnim geschickt hatten, ohne Kenntnis von dem Abkommen zu haben. Das nannten die Niederbarnimer Genossen eine Vergeudung der Gelder Groß-Berlins und deshalb kamen sie zu ihrem Antrage. Wie man die Organisation der Provinz Brandenburg für das Stichwahlabkommen leiden lassen kann, das ist mir nicht verständlich. In der Provinz besteht jetzt eine einheitliche Ansicht über die Organisation. Früher war man darüber verschiedener Meinung. Jetzt aber besteht in der ganzen Provinz kein Zweifel mehr, daß das Zusammengehen mit Berlin zweckmäßig ist. Ich bin überzeugt, daß die Anträge, wenn sie abgelehnt werden sollten, wiederkehren. Das würde die Organisation stören. Wenn die Trennung vollzogen werden soll, dann ist es besser, es geschieht jetzt, im Jahre nach der Wahl, als ein Jahr vor der Wahl. Aber eine Ursache, die uns zwingen könnte, ein Glied von dem Körper unserer Organisation abzutrennen, liegt nicht vor.

Ewald: Wenn der Antrag auf Trennung angenommen werden sollte, dann müßte der Kreis, der ihn gestellt hat, mit noch einem anderen Kreise wieder zur Provinz zurückkehren. Wir dürfen nicht vergessen, daß es keine Berliner und Brandenburger, sondern nur eine deutsche Sozialdemokratie gibt. Von diesem Standpunkt ist der Antrag Niederbarnim nicht berechtigt. Gegen die Ansicht, daß der Zentralvorstand anders beschließen kann wie die Generalversammlung, muß ich mich wehren. Den Antragstellern möchte ich sagen, daß es doch gleichgültig ist, ob die Gelder von Groß-Berlin erst dem Parteivorstande oder direkt der Provinz zugeführt werden. Da greifbare Tatsachen, welche die Trennung notwendig machen, nicht vorliegen, so ersuche ich um Ablehnung des Antrages Niederbarnim und um Annahme des Antrages des zweiten Wahlkreises.

Ernst: Genosse Bühler sagte, der Zentralvorstand sei berechtigt, wenn die Generalversammlung den Antrag ablehnen sollte, der Provinz die Gelder zu sperren. Ich glaube, der Zentralvorstand wird unter allen Umständen die Beschlüsse der Generalversammlung hochhalten.

Grunwald: Durch die Gründe, welche Genosse Wels vorgetragen hat, wird die Sachlage verschoben. Wenn den Antragstellern die Absicht untergeschoben werden könnte, daß sie auch nur im Traum daran dächten, die agitatorische Stoßkraft in der Provinz zu lähmen, dann würde niemand den Antrag unterstützen können. Aber darum handelt es sich gar nicht, sondern nur um eine organisatorische Aenderung. Daß die Agitation in der Provinz nach wie

vor von den Berlinern unterstützt wird, ist selbstverständlich. Keiner der Antragsteller will, daß in dieser Hinsicht etwas geändert werde. Es liegt nichts in dem Antrage, was nicht wörtlich darin steht. Nicht das innere Band, welches zwischen Berlin und der Provinz besteht, soll getrennt werden, sondern nur das rein äußerliche rechnerische Verhältnis soll geändert werden. Weil die Organisation der Provinz sich in den letzten Jahren so stark entwickelt hat, ist das rechnerische Band, welches sie mit Berlin verknüpft, nicht mehr nötig. Die reife Frucht hat ein Recht, vom Mutterstamme gelöst zu werden, um ein selbständiges Leben zu führen, aber die gute Mutter wird ihren Kindern auch ferner helfen, wo es nötig ist.

Stadthagen: Nicht wegen der Stichwahl in Oberbarnim ist der Antrag gestellt, sondern er war schon lange vor der Wahl gestellt. Es kann sich nur darum handeln, ob es im Interesse der Agitation und Organisation liegt, den Antrag anzunehmen. In diesem Interesse ersuche ich um Annahme des Antrages. Es ist die formelle Einwendung gemacht worden, Niederbarnim und Teltow-Beeskow gehören auch zur Provinz. Nach der heutigen Kreiseinteilung allerdings. Aber den rückständigen Standpunkt der Regierung sollen wir uns doch nicht zu eigen machen. Wir verlangen doch Eingemeindung und Zweckverband nach der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit der Ortschaften. Ob ganz Berlin zum Bezirksverband Brandenburg geschlagen werden soll, das ist eine Frage, über die sich reden läßt, die aber heut nicht zur Debatte steht. Wenn Wels vorgeschoben hat, es handele sich bei dem Antrage darum, daß Berlin nichts zu sagen hat .... (Wels: Stadthagen hat nichts zu sagen!) Ach, man könnte auch sagen, dann hat Wels nichts mehr zu sagen. Aber das ist ein niedriger Standpunkt. (Sehr richtig!) Weil Wels materiell nichts gegen unseren Antrag einwenden kann, kommt er mit diesen niedrigen, sachlich durch nichts gerechtfertigten Einwendungen, auf die ich nicht weiter eingehe. — Das Verhältnis zwischen Stimmen- und Mitgliederzahl ist nicht maßgebend für die Stärke der Organisation. Wäre es so, dann müßten wir ja bei Wahlen mit geringer Beteiligung die stärkste Organisation haben. Seit 1890 haben wir auf allen Provinzialkonferenzen betont, wir wollen dahin kommen, daß die Provinz selbständig und unabhängig von Berlin wird. Was die Geldfrage betrifft, so fragen wir uns, ob die großen Opfer, die Berlin für die Provinz bringt — seit 1908 sind es 200 000 M. — noch gerechtfertigt sind. Manche Teile der Provinz sind schon so selbständig, daß sie die Unterstützung von Berlin entbehren können. Ich bitte im Interesse der Selbständigkeit der Provinz, den Antrag anzunehmen.

Ein von Theodor Fischer gestellter, von Weber bekämpfter Schlußantrag wurde angenommen.

Bühler bemerkt persönlich: Ich habe nicht sagen wollen und nach meiner Meinung auch nicht gesagt, wenn die Generalversammlung den Antrag ablehnt, dann solle der Zentralvorstand über die Köpfe der Mitglieder hinweg die Trennung aussprechen. Ich habe sagen wollen, daß bei der Zusammensetzung des Zentralvorstandes zu befürchten sei, es könnte einmal dahin kommen, daß er Gelder für die Provinz nicht mehr bewilligt. § 3 des Statuts bezeichnet es ja als eine Aufgabe des Vorstandes, Beschluß zu fassen über zur Agitation in der Provinz zu verwendende Gelder.

Der Antrag Niederbarnim wurde hierauf mit starker Mehrheit angenommen. Er lautet:

Die Verbandsgeneralversammlung möge beschließen, das jetzige Kartellverhältnis zwischen Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg aufzuheben. Die Durchführung dieses Beschlusses wird den beiderseitigen Parteiinstanzen übertragen unter Zuziehung des Parteivorstandes.

Hierauf wurde die Niederbarnimer Resolution zum

Stichwahlabkommen

zur Diskussion gestellt. Sie lautet:

Die Parteigenossen Groß-Berlins bedauern das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der Fortschrittlichen Volkspartei, durch welches unsere Genossen in 16 Kreisen, wo wir mit dem Freisinn in Stichwahl standen, verpflichtet wurden, die Wahl des fortschrittlichen Kandidaten durch Stimmenthaltung zu sichern.

Der Antrag wird begründet von

Genossen Brühl-Nieder-Barnim: Der Wahlkampf hat unser Arsenal um eine Waffe bereichert, um den gedämpften Wahlkampf oder, militärisch ausgedrückt, um den Wahlkampf mit gedämpftem Trommelschlag. (Heiterkeit.) Ich hätte gewünscht, daß wir dieses neue Mittel lieber nicht bekommen hätten. (Sehr richtig!) Nicht etwa nur bis zur Stichwahl, sondern eine ganze Zeit nachher haben wir gar nichts hiervon erfahren außer denjenigen, die selbst direkt beteiligt waren. Wir in Nieder-Barnim hatten auch die Agitation im Reichstagswahlkreis Ober-Barnim zu betreiben. Nachdem die Hauptwahl geschlagen war und alle Genossen ihre Blicke auf weitere Erfolge gerichtet hatten, nachdem wir in Ober-Barnim Versammlungen eingeleitet und Flugblätter verbreitet hatten, waren wir ganz erstaunt, als plötzlich die Parole kam, die Versammlungen seien abzusetzen, die Referenten brauchten nicht zu kommen, die Flugblätter müßten liegen bleiben. Auf unsere Erkundigungen wurde uns mitgeteilt, das sei eine Folge des Stichwahlabkommens; die Gründe würden uns nach der Wahl bekanntgegeben werden. Das ist aber nicht geschehen. Der „Vorwärts" hat sich vollständig ausgeschwiegen (Sehr richtig!) und lediglich zwei andere Parteiblätter haben Alarm geschlagen und den Parteigenossen mitgeteilt, was vorlag. Wenn von den Befürwortern des Abkommens gesagt wird, man habe außerordentlich wenig Kritik gehört, so dürfte einer der Hauptgründe dafür sein, daß die große Mehrheit der Parteigenossen gar nichts von der Sache gewußt hat. In der Zentralvorstandssitzung von Groß-Berlin wurde uns mitgeteilt, der Parteivorstand hätte gewünscht, die Parteipresse, in erster Reihe der „Vorwärts", möchten nicht eher darüber sprechen, als bis der Vorstand seinen Standpunkt präzisiert habe.

Es soll gar nicht in Frage gestellt werden, ob Stichwahlabkommen überhaupt getroffen werden sollen oder nicht und ob hier eines notwendig war. Das würde längere theoretische Erörterungen erfordern und die Meinungen gehen hier weit auseinander. Ich für meinen Teil meine, daß die übergroße Mehrheit der deutschen Parteigenossen der Auffassung ist, daß man Stichwahlabkommen treffen darf, — aber es kommt auf die Bedingungen an. Als der „Vorwärts" selbst noch gar nichts über die Sache geschrieben hatte, stand schon eine Notiz in ihm, worin uns Genosse Eduard Bernstein mitteilte, daß Friedrich Engels selbst sich für Stichwahlabkommen ausgesprochen habe. Ich war allerdings außerordentlich erstaunt, daß gerade von einer Seite, die dafür bekannt ist, daß sie die alten Traditionen, was uns die Vorkämpfer Marx und Engels gelehrt haben, am wenigstens aufrecht erhält, urplötzlich ins Feld geführt wird, daß sich Engels zufällig in einem Privatbrief an Bernstein für Stichwahlabkommen ausgesprochen habe. Wir in Nieder-Barnim haben uns bei unserem Antrage nur davon leiten lassen, daß wir nicht das Abkommen selbst, sondern nur seine Bedingungen kritisieren. Ich will daher nicht die hohe Politik dahin prüfen, ob sie etwas derartiges notwendig gemacht hat oder nicht, da wir auch mit dieser Frage heute nicht fertig werden würden. (Sehr richtig!) Offiziell veröffentlicht ist das Abkommen noch nicht; im „Vorwärts" stand nur, daß ein bürgerliches Blatt das Rundschreiben des Parteivorstandes an die Wahlkreisleitungen veröffentlicht habe. Durch diese bürgerliche Veröffentlichung sind auch wir dazu gekommen, zu hören, was eigentlich in dem Rundschreiben steht. (Hört, hört!) Selbst die Artikel des „Vorwärts" „Unser Stichwahlabkommen" haben nichts enthalten, woraus man hätte klar ersehen können, wie die Sache ausgesehen hat. Erst am vorigen Sonntag haben wir das genau erfahren. Ich nehme an, daß jeder der Anwesenden die Veröffentlichung im „Vorwärts" vom vorigen Sonntag kennt, wenn wir sie auch nicht vor uns haben. Da ist nun der Passus enthalten:

„Die Fortschrittliche Volkspartei wird in einem besonderen Zirkular ihre lokalen Instanzen auffordern, . . . Wir haben uns dagegen verpflichtet, in den vorher bezeichneten 16 Wahlkreisen bis zur Stichwahl keine Versammlung abzuhalten, kein Flugblatt zu verbreiten, keine Stimmzettel den Wählern zuzustellen, am Wahltage selbst keine Schlepperdienste zu verrichten, wogegen uns freisteht," — wie allergnädigst das doch von den Fortschrittlern ist!! (Heiterkeit) — „am Wahltage vor den Wahllokalen Stimmzettel zu verteilen."

Das hätte man am Ende auch noch unterlassen sollen!! Aber offenbar hat man die Auffassung gehabt, daß es geradezu eine Revolte unter den Parteigenossen hervorgerufen hätte, wenn sie sogar noch an den Wahltisch schreiten sollten, ohne vorher den Stimmzettel erhalten zu haben! (Sehr gut!)

Nun die Rechtfertigung im „Vorwärts". Ich nehme an, daß die Artikel von Kautsky geschrieben sind, der bereits vor dem Zustandekommen des Abkommens gefragt worden sein soll. Es ist selbstverständlich, daß man einen Genossen, der eine glänzende Feder führt, aufgefordert hat, das Abkommen zu verteidigen. Er schreibt nun, daß der Erfolg mehr sei, als alle theoretischen Erörterungen. Wer von uns hat jemals daran gezweifelt, daß wir durch große Erfolge nach außen hin offiziell mehr erreichen, als wenn wir lediglich Theorie betreiben und nur dem Fernstehenden sagen, was wir beabsichtigen. Aber wir haben uns bisher stets gefragt, nicht was die Wirkung sein wird, sondern ob unser Vorgehen mit unseren Prinzipien vereinbar ist. Wir haben nicht nur den Erfolg stets und ständig in den Vordergrund gestellt, sondern auch die Wirkung auf die Parteigenossen nicht unterschätzt. (Sehr wahr!) Die Wirkung auf unsere Parteigenossen in den betreffenden 16 Wahlkreisen und überhaupt auf die Parteigenossen, die jetzt von der Sache erfahren, ist bedeutend schädlicher, als der Erfolg angeblich gewonnener Stimmen von Mitläufern für uns eingeschätzt wird. Die „Vorwärts"artikel wollen uns nachweisen, daß die Dämpfung des Wahlkampfes uns gar keinen Schaden zugefügt hat in den Kreisen, wo wir mit den Fortschrittlern in der Stichwahl standen, sondern daß im Gegenteil wir in einem großen Teil dieser Kreise einen Stimmenzuwachs gehabt haben. Das ist allerdings mehr, als was wir bisher gewohnt waren. (Sehr richtig!) Es war doch der Wunsch und Wille der Parteileitung, daß, wenn ein solches Abkommen getroffen wird, wir nicht mehr Stimmen erhalten, als am Tage der Hauptwahl. Wenn wir trotzdem an Stimmen zugenommen haben, so ist das ein Beweis dafür, daß die Parteigenossen ohne Rücksicht auf das Abkommen in den Stichwahlkampf gegangen sind. Das ist das Allerschlimmste, was wir bisher in der Partei erlebt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Und es wird dazu führen, daß sämtliche Beschlüsse des Parteivorstandes, bevor sie ausgeführt werden, der Nachprüfung in allen einzelnen Kreisen unterworfen werden. Wenn wir bisher stolz waren auf unsere Erfolge, so war das zu danken unserem geschlossenen Vorgehen. Nachher wurde eventuell Kritik geübt; aber im Kampfe wurde stets ohne weiteres den Parolen des Parteivorstandes nachgekommen. Hier aber geschah das nicht, weil das Abkommen die Genossen vor den Kopf gestoßen hatte. Der Standpunkt des Parteivorstandes ist ja sogar von denjenigen verurteilt worden, die sonst bereit sind, durch Dick und Dünn mit den Freisinnigen zu gehen. Die „Schwäbische Tagwacht", die sich doch besonders nach dieser Richtung hervorgetan hat, verurteilt im Leitartikel vom 14. März das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes ganz entschieden und sagt:

„Eines muß mit allem Nachdruck betont werden: hätte der Parteivorstand nicht völlig aus Eigenem, ohne irgendeine der beteiligten Organisationen darüber zu hören, abgeschlossen, dann wäre das Abkommen mit der Dämpfung in 16 Kreisen nicht zustande gekommen." (Hört! hört!)

Selbst die sonst in Opportunismus nicht zu übertreffenden süddeutschen Genossen kommen zu diesem Schluß. Aber weiter . . . (aus der Versammlung ertönen Schlußrufe). Ich muß das Notwendige vorbringen! Es ist bedauerlich, daß es nicht möglich sein soll, in der heutigen Generalversammlung eingehend die Sache zu besprechen. (Zurufe: Das verbietet keiner! Aber kürzer!!) Dafür ist die Resolution kurz und deswegen werden Sie zweifellos mit mir einverstanden sein. Sie enthält durchaus nichts Verletzendes und will lediglich aussprechen, daß wir das Stichwahlabkommen für verfehlt halten, in Zukunft derartiges nicht wünschen. Aus diesem Grunde appellieren wir an Sie, unseren Antrag möglichst einstimmig anzunehmen, damit eine solche Stichwahlparole nie wieder kommt!! (Lebhafter Beifall bei einem großen Teil der Versammlung.)

Parteivorstandsmitglied Genosse Otto Braun (die Versammlung bricht in lebhafte Heiterkeit aus, als der Redner mit umfangreichem Material auf der Tribüne erscheint):

Parteigenossen und Genossinnen! Erschrecken Sie nicht über den Umfang meines Materials. Die Sache ist allerdings wichtig, und der Umstand, daß zum erstenmal der Parteivorstand öffentlich zu dieser Frage Stellung nimmt, ist wohl Veranlassung genug, daß ich die Sache etwas eingehender behandele, als es sonst im Rahmen einer Diskussionsrede üblich ist. Der Parteivorstand war sich, als er an den Abschluß dieses Abkommens herantrat, der schweren Verantwortung wohl bewußt, die er damit auf sich nahm. Die Situation, in der wir uns befanden, war eine schwierige. Wir waren jedoch einmütig der Ueberzeugung, daß wir im Interesse der Gesamtpartei so handeln mußten, wie wir gehandelt haben.

Der Wahlkampf, den unsere Genossen im ganzen Lande mit prächtigem Elan geführt haben, war in erster Linie darauf eingestellt, den schwarzblauen Block zu zertrümmern und die Reichstagsmehrheit, die dem Volke so viel Ungemach zugefügt hat, zu beseitigen. Alle die Wähler, die für die Sozialdemokraten und für die Liberalen gegen Konservative und Zentrum eintraten, waren in erster Linie von dem Bestreben geleitet, die Mehrheit der Junker und Heiligen zu brechen.

Bei der Hauptwahl haben wir dieses Ziel nicht erreicht. Die Sozialdemokratie brachte es auf 4¾ Millionen Stimmen, die Fortschrittliche Volkspartei auf 1½ Millionen. In der Debatte über das Stichwahlabkommen ist nun von der Genossin Rosa Luxemburg, auf deren Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" ich mehrfach zurückkommen muß, behauptet worden, die Fortschrittliche Volkspartei sei durch die Hauptwahl vollständig vernichtet worden; sie habe null Mandate erhalten. Wenn man eine Partei, die bei 1½ Millionen Stimmen infolge der schändlichen ungerechten Wahlkreiseinteilung kein einziges Mandat in der Hauptwahl erhält, für vernichtet betrachtet und daraufhin politische Rechenexempel gründet, so kann man zu ganz merkwürdigen Resultaten kommen. Eine Partei, die um 300 000 Stimmen zugenommen hat, die prozentual fast dieselbe Zunahme wie die Sozialdemokratie zu verzeichnen hat, kann man nicht als politisch gleich null betrachten, sonst gelangt man zu ganz gefährlichen Trugschlüssen. (Zustimmung.) Uebrigens, wenn man die Fortschrittliche Volkspartei als Null betrachtet, was wären dann die Konservativen? Diese haben nur 9,3 Proz. der abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt, sie wären also eine noch viel größere Null! (Heiterkeit.) Es ist ein ganz irreführendes Vorgehen, wenn man in dieser Weise das politische Stärkeverhältnis wertet.

Die schwarzblaue Mehrheit war in der Hauptwahl nicht beseitigt; aber das Stichwahltableau zeigte, daß die Möglichkeit wohl vorlag, dieses Ziel zu erreichen, wenn die Parteien, die gegen Schwarzblau standen, gemeinsam operierten. Unser Jenaer Parteitag hat über unsere Stellung bei den Stichwahlen Beschlüsse gefaßt und die Bedingungen formuliert, deren Anerkennung von den gegnerischen Kandidaten verlangt werden mußte, die auf unsere Hilfe rechnen wollten. In den Erörterungen der Berliner Kreisgeneralversammlungen ist mehrfach, so auch von Stadthagen in Niederbarnim, erklärt worden, die Verpflichtung auf unsere Stichwahlbedingungen hätte genügen sollen, unsere Unterstützung zu gewähren, ob nun Gegenleistung gegeben würde oder nicht; soviel politische Reife müsse man beim Gegner erwarten, daß er entsprechend handele.

Wir vom Parteivorstand hatten nicht soviel Vertrauen zu der politischen Reife der Fortschrittler nach all den Vorgängen früherer Jahre. (Sehr gut!) Wir sagten uns, damit kann die Sache nicht abgetan sein. Die Parteigenossen im Lande sind es satt, bei jeder Wahl den Fortschritt herauszuhauen gegen die Konservativen und einfach zuzusehen, wie die Fortschrittler gegen uns den Konservativen zum Siege verhelfen. (Zustimmung. — Zuruf: Trotzdem wir uns dämpfen?) Dämpfen Sie doch vorerst nur Ihre Ungeduld! (Heiterkeit.) In 24 Kreisen standen die Fortschrittler in Stichwahl mit den Konservativen und waren mehr oder weniger auf unsere Stichwahlhilfe angewiesen. In anderen 39 Kreisen standen wir mit einem Reaktionär in Stichwahl und waren auf die Hilfe der Fortschrittler angewiesen. So standen die Dinge, als die Verhandlungen begannen, die von den Fortschrittlern in der Absicht aufgenommen und vorerst geführt wurden, sich mit uns über die Form, in der die Verpflichtung auf unsere Stichwahlbedingungen durch die fortschrittlichen Kandidaten erfolgen sollte, zu verständigen.

Nun ist in der Presse auch diese Form als nicht genügend hingestellt worden. Genossin Rosa Luxemburg erklärt in der „Leipziger Volkszeitung", daß der Parteivorstand sich mit nichtssagenden Phrasen vom fortschrittlichen Programm habe abfinden lassen. Wir haben aus Gründen, die uns stichhaltig erschienen und die nicht in der Richtung einer Abschwächung der Bindung der fortschrittlichen Stichwahlkandidaten lagen, eingewilligt, daß die Verpflichtung in der Form abgegeben wurde, wie das geschehen ist. Denn wir waren der Meinung: Wenn die fortschrittlichen Kandidaten erklären, die von uns gestellten Bedingungen entsprächen dem Programm der Fortschrittlichen Volkspartei und das sei für sie verbindlich, dann haben sich die Kandidaten für jeden, der lesen kann, auf unsere Bedingungen, deren Identität mit ihrem Programm sie ausdrücklich anerkennen, festgelegt. Eine weitere Festlegung wäre es auch nicht gewesen, wenn die Kandidaten erklärt hätten, sie seien bereit, die Jenaer Bedingungen zu erfüllen. Durch die zentrale Abmachung wurde nicht nur der einzelne Kandidat festgelegt, sondern die ganze Fortschrittliche Volkspartei.

Als darüber die Verständigung erzielt war, waren die Fortschrittler der Meinung, daß nunmehr eigentlich alles erledigt sei (Hört! hört!), daß sie sich damit unsere Hilfe gesichert hätten. Darauf erklärten wir: Damit ist es nicht abgetan, sondern wir müssen beanspruchen, soll das gesteckte Ziel der Zertrümmerung des schwarzblauen Blocks erreicht werden, daß Sie unsere Kandidaten in allen Kreisen, wo wir mit Reaktionären in Stichwahl stehen, unterstützen. (Zuruf: Ist das geschehen?) Dagegen wurde eingewendet, eine zentrale Parole könnten sie gar nicht ausgeben, weil in dem fortschrittlichen Parteistatut stehe, daß die einzelnen Wahlkreise über die Stichwahlparole zu entscheiden hätten. Gleichwohl haben wir erklärt: Ohne zentrale Stichwahlparole für unsere Kandidaten gehen wir auf die ganze Sache nicht ein!! (Zustimmung.) Aus den Verhandlungen gewannen wir den Eindruck, daß die Fortschrittler geneigt waren, es wieder so zu machen, wie bei früheren Wahlen; daß sie nämlich von links und rechts Stichwahlhilfe nehmen wollten. Sie glaubten, unsere Stichwahlhilfe durch die Anerkennung der Jenaer Bedingungen zu erhalten, gedachten aber im übrigen die Sache ohne Parole gehen zu lassen, wie früher. Nachdem wir klipp und klar erklärt hatten, so geht das nicht, wie bisher (Sehr gut!) machten sie den Einwand, daß sie doch in etwa 30 Kreisen mit uns in Stichwahl ständen und daß sie sich durch die Ausgabe einer zentralen Parole die Stichwahlhilfe der Konservativen, die sie bisher gehabt hätten und auf die sie auch diesmal rechneten, verscherzen würden. Darauf erklärten wir: entweder links oder rechts; dieses Hilfenehmen von rechts und links, wie bisher, machen wir nicht weiter mit! Dann haben sie das Verlangen gestellt, wir sollten aus der Verärgerung der Schwarzblauen über ihr Eintreten für uns kein Kapital schlagen und unsere Kandidaten in einzelnen Kreisen zurückziehen. Wir erklärten, daß davon keine Rede sein könne. (Lebhafte Zustimmung.) Darauf verlangten die Fortschrittler, daß wenigstens von unserer Seite der Wahlkampf derartig abgeschwächt würde, daß es den Fortschrittlern möglich bleibe, trotz der konservativen Verärgerung sich diese Kreise zu sichern. (Zuruf: Feine Diplomaten! Heiterkeit.) Ja, beim Verhandeln zwischen Parteien wird eben diplomatisch verfahren, sonst kommt nichts zustande. (Heiterkeit.) Es ist allerdings in der „Leipziger Volkszeitung" gesagt worden, auf diese Zumutung hin hätte der Parteivorstand die fortschrittlichen Kuhhändler mit besonderer Beschleunigung die Treppe hinunterwerfen sollen. (Sehr richtig! und Gelächter.) Nun, Parteigenossen, so kann wohl eine unverantwortliche, kapriziöse Primadonna handeln, aber nicht die Führer einer großen Partei, wenn sie vor Entscheidungen von großer politischer Tragweite stehen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir waren uns wohl bewußt, daß die Fortschrittler eine starke Zumutung an uns stellten und daß wir an die Disziplin unserer Parteigenossen im Lande hohe Anforderungen stellen mußten, wenn wir darauf eingingen. Wir haben daher im Vorstande eingehend beraten und zu unseren Beratungen auch den Genossen Kautsky und die politische Redaktion des „Vorwärts" hinzugezogen. Auch diese waren mit uns der Meinung, daß vom prinzipiellen Standpunkt sich gegen ein derartiges taktisches Vorgehen nichts einwenden lasse. (Hört! hört!) Nun hieß es aber, schnell handeln, der Mittwoch war herangerückt und Sonnabend war der erste Stichwahltag. Aus dem Reiche wurde stündlich bei uns angefragt, was zu tun sei, die merkwürdigsten Geschäfte waren draußen im Gange. Da mußten wir zu einer Entscheidung kommen, um ein Tohuwabohu zu verhüten. Wir entschlossen uns, die Bedingungen der Fortschrittler zu akzeptieren und über die einzelnen Kreise zu verhandeln. Von vornherein war für uns ausgemacht, daß die Kreise, die wir aus eigener Kraft holen konnten, unter keinen Umständen zugestanden würden. Es wurde auch eine Reihe von Kreisen nicht zugestanden, bei denen wir von vornherein wußten, daß sie gar nicht zu holen waren und später auch tatsächlich nicht geholt worden sind. Von den 16 Kreisen, die wir ihnen zugestanden haben — einer scheidet noch aus, der später freigegeben wurde —, waren in 9 Kreisen die Fortschrittler uns an Stimmenzahl voraus. Dort war ihnen sonach schon der Sieg sicher, wenn die Konservativen Gewehr bei Fuß standen. Wir wissen aber ganz genau, daß das Klasseninteresse der Leute, die dort in der Hauptwahl konservativ gestimmt haben, so groß ist, daß sie selbst gegen ihre Parteiparole in nicht unerheblicher Zahl für den Freisinnigen eintreten. (Sehr richtig!) Die Kreise Hagen und Nordhausen scheiden insofern aus, als wir sie ja erobert haben. (Unruhe.) Hagen war nur irrtümlich zugestanden, weil die Vertreter dieses Wahlkreises uns erklärt hatten, die Stichwahl sei aussichtslos. (Hört! hört!) Sobald uns erklärt wurde, das sei ein Irrtum, haben wir Hagen freigegeben. Die Folge war auch, daß das Mandat geholt wurde. Aber es hat sich gezeigt, daß wir gerade das Hagener Mandat nicht geholt hätten, wenn das Abkommen nicht geschlossen worden wäre. (Sehr richtig!) In der Hauptwahl erhielten in Hagen die Gegner 26 968 Stimmen, der Sozialdemokrat 23 184. In der Stichwahl verlor der Gegner 3000 Stimmen, zweifellos Reaktionäre, die zu Hause blieben; er ging auf 23 840 Stimmen zurück, während wir 1000 Stimmen herausholten, eine Stimmenzunahme, die wir stets in solchen Kreisen bei der Stichwahl aus eigener Kraft herausholen können. Wären Freisinnige und Konservative zusammengegangen, wie die Regierung dies angestrebt hat, dann wäre der Kreis uns rettungslos verloren gewesen. (Zustimmung.) Genau so war es in Nordhausen. Dort erhielten die Gegner in der Hauptwahl 9019 Stimmen, wir 7400. Wenn man nicht gerade damit rechnete, daß die Antisemiten den Genossen Cohn, der dort kandidierte, wählen oder durch strikte Stimmenthaltung unterstützen würden, was bei einem Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien ausgeschlossen war, dann war der Kreis nicht zu holen. Da der Freisinn aber den Antisemiten in Eschwege-Schmalkalden Stichwahlhilfe versagte, sind ungefähr 1000 Antisemiten in Nordhausen nicht etwa zu Hause geblieben, sondern zur Wahl gegangen und haben den Genossen Cohn gewählt. (Stürmische, langandauernde Heiterkeit.)

Nun wird dem Parteivorstand auch zum Vorwurf gemacht, daß er, nachdem am ersten Stichwahltage die Freisinnigen so schmählich versagt hatten, sich noch weiter an das Abkommen gehalten und nicht die 16 Kreise freigegeben habe. (Sehr richtig!) Das wäre sehr falsch gewesen. Wir legen Gewicht darauf, daß die Oeffentlichkeit weiß, daß wir ein Abkommen, das mit uns geschlossen wird, konsequent durchhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Wären wir auf den ersten Eindruck hin abtrünnig geworden, dann hätten wir die besseren Erfolge der beiden weiteren Stichwahltage schwer gefährdet, und in Zukunft hätten wir uns sagen lassen müssen: Mit Euch kann man kein Abkommen schließen, Ihr haltet es doch nicht. (Zuruf:

„Die halten es ja auch nicht!") Die Zentrale der Fortschrittlichen Volkspartei hat sich alle Mühe gegeben, das Abkommen durchzuhalten. (Zuruf: Dithmarschen!) In der Presse ist nun noch behauptet worden, statt der Dämpfung wäre die Zurückziehung unserer Kandidaten besser gewesen. Das bestreiten wir. (Zustimmung.) Denn in all den Kreisen wo die Dämpfung der Anweisung des Parteivorstandes gemäß durchgeführt wurde, und das ist in allen in Betracht kommenden Kreisen, mit Ausnahme von einem, geschehen, ist zu verzeichnen, daß wir bei der Stichwahl mehr Stimmen aufgebracht haben, als bei der Hauptwahl (Hört! hört!), nur in zwei Kreisen nicht: Dithmarschen, wo die Parteigenossen entgegen dem Abkommen und entgegen unseren Anweisungen einfach die Kandidatur zurückgezogen und Wahlenthaltung geübt haben (Zuruf: Das war ja logisch richtig! Heiterkeit), und in Lauenburg. Ueberall sonst haben unsere Stimmen zugenommen, während die Gegner überall weniger Stimmen, zum Teil sogar erheblich weniger, in der Stichwahl als in der Hauptwahl erhielten. Daß sich in dem einen Kreise, wo unsere Kandidatur zurückgezogen wurde, die gegnerische Stimmenzahl vergrößert hat, läßt die Vermutung zu, daß dort sich solche Wähler, die in der Hauptwahl sozialdemokratisch gewählt haben, in der Stichwahl für den Gegner stimmten. Das sollte verhindert werden; denn bei der Zurückziehung einer Kandidatur entsteht immer die Gefahr, daß die in der Hauptwahl für uns neugewonnenen Wähler in die Versuchung kommen, bei der Stichwahl doch zur Wahl zu gehen und wieder den Gegner zu wählen.

Es ist nun weiter in der „Leipziger Volkszeitung" erklärt worden . . . (Zuruf: Warum druckt das der „Vorwärts" nicht ab?) Ich kann Ihnen das nicht sagen, ich bin nicht Redakteur des „Vorwärts", erkundigen Sie sich doch bei der Preßkommission! Also in der „Leipziger Volkszeitung" wird erklärt, „der Schade wäre vielleicht geringer gewesen, wenn der Parteivorstand den Mut der Konsequenz und Aufrichtigkeit gehabt hätte, um die Kandidaturen in den betreffenden Wahlkreisen zurückzuziehen". Ueber den Mut zur Konsequenz und Aufrichtigkeit wollen wir mit der Genossin Rosa Luxemburg, die in ihren früheren Polemiken oft schon eigenartige Konsequenz und Aufrichtigkeit gezeigt hat, nicht streiten. (Sehr richtig!) Ich kann demgegenüber erklären: Hätten die Genossen, und zu ihnen gehört auch Genossin Luxemburg, die kürzlich in Bremen die Resolution begründeten, nach der nicht im Parlament, sondern nur durch Massenaktion die Demokratisierung des Staatslebens durchzuführen sei, den Mut zur Konsequenz und Aufrichtigkeit, den sie dem Parteivorstand absprechen, dann müßten sie längst beim Antiparlamentarismus, beim Anarchosyndikalismus gelandet sein. (Zustimmung. — Zuruf: Das wurde ja richtig gestellt!) Wortklauberei wurde getrieben, aber nichts richtiggestellt! (Heiterkeit und Sehr gut!) Aber nicht nur Mangel an Konsequenz und Aufrichtigkeit, sondern auch Prinzipienverrat hat man uns vorgeworfen, und das bei einem Vorgehen, demgegenüber selbst Kautsky und Bernstein einmal einig darüber sind, daß uns ein solcher Vorwurf nicht gemacht werden könne. Wenn die beiden einig sind, muß die Sache doch wirklich klar sein! (Lebhafte Heiterkeit.) Bernstein hat zu allem Ueberfluß noch Engels herangezogen, zum Beweis dafür, daß wir gar nicht weit genug gegangen sind. Allerdings geht der Parteivorstand nicht so weit wie Engels, der in dem angeführten Brief wünscht, daß man in einzelnen Kreisen schon bei der Hauptwahl nicht erst Kandidaten aufstellen soll. Da muß nach unserer Meinung der bisherige Grundsatz unserer Taktik aufrecht bleiben, daß gemäß unserem Klassenkampfstandpunkt bei allen Wahlen für eigene Kandidaten mit aller Energie eingetreten und bei allen Aktionen für unsere eigenen Grundsätze und Ideen mit aller Kraft Propaganda gemacht werden muß. Aber auch gegen diesen Grundsatz sollen wir verstoßen haben durch die Dämpfung. Die „Leipziger Volkszeitung" und die „Bremer Bürgerzeitung", die sich in etwas plumperer Weise mit dem Abkommen beschäftigt hat, als Rosa Luxemburg (Heiterkeit), sagen, daß zu jeder Zeit und zu jeder Stunde bis zum letzten Augenblick für unsere Grundsätze Propaganda gemacht werden muß. Die Sache liegt für jeden Parteigenossen, der praktische Erfahrungen im Wahlkampfe gemacht hat, klar: wie immer ist auch diesmal alles geschehen, um im Wahlkampfe für unsere Grundsätze Propaganda zu machen und für unsere Organisation Anhänger zu gewinnen. Aber, wenn der Hauptwahltag vorüber ist und das Kräfteverhältnis aller Parteien klar zutage liegt, dann ist das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, wie es möglich sein wird, möglichst viele Mandate herauszuholen und in den Stichwahlen zu siegen. Daß in dem Stichwahlkampfe nicht mehr sehr viel oder fast gar nicht von der Propagierung unserer Grundsätze in den Flugblättern und Versammlungsreden die Rede ist, sondern jene Gesichtspunkte in den Vordergrund geschoben werden, die dazu angetan sind, diejenigen bürgerlichen Wähler, auf deren Stichwahlhilfe wir rechnen, für unseren Kandidaten zu gewinnen — das wird jeder im Wahlkampf erfahrene Genosse wissen. Daß wir uns zu jeder Zeit auch an aussichtslosen Kämpfen mit aller Energie zu beteiligen haben, ist kein Grundsatz unserer Partei. Wie oft haben wir dort, wo in der Stichwahl Erfolge ganz ausgeschlossen waren, um Geld und Kräfte zu sparen, den Wahlkampf abgeschwächt, den Dingen ihren Lauf gelassen.

Nun wird in der Kritik unseres Vorgehens weiter gesagt: „Es kommt nicht auf die Mandate, sondern auf die Propaganda an." Jahrzehntelang haben wir uns an den preußischen Landtagswahlen aber nicht beteiligt; nicht, weil wir dort nicht hätten Propaganda für unsere Grundsätze treiben können, im Gegenteil, dazu war ja gerade bei den preußischen Landtagswahlen die prächtigste Gelegenheit (Sehr wahr!), sondern weil wir keine Aussichten hatten, Mandate zu erringen, haben wir diese überaus prächtige Gelegenheit zur Propaganda lange Jahre vorübergehen lassen, ohne sie auszunutzen. (Hört, hört!)

Nach dem Antrag von Nieder-Barnim soll das Bedauern über das Stichwahlabkommen insofern, als darin eine Dämpfung des Wahlkampfes abgemacht wurde, ausgesprochen werden. Dazu kann ich namens des Parteivorstandes erklären, daß wir da ja eigentlich einig sind. Auch wir bedauern das (Hört, hört! und große Heiterkeit. Zuruf: Das hätten Sie gleich sagen sollen!), wir bedauern, daß wir diese Konzession den Fortschrittlern machen mußten, um das Abkommen zu sichern. Aber mit dem Bedauern ist nichts gemacht. Sie müssen Ihr Urteil abgeben über das Abkommen im ganzen, denn die Dämpfung in den 16 Kreisen ist lediglich ein Teil des Abkommens, das ohne diesen Teil undenkbar ist, denn das war die Bedingung, unter der die Fortschrittler das Abkommen abschlossen. Da darf man nicht das Abkommen, soweit es sich auf die gegenseitige Unterstützung bezieht, billigen, aber einen Teil davon mißbilligen. Sie müssen entweder das ganze Abkommen mißbilligen oder sagen: Wir geben zu, daß der Parteivorstand nicht anders handeln konnte.

Nun wird auch noch ins Feld geführt, der Wahlausfall habe doch erwiesen, daß die Spekulation des Parteivorstandes falsch war. Diejenigen, die jetzt den Wahlausfall gegen den Parteivorstand ins Feld führen, vergessen gar zu sehr, daß dieser Wahlausfall noch nicht da war, als wir über das Abkommen zu entscheiden hatten. (Sehr gut!) Es ist aber auch nicht richtig, wenn es in der „Leipziger Volkszeitung" jetzt so hingestellt wird, als habe das Abkommen auf der ganzen Linie versagt und uns höchstens etwa 4 Mandate gebracht. Genosse Mehring bestätigt in der „Neuen Zeit" der Genossin Luxemburg ja allerdings, daß sie in ihren glänzend geschriebenen, vortrefflich durchdachten und maßvollen Artikeln, wie er sich ausdrückt, schlüssig nachgewiesen habe, daß bei diesem Abkommen nicht mehr herausgekommen sei, als ohne es herausgekommen wäre. (Sehr richtig!) Wenn die mit den Tatsachen nicht im Einklange stehenden Behauptungen für Genossen Mehring schlüssige Beweise sind, dann ist er in dieser Hinsicht sehr bescheiden. „Von 24 Kreisen, in denen wir die Fortschrittler zu unterstützen hatten, haben wir sie in 21 Kreisen durchgebracht. Wir haben überall Disziplin gehalten und bis auf den letzten Mann dem Abkommen entsprochen. Aber in den Kreisen, wo die Fortschrittler für uns eintreten sollten, ist das nicht in dem Maße geschehen." Allerdings liegt die Sache doch so, daß man den Parteivorstand für sehr weltfremd halten muß, und Genossin Luxemburg unterstellt ihm ja auch einen wahrhaft kindlichen Glauben, wenn man annimmt, er hätte geglaubt, daß wir in all diesen Kreisen mit Hilfe der Fortschrittler zum Siege gelangen würden. Solche Kinder sind wir nicht, dazu kennen wir unsere Fortschrittler zu gut. Der Illusion, daß die Fortschrittler, die jahrzehntelang gegen uns entschieden haben, sofort auf die Parole ihres Parteivorstandes das Gegenteil tun und restlos für uns eintreten würden, haben wir uns nicht hingegeben. Freilich Genossin Luxemburg setzt diese wahrhaft kindische Einfalt beim Parteivorstand voraus, wie sie ja überhaupt gewöhnt ist, die ganze Partei für eine Kinderstube anzusehen, in der sie von Zeit zu Zeit als kluge Tante Ordnung schaffen muß. (Heiterkeit.)

Am ersten Stichwahltag haben die Fortschrittler in 13 Kreisen schmählich versagt. (Stürmische Zustimmung.) Ein Teil dieser Kreise hätte leicht geholt werden können; aber die Fortschrittler haben da die alte Uebung fortgesetzt. Aber wenn gesagt wird, daß die Fortschrittler fast überall versagt und uns im Stich gelassen hätten, so entspricht das nicht den Tatsachen. Am Montag kamen 17 Kreise zur Entscheidung, und nur in 2 Kreisen haben sie versagt, 14 wurden mit Hilfe der Fortschrittler gewonnen. (Hört! hört!) Am Donnerstag haben die Fortschrittler nur in einem von sieben Kreisen versagt, 6 sind uns zugefallen. Gewiß haben sie nicht überall geschlossen für uns gestimmt, aber es hat zu unserem Sieg genügt. So mancher Wahlkreis mehr wäre sicher geholt worden, wenn er, statt am ersten Tage, am Donnerstag zur Entscheidung gekommen wäre. So lag z. B. die Stichwahl in Kalau-Luckau, in der wir schließlich gesiegt haben, viel weniger günstig, als die in Zauch-Belzig, wo wir unterlagen. Es ist eben unmöglich, in großen ländlichen Kreisen bei kurzer Zeit eine noch dazu ungewohnte Wahlparole zu verbreiten. Auch in den Wahlkreisen, die wir aus eigener Kraft eroberten, hat das Abkommen insofern zweifellos gewirkt, als die Reaktionäre in vielen dieser Kreise durch ihre teilweise Wahlenthaltung uns den Erfolg gesichert haben.

(Die schon längere Zeit bemerkbare Ungeduld der Versammlung äußert sich hier in größerer Unruhe und Schlußrufen. — Der Vorsitzende Eugen Ernst erklärt, man müsse dem Parteivorstand, auf dem doch genügend herumgeklopft worden sei, doch Gelegenheit geben, hier zum ersten Male seine Meinung über diese Sache uneingeschränkt auszusprechen. — Zustimmung.)

Der Chemnitzer Parteitag wird sich ja mit der Sache weiter beschäftigen müssen. Dort wird sich Gelegenheit bieten, die Angelegenheit eingehender zu besprechen. — In der Kritik des Abkommens wird auch erklärt, daß die politischen Ziele, die der Parteivorstand mit dem Abkommen erreichen wollte, nicht erreicht worden seien. Da über diese politischen Ziele nichts bekannt geworden ist, konstruiert sich Genossin Luxemburg aus den Artikeln des „Vorwärts" diese Ziele selbst und erklärt sie dahin: 1. werde sich eine bürgerliche Linke mit Ausschluß der Rechten bilden, 2. werde der bürgerliche Liberalismus aufs tiefste verfeindet werden mit der Reaktion, 3. werde die bürgerliche Linke der Reichstagsmehrheit einen entschiedenen Zug nach links geben und 4. werde innerhalb dieser Mehrheit die Sozialdemokratie eine einflußreiche Gruppe bilden.

Das sind die Ziele, die Genossin Luxemburg behauptet; aber der Parteivorstand hat sie nicht gehabt. Dieser ließ sich beim Abschluß des Abkommens von folgenden Gesichtspunkten leiten: 1. Beseitigung des schwarzblauen Blocks; 2. Eroberung möglichst vieler Mandate für uns, wie wir sie auf Grund unserer hohen Stimmenzahl zu beanspruchen haben, und 3. Verschärfung des Gegensatzes zwischen der bürgerlichen Linken und der Reaktion. Der Ausfall der Wahlen hat uns nicht ins Unrecht gesetzt. Die Beseitigung des schwarzblauen Blocks ist nicht so gründlich gelungen, wie wir wollten, aber sie ist gelungen. Mandate haben wir ja auch erlangt (Heiterkeit), und der Gegensatz zwischen der Linken und der Reaktion, den Konservativen und dem Zentrum, ist bis zu einem Grade verschärft, der bisher nicht zu verzeichnen war. Der Parteivorstand hat in keinem Stadium der Verhandlungen über das Abkommen daran gedacht, daß er dadurch einen Block der Linken schaffen werde, selbst von einer zeitweiligen Arbeitsgemeinschaft ist bei den Verhandlungen mit keinem Worte gesprochen worden. (Zuruf: Darf auch nicht! — Heiterkeit.) Allerdings waren wir der Ansicht, wenn es gelang, durch das Abkommen den schwarzblauen Block zu zertrümmern, uns eine möglichst hohe Mandatzahl zu sichern und die Fortschrittler von der Rechten vollständig loszureißen, so würde das auf die politische Konstellation im Reiche nicht ohne Einfluß bleiben. (Sehr wahr!) Die Tatsachen haben uns auch in dieser Hinsicht recht gegeben. Es ist Tatsache, daß die Sozialdemokratie mit ihren 110 Mandaten in der Reichspolitik jetzt eine einflußreiche Rolle spielt (Lachen), jedenfalls eine ganz andere, als sie leider in den letzten 5 Jahren spielen konnte. Die „Post" schrieb nach der Wahl:

„Geradezu verhängnisvoll kann die Zusammensetzung des Reichstages auf unsere Sozialpolitik einwirken. Das unserer Industrie und unserem Gewerbe notwendige, von der Regierung früher in Aussicht gestellte Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen kann von vornherein als abgetan gelten. Gegen rund 110 Stimmen der Sozialdemokratie, 60 des Liberalismus und etwa 30 aus dem Zentrum würde jede derartige Vorlage und auch nur ihr Versuch glatt erledigt sein."

Also, der Wahlausfall hat ganz wesentlich auf die politische Entwickelung zugunsten einer freiheitlicheren Richtung eingewirkt. Die 110 Genossen, die in den Reichstag eingezogen sind und über die sich die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt gefreut haben, haben das Prestige der Partei nach außen hin derartig gehoben, daß dadurch sicherlich eine viel größere propagandistische Wirkung für die Partei erzielt wird, als wenn in den 15 gedämpften Wahlkreisen (Heiterkeit) noch je ein Flugblatt mehr verteilt worden wäre.

Im selben Artikel der „L. V." schreibt Genossin Luxemburg dann noch:

„Wollte der Parteivorstand den großartigen Sieg vom 12. Januar voll ausnutzen — und man hätte allen Grund sich darüber zu freuen —, so hatte das nicht durch Techtelmechteln mit dem Liberalismus zu geschehen, sondern durch Massenaktionen großen Stils, die im ganzen Lande für das preußische Wahlrecht, für den Achtstundentag, für das Milizsystem zu unternehmen gewesen wären."

Nachdem das Resultat der Hauptwahl vorlag, fragten die Genossen im ganzen Lande bei uns an: Was tun wir? Wenn wir da nichts weiter getan hätten als losgekreischt: Massenaktionen! Achtstundentag! Wahlrecht! Milizsystem! — da hätten wir zweifellos Anfragen aus dem ganzen Lande bekommen, ob wir nicht ganz richtig seien. (Heiterkeit.) Und ich bin sicher, einer ganzen Anzahl dieser Briefe hätten Prospekte von Kaltwasserheilanstalten beigelegen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Als schlimmste Seite des Wahlabkommens ist nun von unseren Kritikern seine Geheimhaltung bezeichnet worden, und Genosse Mehring schreibt in der „Neuen Zeit", es sei das Verdienst der Genossin Luxemburg, die Dinge an die Oeffentlichkeit gezogen zu haben. (Sehr richtig!) Na, ich muß schon den Weihrauch wegblasen. (Heiterkeit.) Das Abkommen ist sofort, nachdem es abgeschlossen war, an jenem Mittwochabend an alle diejenigen Stellen versandt, die den Wahlkampf zu leiten hatten, an die Bezirksvorstände und an sämtliche Parteiredaktionen. Wir haben allerdings davon abgesehen, es sofort in die Oeffentlichkeit zu bringen. Es wird behauptet, daß die Geheimhaltung eine unerläßliche Bedingung der Fortschrittler war. Das ist nicht richtig. Gewiß unterblieb die Veröffentlichung des Abkommens auf Wunsch der Fortschrittler; aber auch wir verschlossen uns nicht der Einsicht, daß es der Durchführung des Abkommens schwerlich genützt hätte, wenn man es vor dem Stichwahltage der Oeffentlichkeit übergeben und damit in allen Einzelheiten den schwarzblauen Gegnern auf die Nase gebunden hätte. (Sehr richtig!) Sofort nach den Stichwahlen haben wir Konferenzen sämtlicher Bezirksvorstände und Redakteure nach Berlin einberufen, in denen der Parteivorstand die Vorgänge und die Gründe, die zu dem Abkommen geführt haben, eingehend darlegte und die Teilnehmer aufforderte, Kritik zu üben.

Das ist in großen Strichen der Hergang. Noch eins: In der „Neuen Zeit" wird auch behauptet, die Artikel im „Vorwärts" rühren vom Parteivorstand her. Das ist nicht richtig. Der Parteivorstand hat sie weder geschrieben, noch sind sie auf seine Veranlassung geschrieben worden. Der Parteivorstand hat auch gar keine Veranlassung, auf mildernde Umstände zu plädieren. Wir sind uns bewußt, in der schwierigen Situation, vor der wir standen, so gehandelt zu haben, wie es die Stunde gebot und es im Interesse der Partei zu handeln notwendig war. Wir beanspruchen dafür keinen besonderen Dank, aber wir sind uns bewußt, ebenso wie alle Funktionäre der Partei bis zum einfachsten Flugblattverbreiter, auf der Stelle, auf die uns das Vertrauen der Parteigenossen gestellt hat, das getan zu haben, was wir im Interesse der Gesamtpartei tun mußten. Es liegt keine Veranlassung vor, uns anzuklagen und keine für uns, mildernde Umstände zu verlangen. In dem bereits erwähnten Artikel wird noch hervorgehoben, daß der Parteivorstand nicht mit bureaukratischer Hochnäsigkeit geantwortet hätte. Nun, über bureaukratische Hochnäsigkeit des Parteivorstandes hat sich die Partei wohl noch nie zu beklagen gehabt. Aber in weiten Kreisen der Partei wird Anstoß genommen an der hochnäsigen Anmaßung und Besserwisserei, die von einzelnen Parteigenossen und -genossinnen an den Tag gelegt wird, wenn sie über die Maßnahmen des Parteivorstandes oder anderer Parteifunktionäre herziehen. (Sehr richtig!) In der „Bremer Bürgerzeitung" wurde sogar auf das Alter der Parteivorstandsmitglieder angespielt als Grund für die Mangelhaftigkeit des Abkommens. Ich kenne das Alter der temperamentvollen Kritiker in Bremen und Leipzig nicht, aber nach dem Ton, den sie in ihren Veröffentlichungen anschlagen, muß ich annehmen, daß sie sich in einem sehr gefährlichen Alter befinden.

Parteigenossen, ich komme zum Schluß. Wir haben nach einem mit Begeisterung und Opferfreudigkeit geführten Wahlkampfe einen prächtigen Erfolg errungen. Millionen Proletarierherzen schlugen höher, als die 110 Vertreter der Niedergerittenen von 1907 in den stolzen Bau am Königsplatz einzogen. Sollten wir jetzt ebenso wie 1908 wieder nichts besseres zu tun wissen, als uns zum Gaudium unserer Gegner gegenseitig zu zerfleischen und uns die Siegesfreude zu vergällen? Gewiß, Kritik muß sein und der Parteivorstand hat selbst dazu aufgefordert. Aber sie schadet der Partei mehr, als sie ihr nützt, wenn sie in der herabsehenden vergiftenden Art geübt wird, wie es jetzt wieder in den Parteiblättern in Leipzig und Bremen geschieht. Es ist dieses um so mehr zu bedauern, als wir schweren Zeiten entgegengehen. Im Westen stehen Hunderttausende klassenbewußte Grubenproletarier in einem schweren Kampf mit ihren Peinigern. Die Junker und Scharfmacher aller Schattierungen schreien sich heiser nach Ausnahmegesetzen, Staatsanwälten, Militär, Polizei, Säbeln und Maschinengewehren. Da sollten wir, nachdem wir einen so herrlichen Erfolg erzielt haben, die Phalanx schließen und zusammenstehen, um den kommenden Stürmen gegenüber gewappnet zu sein. Nicht gruppieren sollten Sie sich für oder gegen den Parteivorstand, sondern für jeden Parteigenossen muß es jetzt heißen, mit dem Parteivorstand vorwärts, neuen Kämpfen, neuen Siegen entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Aus der Versammlung, die nun, weil das Lokal geräumt werden muß, vertagt werden muß, wird lebhaft der Wunsch geäußert, die Artikel der „Leipziger Volkszeitung" und der „Bremer Bürgerzeitung" über das Stichwahlabkommen den Delegierten zugänglich zu machen.

Genosse Weber vom „Vorwärts" erklärt, daß der gewaltige Stoffandrang in diesen Tagen den Abdruck wohl unmöglich mache.

Die Versammlung beschließt, daß der Ausschuß diese Artikel den Delegierten in Form eines Separatabdruckes bekanntzugeben hat. Der Zeitpunkt für die Fortsetzung der Generalversammlung wird dem Ausschuß zu bestimmen überlassen.

Schluß ¼5 Uhr nachmittags.

Gewerkschaftliches.

An die Arbeiterschaft Groß-Berlins!

Genossen und Genossinnen!

Der Riesenkampf der Bergarbeiter, an dem über 200 000 Personen beteiligt sind, um den von Jahr zu Jahr rückwärts gegangenen Lohn wieder aufzubessern, kann auf längere Zeit seiner Größe wegen materiell nicht allein von dem Verband der Bergarbeiter durchgehalten werden; es muß deshalb Sache **aller organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen** sein, so schnell und kräftig wie möglich mit einzugreifen.

200 000 Menschen wollen erhalten sein, wollen leben. Um den Kampf nicht an Geldmitteln verloren gehen zu lassen, muß **die gesamte Arbeiterschaft schnell und kräftig eingreifen.**

Für **Groß-Berlin** haben wir die Sammlung zu organisieren. Wir richten deshalb an die organisierte Arbeiterschaft Groß-Berlins die dringende Aufforderung, umgehend die Sammlung vorzunehmen. Listen sind in unserem Bureau, Zimmer 23, täglich von 9—1 und 4—8 Uhr zu haben.

Alle Geldsendungen für Groß-Berlin sind an

A. Körsten, SO. 16, Engelufer 15,

zu richten.

Die Eingänge werden im „Vorwärts" öffentlich quittiert.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Berlin und Umgegend.

Der Tarifvertrag der Dachdecker,

der im Jahre 1907 abgeschlossen wurde, erreicht mit dem 30. Juni laufenden Jahres sein Ende, und das gleiche gilt von den Verträgen der Dachdeckerhilfsarbeiter, die mit 37 Unternehmern abgeschlossen wurden. Am Sonntag fand im „Gewerkschaftshaus" eine zahlreich besuchte Versammlung der Dachdecker und Hilfsarbeiter statt, um zum Tarifabschluß Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende Görnitz gab in seinem Referat eine Uebersicht über die Entwickelung des Tarifvertrages im Dachdeckergewerbe. Nach zwei erfolglosen Bewegungen in den Jahren 1889 und 1896 gelang es endlich 1899 Abmachungen zu treffen, durch die die neunstündige Arbeitszeit eingeführt und der Stundenlohn auf 55 Pf. gebracht wurde; 1900 kam eine allgemeine Aussperrung, und der Lohn wurde auf 60 Pf. erhöht. Ein regelrechter Tarifvertrag war bis dahin jedoch nicht zustande gekommen; ein solcher wurde erst 1903 abgeschlossen, und zwar mit 65 Pf. Stundenlohn. Der nächste Tarifvertrag, der 1905 bis 1907 galt, brachte den Lohn auf 75 Pf. Im Jahre 1907 wurde durch den jetzt vor dem Ablauf stehenden Tarifvertrag die Arbeitszeit auf 8½ Stunden verkürzt und der Lohn zunächst auf 80 Pf., dann auf 85 Pf. erhöht. Den Hilfsarbeitern ist es bisher noch nicht gelungen, einen allgemeinen Tarifvertrag abzuschließen, sondern nur die schon erwähnten Einzelverträge, und zwar 31 Verträge mit 60 Pf., die übrigen 6 mit etwas geringerem Stundenlohn. Vorstand und Vertrauensmänner hatten sich mit der Frage befaßt, was nun zu tun ist, und waren zu dem Vorschlag gekommen, den Tarifvertrag der Dachdecker wie auch die Verträge der Hilfsarbeiter zu kündigen sowie Vorstand und Tarifkommission zu beauftragen, Verhandlungen anzubahnen, jedoch weitergehende Forderungen vorerst nicht zu stellen. Bei Stellung des neuen Tarifvertrages soll auch vor allem Wert darauf gelegt werden, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hilfsarbeiter ebenfalls allgemein tariflich festgelegt werden. Was die Dauer des abzuschließenden Tarifvertrages betrifft, so wird man sich nicht darauf einlassen, den Endtermin etwa auf den 31. März 1913 festzulegen, wie es Wunsch des Unternehmertums ist. — Nach reger Diskussion, in der unter anderem auf die Notwendigkeit eines allgemein anerkannten Arbeitsnachweises für das Dachdeckergewerbe hingewiesen wurde, erteilte die Versammlung dem Vorstand und der Tarifkommission Auftrag zur Kündigung des Tarifvertrages wie auch zur Einleitung neuer Tarifverhandlungen.

Man beschäftigte sich hierauf mit der bevorstehenden Maifeier, und nach reger Debatte wurde folgender Antrag des Vorstandes und der Vertrauensmänner angenommen:

„Da die würdigste Form der Maifeier die allgemeine Arbeitsruhe ist, beschließt die Versammlung, den 1. Mai zu feiern. Hierzu ist jedes Mitglied verpflichtet."

Die Lohnbewegung der Landschaftsgärtner

wird jedenfalls, wenn die Arbeitgeber nicht noch rechtzeitig einlenken, zum Streik führen, wenn auch von seiten der Arbeitnehmer alles getan wird, um die Forderungen auf friedlichem Wege zur Geltung zu bringen. Am Freitag fand eine außerordentlich zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Landschaftsgärtner statt, in der Kwasnick über den Abbruch der Verhandlungen durch die Arbeitgeber berichtete und die Frage erörterte, was nun zu tun ist. Die Sache steht so, daß die bei den Verhandlungen von den Arbeitgebern gemachten Angebote so gering waren, daß sie von den Gehilfen als unzureichend abgelehnt wurden. Die Resolution, in der dies zum Ausdruck kam, ist dann den Arbeitgebern zugestellt worden, und zwar zugleich mit dem Ersuchen um neue Verhandlungen. Aber der Vorstand des Verbandes der gewerbetreibenden Landschaftsgärtner samt der Kommission der Arbeitgeber gingen nicht darauf ein und hielten es auch nicht einmal für notwendig oder nicht für zweckmäßig, den Mitgliedern durch Einberufung einer Versammlung Gelegenheit zur Aussprache über die Lage zu geben. Statt dessen veranstaltete man eine Umfrage auf seiten der Unternehmer mittels Fragebogen und teilte dann den Arbeitern mit, daß auf Grund des Ergebnisses der Umfrage in weitere Verhandlungen nicht eingetreten und weitere Zugeständnisse nicht gemacht werden könnten. Inzwischen hatte die Vertrauenskommission der Gehilfen über die Situation beraten und machte nun der Versammlung den Vorschlag, zunächst den einzelnen Arbeitgebern die Forderungen, in einzelnen Punkten abgeändert, in Form eines Tarifvertrags zuzustellen, und zwar mit dem Ersuchen nach unterschriftlicher Anerkennung bis zum Donnerstag, den 21. März. Soweit die Forderungen bei den Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation schon bewilligt waren, werden sie selbstverständlich in der ursprünglichen Form aufrechterhalten. Die Bestimmung über die Arbeitszeit soll jedoch so aufgesetzt werden, daß die tägliche Arbeitszeit möglichst nicht mehr als 9 Stunden betragen darf und daß sie bei entfernter liegenden Arbeitsstätten 10 Stunden nicht überschreiten darf, und zwar mit Einrechnung der Fahrzeit, die als Arbeitszeit zu bezahlen ist. Die Bestimmung über die Löhne soll so abgefaßt werden, daß der niedrigste Stundenlohn 60 Pf. beträgt, daß er jedoch für die Gehilfen, die noch nicht ein Jahr in der Landschaftsgärtnerei tätig sind, 55 Pf. betragen darf. Für Ueberzeitarbeit sind die Stunde 10 Pf., für Sonntagsarbeit 20 Pf. Aufschlag zu zahlen. Die Vertrauenskommission hatte sich zu diesen Ermäßigungen der Forderungen entschlossen, um soviel wie möglich alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die einer wirklich allgemeinen und auch dauernden, nicht nur für das Frühjahr geltenden Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse entgegenstehen. Uebrigens liegt, wie namentlich in der Diskussion erwähnt wurde, die Sache auch so, daß die Vertreter der Arbeitgeber wohl bei den Verhandlungen gewisse Schwierigkeiten hatten, den geforderten Stundenlohn zu bewilligen, ohne bei ihren Mitgliedern auf allzu großen Widerstand zu stoßen, da den Gärtnergehilfen in der Branche gegenwärtig hier und da noch Löhne von 45 Pf. geboten werden. Aber das brauchte natürlich kein Grund zu sein, die Verhandlungen abzubrechen, und das mußten die Herren wohl auch einsehen, daß der geforderte Lohn bei der herrschenden Teuerung als recht bescheiden gelten muß. — Nach reger Aussprache, in der es sich zeigte, daß die Gehilfenschaft kampfbereit ist, erklärte die Versammlung sich mit den Vorschlägen ihrer Kommission einverstanden. Die Forderungen werden in der jetzt beschlossenen Form den Unternehmern sofort zugestellt, und zwar nicht nur den 26 organisierten, sondern auch der größeren Zahl, die nicht dem Verbande der gewerbetreibenden Landschaftsgärtner angehört. Wo sie nicht anerkannt werden, ist mit der Arbeitsniederlegung zu rechnen, für die der Zeitpunkt jedoch noch nicht festgelegt ist.

Achtung, Töpfer! Die Firma Alfred Fischer, Rummelsburg, Simplonstr. 21, hat sich nunmehr bereit erklärt, jetzt wieder auf den neu anzufangenden Bauten nur mobern organisierte Kollegen zu beschäftigen. Unsere Kollegen können also bei der Firma wieder in Arbeit treten, haben jedoch den Bau Zechliner Straße, der von Wilden fertiggestellt wird, nach wie vor zu meiden.

Die Verbandsleitung.

Achtung, Tapezierer! Wegen Tarifbruchs ist die Firma Wwe. Glatz, Lottumstr. 18, für Polsterer gesperrt.

Die Schlichtungskommission.

Die Lohnbewegung der Fleischergesellen in Neukölln macht der Fleischerinnung viel Kopfzerbrechen. In der letzten Versammlung hatte man sich die Scharfmacher der Berliner Innung geholt, die die Meister, unter denen viele wankelmütig werden, weil die Kundschaft für ihre Hartnäckigkeit kein Verständnis hat und wegbleibt, bearbeiteten, den Tarif nicht anzuerkennen. Der Fleischermeister Arno Fuchs-Berlin, Badstr. 15, versprach die Hilfe des neugegründeten Arbeitgeberschutzverbandes, wenn die Meister Neuköllns nicht wankelmütig werden. Ob jedoch der Schutzverband den einzelnen die verlorene Existenz wiedergeben kann, bleibt abzuwarten. Weiter wurde wieder die Behauptung aufgestellt, daß die Forderungen betreffs Lohn- und Arbeitszeit überall schon anerkannt seien, ja sogar noch viel mehr gewährt würde, was jedoch nicht zutrifft. Der große Stellenwechsel beweist das Gegenteil; es gibt eine erhebliche Anzahl, wo die Gesellen keine Woche bleiben, weil Lohn und Arbeitszeit ihnen nicht zusagen. Wenn es wahr wäre, daß in Neukölln alles, was der Verband fordert, schon gewährt wird, so könnten die Meister doch erst recht den Tarif unterschreiben. Kennzeichnend für die Fleischermeister ist, daß einer unter starkem Beifall erklären konnte: „Er würde sich noch nach zehn Jahren schämen, in Neukölln eine Schlächterei betrieben zu haben, wenn die Forderungen des Zentralverbandes erfüllt werden sollten." Das wagen die Herren zu sagen, deren Existenz zum größten Teil von der organisierten Arbeiterschaft abhängt. Es sind würdige Anhänger der Wahlrechtsräuber. Weiter brachten es die Herren, die sich der Kundschaft gegenüber stets als „Genosse" aufspielen, fertig, die Führer der Gesellen auf die gemeinste Art zu verleumden.

Die Meister werden einsehen müssen, daß man damit die Bewegung nicht aufhalten kann. Wenn alle friedlichen Versuche der Gesellen scheiterten und andere Mittel angewandt werden müssen, haben sich die Meister die Schuld selbst zuzuschreiben; sie mögen sich dann bei denen Unterstützung holen, die sie ins Unglück stürzten. Ferner versucht die Innung auf diejenigen Meister, die den Tarif anerkennen, einzuwirken, damit dieselben die Unterschrift wieder zurückziehen sollen. Mancher möchte den Tarif anerkennen, fürchtet aber den Terrorismus der Innung. Die Fleischermeister Kühling, Bergstr. 149, Hempe, Hermannstraße 48 und Beierfuß, Reuterstraße, glauben die Bewegung dadurch aufhalten zu können, daß sie ihre Gesellen entlassen, soweit sie dem Verband angehören oder in die Versammlungen des Verbandes gehen.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen im Böttchergewerbe.

Schon seit längerer Zeit stehen die Böttcher und Zimmerleute bei der Firma C. J. Degner u. Söhne, Fischkonserven und Einlegegeschäft, in Kauerndorf bei Altenburg in Tarifbewegung. Bei dieser Firma, die auch Lieferant verschiedener Konsumvereine ist, herrschen geradezu altertümliche Arbeitszustände. Auf wiederholtes Drängen der Böttcherorganisation schickte die Firma einen Gegentarif ein, der anstatt Verbesserungen eher Verschlechterungen enthielt. Die Arbeiter reichten darauf die Kündigung ein.

In Brieg in Schlesien gelang es der Organisation erstmalig, mit der Faßfabrik von Karl Teuerling einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Tarif gilt auf drei Jahre und bringt nebst verschiedenen anderen Verbesserungen eine Lohnerhöhung von drei Mark für jeden Beteiligten.

Streik der Fensterreiniger in Essen a. Ruhr.

Die im Transportarbeiterverband organisierten Fensterputzer in Essen befinden sich seit Freitag bezw. Sonnabend im Ausstande. Die Arbeiter stellten zunächst in einem Betriebe die Forderung, den Lohn um zirka 10 Prozent zu erhöhen. Nach der augenblicklichen guten Konjunktur konnten die Arbeiter um so eher auf ein Entgegenkommen der Firma rechnen, als der bisher gezahlte Lohn sich nur zwischen 18 und 25 M. bewegte. Der Unternehmer gab jedoch vor, als Mitglied der Arbeitgebervereinigung sich zu einer Konventionalstrafe von 500 M. verpflichtet zu haben, falls er mit dem Transportarbeiterverbande einen Tarif abschließt. Er reagierte auf die Forderungen der Arbeiter nicht. So sahen sich denn die Arbeiter gezwungen, den Kampf aufzunehmen. Da das andere Essener Haupt-Glasreinigungsinstitut gleich am ersten Tage den Versuch unternahm, seine Angestellten zur Streikbrecherarbeit zu veranlassen, legten auch diese Arbeiter einmütig die Arbeit nieder. Um Fernhaltung des Zuzuges wird gebeten.

Ausland.

Die Saisonarbeiter in der Schweiz und die Gewerkschaftsbewegung.

In der nächsten Zeit werden wieder viele Tausende von Arbeitern und zwar von gelernten Berufsarbeitern in die Schweiz reisen, um da an den zahlreichen Fremdenorten, wie Luzern und in der übrigen Innenschweiz, im Berner Oberland, am Genfer See, im Engadin (Kanton Graubünden), in den beiden Kantonen Appenzell, im Toggenburg usw., während der Sommersaison zu arbeiten. Es kommen hierfür hauptsächlich in Betracht Schneider, Schuhmacher, Tischler, Zimmerer, Tapezierer, Maler, Gipser, Maurer, Schlosser, Klempner usw. Viele dieser Arbeiter in Deutschland und Oesterreich wenden sich direkt mit schriftlichen Anfragen an die Unternehmer, so daß sich häufig ein Massenangebot von Arbeitskräften ergibt, daß jene sehr übermütig macht und ihnen die Aufrechterhaltung schlechter Arbeitsverhältnisse ermöglicht. In diesen Fremdenorten besteht häufig noch eine ungeregelte und endlose tägliche Arbeitszeit sowie Sonntagsarbeit, schlechte Löhne, Kost- und Logiszwang unter den ungünstigsten Verhältnissen. Vielfach verbieten die Unternehmer den Arbeitern die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation und die Uebertretung dieses Verbotes eines frechen Unternehmerterrorismus wird mit Maßregelung bestraft. Das alles lassen sich aber manche Arbeiter gefallen, weil es sich für sie nur darum handelt, während des Sommers in diesen schönen Gegenden mit der ärgsten sozialen Rückständigkeit sich aufhalten zu können. Darunter müssen aber die seßhaften Arbeiter schwer leiden, da sie allein, ohne die Mitarbeit der Saisonarbeiter während der besten Geschäftszeit, nichts auszurichten vermögen. Der Stand der Arbeiterbewegung an den meisten Fremdenorten ist ein unbefriedigender und die Genossen klagen in der Arbeiterpresse darüber, daß sich die Saisonarbeiter während ihrer freien Zeit nur dem Bergsport widmen, um die Arbeiterbewegung und die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse jedoch sich gar nicht oder nicht viel kümmern. Da gilt es, das eine zu tun und das ander nicht zu lassen, d. h. den Bergsport zu pflegen und die Pflichten des Arbeiters gegenüber den ansässigen Arbeitern und der Arbeiterbewegung zu erfüllen. Nur wenn einer für alle, alle für einen einstehen, kann in diesen rückständigen Gegenden Besserung geschaffen und ein rückständiges, terroristisches und raffgierig-ausbeuterisches Unternehmertum zu modernen Anschauungen erzogen werden. Dann wird auch für die betreffenden Saisonarbeiter selbst der Aufenthalt in den an Naturschönheiten reichsten Gegenden der Schweiz erträglicher, angenehmer werden.

Jugendbewegung.

Polizei und Justiz gegen die Arbeiterjugend.

Eine Haupt- und Staatsaktion gegen die freie Jugendbewegung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ist in diesen Tagen vor dem Amtsgericht in Buer in Szene gegangen. Vor einigen Wochen, gerade am Tage vor der Wahl, wurde bei dem Kolporteur der „Arbeiterjugend", dem Genossen Kraffzick in Buer und einigen jugendlichen Abonnenten gehaussucht. Dem Genossen Kraffzick wurde alles Schriftliche aus dem Hause geholt. Dann folgten umfangreiche, hochnotpeinliche Vernehmungen und als Krönung des Ganzen eine furchtbare Anklage gegen die beiden Genossen Kraffzick und Schulte. Der erstere wurde beschuldigt, als Vorstandsmitglied eines politischen Vereins es unterlassen zu haben, die Satzungen dieses Vereins, sowie das Verzeichnis des Vorstandes einzureichen. Ferner soll er Personen unter 18 Jahren in dem Verein geduldet haben. Schulte sollte sich gegen das Reichsvereinsgesetz vergangen haben, weil er, der noch nicht 18 Jahre alt ist, an einer Veranstaltung des genannten Vereins teilgenommen hatte. Obwohl nach den Aussagen sämtlicher Zeugen niemals politische Angelegenheiten in den Sitzungen erörtert wurden, obwohl, wie Kraffzick glaubhaft einwendete, die in der Anklage herangezogenen Liederbücher schon seit ¾ Jahren nicht mehr verwendet und die vom Gerichtsvorsitzenden als politisch bezeichneten Lieder gar nicht gesungen wurden und trotzdem der Vorsitzende in der Urteilsbegründung selbst eingestehen mußte, daß die Verhandlung nicht ergeben habe, daß politische Angelegenheiten erörtert worden seien, wurde vom Gericht die Existenz eines Vereins bejaht und die Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten als erwiesen erachtet, weil — das Abonnement der „Arbeiterjugend" und die Abonnementskarte auf einen Verein schließen ließen! Das Gericht ging sogar noch über den Antrag des Amtsanwalts hinaus und erkannte gegen Kraffzick auf 100 Mark Geldstrafe. Schulte erhielt einen Verweis. Gegen das Urteil ist sofort Berufung eingelegt worden.

Arbeiter-Jugend.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 6 des vierten Jahrganges heben wir hervor: Der Kampf um die Schulentlassenen. — Mißbrauch der Fortbildungsschule. — Wie ich vom Antisemitismus kuriert wurde. Von Emil Unger. — Das Eisen. Von Felix Kautsky. (Illustriert.) — Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit. Zur wirtschaftlichen Lage der Arbeiterjugend usw.

Beilage: Kapitän Karpfs Abenteuer in Haiti. Erzählung von Johannes Wilda. (Schluß. — Leopold Jacoby. Von Konrad Haenisch. — Die Indianer. Von Hugo Schulz-Wien. (Illustriert.) — Vom Nordlandsvolk in alter, grauer Zeit. Von Otto Koenig. — Bücher für die Jugend (Sörensen, Der Hai; Lessen, Aus Tag und Tiefe; Hannah Lewin-Dresch, Die Technik der Urzeit; Adelheid Popp, Mädchenbuch). — Der Stier. Erzählung von A. H. C.

Marktbericht von Berlin am 16. März 1912. nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—56,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 9,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,60—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Aale 1,80—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

Das ist eben der ungeheure Vorzug der Kavon-Seife, daß alles, was im Hause überhaupt zu waschen ist, mit dieser Seife ohne jedes weitere Waschmittel gewaschen werden kann. Die einfachsten Wäschestücke, wie Hemden, Taschentücher, Bett- und Tischwäsche, Schürzen usw. selbstverständlich, — **aber was erstaunlich ist, das ist, daß man auch alle empfindlicheren Sachen, wie Wollsachen, feinere Spitzen und Gewebe, Gardinen usw. mit der Kavon-Seife waschen kann, ohne daß das sonst immer so ärgerliche Farbeverlieren, Einlaufen, Verfilzen oder Verbleichen eintritt.**

Es ist einfach eine Pracht.

Es ist jeder Hausfrau aufs dringendste anzuempfehlen, unbedingt einmal den Versuch zu machen, und sie soll zu diesem Waschversuch empfindlichere oder **besonders verschmutzte** Sachen nehmen. **Man wird die Wäsche nicht wiedererkennen, so schön ist sie geworden.**

Ein Stück Kavon-Seife (Preis 20 Pfennig) genügt zu diesem Versuch vollständig. Mit einem Stück Kavon-Seife kann man einen ganzen Haufen Wäsche und andere Sachen waschen. **(Achtung!** Die Kavon-Seife gibt sofort Schaum. Starkes Aufdrücken wie bei anderen Seifen ist unnötige Verschwendung! Bei richtiger Behandlung muß man mit **halb so viel** Seife wie sonst auskommen.) **Wer mit Kavon-Seife einmal gewaschen hat, nimmt keine andere Seife wieder.**

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Vom Kohlenbergbau im Ruhrrevier.

Die Bedeutung des Ruhrgebietes liegt in seinem Kohlenreichtum. Erst nach etwa 1000 Jahren wird der Kohlenvorrat des Ruhrbeckens, der auf 30 000 Millionen Tonnen geschätzt wird, trotz stetig steigender Produktion erschöpft sein. Seine Größe sichert ihm eine bevorzugte Stellung in der Kohlenproduktion der Erde überhaupt. Im Jahre 1910 wurden auf der ganzen Erde 1 160 300 000 Tonnen Kohle gefördert. Auf Deutschland fielen davon 19 Proz., auf Großbritannien 23 Proz. und auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika 39 Proz. Das Ruhrkohlengebiet war an der Weltproduktion allein mit 7,7 Proz. beteiligt.

Von der Jahresproduktion Deutschlands (160 742 000 Tonnen im Jahre 1911) lieferten der Oberbergamtsbezirk Dortmund, der das Ruhrkohlengebiet umfaßt, mehr als die Hälfte (91 260 000 Tonnen im Jahre 1911) mit einem Wert von etwa 875 Millionen Mark. An der Steinkohlenförderung Preußens ist das Dortmunder Gebiet mit über 60 Proz. beteiligt. Die Arbeiterschaft (Belegschaft) belief sich 1911 auf 349 900 Köpfe. Die Jahresleistung des einzelnen Arbeiters betrug 1911 260,82 geförderte Tonnen. Sie zeigt für die früheren Jahre Schwankungen, die durch Streiks, Aussperrungen, willkürliche Betriebseinschränkungen usw. hervorgerufen werden. Die Leistung auf eine Schicht ist nicht etwa von dem guten oder bösen Willen der Arbeiter abhängig. Das Akkordsystem treibt den Arbeiter nach Belieben des Unternehmers an. In Zeiten schlechter Konjunktur und billiger Kohlenpreise sinkt die Leistung pro Schicht (i. J. 1908); in solchen günstiger Konjunktur und hoher Preise steigt sie dagegen (z. B. im Jahre 1906).

Es betrug:

	Leistung pro Schicht u. Arbeiter	Schichtlohn
1903	0,839 Tonnen	3,88 M.
1904	0,848 „	3,98 „
1905	0,855 „	4,03 „
1906	0,885 „	4,37 „
1907	0,849 „	4,87 „
1908	0,820 „	4,82 „
1909	0,833 „	4,49 „
1910	0,854 „	4,54 „
1911	— „	4,69 „

Lohn und Leistung entsprechen sich durchaus nicht immer. Im Jahre 1906 stand die Leistung (0,885 Tonnen) am höchsten; der Lohn hielt sich aber niedriger als in den folgenden Jahren. Erst 1907 und 1908 steigt der Lohn etwas. 1909 ist die Leistung größer als 1908, dennoch fiel der Lohn um 33 Pf. pro Schicht. Die Arbeitskraft unterscheidet sich von keiner anderen Ware; auch ihr Preis richtet sich nach Angebot und Nachfrage. Nicht Wert und Leistung werden vom Kapitalisten bezahlt, sondern Konjunkturverhältnisse bestimmen den Preis.

Die oft gerügten Betriebsverhältnisse riefen eine entsprechende Anzahl von Unglücksfällen hervor. Der Knappschaftsberufsgenossenschaft wurden im Jahre 1896 18 156 Unfälle, im Jahre 1910 aber 53 654 Unfälle gemeldet. Die Zahl der Belegschaft hat sich in dieser Zeit nur verdoppelt; die Zahl der Unfälle fast verdreifacht. Von den im Jahre 1910 angemeldeten Unfällen waren 4617 schwerer Art und 777 verliefen tödlich.

Schlimmer aber fast als unter den geringen Löhnen und den gefährlichen Betriebseinrichtungen leidet die Bergarbeiterschaft unter dem Druck der im „Zechenverband" koalierten Unternehmer. Der Zechenverband bildete sich 1908 aus dem bereits 1890 gegründeten „Ausstands-Versicherungsverband". Der Verband beabsichtigt satzungsgemäß die „Wahrung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen". Arbeitsnachweis, schwarze Listen und ein Ausstandsfonds sind die Zuchtmittel zur Unterdrückung der Arbeiter. Der Ausstandsfonds wird durch einen nach der Größe des neueinzutretenden Werkes bemessenen Eintrittsbeitrag sowie durch regelmäßige Beiträge der Mitglieder gefüllt. Die Höhe des Jahresbeitrags stellt sich auf mindestens 1 M. pro Kopf der im Vorjahre durchschnittlich beschäftigten Arbeiter. Er kann aber jederzeit durch Beschluß erhöht werden. Durch den Arbeitsnachweis ist ein Legitimationszwang für alle Arbeitenden eingeführt worden. Wider den Willen des Zechenverbandes erhält niemand Arbeit im Bezirke Dortmund. Ausständige erhalten für mindestens zwei Wochen nach dem „Kontraktbruch" keine Arbeit nachgewiesen. Arbeitsuchende werden an ein bestimmtes Werk gewiesen; schlagen sie die Annahme von Arbeit an dieser Stelle aus, so verfallen auch sie dem zweiwöchigen Fluch der Arbeitslosigkeit. Im Ruhrgebiet ist eben der Unternehmer unbeschränkter Herrscher, der nach Belieben maßregelt und aushungert. Die dortigen Verhältnisse wirken wie ein Hohn auf die Phrase vom freien Arbeitsvertrag. Auch der preußische Staat, der angeblich die Freiheit des Individuums schützt, tat trotz des Protestes von unserer Seite nichts gegen die Errichtung des Nachweises im Jahre 1908.

Beschränkt sich der Zechenverband auf die Knebelung der Arbeiter, so hat sich das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat die Schröpfung der Konsumenten als Wirkungskreis ausersehen. Das Syndikat schloß sich 1893 in Form einer Aktiengesellschaft zur „Beseitigung des ungesunden Wettbewerbes auf dem Kohlenmarkte" zusammen. Seine Tätigkeit sieht es in der Beschränkung der Förderung und dem Verkauf der geförderten Kohle. Je nach der Größe der Anlage und der Höhe der Förderung erhalten die angeschlossenen Werke eine Beteiligungsziffer an der Gesamtproduktion zugewiesen. Um höhere Quoten zu erhalten, kaufen die großen Unternehmungen die kleinen auf. Aber nur die Beteiligungsziffer ist das Erwünschte; die Betriebe der kleinen Zechen selbst werden stillgelegt. So verschwanden innerhalb einiger Jahre 18 Proz. aller Betriebe. Die gesamte Produktion an Kohlen, Koks und Briketts müssen die Zechen an das Syndikat verkaufen, das den Weiterbetrieb übernimmt. Ausgeschlossen von dem Verkauf durch das Syndikat sind die von den Werken, insbesondere den Hüttenzechen (Bergwerken mit Hüttenbetrieb), selbstverbrauchten Mengen. Dieses Vorrecht der Hüttenzechen hätte fast zur Sprengung des Syndikats geführt. Die Hüttenzechen kauften reine Zechen a[illegible] und forderten auch für sie eine Selbstverbrauchsquote. 1908 wurde deshalb auch der Selbstverbrauch der Hüttenzechen beschränkt (kontingentiert)*) und der Vertrag auf dieser Grundlage bis zum 31. Dezember 1915 verlängert. Die außenstehenden Zechen, deren Förderung sich prozentual schneller entwickelte als die der syndizierten Zechen, machten aber dem Syndikat so große Konkurrenz, daß sein Bestand dauernd gefährdet war. Erst in diesem Jahre ist es gelungen, den größten Außenseiter, den preußischen Bergfiskus, zum Anschluß zu zwingen. Das Syndikat ist dadurch im Kampfe Sieger geblieben, und auch die übrigen nicht syndizierten Werke mußten ihren Widerstand aufgeben. Zur Deckung der Syndikatskosten wird ein gleichmäßiger prozentualer Abzug von den Monatsrechnungen vorgenommen, dessen Höhe nach Bedarf jedesmal festgestellt wird. (Er betrug 1911 für Kohlen 12 Proz., für Koks 7 Proz., für Briketts 11 Proz.)

Zurzeit gehören dem Syndikat 64 Zechen an. Die Beteiligungsziffer für Kohlen ist von 1893 bis 1912 von 35,4 Millionen Tonnen auf 79,5 Millionen Tonnen gestiegen. Für den Hüttenselbstverbrauch wurden zum 1. Januar 1912 insgesamt 17 Millionen Tonnen freigegeben. Die Beteiligungsziffer für Koks und Briketts wurde auf 15,3 bezw. 4,8 Millionen Tonnen festgesetzt. Den Kohlenvertrieb des Syndikats übernehmen 10 vom Syndikat abhängige Vereinigungen von Händlern, denen das Alleinverkaufsrecht zusteht.

Daß das Syndikat sich maßgebenden Einfluß auf den Kohlenmarkt sichern kann, geht allein daraus hervor, daß es seit 1897 mehr als die Hälfte der Kohlenproduktion Preußens fördert (1910: 58,09 Proz.).

Die Wirkungen des Kohlensyndikats auf die Preisentwickelung liegen natürlich nur im Interesse der Unternehmer. Greifen wir das Jahr 1888, das Jahr der Gründung des Syndikats (1893) und das letzte Jahr heraus, so zeigt ein Vergleich der Durchschnittsjahrespreise der Essener Börse folgende Steigerungen:

	(pro Tonne in Mark) 1888	1893	1911
Flammkohlen . .	6,82	7,58	10,56
Fettkohlen . . .	6,04	7,29	10,75
Magere Kohlen. .	5,30	7,50	10,00
Gaskohlen . . .	7,52	9,79	12,63
Hochofenkoks . .	9,16	11,00	15,50
Brechkoks	10,78	15,25	20,56
Briketts	7,81	9,75	11,63

Gegen 1888 sind die Preise fast aller Kohlensorten um rund 100 Proz. erhöht worden. Für das Jahr 1912 ist eine weitere Erhöhung der Preise von durchschnittlich 0,80 bis 1,00 Mk. beschlossen worden, so daß dem Unternehmertum ein neuer Profit zufällt. Wohl wird von den Verteidigern des Syndikats darauf hingewiesen — und der preußische Staat machte sich diese Begründung zu eigen —, daß die Preise seit Bestehen des Syndikats nicht mehr so große Schwankungen zeigen wie vorher. Die Tatsache ist richtig, aber der Vorteil wird durch eine dauernde Preistreiberei wieder zunichte gemacht. Ausfuhrvergütungen und eine die Auslandsfuhr begünstigende Eisenbahntarifpolitik des Staates sichern neben der Kontingentierung der Produktion den Syndikatszechen ein „befriedigendes Resultat". Bei einer tatsächlichen Förderung von 80,828 Millionen Tonnen im Jahre 1909 stellte sich der Versand des Syndikats nach dem Ausland auf 15,234 Millionen Tonnen.

Die Machtmittel der Monopole — Produktionseinschränkungen durch Stillegung von Betrieben und Kontingentierung, geringere Preise im Ausland oder direkte Ausfuhrprämien — sind von dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat zur Dienstbarmachung des Zwischenhandels und zur Ausbeutung der Konsumenten in voller Schärfe angewandt worden. Eine Aenderung der Syndikatspolitik wird natürlich auch nicht durch den Beitritt des preußischen Fiskus eintreten, obgleich der Fiskus seinen Einfluß angeblich zur Wahrung des Konsumenteninteresses benutzen will. Die Sozialdemokratie hat stets gegen die Beteiligung des Staates an privaten Interessenverbänden protestiert und schlägt dafür die Verstaatlichung des Bergbaus als einzigen Weg zur Vertretung der Arbeiter- und Konsumenteninteressen vor.

*) Geht der Selbstverbrauch der Zeche über die bewilligte Menge hinaus, so muß es Kohlen usw. vom Syndikat zurückkaufen.

Aus Industrie und Handel.

Die Ausnahmetarife für Kohlen vom Ruhrgebiet treten nicht, wie wir meldeten, erst von Anfang April ein, sondern gelten bereits vom 13. März. Der preußisch-hessische Eisenbahnfiskus ergreift also sofort offen Partei für die Unternehmer gegen die streikenden Arbeiter.

Verlängerung der Brüsseler Zuckerkonvention.

Am Sonntag, den 17. d. M., hat die ständige Kommission der Internationalen Zuckerkonferenz zwei Sitzungen abgehalten. Das Resultat war die Verlängerung der Brüsseler Konvention auf weitere fünf Jahre bis zum 1. September 1918 auf folgender Grundlage: Rußland erhält weiter das Recht, jährlich 200 000 Tonnen (durch Ausfuhrprämien begünstigten) Zucker in die Konventionsländer einzuführen. Ferner ist Rußland ein darüber hinausgehendes Ausfuhrkontingent von 250 000 Tonnen zugestanden worden. 150 000 Tonnen müssen davon noch in diesem Jahr (bis zum 1. September) ausgeführt werden. Die übrigen 100 000 Tonnen können je zur Hälfte in den Jahren 1913 und 1914 exportiert werden. Eine weitere Mehrausfuhr soll Rußland nur dann erlaubt sein, wenn wie im vergangenen und in diesem Jahr infolge der Rübenmißernte ein Zuckermangel eintritt. Da der neue Vertrag vor dem 1. April von den Mächten unterzeichnet werden soll und für Deutschland dazu die Genehmigung des Reichstages erforderlich ist, wird die Angelegenheit wahrscheinlich noch in dieser Woche den Reichstag beschäftigen. — Diese Lösung der Zuckerfrage ist im Interesse der Konsumenten nur zu begrüßen. Infolge der Mehrausfuhr Rußlands wird der außerordentlich hohe Zuckerpreis fallen.

Niedrige Löhne — hohe Gewinne!

In der Kunst niedrige Löhne zu zahlen, aber hohe Gewinne einzustreichen, haben es die Braunkohlenunternehmer zu einer ganz besonderen Fertigkeit gebracht. Kaum hatte das Kohlensyndikat kürzlich die Preise erhöht, überraschten auch sie ihre Abnehmer mit der Mitteilung, daß die höheren Winterpreise für den Sommer in Geltung blieben. Angeblich machten auch hier die hohen Löhne die Belastung der Konsumenten notwendig. Unternehmerfedern in geschäftiger Tätigkeit unterrichten nun auch die Presse davon, daß z. B. im Bezirk Halle der Lohn im Jahre 1911 höher gewesen sei als 1907 und zwar um 10 Pf. pro Schicht. Das Jahreseinkommen habe sich in der Vergleichszeit von 1094 M. auf 1122 M. gehoben, also um 28 M. Sofort muß das tiefe Niveau der Löhne auffallen. Selbst die „hohen Löhne" im Jahre 1911 erlauben nur eine Tagesausgabe von 3,07 M. Hiervon kann keine Familie leben, ohne direkt zu darben. Der Lohn ist fast eine Mark pro Tag niedriger als im Ruhrbecken. Dafür stehen aber auch die Braunkohlendividenden obenan. Das zeigen die Ergebnisse der großen, nicht mehr im Ausbau begriffenen Werke. So erhöhte die Ilse-Bergbau-A.-G. für 1911 ihren Rohgewinn auf 7 462 277 M. gegen 6 677 925 M. im Vorjahre. Bei größeren Abschreibungen verblieb ein Reingewinn von 3 051 906 M., gegen 2 538 287 M. im Jahre vorher. Die Aktionäre erhalten wiederum 24 Proz. Und für das laufende Jahr hat das Niederlausitzer Braunkohlensyndikat schon die ganze Produktion verkauft. Demnach sind trotz der „hohen" Löhne mindestens wieder 24 Prozent sicher. Die Eintracht-Braunkohlenwerke in Neu-Welzow buchten infolge einer Produktionseinschränkung einen etwas kleineren Reingewinn, 2 225 849 M. gegen 2 334 871 M. im Jahre 1910. Die Aktionäre erhalten dennoch wieder 27 Proz. Für das laufende Jahr stellt die Verwaltung verbesserte Ergebnisse in Aussicht. Und da empören sich die Herrschaften noch, wenn die Arbeiter nicht vor Zufriedenheit jauchzen!

Aus der Frauenbewegung.

Frauenbewegung in Oesterreich.

In Oesterreich finden gegenwärtig zahlreiche Versammlungen für die politische Gleichberechtigung der Frauen statt. In Wien versammelten sich am 13. und 14. März in allen Bezirken die Frauen und in der Provinz fanden zahlreiche Versammlungen am Sonntag, den 17. März, statt. In allen Wiener Versammlungen sprach außer der Referentin ein Reichsratsabgeordneter. Die Tagesordnung lautete überall: „Fort mit dem § 30 — heraus die politische Gleichberechtigung der Frauen." Wie erinnerlich hat der Reichsrat vor der Auflösung im Frühjahr 1911 beschlossen, den § 30 aus dem Vereinsgesetz zu eliminieren. Damit sollte endlich den Frauen das Recht gegeben werden, politischen Vereinen als Mitglieder anzugehören. Das Parlament wurde aber aufgelöst, ehe noch das Herrenhaus zugestimmt hatte und so blieb alles beim alten, d. h. „Frauenspersonen" dürfen (gleich Minderjährigen) nicht Mitglieder politischer Vereine sein.

Dem neuen Parlament ging eine Regierungsvorlage zu, die den Frauenausschließungsparagraphen nicht mehr enthält, aber die Vorlage schlummert im Verfassungsausschuß. Die Genossinnen empfinden immer drückender, daß sie von den politischen Vereinen ausgeschlossen sind. Ihr Ideal ist die gemeinsame Organisation mit den Genossen, die ihnen jetzt verwehrt ist. Das System der Frauenorganisation ist auch zeitraubender und kostspieliger. Es müssen zu allen Mitgliederzusammenkünften auf Namen lautende Einladungen geschrieben werden, die der polizeilichen Kontrolle unterliegen. Nun ist es ja richtig, die Genossinnen haben sich trotz dieser Schwierigkeiten eine große, fast 20 000 Frauen umfassende Organisation geschaffen. Bei dem 20jährigen Jubiläumsfest der Arbeiterinnen-Zeitung, das am 8. März stattfand, hat Genosse Viktor Adler darauf hingewiesen, daß der § 30 nicht imstande war, die Genossinnen in ihrer Organisationsarbeit aufzuhalten, was wohl richtig ist, dennoch wird das Unrecht empfunden. Außerdem kommt es vor, daß die Organisationsarbeit den Genossinnen durch behördliche Schikanen erschwert wird. So wurde erst jüngst die Genossin Altmann in Böhmen verurteilt, weil sie die Einladungen zur § 2 Versammlung angeblich erst im Versammlungslokal geschrieben hatte. Der § 2 ist jener Paragraph des Vereinsgesetzes, auf Grund dessen die Genossinnen ihre nichtöffentlichen Versammlungen abhalten. Zu diesen kurzweg § 2-Versammlung genannten Zusammenkünften, müssen alle Teilnehmer eine auf ihren Namen lautende Einladung erhalten. Die Einberuferin muß eine Liste aller Eingeladenen führen. Wenn es nun einem behördlichem Organ einfällt zu kontrollieren, so muß alles stimmen. Man verlangt sogar, daß die Einberuferin jede Anwesende kennt und ihren Namen genau zu sagen weiß. Da hat nun kürzlich ein Polizeiwachtmeister ausgeschnüffelt, daß eine Versammlungsteilnehmerin erst in der Versammlung die Einladung erhielt, ja, daß diese erst dort geschrieben wurde. Die Genossin Altmann wurde deshalb wegen „Rückfälligkeit" verurteilt. Und doch muß sie es, solange der § 30 besteht, wieder so machen und wieder rückfällig werden.

Das Frauenreichskomitee hat nun eine Aktion eingeleitet, die sich gegen diese reaktionäre Bestimmung richtet. Die bisher abgehaltenen Versammlungen waren großartig besucht. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 13. März tagende Frauenversammlung erhebt neuerlich entschieden Protest gegen jene Bestimmung des Vereinsgesetzes (§ 30), welche Frauen von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen ausschließt. Die Frauen erwarteten, daß das neugewählte Parlament es als eine seiner ersten Aufgaben betrachten würde, jene reaktionäre Bestimmung zu beseitigen. Dies um so mehr, da die Mehrheit des früheren Parlaments schon beschlossen hatte, den § 30 zu eliminieren. Die Frauen empfinden es als beschämend, daß man sie, die als Mütter und Arbeiterinnen schwere Pflichten erfüllen, und auch als Staatsbürgerinnen alle direkten und indirekten Steuerlasten zu tragen haben, für unwürdig und unreif befindet, selbst jene primitiven politischen Rechte zu besitzen, welche die Frauen jedes anderen Landes schon haben.

Den Frauen fehlt leider das Recht, mit dem Stimmzettel ihre Interessen selbst zu vertreten, aber sie erwarten, daß es im österreichischen Parlament genug einsichtige Männer gibt, die bereit sind, diese bescheidene und berechtigte Forderung, die von vielen Tausenden Frauen in ganz Oesterreich erhoben wird, zu erfüllen.

Die heute tagende Frauenversammlung fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, für die Reform des Vereinsgesetzes entschiedenst einzutreten; die Frauen geloben, nicht zu ruhen, bis sie im Besitz der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung sind."

Frauenstimmrechtstag in Oesterreich.

Am 17. März fand in Wien der erste österreichische Frauenstimmrechtstag statt, der von den Komitees der verschiedenen Kronländer Oesterreichs einberufen worden war. Die von mehreren hundert Frauen besuchte Versammlung beschloß eine Resolution, in der die Einführung des Stimmrechts für Frauen zum Parlamente gefordert wird.

Witterungsübersicht vom 18. März 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 8 U. m.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 8 U. m.
Swinemünde	753	SO	5	Nebel	1	Haparanda	764	SW	4	Schnee	—2
Hamburg	749	OSO	5	bedeckt	3	Petersburg	768	SO	1	wolkenl.	—4
Berlin	753	SO	3	wolkig	2	Scilly	729	WSW	4	wolkig	9
Frankf. a. M.	747	SO	1	Regen	6	Aberdeen	739	SO	5	Regen	6
München	751	SO	2	wolkig	4	Paris	743	S	4	bedeckt	6
Wien	754	SO	3	Nebel	4						

Wetterprognose für Dienstag, den 19. März 1912.

Vorherrschend wolkig bei ziemlich starken südlichen Winden, etwas wärmerer Nacht- und wenig veränderter Tagestemperatur; wiederholentlich Regen.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 3. cm	seit 16. 3. cm[1])	Wasserstand	am 17. 3. cm	seit 16. 3. cm[1])
Memel, Tilsit	470[2])	—134	Saale, Grochlitz	118	0
Pregel, Insterburg	45	—21	Havel, Spandau[3])	82	—3
Weichsel, Thorn	386[4])	—26	„ Rathenow[3])	118	+6
Oder, Ratibor	176	—8	Spree, Spremberg[3])	70	0
„ Krossen	178	—2	„ Beeskow	104	+2
„ Frankfurt	178	—1	Weser, Münden	186	+5
Warthe, Schrimm	106	—10	„ Minden	263	+8
„ Landsberg	136	—14	Rhein, Maximiliansau	379	—10
Netze, Bordamm	34	0	„ Kaub	218	—6
Elbe, Leitmeritz	39	—2	„ Köln	—	—
„ Dresden	—82	—8	Neckar, Heilbronn	90	—6
„ Barby	201	—8	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	160	—10	Mosel, Trier	127	—8

[1]) + bedeutet Wachs., — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Schollentreiben. — [4]) Am 19. früh 356 cm.

SÄNGER: REDNER: RAUCHER:

WYBERT-TABLETTEN

schützen Sie vor: HUSTEN HEISERKEIT KATARRH

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis Mk 1.–

Im Grossen Spezial-Geschäft

grosse Auswahl, billige Preise!

Metall-Bettstelle Nr. 1001

Mit Zugfeder-Matratze, schwarz, 190 × 80 cm . . . . . **13.50** M. weiss lackiert 50 Pf. mehr.

Bettfedern

Graue Federn . . . . . Pfd. 55 Pf.
Entenfedern . . . . . Pfd. M. 1.–
Enten Halbdaunen . . Pfd. M. 1.80
Halbweisse Kupffedern Pfd. M. 2.–
Weisse Halbdaunen Pfund M. 3.–, 3.50, 4.50 u. 6.–
Halbweisse Halbdaunen Pfd. M. 2.50
Schleissfedern, halbweiss, Pfd. 1.50
Weisse Schleissfedern Pfund M. 2.–, 2.50 u. 3.–
Hellweisse Schleissfedern Pfund M. 3.50, 4.50 u. 6.–

Metall-Bettstelle Nr. 1004

Mit Zugfeder-Matratze, 33 mm starken Pfosten, obere Verzierung und Fussbunde im Kopf- und Fussteil von Messing, schwarz oder weiss lackiert . . . **26.50** M.

Gustav Lustig

Berlin S 86, Prinzenstr. 46-47

Fertige Betten

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)

von grau-rot Waterstout, gefüllt mit grauen Federn, Stand **12.–** M. — reichlicher gefüllt . . Stand **15.–** M.

von grau-rot oder rot-rosa Köperstout, gefüllt m. Entenfedern, Stand **24.50** M. **28.50** M. **32.50** M.

von echt türkisch-rotem Inlett (Unterbett Drell), gefüllt mit Halbdaunen und Federn . . . Stand **39.–** M.

Bessere Betten . . M. 46.–, 55.–, 63.– bis 105.–

Beste Bettenfüllung:

Monopoldaunen

gesetzlich geschützt.

Pfund **2.85** M., 3–4 Pfund zum grossen Oberbett.

Daunen

3–4 Pfund zum Oberbett.

Russ. Matadordaunen halbweiss, (gea. gesch.) Pfd. M. 3.50
Weisse Daunen Pfd. M. 5.–
Prima hellweisse Daunen Pfd. M. 6.50
Hochf. böhm. Daunen Pfd. M. 9.–
Pfd. zum Oberbett.

Elegante Messing-Bettstellen bestes Fabrikat, 90 × 190 cm . . . M. **44.–**

Die Ausnahme-Preise für Bettstellen nur gegen Vorzeigung des Inserats u. solange Vorrat reicht.

Theater.

Dienstag, 19. März 1912.

Anfang 7 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Tristan und Isolde.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. 1812.
Deutsches. Romeo und Julia.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.
Haverland. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Kammerspiele. Margot kann mir gestohlen werden. Pierrots letztes Abenteuer.
Lessing. Der Biberpelz.
Kleines. Lottchens Geburtstag. Gertz u. Fanny Elsler. Hockenjos.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Familienfind.
Neues. Der liebe Augustin.
Residenz. Alles für die Firma.
Komische Oper. Die Zauberflöte.
Kurfürstenoper. Die verkaufte Braut.
Westen. Wiener Blut.
Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Rosinen.
Neues Operetten. Eva.
Schiller O. Kyritz-Pyritz.
Schiller-Theater Charlottenburg. Die Jüdin von Toledo.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Das Leutnantsmündel.
Luisen. Die Rose von Japan.
Rose. Bonaparte und seine Frauen.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Autoliebchen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Die lustige Strohwitwe.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert. Der Hausteufel.
Königstadt-Kasino. Ein fideler Rechtsanwalt. Bruder Julius. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8½ Uhr.

Folies Caprice. Der Polizeihund. Das Broadway-Girl.
Walhalla. Menschenrechte.
Voigt. Im Moabiter Wintergarten: Maria Stuart.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Jugend.
Belle-Alliance. Frühlingsluft.
Intimes. Der Brandstifter.

* * *

Sternwarte. Invalidenstr. 57–62. 8 Uhr, Dr. Kritzinger: Der Bau der Welten.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von M. Hennequin und G. Mitchell. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Bolten-Baeckers.
Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma.
Sonntag, 24. März, 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Weg zur Hölle.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Probepfeil.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.**

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße

Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 3½ Uhr: Der Vogelhändler.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Sonnab. z. 1. Mal: Die schöne Helena.
Sonntag 3½ Uhr: Wiener Blut.

Luisen-Theater.

Dienstag: Die Rose v. Japan.
Mittwoch: Die Rose von Japan.
Donnerst.: Eine leichte Person.
Freitag: Eine leichte Person.

Belle-Alliance-Theater.

½9 Uhr:
Frühlingsluft.
Mittwoch: Frühlingsluft.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der Gefangene v. Zenda.
Romant. Militärschauspiel in 5 Akten von Edward Rose.
Deutsch von Siegfr. B. Lutz.
Mittwoch: Mutter und Sohn.

Passage-Panoptikum.

Lebend! Lebend!
Hede
das
Löwenmädchen.
Ein atavistisches Wunder.
Das Mädchen mit dem **Mähnenkopf.**
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib, ein Opfer wilder Barbaren.
Die Frau in der Kanne.
Befreiung a. d. Wassergrab.
Ohne Extra-Entree!

„CLOU“

Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.

Großes Doppel-Konzert!!!

Musikc. d. Kais.-Frz.-Grde.-Gr.-Regts. Musikm. Becker
Musikc. d. Garde-Fuß-Artl.-Regts. Musikm. Jolly
und
!!! Zillerthaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler !!!
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Ausstellungshallen Zoologischer Garten, Berlin 1912

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Invalidenstraße 57–62:
Dr. Kritzinger 8 Uhr: Der Bau der Welten.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr.
Die großen komischen Novitäten mit
Oscar und Suzette
moderne Tänzer
Los No. 33
usw.

Voigt-Theater.

Dienstag, den 19. März 1912:
Gastspiel im Moabiter Winter-Garten, früher Artushof, Perleberger Str. 26
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Aufz. v. Fr. v. Schiller.
Kassenöffnung 7, Anfang 8½ Uhr.

Herrnfeld Theater

Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf 11–2 (Theaterkasse)

Passage-Theater.

Das
Geisterfenster.
Das weiße Geheimnis.
Melia d. schönste Tänzerin Russlands.
Schneider-Duncker
und das große März-Programm!

Zirkus A. Schumann

Heute Dienstag 7½ Uhr:
Gala-Fest-Vorstellung
zugunsten des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom
Roten Kreuz
Gr. Gala-Festprogramm
U. a. Auftreten von Dir. Albert Schumann in seinen neuesten Kreationen
Die besten Radkünstler
5 Herren Aurora 5
mit ihrem
lebenden Roulette.
Um 9 Uhr:
Das Motorpferd
in 5 Akten

Sarrasani

Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100
Dienstag, 19. März, 7½ Uhr:
Das berühmte, echte, pantomimenlose
Circus-Programm
mit den Aufsehen erregenden Novitäten.
Mittwoch, den 20. März:
Nachm. 3 Uhr u. 7½ Uhr:
2 Vorstellungen 2.
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Vorverkauf a. d. Circuskasse und an sämtlichen Billettverkaufsstellen von A. Wertheim.

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße
Allabendlich:
Tänze auf d. Eise.
Die kleine Charlotte.
Weltmeister
Bror Meyer.
Das prächtige Eisballett
Alpenzauber.
Nachmittags:
Kunstlaufl-Produktionen.
Bis 6 Uhr und von 10¾ Uhr abends halbe Kassenpreise.

Zirkus Busch

Dienstag, den 19. März 1912:
7½ Uhr 7½ Uhr
Elite-Sport-Abend.
Wegen Beendigung eines besonders wichtigen Ringkampfes muß die Pantomime heute ausfallen. Wir verweisen auf mündliche Auskunft im Zirkus (Telephon Amt Nord. 840).
Um 9½ Uhr:
Beginn des zirzensischen Programms.
9¾ Uhr 9¾ Uhr
Internationale Ringkämpfe.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Folies Caprice.

Täglich 8¼ Uhr:
Die Saison-Schlager
Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Eine Hochzeit in der Müllerstraße.
Burleske von Meysel.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Novität!
Der neue Possenschlager
Die lustige Strohwitwe.
Posse von Misch und Jacoby.
Sonnt. 3½: Die Tochter d. Sträflings.

Königstadt-Kasino.

Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich:
Ein fideler Rechtsanwalt und Bruder Julius.
Außerdem 6 erstkl. Glanznummern
Anf. 8 Uhr. Sonntags ½6 Uhr.
Mittw., Sonnab., Sonnt.: Tanz.

Mentes Volksgarten

Inh. Walter Schröter
Telephon: Amt Lichtenberg Nr. 164.
Lichtenberg, Roederstr. 28/29
Verlängerte Landsberger Allee.
Vom Alexanderplatz 15 Minuten.
Linie 64, 67, 71,
Linie Kurzestraße—Hohenschönhausen.
Vom 1. April jeden Dienstag, Donnerstag
Frei-Tanz.
Sonntags: **Großer Ball**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Sektion I.
Handelsarbeiter.

Für die nachbenannten Branchen der Sektion I finden an den dabei vermerkten Tagen

Branchen-Versammlungen

statt. — Die

Tagesordnung

in allen diesen Versammlungen lautet:

1. Bericht der Delegierten von der örtlichen Generalversammlung sowie Neuwahl der Delegierten für das Geschäftsjahr 1912.
2. Der bevorstehende Verbandstag in Breslau und seine Tagesordnung.
3. Vorschläge von Kandidaten zur Wahl der Delegierten zum Verbandstage.
4. Branchenangelegenheiten.

Buchhandlungen, Papier-, Zeitungsbranche.

Marktheifer, Boten aus den Buchhandlungen und Journal-Lesezirkeln, Hausdiener, Packer, Kutscher aus den Papier- und Pappen-Engrosfirmen, Buchdruckereien, Buchbindereien und der Papierverarbeitungsindustrie

am **Montag, den 25. März 1912, abends 8 Uhr,** in den „Rittersälen", Inh. R. Bercht, Ritterstr. 75.

Chemikalien-Branche.

Kutscher, Lagerarbeiter, Packer, Packerinnen, Chauffeure, Hausdiener, Radfahrer usw. Groß-Berlins aus der Chemikalien-, Apotheken- und pharmazeutischen Branche

am **Donnerstag, den 21. März, abends 8½ Uhr,** im „Fürstenhof", Köpenicker Straße 137.

Branche der Einkassierer u. Kassenboten

am **Donnerstag, den 21. März, abends 8½ Uhr,** bei **Haberland,** Linienstraße 73.

Glas-, Beleuchtungs-, Kurzwarenbranche.

Kollegen Hausdiener, Packer und Packerinnen, Lagerarbeiter, Transport-Arbeiter, -Arbeiterinnen, Kutscher usw. aus den Glas-, Kurz-, Spielwaren-, Uhren-, Beleuchtungs-, Galanterie-, Lederwaren-, Sprechmaschinen-, Export-, Alabaster-, Emaille- usw. Betrieben

am **Donnerstag, den 21. März, abends 8½ Uhr,** im Lokale „Rittersäle", Ritterstr. 75.

Holzindustrie.

Kollegen Packer, Hausdiener, Kutscher usw. aus Tischlereien, Vergoldereien und Möbelgeschäften Berlins und Umgegend

am **Donnerstag, den 21. März, abends 8 Uhr,** im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Hof links 3 Tr., Arbeitsnachweis II.

Branche der Kauf- und Warenhäuser.

Hausdiener, Packer, Radfahrer, Schaffner, Portiers, Fahrstuhlführer, Jugendliche, Chauffeure usw. aus den Kauf- und Warenhäusern Berlins

am **Montag, den 25. März, abends 9 Uhr,** in den „Corona-Prachtsälen", Kommandantenstr. 72.

Lebens- und Genußmittel-Branche.

Hausdiener, Packer und Radfahrer aus den Bäckereien, Konditoreien, Schlächtereien, Kolonialwaren-, Delikateß-, Fisch-, Wild-, Geflügel-, Obst-, Gemüse-, Schokoladen-, Zigarrengeschäften usw.

am **Montag, den 1. April, abends 9 Uhr,** bei **Julius Meyer,** Oranienstraße 103.

Lederbranche

am **Donnerstag, den 21. März, abends 8 Uhr,** bei **Richter,** Klosterstraße 62.

Schneider-, Uniformen- usw. Branche.

Kollegen aus der Herren-, Damen- und Uniformbranche sowie alle in Ladengeschäften tätigen Hausdiener, Packer, Radfahrer usw.

am **Mittwoch, den 20. März, abends 8½ Uhr,** im **Arbeitsnachweissaale,** Alte Leipziger Straße 1.

Textilbranche.

Hausdiener, Packer, Radfahrer aus der Stoff-, Leinen-, Tuch-, Woll-, Baumwoll-, Teppich-, Manufaktur-, Weißwaren-, Wäsche- und Dekatur-Branche

am **Donnerstag, den 21. März, abends 8½ Uhr,** in den „Musiker-Sälen", Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.

Wir bitten die Kollegen, genau auf die angegebenen Tage zu achten, an welchen die Versammlung für ihre Branche stattfindet, und für den Besuch derselben Sorge zu tragen.

Das Verbandsbuch ist mitzubringen und am Eingang des Saales vorzuzeigen.

62/15 **Die Sektionsleitung.** J. A.: **Fritz Wappler.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis:	Verwaltungsstelle Berlin	Hauptbureau:
Hof I.	Charitéstraße 3.	Hof III.
Amt Norden, Nr. 1239.		Amt Norden, Nr. 1987

Mittwoch, den 20. März, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

der

Fahrstuhlmonteure, Helfer und in diesen Betrieben beschäftigten Kollegen

in den Borussia-Sälen, Ackerstr. 6/7.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Rudolf Wissell über: „Das deutsche Genossenschaftswesen". 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Mittwoch, den 20. März, abends 6 Uhr:

Versammlung

aller in Gas-, Wasser- und Dampfarmaturen- sowie Kronen-Betrieben beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdreher

in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Max Schütte über „Friedrich den Großen". 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert!

114/2 **Die Ortsverwaltung.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu **Originalpreisen.** Amt 4, 3014.

23 Volks-Versammlungen

Dienstag, den 19. März,

abends 8½ Uhr,

in folgenden Lokalen:

1. Kreis: Corona-Säle, Kommandantenstr. 72.
2. Kreis: Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.
3. Kreis: Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.
4. Kreis: Graumann, Raunynstr. 27.
Boeker, Weberstr. 17.
Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
Elysium, Landsberger Allee 40.
5. Kreis: Unionsäle, Greifswalder Str. 221—223.
6. Kreis: Puhlmanns Theater, Schönhauser Allee 147.
Frankes Festsäle, Badstr. 19.
Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
Stadttheater Moabit, Alt-Moabit 247—249.
Berliner Bockbrauerei, Chausseestr. 64.

Niederbarnim:

Friedrichshagen: Lerches Festsäle, Friedrichstr. 112.
Lichtenberg: Schwarzer Adler (Arnold), Frankfurter Chaussee 5.
Pankow-Schönhausen: Pankgraf, Schloßstr. 6.
Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstr. 2.
Teltow-Beeskow: Trapps Festsäle, Bahnhofstr. 1.

Teltow-Beeskow:

Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Köpenick: Wilhelmsgarten (Inh. Scheer).
Neukölln: Hoppes Festsäle (Inh. Bartsch), Hermannstr. 49.
Schöneberg: Neue Rathaussäle, Meininger Str. 8.
Steglitz-Friedenau: Kaiser-Wilhelmsgarten, Rheinstr. 65 (oberer Saal).

Tagesordnung:

Die Bedeutung der Jugendbewegung für die Arbeiterschaft.

Referenten:

Genossen **Büchner, Oskar Cohn, Davidsohn, Däumig, Eichhorn, Gradnauer, Grunwald, Henke, Adolf Hoffmann, Langhammer, Hellmut Lehmann, Liebknecht, Peters, Pieck, Ritter, Rosenfeld, Schenk, Heinrich Schulz, Ströbel, Waclawiak, Weber, Mathilde Wurm, Zietz.**

Genossen und Genossinnen! Es handelt sich um das Teuerste, was Ihr besitzt, um Eure Kinder, also erscheint in Massen.

Der Einberufer: **Eugen Ernst,** Liesenstraße Nr. 16.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Kunststeinversetzer.

Mittwoch, den 20. März 1912, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Entwicklung der Kunststeinbranche. 2. Branchenangelegenheiten.

Die Kollegen der Firma Gebr. Friesecke werden dringend ersucht, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Sektionsleitung.

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Oranienstr. 158.

Steppdecken in voller Bettgröße

Simliseide (Seidenerstz.)	in den Farben bord., blau, oliv	5.25 bis 21.00
Wollatlas		9.00 bis 27.00
Simliseide	(doppelseitig)	8.25 bis 25.00
Daunendecken		25.00 bis 125.00
Schlafdecken		2.50 bis 48.00

Spezial-Katalog

650 Abbildungen gratis u. franko.

Dauerwäsche

jetzt natürlich wie Plättwäsche, blättert nicht ab, stets sauber und sparsam, beste Ware, jetzt **vollkommen** für Alle und Jedermann.

Umsonst als Ladenvergütung bei Kauf von 4 Mk. 1 Mk., bei 7 Mk. 2 Mk. billiger, 20 Pf. Fahrgeld, außerdem ein Taschenfeuerzeug od. Rasierapparat gratis. Kein Lad., kein Reisend.

H. Streubel, Friedrichstr. 216, a. d. Kochstraße.

Elegante **Herren-Moden** fertig u. nach Maas von **1** Mark wöchentliche Teilzahlung

S. Boltuch

Frankfurter Allee 75

Eingang Tilsiter Strasse

Kein Waren-Kreditbuch

Pollmanns Bandagen-Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Lothringer Str. 60.

Lieferant für Krankenkassen

Eigene Werkstatt.

Haut- u. Harn-

leiden, Ehrlich-Hata, Schäden d. Quecksilb. — Konsultation frei! Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc. !! Teilzahlung gestattet !!

Dr. Homeyer & Co. (konz. Spez.-Lab.) Friedrichstr. 189 a. d. Hochb. Spr. 9-2, 4-8, Sonnt. 11-12.

Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf"

Ausstellungshalle am Zoologischen Garten.

Beachten Sie gefl. unsere interessante Ausstellung von

Singer-Nähmaschinen

und die damit angefertigten Kunststickereien und Näharbeiten für Konfektionszwecke im **Obergeschoß der Halle II, Abteilung 103.**

Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.

Berlin, Leipziger Straße 92.

Läden in verschiedenen Stadtteilen.

Moebel-Boebel

Gegründet 1879 Name ges. gesch.

Berlin

Oranienstr. (Moritzplatz) 58

Kein Laden, Verkauf im Fabrikgebäude

Specialität:

Ein- u. Zwei-Zimmer Einrichtungen

Modernes Schlafzimmer, echt Eiche, gewachst M. 299

1 Aufsatzschrk. m. Spieg. M. 105.— | 1 Waschkom. m. Marm. M. 28.— | 1 Nachttisch M. 19.—
2 Bettstellen à 51.— M. 102.— | 1 Kachelspiegel . . . M. 25.— | 2 Stühle à 6 M. 12.—
Umbau M. 55.— extra. — Frachtfr. d. ganz Deutschl. — Sonntags geöffn. — Musterb. grat. — 5 J. Garant.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Niederbarnim
Bezirk Stralau.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer

Karl Thiele

am 16. März verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Stralau aus statt.

Um regere Beteiligung ersucht

240/17 **Die Bezirksleitung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former

Friedrich Kleemann

am 15. d. Mts. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in der Müllerstraße aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

114/3 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Spandau.

Am Sonnabend, den 16. März, verschied unser langjähriges Mitglied

Ernst Doogs.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle in den Kissein aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

62/16 **Der Vorstand.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4.

Am Donnerstag, den 14. März, verstarb plötzlich infolge eines Unfalles unser Reservefahrer

Wilhelm John.

Der Verstorbene hat während seiner mehrjährigen Tätigkeit in unserem Betriebe durch treue Pflichterfüllung sich in hohem Maße unser Vertrauen zu erwerben gewußt.

Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren gehalten werden.

Viktoria-Brauerei Akt.-Ges.
217/17 **Berlin-Stralau.**

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Markus-Kirchhofes, Wilhelmsberg, aus statt.

Am 17. d. M., abends 10½ Uhr, verschied sanft infolge Herzschlags unser herzensguter Vater, Bruder und Bräutigam,

Herr **Reinhold Kutzner**

im 48. Lebensjahre.

Baumschulenweg, Kiefholzstr. 187. 674b

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. März, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Friedhofes, Neue Krugallee 32, aus statt.

Am 17. d. M., vorm. 10½ Uhr, verschied nach langem schweren Leiden mein lieber Mann

Hermann Stolzenwald

im 54. Lebensjahre. 683b

Dies zeigt im Namen der Hinterbliebenen tiefbetrübt an

Witwe Minna Stolzenwald
geb. Tempel.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 20. d. M., nachmittags 3½ Uhr, auf dem Dorotheenstadt-Kirchhofe, Berlin-Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 1/2, statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Otto Brunn

sage ich allen Bekannten, besonders der Firma Schade nebst Personal und Restaurateur Junker u. Hintze nebst Freunden meinen herzlichsten Dank.

Witwe Elise Brunn.

Wenn der Frühling kommt!

empfehlen große Posten gebrauchter Maßanzüge, Paletots und Ulster, sog. Monatsgarderobe für jede Figur (auch für stärkere Herren) passend auf Lager. Diese Sachen sind teils in feinsten Werkstätten (einzeln auf Seide) gearbeitet. Früherer Anschaffungspreis bis 120 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen: auch neue

Herrenanzüge	9.—	12.—	16.—	20.— M.	**Gehrockanzüge**	18.—	21.—	24.—	28.— M.
Paletots u. Ulster	8.—	12.—	16.—	18.— M.	**Burschenanzüge**	7.—	10.—	12.—	15.— M.
Rockanzüge	12.—	16.—	19.—	22.— M.	**Herrenhosen**	2.—	3.—	bis 6.—	M.

Verleihung von eleganten Frack- u. Gesellschaftsanzügen.

J. Wand Haupt-Geschäft: **Gr. Frankfurter Str. 116,** an der Andreasstraße. 2. Geschäft: **Chausseestr. 89.** 3. Geschäft: **Jägerstr. 11.**

Ueberall zu haben in Dosen à **10** und **20 Pfg.**

Fabrik: Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

Teppiche

130×200:	5 bis	19 M.
165×230:	10,50 bis	40 M.
200×300:	22 bis	64 M.
250×350:	52 bis	120 M.
300×400:	67 bis	186 M.

Gardinenhaus Bernhard Schwartz
Wallstr. 13 (dreizehn)

Stoffe

für eleg. Maßanzüge, Ulster, Paletots, Damenkostüme Mtr. 3,— 4,— 6,— M.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20-21, dicht bei der Petrikirche.

Wer – Stoff – selbst

liefert Anzug oder Paletot nach Maß inkl. Zutaten, auf Roßhaar von **20** M. an. Wenn ich Stoff zugebe, von **38** M. an. Deutsche und Englische Stoffe. Mein Zuschneide- und Anprobe-System bürgt für tadellosen Sitz.

Fr. Hänke, Prenzlauer Straße Alexander-Platz **25 II**

Knaben- und Jünglings-Garderobe
fertig u. nach Maß
am billigsten und reellsten in der Fabrik
Koppenstr. 85, part.,
2 Minuten v. Schles. Bahnhof.
Karl Hustädt.
Herren-Garderobe nach Maß.

Ohne Anzahlung

vergebe diskret **Wäsche, Gardinen, Stores, Portieren, Teppiche** und **Decken** bei kleinen Monatsraten. Keine Kassierer! Offerten, mit Angabe der Besuchszeit, unter **D 2** Hauptexpedition des „Vorwärts". 676b*

Auch Teilzahlung!

Nur Wilh.
Möbel-Misch
Gr. Frankfurter Str. 45/46

Möbel-Cohn
58 Gr. Frankfurter Str. 58
unweit der Kaiserstraße.

Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:

Mark	15	30	50	75
	bis 25	bis 45	bis 70	bis 160

Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.

Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Blitzblanke Stiefel sondergleichen sind mit Urbin nur zu erreichen.
In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

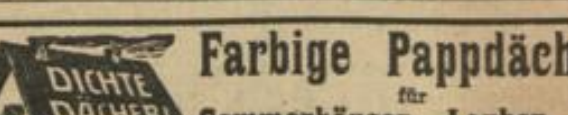
Heinrich Franck
Tel.: Amt Ndn 4352. Brunnenstraße 22. 8 bis 7 Uhr geöffnet.
Neue Sandblätter eingetroffen.

Vorsicht!

Die glänzende Einführung von **Palmin** (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzenbutter-Margarine) hat zahllose Nachahmungen hervorgerufen. Achten Sie deshalb in Ihrem eigenen Interesse beim Einkauf darauf, daß Sie tatsächlich Palmin und Palmona bekommen und daß man Ihnen nicht Fabrikate aufdrängt, die Sie nicht kennen. Weisen Sie alle Nachahmungen unbedingt zurück. Dann gehen Sie ganz sicher!

H. Schlinck & Cie.
Aktiengesellschaft

Größtes
Spezial-Geschäft
sämtlicher
Gastwirts-Artikel.
L. Katz & Co.,
Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt.
Filialen:
Rixdorf, Bergstr. 65, am Bahnhof.
Brandenburg a. H., Hauptstr. 59-60.



Farbige Pappdächer
für
Sommerhäuser, Lauben etc.
erzielt man dicht und dauerhaft nur mit
Dachpix, rot, grün, weiß (alle Farben)
sämtliche Materialien für Bedachung
Anstrich-Farben **für alle** Zwecke.
Moritzpl. 1939 **Dachpix-Gesellschaft** Plan-Ufer 36
Muster, Auskunft etc. gratis.

Beste mehlige Eßkartoffeln
a Zentner **4,50 M.** frei Haus exkl. Sack liefert
Interessengemeinschaft Märkischer Milchproduzenten
Berlin O. 27, Schillingstr. 12. Telephon: Königstadt 4687.

„Milka"

Zur Beachtung! Milka exquisit ist eine hochfeine, nach Art der Nordschleswiger Butter hergestellte Tafelmargarine, welche dieser weder im Geschmack noch im Geruch nachsteht. Viele Tausende essen dieselbe täglich als solche.

Ein paar Eier oder ein Beefsteak mit Milka gebraten sind Delikatessen, Kuchen mit ihr gebacken duften herrlich. Man achte aber darauf, dass man beim Kaufmann auch die richtige Milka exquisit mit der Schutzmarke erhält, denn die Beliebtheit derselben ist Ursache, dass andere minderwertige Margarinesorten unter ähnlich klingenden Namen angeboten werden. Sämtliche Verkaufsstellen sind durch die bekannten Milka Plakate gekennzeichnet.

Also Vorsicht beim Einkauf!

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Ehrung der Märzgefallenen.

Der rauhe Nachtfrost hatte einen dichten Schleier, aus Reif gewebt, über die Heldengräber am Friedrichshain gebreitet. — Schwellende Knospen drängen mit Macht durch die eisige Decke empor und Frühlingsblumen in leuchtenden Farben recken die Köpfe kühn empor in den grauen Morgen. Die Jugendkraft der erwachenden Natur trotzt sieghaft den letzten Vorstößen des abziehenden Winters. — Die Märzsonne steigt herauf, leuchtend und klar. Mit goldig warmer Flut übergießt sie den stillen Ruheplatz der Freiheitshelden, zerstreut die grauen Nebelschleier und tilgt die letzten Spuren, welche der sterbende Winter über Nacht auf der lebenspenden Erde ausgebreitet hatte.

Wie der Frühling über den Winter, wie der Tag über die Nacht, so siegt das nach Freiheit dürstende Volk über die finsteren Mächte der Reaktion. Das sagtuns dieser Frühlingsmorgen nicht nur durch die Vorgänge in der Natur. Vor unseren Augen entrollt sich sogleich ein anderes Bild. Mit der emporsteigenden Märzsonne kommen die Männer und Frauen aus dem Volke, um den Helden, welche im Kampfe für die Freiheit starben, ihren Gruß zu entbieten. Anfangs vereinzelt, dann in fortwährend wachsender Zahl, schließlich in fast ununterbrochenem Zuge streben sie dem Friedhof zu, die Arbeiter und Arbeiterinnen mit Kränzen, deren brennend rote Bänder weithin im Strahl der Morgensonne leuchten. Festen Schrittes und erhobenen Hauptes gehen diese Männer und Frauen ihrem Ziele entgegen. Frohe Siegeshoffnung spricht aus den in Arbeit und Not gehärteten Gesichtern. Ein kühler Blick streift die behelmten und bewaffneten Hüter des Polizeistaates. Wenn sie auch an diesem Märztage wieder angerückt sind an der Stätte, wo das Volk seine Helden ehrt, so können sie doch den Sieg der Freiheit und des Rechts nicht aufhalten. Reglementieren und zensieren. Das ist das Werk, welches die Polizei hier verrichtet. Man lacht innerlich über diese kleinlichen Maßregeln, man spottet ihrer und geht ruhig seinen Weg.

Auf dem Friedhofe reiht sich in kurzer Zeit Kranz an Kranz. Die Sträucher, die Einfriedigung zu beiden Seiten des Rundganges sind dicht bedeckt mit den Zeichen der Ehrung unserer Helden. Das satte Grün der Kränze verschwindet fast unter dem leuchtenden Rot der wehenden Schleifen. In dichtem Zuge, Schritt um Schritt, schiebt sich die wachsende Menge der Besucher den Kiesweg um die Grabstätten entlang. Aufmerksam liest man, was da in Goldbuchstaben auf rotem Grunde den Toten zur Ehre und den Lebenden zur Lehre verkündet wird. Verse bekannter Freiheitsdichter sind es zumeist, und sie finden hier ein Echo in den Herzen der Proletarier und Proletarierinnen, die gekommen sind, um der Empfindung Ausdruck zu geben, die sich auf einer Kranzschleife in die Worte kleidet:

Wir feiern Tote, die im harten Kampf
Für Recht und Freiheit Weib und Kind verließen,
Die festen Muts in Blut und Pulverdampf
Dem kalten Blei die Stirne wiesen.

Doch nicht nur eine Feier der Toten ist, welche die Massen nach den Gräbern der Märzkämpfer führt. Ihnen nachzueifern und ihr Werk zu vollenden geloben die Proletarier an der historischen Stätte im Friedrichshain, wie es denn auch auf einem Kranz der Arbeiter von Stock u. Co. in Mariendorf heißt:

Der Frühling kommt, der März kehrt wieder,
Es schwellt das Herz zu frischer Tat.
Getrost, ihr lang gequälten Brüder,
Auch unser Völkerfrühling naht.

Der Erwartung, daß das reaktionäre Regiment durch den Sieg der Freiheit überwunden werde, gibt auch die „Sozialdemokratische Fraktion im Junkerparlament“ Ausdruck durch Freiligraths Worte:

Drum sollen eure Leichen nicht
Den Strom der Freiheit stauen,
Den Strom, der seine Fesseln bricht
In diesem Märzestauen.
Drum sollen sie die Stufen sein,
Die Stufen, grün von Zweigen,
Auf denen wir zum Dach hinein
Der freien Zukunft steigen.

Jenen Leuten, die zum Zweck der Stimmungsmache gegen den „inneren Feind“ immer noch das Märchen verbreiten, die Sozialdemokratie wolle ihre Ziele im Wege blutiger Revolution erreichen, rufen die zielbewußten Arbeiter der Anilinfabrik in Rummelsburg zu:

Wir schreiten still, wir schreiten stumm,
Wir laden keine Flinten.
Wir wissen ohne Straßenkampf
Den Weg zum Ziel zu finden.

Ja, das Proletariat verfolgt seinen Weg, unbekümmert um seine Feinde, die darauf sinnen, es mit brutaler Gewalt niederzuknütteln. So heißt es auf einer Kranzschleife des Personals der Patzenhofer-Brauerei:

Verlaßt euch nur auf eure blanken Waffen
Und führt der Welt ein neues Blutbad auf.
Wir spotten eurer Uebermacht und Tücke
Und gehen ruhig unsern Siegeslauf.

Doch nicht mit jener Ruhe, die sich duckend auf Schleichwegen ans Ziel zu kommen sucht, gehen wir unseren Weg, sondern mit der trotzigen Entschlossenheit, welche die Widmung am Kranze des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine der Provinz Brandenburg so ausdrückt:

Rot bricht Eisen. — Feige Brut
Kriecht und duckt sich, gähnt und ruht.
Mit dem Sprüchlein: Rot bricht Eisen
Würzt sie der Bedienten Brot.
Männer singen andre Weisen:
Eisen, Eisen bricht die Not.

Den entschlossenen Kampf ums Recht predigt auch die Widmung der Berliner Gewerkschaftskommission in den Worten:

Hängt das Recht am Himmelszelt,
Reißt den Himmel nieder!
Wieder muß es auf die Welt
Zu den Menschen nieder.

Was jedes tatenlustigen, kampffreudigen Genossen Herz bewegt, das rufen uns die Dichterworte zu, welche der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine von Groß-Berlin auf seinen Kranz gesetzt hat:

Der Sommer reift des Frühlings Saaten,
Es folgt der Juni auf den März.
O Juni komm und bring uns Taten.
Nach frischen Taten lechzt das Herz.
Laß deine Wolken schwarz sich ballen,
Bring uns Gewitter Schlag auf Schlag,
Daß in die ungesühnte Schmach
Der Rache Donnerkeile fallen.
Die neue Rebellion, die ganze Rebellion.

Von der allgemeinen Freiheitsbegeisterung, die am Gedenktage der Märzkämpfe unsere Herzen schwellt, führen uns einzelne Kranzwidmungen hinüber in die Ereignisse der Gegenwart. Unser Reichstagswahlsieg ist es, der hier und da zu Versen angeregt hat, bei denen die gute Absicht besser ist wie die Form. Die Bauarbeiter am Museumsneubau geben einem ihrer Kollegen das Wort zu dieser Strophe:

Unser Banner, das einst in der Wahlschlacht sank,
Von „Niedergeritttenen“ umgeben,
Es weht jetzt sieghaften Reitern voran,
Dem Morgen der Freiheit entgegen.

Die frohe Siegeszuversicht, das feste Vertrauen in den Erfolg unserer großen Sache, welches uns an Hunderten roter Bänder in Goldschrift entgegenleuchtet, schwellt die Herzen der Massen, welche die Ruhestätte der Märzkämpfer besuchen und eint sie in dem Gefühl:

Kein Himmel kann das Heil euch senden,
Es fällt aus keines Gottes Schoß.
Die Menschheit muß mit eig'nen Händen
Erkämpfen sich ein bess'res Los.

•

Dem klassenbewußten Proletariat fällt die Aufgabe zu, den Kampf, der für die Forderungen des Bürgertums im Jahre 1848 durchgefochten wurde, weiter zu führen, um auch die weiter gesteckten Ziele des proletarischen Klassenkampfes zu erreichen. Unsere Parteigenossen sind es deshalb, die zumeist die Kämpfer der bürgerlichen Revolution ehren. Die erdrückende Fülle von Hunderten rot drapierter Kränze zeigt es. Da ist die sozialdemokratische Partei vertreten durch ihren Parteivorstand, durch die Bezirksverbände von Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg sowie durch die sozialdemokratische Fraktion im preußischen Abgeordnetenhause und die Redaktion des „Vorwärts“. Für die freien Gewerkschaften hat die Berliner Gewerkschaftskommission einen Kranz niedergelegt. Außerdem haben noch einige gewerkschaftliche Organisationen Kränze gestiftet. Nach Hunderten zählen die Kränze von Arbeitern und Arbeiterinnen einzelner Betriebe. Auch andere Organisationen klassenbewußter Arbeiter sind vertreten. Die sozialdemokratisch gesinnten Taubstummen haben ebenfalls einen Kranz gesandt. Parteigenossen, die in Heilstätten weilen, haben es sich nicht nehmen lassen, die Freiheitskämpfer zu ehren.

Wie in früheren Jahren, so sind auch jetzt wieder Kränze mit schwarzen Schleifen, von Anarchistengruppen herrührend, vereinzelt zu sehen. Kranzschleifen in Schwarz-Rot-Gold sieht man von einzelnen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und einigen kleinen fortschrittlichen Vereinen. In größerer Zahl tritt jetzt die Demokratische Vereinigung mit schwarz-rot-gold gezierten Kränzen an den Gräbern der Märzkämpfer in Erscheinung. Etwa 25 solcher Kränze aus Berlin, den Vororten und mehreren deutschen Großstädten wurden diesmal von einer Deputation der Demokraten niedergelegt. So besinnt sich neuerdings doch noch ein kleiner Teil des Bürgertums der Vorkämpfer seiner Forderungen.

Die Zensur, welche die Polizei am Eingange des Friedhofes über die Kranzinschriften übt, hat seit je Verwunderung erregt. Daß sich die Polizei hier überhaupt ein Zensurrecht anmaßt, ist in Preußen nicht verwunderlich. Aber nach welchem System die Kranzschleifenzensur ausgeübt wird, das ist und bleibt ein dunkles Rätsel. Es scheint, daß nicht bestimmte Grundsätze, sondern nur Laune und Stimmung die Zensurschere führen. Ist der Träger der Polizeischere bei schlechter Stimmung, dann fordert die Zensur reiche Opfer. So war es seither stets: Nicht der Gesamtinhalt einer Inschrift war entscheidend für ihre Staatsgefährlichkeit, sondern bestimmte Worte wie Blut, Tod, Schwert, Revolution usw. setzten die Schere in Bewegung. Heute scheint der Beamte, welcher die Zensur auszuüben hatte, guter Laune gewesen zu sein. Nur selten wurde die Schere angewandt. So manche Strophe, die in früheren Jahren ohne Umstände der polizeilichen Konfiskation verfiel, konnte jetzt anstandslos passieren und die heilige Ordnung im Polizeistaat ist darob nicht ins Wanken geraten. Doch wir glauben nicht an einen Systemwechsel in der Inschriftenzensur, sondern nur an eine vorübergehende Stimmung, die nach einem Jahre wieder umgeschlagen sein kann. Soweit der polizeiliche Zensor heute Konfiskationen vornahm, sind sie nicht minder verwunderlich wie früher. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum den Betonarbeitern der Baugenossenschaft „Ideal“ diese Verse abgeschnitten wurden:

Weh euch, wenn der Frühling stürmt und saust,
Bis die berstenden Schollen brechen,
Bis der Bach und der Fluß und der Strom erbraust,
Die gefesselten Geister sich rächen,
Und das rote Meer, das vergossene Blut
Den Pharao frißt samt seiner Brut.

Wenn schon das Schicksal des Pharaos, der bekanntlich nach Angabe der Bibel durch höchstpersönliches Eingreifen des Herrgotts im Roten Meere ersäuft worden ist samt seinem Heer, in Preußen nicht mehr öffentlich erwähnt werden darf, dann wird man es der Gesinnungstüchtigkeit des Zensors zugute halten müssen, wenn er der Redaktion des anarchistischen Blattes „Der freie Arbeiter“ folgende Worte konfiszierte:

O, achtzehnter März, in diesen Tagen,
Wo unsere Herzen höher schlagen,
Wo über den Gräbern der Sonnenschein spielt
Und alles in heiligem Feuer glüht,
Da wollen auch wir es heilig geloben:
Nieder mit den Tyrannen von oben.

Wenn es schon polizeiwidrig sein soll, zu geloben, daß man Tyrannen niederzwingen will, dann mag man sich denken, was in der Seele eines preußischen Polizeibeamten vorgeht, wenn er den Vers liest, der von einem Kranze der Arbeiter der Firma Schulz u. Holdefleiß abgeschnitten wurde:

An euren Bajonetten klebt aller Zeiten Fluch.
Wir trügen keine Ketten, trügt ihr nicht blaues Tuch.
Durch euch sind wir verraten, durch euch verkauft allein,
Wann stellet ihr Soldaten die Arbeit endlich ein.

Die Naivität des Verfassers der vorstehenden Strophe scheint allerdings polizeiwidrig zu sein, aber daß diese Worte eine Gefahr heraufbeschwören könnten, ist nicht einzusehen. Doch die Gedankengänge des Zensors sind wunderbar. Hat er doch sogar von einem Kranze das Band abgeschnitten, welches die Worte trug:

„Gewidmet von der Reichssektion der Eisenbahner,
Mitgliedschaft Groß-Berlin“.

Im vorigen Jahre ist die Widmung: „Von Arbeitern der Staatswerkstätten in Spandau“ konfisziert und der Ueberbringer des Kranzes später angeklagt worden. Heute gelangte der Kranz aus den Staatswerkstätten unbeschädigt und seine Träger unbehelligt auf den Friedhof.

So wechselt die Stimmung, so wechselt das Schicksal von Kranzinschriften und Kranzträgern. Was heute gestattet ist, wird morgen verboten. Kleinliche Nadelstiche, durch die man eine gewaltige Kulturbewegung zu hemmen glaubt. Törichter Glaube. Die Weltgeschichte in ihrem Lauf hält auch die Polizei nicht auf.

Der Nachmittag brachte schon von Anfang an einen verstärkten Zustrom von Friedhofsbesuchern. Die lachende Frühlingssonne lockte sie in Scharen herbei, den gefallenen Freiheitskämpfern den alljährlichen Gruß zu entbieten.

Männer und Frauen und Kinder, bis zu den Kleinsten herunter, pilgern die Wege entlang durch den Park, der im ersten, zarten Lenzesschmuck prangt und in dessen Bäumen und Büschen neues Leben kraftvoll quillt und treibt.

Zur Vesperzeit rücken allmählich die Arbeiter und Arbeiterinnen mit kurzer Arbeitsschicht an. Die Sonne sinkt hinter das Häusermeer hinab.

Die Schutzleute stehen gelangweilt umher und die Offiziere unterhalten sich eifrig, — Gott mag wissen, von was sich preußische Polizeioffiziere am 18. März unterhalten. Zu tun haben sie ja weiter nichts, die Demonstranten stehen ruhig und geordnet in der Reihe, wie es guterzogenen preußischen Staatsbürgern geziemt.

Als die Schatten des Abends den Hain umhüllten, traf noch ein Trupp Schutzleute ein. Kurz vor 6 Uhr mußten die Außenstehenden den Rückzug antreten, während jene, die den Friedhof schon betreten hatten, sich nach erfolgter Besichtigung nach und nach entfernten. Dann wurde der Revolutionsherd abgesperrt und ein Schutzmann mit Browning stand, wie weiland der Cherubin vor dem Paradies, an der Pforte und hielt Wache an den Gräbern der Rebellenleichen!

• • •

Märzfeier der Taubstummen.

Die Sektion der Taubstummen hatte zum Sonntag in den „Sophien-Sälen“ eine Märzfeier veranstaltet. Nach einer eingehenden Würdigung der Verhältnisse in der Revolutionszeit sowie der späteren und heutigen Zustände in Preußen-Deutschland war die schlichte Feier beendet und die anwesenden Männer und Frauen verbrachten noch in fröhlichster Stimmung ein paar gemütliche Stunden, bis die vorgeschrittene Zeit zum Aufbruch mahnte.

Preußische Jugendpflege in den Fortbildungsschulen.

Uns wird geschrieben:

Der Jugendpflegeerlaß des preußischen Kultusministers von Trott zu Solz vom 18. Januar 1911 wies hauptsächlich den Fortbildungsschulen die Aufgabe zu, geeignete Organisationen zum Zwecke der „Jugendpflege“ zu schaffen. Von der ersten Klasse der Gemeindeschule an bis zum Eintritt ins Militär sollte der jugendliche Proletarier von dem festen Ring königlich preußischer Bevormundung umschlossen werden.

Die Herren Volksschullehrer und Fortbildungsschullehrer machten sich bald an das neue Arbeitsgebiet, auf dem die geschorene und gescheitelte Geistlichkeit, und die Militärs a. D. und z. D. bereits einen gewissen Vorsprung vor ihnen besaßen. Welchen Erfolg die durch die Schule betriebene Jugendfürsorge hatte, wird bekannt durch die vor kurzem dem preußischen Landtage übergebene „Denkschrift über Jugendpflege in Preußen im Etatsjahr 1911“, aus der der „Vorwärts“ bereits einen Auszug gebracht hat.

In der Denkschrift wird vergessen mitzuteilen, wie die jugendlichen Mitglieder für Fortbildungsschulvereine gewonnen werden.

Uns wird berichtet, daß in verschiedenen Fortbildungsschulen die Lehrer klassenweise während des Unterrichts entweder zur Gründung eines Vereins oder, wo solche schon bestehen, zur Beteiligung an denselben auffordern. Diejenigen Schüler, die eine Beteiligung ablehnen, werden sehr eingehend nach ihren Gründen befragt; wiederholt haben Lehrer die betreffenden Schüler mit einem schlechten Abgangszeugnis bedroht, wenn sie nicht Mitglied werden wollten. In einer anderen Fortbildungsschule erhielten die Schüler billige Theaterbillets. Nach der Vorstellung forderte der Lehrer zu einem „gemütlichen Zusammensein“ auf, an dem sich die meisten ahnungslos beteiligten. Wenn die Stimmung infolge reichlichen Biergenusses unter Anführung des Herrn Lehrers eine recht „gemütliche“ war, dann forderte der Lehrer auf, einen „Verein“ zu gründen. Das geschah sofort und sämtliche Anwesenden mußten Mitglied werden.

Fast übereinstimmend kommt aus allen Fortbildungsschulen die Klage, daß, weil in der Unterrichtszeit für die Vereine agitiert wird, die Schüler nachher gehetzt werden, um die verlorene Zeit wieder einzuholen. Außer für die Fortbildungsschulvereine machen die Lehrer Propaganda für „Jungdeutschlandbund“, „Pfadfinderbund“, für Kriegsspiele unter Führung von Offizieren, Besichtigungen verschiedener Truppenübungsplätze mit anschließendem Kriegsspiel für die Teilnehmer. Die Militärverwaltung stellt unentgeltlich Militärzüge zur Verfügung bis Jüterbog; bei Kriegsspielen, die in der Umgebung Berlins stattfinden, wird von der Eisenbahnverwaltung Fahrpreisermäßigung bis zu 5 Pf. gewährt.

Der Offizier als Erzieher in der Gemeinde- und Fortbildungsschule ist eine völlig neue Erscheinung, von der man nur wünschen kann, daß sie recht bald wieder daraus verschwindet.

Damit aber auch das geistige Band nicht fehle, wird in den Fortbildungsschulen eine Jugendzeitung verbreitet: „Feierabend“, Wege zur Freude an Werk, Wissen und Welt. Herausgegeben vom Deutschen Verein für das Fortbildungsschulwesen. Trotz dringender Aufforderung und häufig unentgeltlicher Zustellung lehnen die meisten Fortbildungsschüler das Abonnement auf dieses minderwertige Blättchen ab.

Ja, ein Lehrer mußte erleben, daß seine Klasse, nachdem er sie für das Abonnement auf den „Feierabend" gewonnen hatte, dieses wieder kündigte mit der Begründung, die „Arbeiter-Jugend" sei weit besser, sie hätten dieses Blatt abonniert.

Vergeblich durchblättert man Nummer um Nummer des „Feierabend", um etwas zu finden, was die Jugend aufklären und begeistern könnte. Sport- und Luftschiffahrtsberichte sind allerdings reichlich vorhanden. Und zum Vorlesen dieser Artikel werden oftmals Unterrichtsstunden geopfert!

Erfährt man noch, daß Schulkinder häufig für den Rektor Einladungen zu Vereinsgründungen und Sitzungen an Schulentlassene schreiben und diesen in die Wohnung tragen müssen, so scheint es wirklich an der Zeit, dieser preußischen Jugendpflege durch die Fortbildungsschulen gründlichere Beachtung zu schenken wie bisher, und dafür zu sorgen, daß jede Art von Propaganda aus den Unterrichtsstunden ausgeschaltet wird.

Nach der soeben erschienenen „Uebersicht über das Fach- und Fortbildungsschulwesen der Stadt Berlin" betrug die Zahl der Schüler an allen der Fortbildung dienenden Einrichtungen in Berlin im Winterhalbjahr 1910/11 58 067, darunter waren 33 889 Lehrlinge, und die Gesamtzahl der Schülerinnen betrug in städtischen und privaten Fortbildungsschulen 10 274. Von diesen Proletarierkindern gehören nach der Denkschrift ungefähr 4000 den Schulvereinen an. Eine immerhin schon ganz beträchtliche Zahl!

Und wenn auch in der Stadtverordnetenversammlung vom 14. März, als Genosse Dr. Rosenfeld diese Vorgänge zur Sprache brachte, Stadtschulrat Michaelis erwiderte, daß diese Bestrebungen der Offiziere usw. absolut neutral gehalten seien, so besagt das nichts anderes, als daß der Herr Stadtschulrat den patriotischen Drill der Jugend für etwas Selbstverständliches und Neutrales hält. Die Arbeiter sind anderer Meinung, und sie haben das Recht, zu verlangen, daß die städtischen Schulen vor solch „neutraler" Jugenderziehung durch Offiziere und dergleichen Leute verschont bleiben.

Während unsere Agitationsarbeit unter der Arbeiterjugend nach allen Richtungen erschwert und verboten wird, werden hier unter Benutzung städtischer Einrichtungen die Jugendlichen politischen Zwecken dienstbar gemacht, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen. Doch unsere Zustände sorgen dafür, daß unsere Werbekraft ständig wächst. Beweis dafür ist die Zunahme in der freien Jugendbewegung und die große Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend". Und das trotz oder vielleicht gerade wegen der vielen polizeilichen Verfolgungen!

Zweckverbands-Ausschuß und Wohnungsfürsorge.

Wie wir schon berichteten, fand am Sonnabend im Berliner Rathaus die erste Sitzung des Zweckverbandsausschusses statt. Da zu Beginn der Sitzung der Vorsitzende dem bisherigen Berliner Kämmerer Dr. Steiniger die königliche Bestallung als Verbandsdirektor aushändigen konnte, und der neue Direktor darauf dem Verbandsausschuß seine Vorschläge für die Erledigung der zunächst dringendsten Geschäfte unterbreitete, sind nunmehr alle drei Organe des neuen Kommunalgebildes Groß-Berlin in Funktion getreten.

Der Verbandsausschuß besteht bekanntlich aus dem Oberbürgermeister der Stadt Berlin als Vorsitzenden, einem von diesem zu bezeichnenden Magistratsmitgliede dieser Stadt, den Oberbürgermeistern von Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf, Wilmersdorf, Lichtenberg, Spandau, den Landräten der beiden zum Verbande gehörigen Kreise und acht von der Verbandsversammlung zu wählenden Mitgliedern. Außerdem ist der Verbandsdirektor von Amts wegen Mitglied des Verbandsausschusses. Zu den gewählten Mitgliedern gehören von Berlinern Bürgermeister Reicke, die beiden Stadtverordnetenvorsteher Michelet und Cassel und, als einziger Sozialdemokrat, der Genosse Hugo Heimann. Die gewählten Mitglieder des Verbandsausschusses müssen vom Vorsitzenden vereidigt werden. Es wurde aber nur Herr Michelet vereidigt, da die übrigen Mitglieder schon bei Uebernahme ihrer Aemter, Genosse Heimann seinerzeit bei Eintritt in das preußische Abgeordnetenhaus, die vorgeschriebene Eidesformel geleistet hatten.

War diese erste Sitzung des Verbandsausschusses, dessen Funktionen ungefähr denen der Magistrate entsprechen, auch nur vorbereitender Natur, so warf sie doch schon ein helles Licht auf die im Ausschuß herrschenden Anschauungen.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Verbandes gehören neben der Regelung des Verkehrswesens die Bestimmungen des § 5 des Gesetzes. Nach diesen kann der Verband für Teile des Verbandsgebietes Fluchtlinien festsetzen, insoweit dies für die Schaffung oder Ausgestaltung von Durchgangs- oder Ausfallstraßen, für die Herstellung von Bahnen oder für die Ausgestaltung der Umgebung von Freiflächen erforderlich erscheint. Für letzteren Zweck können auch Bebauungspläne festgesetzt werden. Auch über den vorstehend bestimmten Umfang hinaus kann der Verband aus wichtigen Gründen des Verkehrs, der Gesundheits- und der Wohnungsfürsorge in den noch nicht bebauten Teilen des Verbandsgebietes Fluchtlinien und Bebauungspläne festsetzen.

Auf dieser letzteren Bestimmung ruhen die Hoffnungen aller der Kreise, die vom Verband eine Initiative zur Besserung der so überaus traurigen Wohnungsverhältnisse und zur Bekämpfung des Mietkasernensystems erwarten. Solche Besserung des Wohnungselends kann, wenigstens innerhalb gewisser Grenzen, erreicht werden mittels einer durchgreifenden Wohnungsinspektion und durch Festsetzung weiträumiger Bebauungspläne für gesunde Kleinwohnungen mit Scheidung von Wohnstraßen und Verkehrsstraßen. Nur von den Interessenten wird ja heut noch die Richtigkeit der Thesen angefochten, daß die Preise des Grund und Bodens und damit die Mietpreise der Wohnungen um so mehr in die Höhe schnellen, je größer die Ausnutzungsfähigkeit des Grund und Bodens und die Möglichkeit einer Ueberfüllung der Wohnungen ist. Bei seinen eng umgrenzten Aufgaben hat der Verband nicht die Befugnis, für das Gebiet von Groß-Berlin eine Wohnungsinspektion zu errichten. Die Einführung solcher segensreicher Institutionen bleibt wie bisher den Einzelgemeinden überlassen, und unsere Genossen speziell in der Berliner Gemeindeverwaltung haben es ja seit mehr als einem Jahrzehnt an Bemühungen und immer wiederholten Anträgen nach dieser Richtung nicht fehlen lassen.

Will der Verband also auf dem Gebiet des Wohnungswesens überhaupt bessernd eingreifen und reformierend vorgehen, so hat er nur die eine Möglichkeit, der Mietkaserne in den Gebieten, in denen sie ihren Einzug noch nicht gehalten hat, den Weg zu versperren und Bebauungspläne nach den Grundsätzen des modernen Städtebaues aufzustellen. Verschiedene Versuche, die nach dieser Richtung neuerdings unternommen sind — es sei hier nur an die neuen Siedlungen der Baugenossenschaft Ideal in Neukölln erinnert — haben das erfreuliche und zunächst überraschende Ergebnis gehabt, daß die Rentabilität des Grund und Bodens bei Scheidung von Wohn- und Verkehrsstraßen und Schaffung großer Bauquartiere mit hoher Randbebauung und kleinen Reihenhäusern im Innern der Bauquartiere, kaum geringer wird, als bei der bisherigen Ausnutzung mit nur breiten Verkehrsstraßen und Errichtung von Mietkasernen mit ihren Seitenflügeln und Quergebäuden. Es besteht somit immerhin eine Hoffnung, daß, wenn eine tatkräftige Initiative erfolgt, die Einzelgemeinden der Festsetzung solcher modernen Bebauungspläne nicht allzu großen Widerstand entgegensetzen werden. Denn selbstverständlich gibt das Zweckverbandsgesetz den Grundbesitzermajoritäten in den Einzelgemeinden die Möglichkeit solchen Widerspruchs. Darüber nämlich, ob die vorangegebenen Voraussetzungen zur Festsetzung von Fluchtlinien und „Bebauungsplänen durch den Verband vorhanden sind, beschließt im Streitfalle die Beschlußbehörde für Groß-Berlin". Diese Beschlußbehörde besteht aus dem Oberpräsidenten oder seinem Stellvertreter als Vorsitzenden, aus den Verwaltungsgerichtsdirektoren der Bezirksausschüsse für Berlin und Potsdam, sowie aus vier gewählten Mitgliedern. Gegen den Beschluß dieser Behörde steht den Verbandsgliedern dann noch die Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten offen.

Soll also irgend etwas geschehen, so ist es klar, daß es schleunigst und planmäßig geschehen muß, denn wenn der Verband, gestützt auf die mitgeteilten Bestimmungen, nicht den energischen Versuch unternimmt, die Festsetzung neuer Bebauungspläne zu seiner eigenen Sache zu machen, wenn die Stadterweiterung von Groß-Berlin wie bisher den Einzelgemeinden überlassen bleibt, die natürlich ihre Bebauungspläne nur in ihrem Interesse und ohne Rücksicht auf die Nachbargemeinden aufstellen werden, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß alles beim alten bleiben und das noch unbebaute Terrain in der gleichen Weise durch Mietkasernen verschandelt werden wird, wie das leider bisher fast stets der Fall gewesen ist.

Es mag dahingestellt bleiben, ob der Verbandsdirektor aus diesen oder welchen Erwägungen sonst die sofortige Anstellung eines akademisch gebildeten, für Städtebau geeigneten Baubeamten ins Auge gefaßt hat. Jedenfalls war in den von ihm dem Verbandsausschuß unterbreiteten Vorschlägen die alsbaldige Anstellung eines solchen Beamten vorgesehen. Um so betrübender und unglaublicher ist die Tatsache, daß der Verbandsausschuß als erste Tat mit neun gegen neun Stimmen den Beschluß gefaßt hat, die Stelle zunächst nicht zu besetzen, sondern die Bearbeitung der einschlägigen Fragen dem anzustellenden höheren Ingenieur für die Verkehrsaufgaben im Nebenamte zu übertragen und bei Aufteilung größerer Terrains, eventuell von Fall zu Fall, eine Ausschreibung zu veranlassen!

Wird dieser Beschluß durch die Verbandsversammlung nicht aufgehoben, so wird dadurch, noch bevor der Verband Gesetzeskraft erlangt hat, die Behauptung erhärtet, die von Beginn an von sozialdemokratischer Seite aufgestellt worden ist, daß nämlich der Verband nach seiner ganzen künstlich und widernatürlich gefügten Zusammensetzung gar nicht in der Lage ist, selbst auch nur den engen Kreis der ihm zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen, sondern einzig und allein der Aufgabe nachkommen wird, für welche die Regierung ihn ins Leben gerufen hat, ihr zu Wucherpreisen die fiskalischen Wälder abzunehmen, da man gegenüber dem Ansturm der öffentlichen Meinung doch nicht mehr wagt, all diese Wälder abzuholzen und sie als Bauland zu verkaufen.

Die Gemeindewahlbewegung.

Wannsee. Morgen Mittwoch, abends von 5—8 Uhr, findet in der „Deutschen Eiche" eine Ersatzwahl in der dritten Klasse zur Gemeindevertretung statt. Unser Kandidat ist der Genosse Wilhelm Jungermann. Parteigenossen, tue jeder seine Pflicht, agitiert noch in letzter Stunde, dann ist uns der Sieg sicher.

Schmargendorf. Die Parteigenossen beschlossen in der letzten Versammlung sich an der am Donnerstag, den 21. März, stattfindenden Gemeindevertreterwahl der dritten Klasse nicht zu beteiligen. Bekanntlich sind zwei Hausbesitzer zu wählen; es ist bisher nicht gelungen, geeignete Kandidaten ausfindig zu machen. Die Wähler werden deshalb aufgefordert, sich der Wahl zu enthalten.

Wahlergebnisse.

Adlershof. Bei der Gemeindevertreterwahl in der dritten Abteilung, die am Sonntag stattfand, wurden die sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Petrich und Büttner mit je 697 Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Bei der Wahl in der zweiten Abteilung, die am Montag stattfand, siegte der Kandidat des Grundbesitzervereins mit 158 Stimmen über seine beiden Gegner, den Kandidaten des Bürgervereins, der 57, und den Kandidaten der Sozialdemokratie, Genossen Paschin, der 52 Stimmen auf sich vereinigte.

Friedrichshagen. Bei den am Sonntag, den 17. März, stattgefundenen Gemeindewahlen für die dritte Abteilung wurden unsere Genossen Hermann Grau im 1. Bezirk mit 866 Stimmen und Fritz Tarnow im 2. Bezirk mit 443 Stimmen gewählt. Gegner waren nicht aufgestellt.

Die Wahlen für die zweite Abteilung hatten folgendes Ergebnis: Es erhielten die Genossen Schaale 12 und Korsing 11 Stimmen. Die bürgerlichen Kandidaten Geselbracht und Wolter wurden mit 147 resp. 157 Stimmen wiedergewählt.

In Bergfelde siegte Genosse Buchholz mit 21 gegen 17 gegnerische Stimmen.

In Stolpe (Nordbahn) wurde Genosse Bergmann in der Stichwahl mit 11 gegen 9 Stimmen gewählt.

Partei-Angelegenheiten.

23 Volksversammlungen

finden heute abend statt, in denen die Bedeutung der Jugendbewegung für die Arbeiterschaft behandelt wird. Bei der Wichtigkeit der Sache ist zahlreicher Besuch erwünscht.

Zur Lokalliste!

Vierter Kreis. Das Lokal „Luisenstädtisches Kasino", Oranienstr. 180, steht der Partei und Gewerkschaften zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Friedenau. Die Wahlvereinsversammlung fällt heute Dienstag, den 19. März, aus; dieselbe findet am Dienstag, den 26. März, abends 8 Uhr, bei Mechelke, Handjerystr. 50—61, statt.

Der Vorstand.

Schmargendorf. Mittwoch, 20. März, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung vom Lokal A. Pörscher, Spandauer Straße, aus.

Der Vorstand.

Hoherlehme-Wildau. Am Mittwoch, den 20. März, abends 7½ Uhr, im Lokale von Otto Schumann: Oeffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: 1. „Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Gemeindeparlamenten". 2. Berichterstattung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. 3. Aufstellung des Kandidaten in der dritten Klasse. Zu dieser Versammlung heute Dienstag, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung vom Bezirkslokal aus.

Der Vorstand.

Tempelhof. Die für heute Dienstag angesetzte Flugblattverbreitung fällt umständehalber aus.

Zeuthen. Morgen abend von 6 Uhr an: Flugblattverbreitung von Barnack aus.

Biesdorf. Der für Mittwoch, den 20. d. Mts., fällige Zahlabend fällt aus; der neue Termin vom Stattfinden desselben wird noch bekanntgegeben. Die Bezirksleitung.

Borsigwalde-Wittenau. Die regelmäßige Mitgliederversammlung fällt heute Dienstag, den 19. März, umständehalber aus.

Die Bezirksleitung.

Spandau. Am Mittwoch, den 20. März, abends 8½ Uhr, findet bei Madetzki, Bismarckstraße 8, der 5. Vortragsabend des Genossen W. Pieck-Berlin über: „Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts" statt. Behandelt wird der Verlauf und Ausgang der Märzrevolution. Beteiligungskarten sind im Vortragslokal zu haben.

Der Bildungsausschuß.

Berliner Nachrichten.

Für die Räumung von Wohnungen bei Quartalsumzügen gelten folgende Bestimmungen:

Der abziehende Mieter muß kleine, d. h. höchstens aus 2 Wohnzimmern mit Zubehör bestehende Wohnungen am ersten Vierteljahrstage; mittlere, d. h. aus 3 bis 4 Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen am zweiten Vierteljahrstage um 12 Uhr mittags; große, d. h. mehr wie 4 Wohnzimmer umfassende Wohnungen am dritten Vierteljahrstage 12 Uhr mittags geräumt haben.

Bei Wohnungen von 3 Wohnzimmern und Zubehör muß ein Wohnzimmer, bei Wohnungen von mehr als 3 Wohnzimmern und Zubehör müssen zwei Wohnzimmer dem einziehenden Mieter für die Unterbringung seiner Sachen zur Verfügung gestellt werden.

Läden, Verkaufs- und Arbeitsräume müssen ausnahmslos am ersten Quartalstage geräumt werden.

Die Räumung, die am ersten Quartalstage zu erfolgen hat, ist an keine bestimmte Stunde gebunden und kann deshalb im Laufe des ganzen Tages bewirkt werden.

Nochmals: Das „Kinderhaus" in der Blumenstraße.

In der „Medizinischen Reform, Halbmonatsschrift für soziale Hygiene und praktische Medizin", die von Prof. Dr. Rud. Lennhoff und Dr. Benno Latz herausgegeben wird, ereifert R. L. sich nochmals gegen die Artikel des „Vorwärts" über Prof. Hugo Neumanns „Kinderhaus". Worauf es uns angekommen war, hat R. L. noch immer nicht begriffen, obwohl es in beiden Artikeln deutlich genug gesagt worden ist.

Unsere Pflicht war, öffentlich darauf hinzuweisen, daß in Neumanns Poliklinik ein Vorfall, wie der von uns berichtete, den übrigens bisher weder Neumann noch R. L. zu bestreiten versucht hat, sich ereignet hatte. In Neumanns Poliklinik wurde im Januar — das sei noch einmal hervorgehoben — ein Maurer, der dort sein Kind hatte untersuchen lassen und einen ihm angeratenen operativen Eingriff nicht bezahlen zu können meinte, von dem untersuchenden Arzt gefragt: „Maurer? Und dann suchen Sie eine Poliklinik auf?!" und sein Hinweis auf seine Arbeitslosigkeit wurde beantwortet: „Na, da mußten Sie doch im Sommer soviel verdienen!" Wir hatten nicht das Recht, dem Prof. Neumann als dem Leiter einer nicht öffentlichen, sondern privaten und — wie wir betonten — auf eigene Rechnung betriebenen Anstalt, irgendwelche Ratschläge darüber zu geben, wie weit in seiner Poliklinik der Begriff „Unbemitteltheit" gefaßt werden solle. Wohl aber hatten wir die Pflicht, unsere Leser davon in Kenntnis zu setzen, daß in Neumanns Poliklinik ihnen ein Erlebnis, wie das geschilderte, passieren könne. Von jenem Maurer war uns die Angelegenheit vorgetragen worden mit der ausdrücklichen Bitte, andere zu warnen, damit ihnen peinliche Belehrungen und unnütze Wege erspart blieben. Das hielten auch wir für nötig, und wir handelten danach. Wir würden in jedem ähnlichen Fall wieder so handeln, unbekümmert um das Geschrei des wichtigtuenden R. L., der nach wie vor aus unserem Hinweis, daß Neumann „Gewinn oder Verlust seinen eigenen Konto zu buchen hat", etwas anderes herauslesen will als die Absicht, unsere Leser über die finanziellen Grundlagen dieser aus Privatmitteln unterhaltenen Poliklinik zu belehren.

Die Frage der Uneigennützigkeit Neumanns hat hiermit gar nichts zu tun, ebensowenig die Frage seiner wissenschaftlichen Bedeutung, und beides ist von uns nicht mit einer Silbe angezweifelt worden. Sein übereifriger Freund R. L. — vielleicht wird Neumann im stillen um Schutz vor ihm bitten — glaubt, jetzt noch einen besonderen Trumpf ausspielen zu können, indem er uns einen im „Vorwärts" selber veröffentlichten Versammlungsbericht über den Vortrag einer Genossin vorhält, die den Prof. Neumann gerühmt hat. Inzwischen wird R. L. gleichfalls aus dem „Vorwärts" ersehen haben, daß in der letzten Stadtverordnetensitzung einer unserer Genossen, der Arzt ist, über ein paar private Kinderheilstätten gesagt hat, die Kinder seien dort schlechter aufgehoben als in Anstalten der Stadt, die Beköstigung sei unzulänglich usw. Da der Redner diesen Vorwurf auch gegen die Kinderheilstätte Borgsdorf richtete, so wird mancher „Vorwärts"-Leser hierbei an den Prof. Hugo Neumann gedacht haben, weil die Kinderheilstätte Borgsdorf eine Gründung des von Neumann geleiteten „Vereins Berliner Kinderheilstätte" ist. Vielleicht wird R. L. nunmehr auch den betreffenden Genossen abkanzeln, weil er Prof. Neumann in einen schlimmen Verdacht gebracht habe. Oder will R. L. auch dieses Urteil unseres Genossen uns zur Beachtung empfehlen?

Die Kehrseite des Protektorats zeigte sich am Sonntag in der Damenausstellung am Zoo, die auf Wunsch, das heißt Befehl der Kaiserin statt um 10 Uhr erst um 12 Uhr geöffnet wurde. Wie landesmütterlich! In der Zwischenzeit von 10 bis 12 Uhr ist ja wohl Gottesdienst? Dem Ausstellungspersonal war die Ruhepause sicher sehr willkommen. Oder kam es nur auf das Seelenheil an?

Das Zellerhaus, Berliner Rettungsheim für Trinkerkinder, wird demnächst nach Buckow in der „märkischen Schweiz" verlegt. Jahrelang hat dieses bisher in einer Berliner Mietskaserne untergebrachte Heim, das einen an sich sehr schönen Gedanken verkörpert, mit seiner Lebensfähigkeit beteind hausieren gehen müssen, bis sich zur Führung hochstehende Personen fanden. Der Besitzer von Schloß Buckow, Herr von Flemming, ein Neffe des Reichskanzlers und vermutlich ein großer Pädagoge, hat das Schloß, das zweckentsprechend umgebaut werden soll, zur Verfügung gestellt und auch schon die Leitung der Geschäfte übernommen. Der bisherige Leiter, ein Berliner Magistratssekretär, ist zurückgetreten.

Die Kinderschutzkommission — Kontrolleurinnen und Helferinnen — war am 14. d. M. in den „Andreas-Festsälen" versammelt.

Genosse Freter hielt einen Vortrag über verschiedene Fragen des Kindesrechts. Er behandelte das Kinderschutzgesetz und die in dasselbe Gebiet fallenden Vorschriften der Gewerbeordnung. Ferner erläuterte er die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die elterliche Gewalt, die Unterhaltspflicht der Eltern, die Unterschiede in der rechtlichen Stellung der ehelichen und unehelichen Kinder und das dadurch den unehelichen Kindern angetane Unrecht. Die Bestimmungen über Legitimation unehelicher Kinder wurden von dem Referenten ebenfalls erläutert, ebenso die Gründe, aus denen das Vormundschaftsgericht einschreiten kann.

Auch das Strafrecht, soweit es für Kinder in Frage kommt, zog Redner in den Kreis seiner Erörterungen, außerdem die Bestimmungen über Armenpflege. Zum Schluß behandelte Genosse Freter das Fürsorgeerziehungsgesetz, im Zusammenhang mit einzelnen Ausführungsbestimmungen und Ministerialerlassen.

Das Fürsorgeerziehungsgesetz sei in seinen Wirkungen ein schlimmes Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft, dazu angetan, um für die Landwirtschaft recht- und schutzlose Ausbeutungsobjekte zu schaffen, die nach jahrelanger schwerer Arbeit nicht einmal ihren Lohn bekommen. Die Anstaltserziehung, die im Prinzip vorzuziehen sei, stehe statt unter der Leitung tüchtiger

Pädagogen unter solchen von Geistlichen; der muckerische Geist herrsche in der Regel vor. Wenn auch die öffentliche Behandlung von Fällen a la Mielitschin etwas abschreckend gewirkt habe, so sei der Knüppel doch immer noch das hauptsächlichste Erziehungsmittel, jede freie Regung oder Betätigung der Zöglinge werde brutal unterdrückt. Die jungen Leute kommen in der Regel als physisch und geistig gebrochene Menschen aus dieser Art „Fürsorge", sie seien in der Regel für den Klassenkampf der Arbeiterschaft verloren.

Das Verfahren bei der Behandlung von Anträgen auf Fürsorgeerziehung sei äußerst mangelhaft, es sei eine Art Geheimverfahren.

Bei der heutigen Gesetzgebung und bei der Art der Ausführung des Gesetzes, betonte Redner, haben wir gar keinen Anlaß, für eine Ausdehnung des Gesetzes, die seine häufigere Anwendung bezwecke, einzutreten, im Gegenteil wir müssen zu verhindern zu versuchen, die Arbeiterkinder den Organen des Klassenstaates auszuliefern.

In dieser Beziehung, führt Redner unter Zustimmung der Versammlung an, könne er mit der vom Genossen Hirsch im preußischen Landtage vorgetragenen Auffassung nicht einverstanden sein.

Die Schaffung anderer Verfassungszustände in Preußen sei die Voraussetzung, der wir zustimmen könnten, sofern es nicht gelinge, die Materie der Reichsgesetzgebung zu überweisen.

Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine rege Diskussion.

Kommission für vorbildliche Arbeitermöbel. Der für Dienstag geplante Lichtbildervortrag ist wegen der an diesem Tage stattfindenden Volksversammlungen verschoben worden und findet am Sonnabend dieser Woche im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Beginn des Vortrages punkt 9 Uhr. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Beginn der Arbeiten an der Nord-Süd-Bahn.

Gestern ist mit der Verlegung der Leitungen, die für den Bau der Nord-Süd-Bahn notwendig ist, an der Ecke der Müllerstraße und Gerichtstraße begonnen worden. Es müssen dort zunächst die Kanalleitungen, die im Zuge der Nord-Süd-Bahn laufen, verlegt werden. Heute, Dienstag, werden die Gaswerke mit der Verlegung eines großen, 525 Millimeter weiten Rohres an der Ecke der Müller- und Lynarstraße beginnen. Das Rohr wird von der Mitte der Müllerstraße nach dem südlichen Bürgersteig verlegt, um dem Tunnel der Nord-Süd-Bahn Platz zu machen.

Eine überraschende Entdeckung machten am Sonntagmorgen die Bewohner des Hauses Lübowstraße 113. Neben dem Treppenpodest, nicht weit von der Haustür entfernt, stand eine mit Bindfaden verschnürte herrenlose Pappschachtel. Als man sie öffnete, kam zur allgemeinen Ueberraschung ein lebender Säugling zum Vorschein. Es war ein kräftig entwickelter Knabe, den die herzlose Mutter an dieser Stelle ausgesetzt hatte. Die Nachforschungen nach der Uebeltäterin waren bisher erfolglos. Die benachrichtigte Revierpolizei ließ den Knaben nach dem städtischen Waisenhaus bringen. — Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde am Sonntag vormittag von dem Toilettenwärter des Bahnhofs Börse gefunden. Er fand das Abflußrohr eines Klosetts verstopft, und als er nachsah, entdeckte er in diesem ein in Zeitungspapier eingewickeltes neugeborenes Kind. Die Art des Auffundes läßt auf einen Kindesmord schließen. Auch hier fehlt von der Mutter bis jetzt jede Spur.

Eine aufregende Szene spielte sich am Sonntag früh kurz vor 8 Uhr im Hause Triftstraße 54 ab. Aus bisher unbekannter Ursache stürzte sich dort ein junges, achtzehn Jahre altes Mädchen Anna Schulz, dessen Eltern in Steglitz wohnen, aus einem Fenster des dritten Stockwerks auf den Hof hinab, wo es schwer verletzt liegenblieb. Hausbewohner schafften die Unglückliche sofort nach dem Virchowkrankenhaus, wo sie Aufnahme fand. Ihr Zustand gibt zu Bedenken Anlaß. — Im Köllnischen Park wurde in der Nacht zum Sonntag ein älterer Mann aufgefunden, der sich mit einem Taschenmesser die Pulsader am linken Handgelenk geöffnet hatte. Arbeitslosigkeit hatte den Unglücklichen zu der Tat getrieben.

Zwei schwere Straßenunfälle ereigneten sich am Sonnabendabend in der Siemensstraße und am Zionskirchplatz. An der ersten Stelle wurde ein fünfjähriger Knabe Werner Zissel, dessen Eltern in der Waldstraße 28 wohnen, von einem Müllwagen überfahren. Das Kind erlitt einen komplizierten Bruch des rechten Oberschenkels und wurde nach dem Krankenhaus Moabit geschafft, wo das rechte Bein amputiert werden mußte. — Am Zionskirchplatz geriet eine ältere Frau, deren Personalien noch nicht feststehen, unter die Räder eines Geschäftswagens. Die Verunglückte trug schwere Beinquetschungen und andere Verletzungen davon, so daß sie nach dem Lazaruskrankenhaus transportiert werden mußte.

Der Raubmordanschlag auf den Chauffeur Grundmann auf der Döberitzer Heerstraße gab, wie wir mitteilten, Veranlassung zur Verhaftung von zwei jungen Männern. Im Laufe des gestrigen Tages wurde aber einer wieder entlassen, da eine Gegenüberstellung der Leute, die die Räuber gesehen hatten, mit den Festgenommenen ergab, daß sie für den Raubanfall nicht in Frage kommen. Einer der beiden, ein Kellner Max Herrnfeld, wurde jedoch dem Untersuchungsrichter zugeführt, weil er, wie wir gleichfalls berichteten, einen Kartoffelhändler mit einem Komplicen überfallen hat und ihn berauben wollte.

Einen schweren Verlust hat ein Arbeiter Prömberg in der Wiesenstraße 8 erlitten. Er hatte sich am Sonnabend nach 8 Uhr mit seiner Frau auf kurze Zeit aus der Wohnung entfernt, um Einkäufe zu machen. In der Zwischenzeit hat ein Spitzbube die Gelegenheit benutzt, fast sämtliche Kleider, darunter einen dunklen Winterpaletot, einen Sommerpaletot, einen schwarzen Gehrockanzug und zwei andere Jackettanzüge zu stehlen. Für einen Arbeiter ist ein solcher Verlust unersetzlich. Der Bursche wird wie folgt beschrieben: Ungefähr 1,70 Meter groß, kräftig, volles Gesicht, ohne Schnurrbart und ungefähr 25 Jahre alt. Er trug einen graugestreiften Ulster und steifen, schwarzen Hut. In ganz kurzer Zeit, nachdem er ins Haus trat, kam er wieder, mit einem Reisekorb auf der Schulter, heraus; diesen Korb hat er ebenfalls aus der Wohnung mitgenommen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Montag nachmittag gegen 3 Uhr an der Ecke der Acker- und Invalidenstraße. Dort wollte der 50jährige Kesselflicker Konrad Kalizewsky, Steglitzer Straße 71 wohnhaft, das Gleis überschreiten, als er einen Motorwagen der Linie 57 herannahen sah. Um dem Waggon auszuweichen, trat er auf das soeben überschrittene Gleis zurück und wurde nunmehr von dem inzwischen herangekommenen Motorwagen der Linie 61 erfaßt und so unglücklich zu Boden gerissen, daß er zwischen die beiden Wagen geriet. K., der eine schwere Gehirnerschütterung und klaffende Kopfwunden erlitten hatte, wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt.

Ein Rechtsanwalt wegen Unterschlagung verhaftet.

Der Rechtsanwalt und Notar Justizrat Dr. Friedrich Munckel, dessen Bureauräume sich Kronenstraße 61—63 befinden, ist gestern vormittag auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in seiner Wohnung in Charlottenburg, Bismarckstraße 69, verhaftet worden. Es wird ihm zur Last gelegt, Gelder, die bei ihm für Reichsstempelgebühren eingegangen waren, in Höhe von etwa 80 000 M. unterschlagen und nicht an die Reichsstempelkasse abgeführt zu haben. Mandanten- sowie Mündelgelder sind völlig unberührt. Justizrat Munckel steht im 49. Lebensjahre und ist der Sohn des im Jahre 1903 verstorbenen freisinnigen Abgeordneten Munckel. Er war stets ein strebsamer und bescheidener Mann, der für gesellschaftliche Vergnügungen und Theater nur wenig Zeit und Geld übrig hatte. Auch seine Wohnung im vierten Stockwerk des Gartenhauses in der Bismarckstraße ist nur bescheiden. Er ist auf die schiefe Bahn gedrängt worden durch hohe Zinsen, die er für entliehene Kapitalien zahlen mußte und durch Verlust an Freunde, für die er gutgesagt hatte. Allein in einem Falle hat er auf diese Weise 9000 M. verloren. Munckel war als Mensch und Anwalt — auch bei seinen Angestellten — sehr beliebt.

Das bisher verpachtete städtische Gut Diedersdorf bei Großbeeren wird jetzt von der städtischen Güterverwaltung selbst bewirtschaftet. Zu diesem Zweck mußte für 30 000 M. totes Inventar neu beschafft werden. Ferner ist die Herstellung einer Feldbahnverbindung von dem Vorwerk Birkholz bei Lichtenrade nach den Diedersdorfer Wiesen vorgesehen. Die abgebrannte Scheune in Birkholz soll wieder aufgebaut werden. Die Kosten mit 31 400 M. sind vom Etatsausschuß bewilligt worden. Auch die Feldbahnanlagen in Blankenfelde, die sich ausgezeichnet bewährt haben, sollen mit einem Kostenaufwande von 58 000 M. erweitert werden. Außerdem sollen zwei Vierfamilienhäuser nebst Stallungen im Administrationsbezirk Buch und ein Beamtenwohnhaus für zwei Familien in Schmetzdorf für zusammen 95 000 M. neu errichtet werden. Auffallenderweise sind die Ueberschüsse auf den einzelnen Gütern sehr verschieden. So hat z. B. Falkenberg einen jährlichen Ueberschuß von 162 151 M., Buch von 181 000 M., dagegen Osdorf nur von 14 000 Mark, Schmetzdorf von 27 600 M. usw.

Thalia-Theater. Eine Niete — ein Nichts; bestenfalls ein wenig mehr. Diesen Eindruck erhielten wir von der funkelnagelneuen Gesangspasse „Autoliebchen", die am letzten Sonnabend aus der Taufe gehoben wurde. So banal der Titel, so nichtssagend der Inhalt und so ledern-langweilig die „Handlung". Aber die Musik? Nun, für sie zeichnet Kapellmeister Jean Gilbert. Es ist wahr: er ist ein Komponist, der über hübsche Ideen gebietet; und man hätte hoffen dürfen, daß er uns doch einmal eine Operette beschert hätte, die über den heutigen öden Singsang wieder hinausführte. Ganz hat er auch jetzt solche Hoffnungen noch nicht zuschanden gemacht; einige reizende Ensemblesätze, zumal die Eingangsmusik, einige hübsche Walzermotive und Couplets, hauptsächlich das komische Polizistentrio, zeugen davon. Die werden, daß sind wir sicher, riesig „populär" werden. Aber ist das alles? Es wäre traurig, wenn sich Jean Gilberts musikschöpferisches Talent mit so billiger Popularitätshascherei genügen wollte. Und um ein paar hübsche Tanzbilder zu sehen und ein paar Melodienchen zu hören, die Interesse erregen, wird einem eine vier Stunden lange Geduldprobe zugemutet? Das ist — obzwar auch ein bißchen „stark" — doch kläglich wenig. Tut aber nichts — denn die denkfaule Masse, so sich rekrutiert aus dem „besseren" und „besten" Publikum, sie wird hinlaufen und mitsingen und wie verrückt sich gebärden, wie am Premièrenabend.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln (Rixdorf).

Auf ein zehnjähriges Bestehen und auf eine in dieser Zeit erfolgreiche Tätigkeit konnte im vergangenen Jahre am 21. August der „Rixdorfer Spar- und Bauverein" zurückblicken. Aus dem jetzt herausgegebenen Geschäftsbericht ist ersichtlich, wie dieser Spar- und Bauverein neben der bekannten Rixdorfer Baugenossenschaft „Ideal" bisher bestrebt gewesen ist, minderbemittelten Familien und Einzelpersonen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in selbsterbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen. Der Verein wurde in der Zeit der Großberliner Wohnungsmisere gegründet. Noch in demselben Jahre wurden die Vorarbeiten für den Bau des ersten Hauses in Britz, Bürgerstraße 84/85, begonnen. Am 1. Oktober 1902 wurde das Haus fertiggestellt und bezogen. Ein Jahr später hatte der Bauverein bereits einen zweiten Bau in Rixdorf, Kaiser-Friedrichstr. 202/203, Ecke Elbestraße 1/2, fertiggestellt. Inzwischen war schon mit einem dritten Bau in der Elbestraße 33, Ecke Weserstraße 49/50 begonnen worden, der bereits am 1. April 1904 bezogen wurde. Auch das nebenliegende Grundstück, Elbestraße 15/16, Ecke Schandauer Straße 15/17, wurde angekauft und darauf ein Haus errichtet, das 103 Wohnungen, bestehend aus 2 Zimmern mit Badeeinrichtung, enthält. Im Jahre 1908 wurde der Bau des Hauses Fuldastraße 14/15 begonnen. Das stattliche Gebäude enthält zwei Läden und 61 Wohnungen mit zwei und 5 Wohnungen mit einem Zimmer und Zubehör. Mit dem Beziehen dieses Hauses am 1. Oktober 1909 war die Bautätigkeit des Vereins vorläufig beendet. Die Mietspreise der Wohnungen sind, an dem allgemeinen Wohnungsmarkt gemessen, verhältnismäßig niedrig. So kostet eine Dreizimmerwohnung im Vorderhaus des Hauses Kaiser-Friedrich-Str. 202/203 mit Bad und Balkon 46—52 M., eine solche ohne Bad, aber mit Balkon 34—37 M. Eine Zweizimmerwohnung mit Bad und Balkon kostet 32—36 M. Im Vorderhaus Elbestr. 34 erhält man bereits eine Dreizimmerwohnung mit Bad und Balkon für 38—44 M., eine Wohnung von zwei Zimmern inkl. Bad und Balkon für 31—34 M. Die Zahl der dem Verein angehörenden Mitglieder betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 513. Die Haftsumme betrug 104 000 M. Bemerkt sei noch, daß der Verein bei der Anlage seiner Grundstücke für Spiel- und Turngelegenheit der Kinder Sorge getragen hat.

Zeugen gesucht. Diejenigen Personen, welche am 18. November vorigen Jahres aus Anlaß des Brandes auf dem Hermannplatz sich in der Nähe der Apotheke aufgehalten haben, werden gebeten, ihre Adresse bei Otto Kluczynski, Emser Str. 78, abzugeben.

Lichtenberg.

Die städtischen Arbeiter waren am 15. März im Kronprinzengarten versammelt, um zur Behandlung ihrer Anträge Stellung zu nehmen. Die Arbeiter hatten im Herbst davon Abstand genommen, allgemeine Anträge auf Neuregelung der Löhne zu stellen. Die eingereichten Anträge sollten nur die bisherige Ungleichheit in den Löhnen, der Ueberstundenbezahlung und der Arbeitszeit beseitigen. Außerdem war die Differenzzahlung im Krankheitsfalle, die Errichtung eines Arbeiterausschusses für die Betriebe, denen diese Institution bisher fehlte, die Einführung einer Allgemeinen Arbeitsordnung und die Erweiterung des Sommerurlaubes gefordert worden. Stadtverordneter Genosse Seikel berichtete über die Behandlung der Anträge in der Petitionskommission und im Plenum der Stadtverordnetenversammlung. In der Petitionskommission sind die Anträge mit einigen geringen Streichungen zur Annahme gelangt. Allein die generelle Regelung der Differenzzahlung war nicht zu erreichen. Hier soll es beim bisherigen Modus, der Entscheidung von Fall zu Fall durch die betreffende Deputation, bleiben. Das Plenum der Stadtverordnetenversammlung hat die Anträge trotz Befürwortung durch unsere Genossen bis zur Vereinigung mit Rummelsburg zurückgestellt. Nach der Auffassung des Redners dürfte die endgültige Regelung dieser Frage in Kürze erfolgen. Kollege Polenske wies in der Diskussion darauf hin, daß bei einigermaßen gutem Willen die Sache zum 1. April hätte erledigt werden können. Nach der erfolgten Eingemeindung wäre es dann nur notwendig gewesen, die nach dieser Regelung etwas höheren Anfangslohnsätze auch den hinzukommenden Rummelsburger Gemeindearbeitern zuzubilligen. Im Auftrage der Vertrauensleute unterbreitete er der Versammlung den Vorschlag, die Eingemeindung abzuwarten. Sollte dann die Angelegenheit nicht baldigst ihre Erledigung finden, würden weitere Schritte unternommen werden. Nach unwesentlicher Debatte stimmte die Versammlung einstimmig einer Resolution zu, worin sie bedauert, daß die Anträge bis auf weiteres zurückgestellt wurden. Die Versammlung gab der Meinung Ausdruck, daß die Neuregelung ohne Rücksicht auf die bevorstehende Eingemeindung erfolgen konnte. Die Versammelten sprachen die Erwartung aus, daß die im Petitionsausschuß angenommenen Anträge sobald wie möglich und zwar mit Geltung ab 1. April zur Annahme gelangen.

Lebhaft bedauern die Versammelten, daß der Antrag auf generelle Regelung der Differenzzahlung im Krankheitsfalle nicht berücksichtigt wurde; sie erklären, nicht eher ruhen zu wollen, bis diese wichtige Frage eine befriedigende Lösung gefunden hat.

In der Erkenntnis aber, daß eine starke Organisation die Vorbedingung für eine günstige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter ist, verpflichten sich die Versammelten, nicht eher rasten und ruhen zu wollen, bis auch der letzte städtische Arbeiter der Organisation angehört.

Wilmersdorf-Halensee.

Der wirtschaftliche Kampf eine notwendige Ergänzung des politischen Kampfes, so lautete das Thema, das in einer am Freitag im „Viktoriagarten" stattgefundenen öffentlichen Versammlung Reichstagsabgeordneter Peus behandelte. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Erschienenen den interessanten und instruktiven Ausführungen des Redners. Am Schlusse wurde dem Referenten lebhafter Beifall gespendet. Hierauf nahm die Versammlung eine Resolution einstimmig an, in der sie sich entschieden gegen die im Entwurf des preußischen Einkommensteuergesetzes vorgesehene neue steuerliche Belastung der Konsumvereine wendet.

Ober-Schöneweide.

Die von der Gemeindevertretung zur Vorberatung des Etats für 1912 eingesetzte Etatskommission hat sich eingehend mit Gehaltsregulierungsanträgen für die Beamten, Lehrer und Gemeindearbeiter beschäftigt; zur Zeit der Aufstellung des Voranschlages lagen die Anträge nicht zugrunde. Bei Berücksichtigung dieser Forderungen durch das Plenum der Vertretung dürfte es darum fraglich erscheinen, den Etat mit demselben Einkommensteuerzuschlage wie bisher zu balanzieren; dabei kann im Hinblick auf die Teuerung nicht behauptet werden, daß die Wünsche der Antragsteller unbescheidene seien.

In der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells für Ober-Schöneweide und Umgegend wurden die Neuwahlen zum Kartell vorgenommen. Der bisherige Obmann Genosse Behrenbeck wurde einstimmig wiedergewählt. Unter Kartellangelegenheiten wurde vom Delegierten der Tabakarbeiter, dem Genossen Hoffmann, Klage geführt, daß am Orte die Genossen, soweit sie Geschäftsleute sind, recht mangelhaft den Aufforderungen des Tabakarbeiterverbandes, ihre Ware nur von tariftreuen Firmen zu beziehen, nachkommen. Es ist nun, um eine schärfere Kontrolle auszuüben und die Genossen auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen, eine dreigliedrige Kommission eingesetzt, die im Laufe der nächsten Tage einmal bei den Geschäftsinhabern vorsprechen wird.

An die organisierte Arbeiterschaft wird aber das Ersuchen gerichtet, ihren Bedarf nur dort zu decken, wo das grüne Plakat des Tabakarbeiterverbandes aushängt. Des weiteren wurde darauf hingewiesen, daß die Genossen und Kollegen nur solche Billetts zu Vergnügen kaufen, die den Stempel des Vergnügungsausschusses tragen, alle anderen seien streng zurückzuweisen.

Waidmannslust.

Von der Gemeinde sind weitere 200 Zentner Kartoffeln angekauft worden. Dieselben werden zum Preise von 55 Pf. für 15 Pfd., 1,85 M. für 50 Pfd. und 3,70 M. per Zentner an Minderbemittelte abgegeben. Der Verkauf findet jeden Montag und Donnerstag, vormittags von 9—12 Uhr, auf dem Schulgrundstück Kurhausstr. 11—13, statt.

Weißensee.

Der Voranschlag des Haushaltsplanes für 1912/13 ist in sechs Sitzungen der Etatskommission durchberaten worden. Bei äußerster Sparsamkeit in allen Verwaltungszweigen war es nicht möglich, bei den bestehenden Steuersätzen den Etat zur Balanzierung zu bringen. Mindereinnahmen in bedeutender Höhe sind zu verzeichnen bei der Lustbarkeitssteuer sowie bei der Wertzuwachssteuer. Der Kommunalzuschlag müßte mindestens 140 Proz. betragen, da man aber befürchtet, daß dadurch eine Abwanderung der Einwohner stattfinden würde, will man den Kommunalzuschlag auf der alten Höhe von 115 Proz. bestehen lassen und dafür die Grundwertsteuer erhöhen. Die bebauten Grundstücke bleiben unbehelligt, jedoch sollen die unbebauten Grundstücke um das Doppelte erhöht werden, ausgenommen sind hiervon die Gärtnerei-Grundstücke. Die Steuersätze sollen demnach betragen für bebaute Grundstücke 3,6 pro Tausend, unbebaute Grundstücke 7,2 pro Tausend. Auch die Kanalisationsgebühren erfahren eine bedeutende Erhöhung und zwar statt 4½ Proz. jetzt 6,3 Proz. des Nutzertrages. Diese Erhöhung ist eine Folge davon, daß ein Teil Hausbesitzer, aufgestachelt durch einige Terrainspekulanten, sich weigert, Kanalisationsbeiträge in Höhe von 50 Mk. pro laufenden Meter zu zahlen. Solange die Einsprüche nicht erledigt sind, müssen die erhöhten Gebühren auch diejenigen zahlen, welche bereits Beiträge im Betrage von 50 M. gezahlt haben. Hoffentlich werden jetzt so manche Hausbesitzer erkennen, daß sie lediglich die Leidtragenden sind, während die Terrainbesitzer die zu zahlenden Beiträge in der Tasche behalten, denn solange diese an die Kanalisation nicht angeschlossen sind, können sie zu den Gebühren nicht herangezogen werden. Fast sämtliche Gesuche verschiedener Angestellten auf Gehaltsaufbesserungen und sonstige Vergünstigungen wurden leider nicht berücksichtigt und auf das nächste Jahr zur wohlwollenden Erwägung vertagt. Ebenso ergeht es den Arbeitern, die vom Oktober vorigen Jahres bis zum April dieses Jahres eine wöchentliche Teuerungszulage von zwei Mark erhielten; diese Teuerungszulage soll vom 1. April ab in Fortfall kommen. An den Kreis hat unser „Dorf" die nette Summe von 133 483 Mk. zu zahlen und für den Zweckverband sind einstweilen 1000 M. in den Etat eingesetzt. In allernächster Zeit werden die Etatsberatungen im Plenum beginnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Drewitz 100. Beleidigung halten wir nicht für vorliegend. Eine Beschwerde bei der Schulbehörde erscheint angebracht. — **E. Z. 1000.** Wenn die Krankheit länger als 14 Tage andauert, kann Entlassung erfolgen. — **H. T. 78.** 1. Die Rechte bleiben erhalten, falls Umtausch bis 18. Juni d. J. erfolgt. 2. Läßt sich nur nach Einsichtnahme in den Mietsvertrag beantworten. 3. Wenden Sie sich an die Buchhandlung „Vorwärts". — **M. S. 1000.** a) Ja. b) Sie können den etwa entstehenden Schaden ersetzt verlangen. c) Beschwerde bei dem aufsichtführenden Richter des Amtsgerichts, in dessen Bezirk Ihre Wohnung liegt. — **Matternstr. Nr. 7.** Die Erben — also auch die Witwe — haften für die Miete bis einschließlich September d. J. Kündigung muß stattfinden. — **Erbonkel.** 1375 M. — **M. W. 1874.** 1. Rein. 2. Ja. 3. Anfechtbar, übrigens dem Wirt gegenüber wirkungslos, da dessen gesetzliches Pfandrecht älter ist. Die ganze Rechtslage erscheint leider für Sie ungünstig. — **G. K. 1.** 1. bis 3. Die Eltern sind nicht haftbar. Eine Klage erscheint aussichtslos. — **H. T. 8.** Beschweren Sie sich bei dem Vorstand der Anwaltskammer. — **K. St. 32.** 1. Das sind Fragen, über die der Richter nach eigenem Ermessen befindet. 2. Wir halten die Kasse für verantwortlich. — **H. 100.** An das Landratsamt. — **H. K. 1000.** 1. Ja. 2. Kann berücksichtigt werden. — **M. H. 81.** 1. Sofort nach Eingang des Urteils. 2. Ja. — **264. F. R.** Das ist kein Entlassungsgrund. — **H. K. 100.** Darüber hat der Vormund zu bestimmen. — **B. 4.** 1. Das müssen wir grundsätzlich ablehnen. 2. Sie sind zur Lieferung gemäß dem unterschriebenen Abkommen verpflichtet. — **A. B. 100 und andere.** Ueber Steuerfragen, auch über die Frage, welche Abzüge zulässig sind, erscheint dieser Tage ein Artikel, auf den die vielen Fragesteller verwiesen werden. — **O. G. 100.** 1. Rein. 2. Wenden Sie sich an die Offenbacher Frauenkasse, Wilh. Ring, Prinzenstr. 66. — **B. O. W. 29.** 1. und 2. Anmeldung beim Magistrat und bei der Polizeibehörde. Kosten entstehen nicht. 3. Etwa 50 M. Anmeldung beim Patentamt. 4. Keine. — **M. B. 8.** Kommen Sie in die Sprechstunde; Ihre Angaben reichen nicht aus. — **W. Z. 69.** Rein. **G. K. Niederlehme.** Der Anspruch erscheint begründet. — **R. B. 26.** Die vorherige Anmeldung bei der Steuerbehörde ist zweckmäßig. — **O. E. 100.** Rein. Reklamieren Sie. — **W. M. 48.** Rein. — **O. P. 51.** 1. und 2. Ja. 3. Rein. — **Z. K. 99.** 4. Wochenlohn unter Anrechnung des Krankengeldes. 2. 14 Tage. Abweichende mündliche Vereinbarung wäre ebenfalls gültig. 3. Sie haben Anspruch auf Zahlung des höheren Krankengeldes an die Krankenkasse; diese hält sich an den Unternehmer. — **P. B., Schöneberg.** 1. Bis zum 30. Jahre. 2. Rein. 3. Etwa 300 M. 4. Richtet sich nach den Vormeldungen; es können mehrere Jahre vergehen. Anstellung durch das Polizeipräsidium.

Verkäufe.

Teppiche in allen Größen, enorm billig. Portieren, Diwandecken, Engroshaus Hermann Henow, Gertraudtenstraße 18—19, I. Kein Laden. „Vorwärts"leser 5 Prozent Rabatt. 1001R*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maystoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Jedermanns allerbilligster Wareneinkauf. Riesenauswahl Pelzsachen. Herrenpaletots. Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Herrenhosen. Damensachen. Extrabilliger Bettenverkauf. Aussteuerbetten. Vermietungsbett. Aussteuerwäsche. Bettwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Portieren. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Wanduhren. Wandbilder. Schmucksachen. Taschenuhren. Kettenauswahl. Ringeauswahl. Festgeschenke. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. †56*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Gaskronen, dreiflammig 7,50, komplett, Gaszuglampen 6,00, Gasuhren 2,40, Gaswandarme 1,50. Kronenlager, Große Frankfurterstraße 92, Ravenstraße 6 (Wedding), Mirdorf, Berlinerstraße 102. 61R*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14. *

Vorwärtsleser erhalten jetzt 5 Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. 1181R*

Teppiche, farbfehlerhaft, für halben Preis.

Gardinen, Stores, angeschmutzt, spottbillig.

Leinenportieren, entzückende, mit Stickfehlern.

Sofastoffreste, Moquette, staunend billig.

Teppich-Thomas, Oranienstr. 160, Oranienplatz; Rosenthalerstraße 54. *

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paleto's, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Kostümen, Kleidern, Tuchmänteln, auf Seide. Herstellungspreis bis Mark 150, jetzt bis 35 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a.

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

4,00 Prachtbett, 9,50 ganzer Stand, daunengestreift, Laken 0,80, Damastbezüge 3,55, Steppdecken. Andreasleihhaus Andreasstraße 38. *

1 Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 14,25, nur Andreasleihhaus. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen, 26,00, nur Andreasleihhaus, Andreasstraße achtundzweitzig. Fahrgeld vergütet. 1141R

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Paletots von 5,00 an; Damengarderobe, Betten, Wäsche, Gardinen, Portieren, Freischwinger, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, Fahrräder, von letzten Auktionen zurückgekaufte, sowie neue Waren. Alles spottbillig. Anzüge werden verliehen. Sonntags geöffnet. Hohe Beleihung. 1036R*

Fischers Teppichhaus, gegr. 1884, Potsdamerstraße 109. Spottbillige Riesenposten Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tüllstores, Läuferstoffe. Vorwärtsleser Extrarabatt. 935R*

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Sommerpaletots, Gehrockanzüge, Fracks, Smokings kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Gitschinerstraße. 1095R*

Federbetten, spottbillige, Stand 11,00, 16,00, hochfeine 22,00. Zentralleihhaus Schöneberg, Hauptstraße 111. 1100R*

Lichtenrade am Dorf verkaufe 67 Quadratruten für 3300 Mark. Verwalter Horn, Berlin, Potsdamerstraße 90. 5855*

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Gardinenreste! Spottbilliger Inventurverkauf! Fenster 1,85, 2,25, 3,25 bis 6,85. Stores, Rouleaux, Ueberdrapierungen. Ausverkauf zurückgesetzter Muster. Weiß Teppichhaus, Dresdenerstraße 8. Vorwärtsleser 10 Prozent Rabatt. 903R*

Federbetten, Stand 11,00, 16,00, Brautbetten. Spottbilliger Teppichverkauf, Freischwinger, Plüschtischdecken, Gardinen, Herrengarderobe, Schmucksachen, Plüschportieren. Leihhaus Osten, Königsbergerstraße 19. *

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtsleser.

Teppiche, Farbenfehler, jetzt fabelhaft billig. Riesen-Fabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vorwärtsleser noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1,65, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3,85, 4,50, 5,25, 6,50, 8,25, 10,50. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigst, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelfabrik.

Möbelstoff-Läufer, Linoleumreste, fabelhaft billig.

Sport- und Schlafdecken 1,25, 1,40, 1,85, 2,45, 2,85 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 1121R*

Obst-Einrichtung, Eichen, grün gebeizt, billig zu verkaufen Zehdenickerstraße 5, Hof II. 45/18

Glänzende Kaufgelegenheit! Prachtteppiche mit kleinen Farbfehlern 12,50, Portieren alle Farben 4,25, Plüschdecken 5,90, Steppdecken 4,50, Gardinen, Einzelfenster 2,50, Erbstüll-Bettdecken 3,75. Aeußerst günstig zum Umzug und für Brautleute. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. „Vorwärts"lesern noch 5 Prozent Extrarabatt. 1192R*

Herrschaftsbetten, zwei Prachtstand, 13,00, Daunenbett 16,00 umständehalber. Yorckstraße 17 II. †131

Klappsportwagen, Kinderbettstelle. Joachim, Frankfurter Allee 128 III. †75

Nie wiederkehrende Gelegenheit! Landparzelle, 5 Minuten vom Müggelsee, 74 □Ruten, gezäunt, verkauft Mentzel, Steinmetzstraße 42, Westen.

Pommersche Betten! zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 15,00, große Laken 90 Pfennig, Damastbezüge 3,80, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen. Pfandleihe, Prinzenstraße 34. 1037R*

4,25. Prachtbett 10,00, ganzer Stand, rotrosa gestreift. Prinzenpfandleihe, Prinzenstraße 34. *

Brautbetten, ganzer Stand 27,00, nur in der billigen Pfandleihe Prinzenstraße 34. Fahrgeld wird vergütet. *

Monatsgarderobenhaus und Pfandleihe von Sommerfeld, früher 25 Jahre Heinrichsplatz, jetzt Prinzenstraße 34 I, bietet jedem Käufer große Geldersparnis für Anzüge, Paletots, Ulster für jede Figur passend, nur Prinzenstraße 34, eine Treppe. *

Laubenbesitzer! Druck-Hebelpumpen, Fenster spottbillig. Neukölln, Bergstraße 39, Alteisenplatz. *

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtsleser 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491R*

Ohne Anzahlung, Woche 0,50, Bilder, Spiegel, Möbel, Polsterwaren, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Gardinen, Portieren, Bezüge, Uhren, Gaskronen liefert billigst Weber, Neue Königstraße 34. Besuch oder Postkarte. 1014R*

Geschäftsverkäufe.

Ecklokal billig zu verkaufen Knobelsdorffstr. 44/45, Charlottenburg.

Eckrestauration, Vorgarten, erstes Lokal vom Kirchhof, wegen Krankheit billig verkäuflich Oberschöneweide, Rathenowstraße 18. 5695*

Lokal, gutgehend, monatlich 30 Halbe, Fabriken und Vereine, zu verkaufen. Erfragen Urban, Möglinerstraße 2. †75

Einziges Saalgeschäft am Ort, in nördlichem Vorort, zu verkaufen. Offerten unter F. 1 an die Expedition dieser Zeitung. 1196R

Eckrestauration, krankheitswegen sofort zu verkaufen. Offerten unter E. 2, Hauptexpedition des „Vorwärts".

Seifengeschäft, anschließend zwei kleine Stuben, Nebenerwerb für Frau, auch für Maler passend. Schulstraße hundertfünfzehn. †86

Wegen Ueberhäufung Verkaufsgeschäft preiswert verkäuflich Neukölln, Reuterstraße 50. †123

Restaurant, 10 Jahre in letzter Hand, 2/3 hell, Miete 1400 Mark, wegen Todesfalls preiswert zu verkaufen. Näheres Lichtenberg, Weserstraße 35, Zigarrengeschäft. †66

Milchgeschäft verkauft Rügenerstraße Nr. 13. †107

Möbel.

Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. Berolina, Kastanienallee 49. 1114R*

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung gehen Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Herrengarderobe und Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) 1075R*

Viel Geld sparen Sie durch reellen, billigen Einkauf in der Möbelausstellung Oranienstraße 202 (Innungsmeister). Auch Teilzahlung. Vorwärtslesern 5 Prozent. 1104R*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen bar. Große Auswahl jeder Art. Stube und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12—2 geöffnet.

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"leser 3 Prozent Rabatt. 39R*

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Harnack, Stallschreiberstr. 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. *

Stuben- und Küchenmöbel, Küchengeschirr, Teppich, Bilder, Krone, sehr billig, umgehend verkäuflich Weinmeisterstraße 1b—2, Hausverwalter.

Möbelfabrik. Verkauf Schützenstraße 73/74, an der Friedrichstraße. Billiger wie überall. Zahlungserleichterung bei niedrigsten Kassapreisen. Einrichtungen von 250,—, 350,— bis 3000,— in großer Auswahl am Lager. Bettstellen, Kleiderschränke, Vertikos, Spiegel, Sofaumbauten, Büfetts, ganz besonders preiswert. Sonntags 12—2 nur Schützenstraße 73/74. 858R*

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenläger. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. *

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße.

Modernes Büfett, eiche, geschnitzt, mit Kristallscheiben 155,—, nußbaum 115,—, 145,—, Kredenzen 85,—. Fabrik Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 1169R*

Kücheneinrichtung, zwei Bettstellen, Kleiderschrank, Vertiko, Tisch, Waschtoilette, verkauft billig Schumannstraße 11, III links. Händler verbeten. 6695

Plüschsofa, rotbraun, verkauft Supke, Cuxhafenstraße 31. †13

Sofatisch, massiv mahagoni, guter Freischwinger, Schüler, Weinstraße 22.

Chaiselongue, nagelneu, 16,00. Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Bildschöne Nußbaumwirtschaft, zwei Stuben, prachtvolle Küche (noch neu), muß schleunig spottbillig verkaufen. Watzmannstraße 13, 1.

Verkäuflich: (Händler zwecklos!) Moderne Wirtschaft, aparte Kücheneinrichtung. — Elegantes Plüschsofa, Umbau, Herrenschreibtisch, Englischbetten, Anklekleiderschrank, Chaiselongue, Trumeau, Prachtwandbilder, Teppich, Gaskrone, Verschiedenes. Königsbergerstraße 11, vorn I rechts bei Fischer. 46/4*

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45,—, Kleiderspind 40,—, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, wundervolle Sachen, sehr billig. Kommen Sie erst vor Ihrem Einkauf zu mir, Sie sollen die Möbel nur besichtigen. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1117R*

Möbelangebot spottbillig, Möckernstraße 25, im Anhalter Bahn-Möbelspeicher, an der Möckernbrücke. Einzelne Schreibtische 28,—, Bücherschränke, Büfetts, Kredenzen, Spiegelschränke, Kleiderschränke schon 25,—, Bettstellen, Schreibstühle, Rohrstühle, Lederstühle, Klubsessel, Säulentrumeau 30,—, Waschtoilette mit Marmorplatte 28,—, Salontische, Nähtische, Ausziehtische 18,— an, Plüschgarnitur, Salongarnitur, Paneelsofa, Sofa 40,—, Sofaumbau, Flurgarderoben 17,50. Bilder mit Prachtrahmen, Standuhren, Freischwinger 12,—. Riesenauswahl wenig fehlerhafter Teppiche statt 12,— jetzt 8,50. Extragröße, farbenprächtige Salonteppiche 35,— bis zu den elegantesten. Chaiselongue mit Decke 22,50. Diwandecken, Steppdecken, Plüschtischdecken 5,—. Tülldecken 2,—. Tüllgardinen, Restbestände unter Preis. Erbstüllstores mit Volant 3,50. Plüschportieren 7,50. Gaskronen 15,—. Oelbilder. Für Brautleute, Hotels, Pensionate ganz außergewöhnlich billige Schlafzimmer, prächtige Herren-, Speisezimmer, Salons moderne Küchen, ganze Wohnungseinrichtungen, nur durchweg neue, gediegene Waren, zum schleunigen Verkauf. Otto Lidecke, Möbel-Warenspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25. Uebernahme ganzer Warenlager, Konkursmassen, Wirtschaften zum schnellen Verkauf und Auktion. 973R

Möbel (diskret). Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Anfragen: Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1119R*

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 1078R*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. *

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Jessenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 58, nahe Kaiserstraße. Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Küchen riesengroße Auswahl. Liefere auch nach auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags 12—2 Uhr geöffnet. 964R*

Möbel, Kleiderschrank, Vertiko 28,—, Trumeau 45,—. Schreiber, Brunnenstraße 123. 1116R*

Möbel - Messing. Dresdenerstraße 124, am Kottbuserstor. Auf Kredit und bar. Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an. Beamten ohne Anzahlung. Liefere auch auswärts. Vorzeiger dieses erhält 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags von 12—2 geöffnet. 1148R*

Gelegenheitskäufe in neuen Möbeln für Brautleute, Pensionate, Hotels, Zimmervermieterinnen und Kleinhändler, Kamerlings Möbelhaus engros, en detail, Kastanienallee 56, Ecke Weinbergsweg. Hausnummer, Name beachten. 647b*

Möbeltausch. Aeltere, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 22. 1118R*

Möbel verkaufe zu außergewöhnlich niedrigen Fabrikpreisen direkt im Fabrikgebäude und Laden. Besichtigung ohne Kaufzwang. Wohnungseinrichtung, Stube und Küche 200,00, 270,00—400,00, zwei Stuben und Küche 400,00 — 700,00, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küche 950,00—1450,00. Aeußerst günstige Gelegenheit bietet sich meiner Kundschaft in Gelegenheitskäufen, darunter Muschelkleiderspind, Vertikos, Ruhebetten, Muschelbettstelle mit Matratze, Säulentrumeaus, Schreibtische, Büfette, Plüschgarnituren, Bücherspinde, Paneelsofa sowie ganze Einrichtungen. Eventuell Zahlungserleichterung. Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt und geliefert. Richard Dehmel, jetzt Oranienstraße 131. 1138R*

Moebel - Boebel, Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 194,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—, Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 403,—, Speisezimmer, echt Eiche, 343,—, 373,—, 462,—, 571,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 12—2. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 952R*

Auf Teilzahlung! Einzelne Möbel, komplette Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung liefert unter kulanten Zahlungsbedingungen die seit 50 Jahren bestehende Möbelfabrik Hermann Nolte, Tischlermeister, Zionskirchstraße 39. *

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Herrenfahrrad, neuerhaltenes 30,—, Damenfahrrad, Freilaufrad. Brandt, Große Frankfurterstraße 121, Seitenflügel. 46/3*

Fahrräder, absolut billige Winterpreise, gebrauchte, neue Fahrräder, Riesenauswahl spezieller hochfeiner Markenräder. Leihhaus Lohmann, Neue Schönhauserstraße 11. 247/8*

Kaufgesuche.

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt den höchsten Preis Blumenreich, Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor. (Telephon.) 762R*

Platinabfälle, per Gramm 5,75 Mark, Gold-, Silbersachen, Gebisse kauft höchstzahlend Goldschmied Bruckard, Mulackstraße 22, nahe Rosenthalerstraße. 2956R*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kaufa, Zöpfefabrik, Mirdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse, Zahn bis 0,95, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Stanniolpapier, Quecksilber, Zinn, Kupfer, Gummiabfälle, Goldwatten, Blattgold, höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 1 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 217/16*

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Gramm 5,75, Goldankauf. Hollmannstraße 30. 673b

Kinderwagen, Klappsportwagen kauft, Postlagerkarte 235, Amt 39.

Unterricht.

Technikum, Berlin, Neanderstraße 3 Schinkel-Akademie, Direktor Königl. Regierungs-Baumeister Artur Werner, Inhaber. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung, Werkmeister-, Techniker-Kurse, Ingenieur-Kurse, Polierkurse, Abendkurse, Tageskurse. 790R*

Verschiedenes.

Lewandowsky-Gesellschaft Oranienstraße 105. †102*

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Kunststopferei Leyser, Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Nähmaschinenreparaturen sachgemäß schnell und billig, auch außer dem Hause. Bellmann, Gollnowstraße 26. 2056R*

Märzwäsche wird schonendst gewaschen, tadellos gerollt. Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher, Laken 0,10, Kein Vertauschen. Abholung, Lieferung Donnerstags. Herm. Kubasch, Köpenick, Flemmingstraße 9. 672b

Märzbleiche Breschke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche, vier Handtücher 10. Abholung Donnerstag.

Märzbleiche. Frau Behrendt, Köpenick, Dorotheenstraße 20, wäscht Leibwäsche, vier Handtücher, fünf Taschentücher 0,10. Abholung täglich.

Vermietungen.

Wohnungen.

Prachtwohnungen, 2, 3 Zimmer, Loggia, Bad, Mädchenzimmer, 36,00, 45,00, Kolonistraße 68. 643b*

Freundliche kleine Wohnung vermietet billig Arndtstraße 29, der Wirt. 666b

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, Herrn. Rosenthal, Forsterstraße 54, III.

Kleines möbliertes Zimmer, Britzerstraße 39, vorn III, Haupt. *

Möbliertes Zimmer, billig. Frau Albrecht, Allerstraße 18, Neukölln.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn, A. Schmidt, Planufer 93, Hof III.

Schlafstelle. Frau Scheffler, Wattstraße 4/5, rechter Seitenflügel II. †67

Schlafstelle. Kitzling, Waldemarstraße 16. †13

Möblierte Schlafstelle, 10,00, vermietet Hartung, Lausitzerstraße 3, vorn I (Ecke Wienerstraße). †13

Möblierte Schlafstelle mit Bad vermietet Jänkler, Frankfurterallee 69.

Möblierte Schlafstelle für Herrn. Schade, Lübbenerstraße 10, vorn III.

Mietsgesuche.

Gesucht möbliertes Zimmer für Herrn in der Nähe der Rosenthaler Vorstadt. Offerten unter F. 165, Postamt 6, Marienstraße. 665b

Küche, parterre, mietet Unger, Großbeerenstraße 6. 668b

Junger Mann sucht einfach möbliertes Zimmer, Kottbuserkorviertel, mit Preisangabe unter A. 14, Postamt 26. 667b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Maurer, junger, sucht Beschäftigung, gleich welcher Art. O. Z., Postamt Schöneberg. †69

Parteigenosse mit Vorkenntnissen in der Nationalökonomie und den Naturwissenschaften, der Stenographie mächtig, 30 Jahre, verheiratet, bisher als Elektriker tätig, sucht Stellung als Hilfsarbeiter für Wissenschaften oder ähnlichen Posten bei mäßigen Ansprüchen. Offerten unter K. 6, Postamt 50. 671b

Suche für meine Tochter (18 Jahre) Stellung in kleinem, feinem, kinderlosem Haushalt. Gute Zeugnisse. Offerten unter C. 2, Hauptexpedition des „Vorwärts". 679b

Stellenangebote.

Schlosser für verschiebbare kleine Gestelle sofort gesucht. Norddeutsche Metallwarenfabrik, Steglitz, Berlinickestraße 11. 1194R

Polierlehrlinge, erstes Vierteljahr wöchentlich 4 Mark, jedes weitere Vierteljahr 1 M. mehr, so daß sie am Schluß 16 Mark verdienen, verlangen Riesel u. Kümmer, Kopernikusstraße 32.

Portier verlangt Hahn, Antonstraße 26. †86

Schlosserlehrlinge verlangt Wittchen, Antonstraße 26. †80

Zeitungsausträgerin verlangt „Vorwärts"-ausgabestelle Steglitz, Albrechtstraße 5.

Aufwärterin gesucht 2 Stunden vormittags, 1 Stunde nachmittags. Vorstellen 4—6. Frau Dr. Breustedt, Königgrätzerstraße 48 I. 684b

Unterfaillen-Arbeiterinnen, geübte, verlangt Geyer, Wörtherstraße 1. 681b*

Tüchtige Mamsells auf Kostümjacken verlangt Atelier Bergmann, Schützenstraße 15/17. 670b

Singer-Stepperin verlangt Wedemeyer, Grüner Weg 56. †39

Blusenstepperin, Lehrdamen, verlangt Groeschke, Mainzerstraße 15.

50 Taillenjacken-Arbeiterinnen, in und außerm Hause, verlangt Riese, Oberwallstraße 19. 612b*

40 Mamsells auf einfache Paletots, in und außerm Hause verlangt Riese, Oberwallstraße 19. 611b*

Zeitungsfrauen sofort verlangt Rathenowerstraße 3. 45/6*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 60 Pf. die Zeile.

Gewerkschafts-Kartell Duisburg.

Als Arbeitersekretär ist Genosse Max Schiller-Kottbus gewählt worden. — Den übrigen Bewerbern besten Dank. 288/1

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:

Tischlerei **Schuster**, Kopernikusstraße 23.

Bautischlerei **Hahn & Co.**, Tempelhof, Berliner Str. 101.

Tischlerei **Groß**, Schlesische Straße 20.

Stockfabrik **Boschwitz**, Brunnenstraße 181.

Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.

Für Hartgummi-Arbeiter die die Firma **Matthaey**, Schlesische Str. 32.

Das Berliner **Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes"**.

Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Redakteur

zum möglichst **baldigen Antritt** gesucht.

Reflektiert wird auf jungen Genossen, der auch **verantwortlich** zeichnen muß. Das Gehalt wird nach den Anstellungsbedingungen des Vereins Arbeiterpresse festgesetzt. Bewerbungen sind an **Hermann Brosig, Breslau I**, Nikolaistr. 18/19, zu richten. 682b

Gesucht nach der Schweiz.

Jüngere, tüchtige **Maschinenschlosser** auf Präzisionswerkzeugmaschinen (Rundschleifmaschinen) bei hohem Lohn gesucht.

Offerten unter Chiffre **Z. W. 3747** an die Annoncen-Expedition **Rudolf Mosse, Zürich.** 43/17*

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.